



DISSERTATION / DOCTORAL THESIS

Titel der Dissertation / Title of the Doctoral Thesis

„Leben in neuen Welten?
Partizipationsprozesse ex-jugoslawischer
Bürger_innen im transnationalen Kontext“

verfasst von / submitted by
Simone Polic-Tögel

Angestrebter akademischer Grad:
Doktorin der Philosophie (Dr. phil.)

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for
the degree of
Doktorin der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
Degree programme code as it appears on the
Student record sheet:

A 092 300

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt/
Field of study as it appears on the student
record sheet:

Politikwissenschaft

Betreuer/ Supervisor:

Univ. Prof. Dr. Dieter Segert

Inhaltsverzeichnis

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. Einleitung | 5 |
| 2. Einführung in den Gegenstand der Arbeit | 15 |
| 2.1.Stand der Forschung..... | 15 |
| 2.1.1. Ausgewählte Aspekte der Migrations- und Demokratiedebatten..... | 17 |
| 2.1.2. Die theoretische Einbettung des vopolitischen Bereichs..... | 22 |
| 2.2 .Fragestellung..... | 26 |
| 3. Darstellung und Verbindung relevanter Konzepte unterschiedlicher Forschungsfelder ausgehend von der Fragestellung | 32 |
| 3.1. Beteiligungsorientierte Demokratie und Politische Partizipation..... | 33 |
| 3.2.Migration und Transnationale Räume..... | 49 |
| 3.3.Politische Kulturforschung – Relevante Erkenntnisse im Feld politischer Orientierungen..... | 57 |
| 3.4.Soziales Kapital..... | 69 |
| 3.5.(Politische) Zugehörigkeit..... | 75 |
| 4. Das empirische Feld – relevante Entwicklungen und Hintergründe | 79 |

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 5. Die empirische Studie – | |
| Methodologische Grundlagen und Vorgehensweise | 86 |
| 5.1. Allgemeine Aussagen zur Datenerhebung..... | 91 |
| 5.2. Erhebungsinstrumente: Problemzentrierte Interviews mit Narrativen Elementen und Angaben zur Durchführung..... | 93 |
| 5.3. Die Methode der Datenauswertung – Qualitative Inhaltsanalyse..... | 95 |
| 6. Ergebnisbausteine | 97 |
| 6.1. Ergebnisbaustein A: Migrationsbiographie..... | 97 |
| 6.2. Ergebnisbaustein B: Transnationale Lebenswelten..... | 119 |
| 6.3. Ergebnisbaustein C: Formen und Praxen der Beteiligung..... | 127 |
| 6.3.1. Politische Partizipation..... | 127 |
| 6.3.2. Soziale und kulturelle Beteiligung als Beispiele für den vorpolitischen und lebensnahen Bereich..... | 160 |
| 6.4. Ergebnisbaustein D: Einstellungen und Orientierungen..... | 170 |
| 6.4.1. Heimat- und Zugehörigkeitsgefühle oder „leben, wo es einen hinzieht“..... | 170 |
| 6.4.2. Staatsbürgerschaft und Zugehörigkeit..... | 175 |
| 6.4.3. Demokratie – Reflexion der Bürger_innen..... | 182 |
| 7. Zusammenfassung der Ergebnisse | 191 |
| 8. Abbildungsverzeichnis | 210 |
| 9. Bibliographie | 211 |
| 10. Anhang | 230 |
| 10.1. Abstract..... | 230 |
| 10.2. Leitfaden für problemzentrierte Interviews mit narrativen Elementen..... | 231 |

„Gekommen um zu bleiben, wir gehen nicht mehr weg, gekommen um zu bleiben, wie ein perfekter Fleck. (...) ist dieser Fleck erst in der Hose ist er nicht mehr raus zu reiben. (...) Wir gehen nicht, aber wenn wir gehen, dann gehen wir in Scheiben, „Entschuldigung ich sagte: wir sind gekommen, um zu bleiben.“¹

1. Einleitung

Die Welt befindet sich in Bewegung, die Gesellschaft in Veränderung. Diese lapidare, doch treffende und elementare Aussage kann über die Zeit hinweg für vielfältige Entwicklungen herangezogen werden. Sie weist auf gesellschaftspolitische oder sozioökonomische Umbrüche hin und gilt als Ausgangspunkt dutzender Debatten. So lässt sich diese Aussage auch auf all jene Veränderungen und Prozesse beziehen, die Migrationsbewegungen zum Thema haben. Denn die Geschichte und die politischen Entwicklungen Österreichs lassen sich ohne einen intensiven Blick auf Ein- und Auswanderungen im jeweiligen Kontext der Zeit nicht deuten. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stehen diese Prozesse in enger Verbindung mit den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. Vor allem in den 1960er und 1970er Jahren war Österreich ein Hotspot jugoslawischer Arbeitsmigration. Die Arbeitsmigrant_innen wurden nicht nur mit offenen Armen und wohlklingenden Worten empfangen, sondern von der damaligen, österreichischen Bundesregierung unter großen Bemühungen angeworben.²

Die Jahre vergingen, die Gastarbeiter_innen blieben. Sie lebten ihr Arbeitsleben in Österreich und verbrachten ihre spärliche Freizeit in den Dörfern und Städten am Balkan. Obwohl ihre Kinder in Österreich geboren wurden und aufwuchsen, verlor die alte Heimat nicht an Bedeutung. Im Gegenteil, die emotionale Verbindung wurde durch unzählige Wochenend- und Ferienbesuche, die dank der geographischen Nähe bewältigbar waren, zusätzlich gestärkt. Diese Generation führte ein Leben auf der Überholspur der Autobahn, ein hartes Leben auf den Straßen zwischen Wien-Maribor-

¹ Dieses Zitat stammt aus dem Lied „Gekommen um zu bleiben“ der deutschen Band „Wir sind Helden.“

² Vgl. auch Kapitel 4 über das empirische Feld – Relevante Entwicklungen und Hintergründe

Ljubljana-Zagreb-Banja Luka-Sarajevo- Novi Sad-und- Belgrad.³ Für die Kinder avancierte das Auto, die Fahrt „hinunter“,⁴ zum Ort der Entgrenzung, zu einer Zwischenzone der Welten. Die Eltern hingegen dachten im Einklang mit der gängigen, österreichischen Migrationspolitik,⁵ denn für sie war klar, eines Tages „nach Hause“⁶ zurückzukehren. Doch die Balkankriege der 1990er Jahre verpassten ihren Wünschen einen gehörigen Dämpfer. Mühsam aufgebaute Häuser wurden zerbombt, angespartes Geld für Verwandte im Kriegs- und Krisengebiet ausgegeben. Der Traum der Rückkehr bröckelte mit jedem weiteren Kriegsjahr, eine undefinierbare Sehnsucht nach einem folklorischen Leben aus Kindheitstagen blieb. Die österreichische Gesellschaft spürte die Auswirkungen der Kriege unter anderem durch die massiven Flüchtlingsströme aus Bosnien-Herzegowina Anfang der 1990er Jahre (1992-1995).⁷

Die Kinder der Gastarbeiter bekamen Gesellschaft. Die Flüchtlingskinder teilten von nun an mit ihnen das Klassenzimmer. Ein Leben ohne Bezug zum Krieg wurde für ex-jugoslawische Bürger_innen undenkbar. Später wurde dieser Zustand von permanenten Postkonflikts- bzw. Postkriegsdebatten abgelöst. Der Krieg blieb in den Köpfen der Menschen in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung bestehen. Die Kinder wuchsen mit ihm auf, während die Eltern gespannt die politischen Entwicklungen der 2000er Jahre verfolgten. Die Lage beruhigte sich, der sozioökonomische Zustand der ex-jugoslawischen Nachkriegsländer blieb weiterhin schlecht. Die Kinder der Gastarbeiter- und der Flüchtlingsgeneration richteten sich ihr Leben abseits

³ Diese Städte sind nur eine exemplarische Auswahl, um die Vielfaltigkeit und Heterogenität der Herkunftsländer aufzuzeigen.

⁴ Begriffe wie „Hinunter“ und „Runter“ fahren werden in der empirischen Studie von den Interviewpartner_innen für die Grenzgänge von Österreich ins Herkunftsland der Eltern genannt. „Hinunter“ fahren umfasst in der Assoziierung der Befragten weitaus mehr als den Übertritt der Grenze. Vielmehr spiegelt sich in diesem Begriff ein Lebensgefühl wider, eine Art zu leben und eine undefinierbare Sehnsucht nach einer integrierten Lebensart.

⁵ Lange Jahre herrschte in Österreich die Annahme, die Gastarbeiter_innen würden nach getätigter Arbeit wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Staatliche Migrationspolitiken spiegeln diese Herangehensweise wider. De facto war und ist Österreich auch heute ein Einwanderungsland. Vgl. dazu u.a. Langthaler 2010, Fassmann 2006

⁶ Vgl. Kapitel 6.4.1. Heimat- und Zugehörigkeitsgefühle oder „leben, wo es einen hinzieht“, S. 170

⁷ Natürlich gab es auch massive Flüchtlingsbewegungen aus dem Kosovo 1999 und anderen ehemals jugoslawischen Staaten wie Serbien und Kroatien. Detaillierte Zahlen können unter www.statistikaustria.at eingesehen werden.

der Träume ihrer Eltern ein, besuchten österreichische Schulen, wuchsen heran und machten sich ihre eigenen Gedanken über die Welt. Dabei emanzipierten sie sich zusehends von der Lebensführung der Eltern. Vielmehr vermischten sie nach eigenem Gutdünken Elemente der alten und der neuen Welt. Dadurch entstanden neue Verbindungen und Zugehörigkeiten über Grenzen hinweg. Die sozialwissenschaftliche Forschung nennt das Leben in „transnationalen, sozialen Räumen“ (Pries 2008).⁸

Während die Kinder sich selbst in zwei Welten verorteten, kam es auf der internationalen Politbühne zu weiteren Neuerungen. Visaliberalisierungen für den Westbalkan Ende der 2000er Jahre sorgten genauso wie der EU-Annäherungsprozess Serbiens und der Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union 2013 für Aufsehen. Ab diesen Zeitpunkten durften die Bürger_innen Kroatiens, Serbiens und Bosnien-Herzegowinas ohne kompliziertes Visaansuchen ausreisen. Eine neue Ära ex-jugoslawischer Migration (nach Österreich) begann. Vor allem Studierende nutzten – befreit von der langjährigen Isolation – die Gelegenheit ins europäische Ausland zu gehen, um dort zu studieren und zu leben.

Ein genauerer Blick auf die unterschiedlichen Wanderungsphasen zeigt, dass sie sowohl die Herkunfts- als auch die Aufnahmegesellschaft unterschiedlich stark prägen.⁹ Denn sowohl Migrations- als auch Integrationsverläufe sind keine geschlossenen Phänomene, sondern dynamische Prozesse, die sich auf den verschiedenen politischen, soziökonomischen und kulturellen Ebenen von Gesellschaften manifestieren. Vor diesem Hintergrund stellt sich für mich als Wissenschaftlerin die Frage, wie die Kinder der Gastarbeiter- und Flüchtlingsgeneration in diesen transnationalen, sozialen Räumen partizipieren

⁸ Vgl. auch Kapitel 3.2. und 6.2.

⁹ Der herkunftslandspezifische Kontext impliziert sowohl die inneren als auch die äußeren staatlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Dazu zählen interne, politische Entwicklungen, z.B. in Bosnien-Herzegowina das ethnische Prinzip, in Serbien und Kroatien Nationalismen und der Umgang mit Kriegsverbrechern. Dann die Beziehung zur Europäischen Union, daraus resultierende Migrationspolitiken, der Umgang mit dem Kriegsverbrechertribunal für die Länder des ehemaligen Jugoslawiens in Den Haag. Die vielfältigen Kontexte verweisen bereits auf die ethnopolitische Heterogenität ex-jugoslawischer Bürger_innen und die unterschiedlichen Typen von Migration wie beispielsweise Gastarbeiter, Asylsuchender, Student, Saisonarbeiter, Familiennachzug, Unbefristeter Aufenthaltstitel.

und wie sie selbst diesbezüglich ihre Möglichkeiten und ihr politisches Interesse einschätzen.

In der soziologischen Literatur zählen die Kinder der Gastarbeiter_innen zur sogenannten „Zweiten Generation“. (Weiss 2007) Für mich schließt “Zweite Generation” aber nicht nur die Kinder der Gastarbeiter, sondern auch die Kinder der Flüchtlinge der 1990er Jahre mit ein. Obwohl nicht in Österreich geboren, wurden sie hier (teil-)sozialisiert. Deshalb wird in dieser Arbeit der Begriff “Zweite Generation” auf jene Personen erweitert, die in den 1990er Jahren als Minderjährige alleine oder in Begleitung ihrer Eltern nach Österreich migriert sind. Relevant dabei ist nicht das Geburtsland, sondern das Aufwachsen in Österreich. Erst der Zusammenschluss beider Bevölkerungsgruppen ermöglicht die Darstellung eines breitgefächerten Panoptikums ihrer transnationalen Lebenswelten und der ihr innewohnenden Partizipationsprozesse. Vor diesem Hintergrund wird in dieser Dissertation anhand qualitativer, problemzentrierter Interviews mit narrativen Elementen der Frage nachgegangen, welche Rolle transnationale Lebenswelten, die Migrationsbiographie, die individuellen Politisierungsprozesse und der vorpolitische oder lebensnahe Bereich¹⁰ bei der Ausgestaltung politischer Partizipation von ex-jugoslawischen Bürger_innen der “Zweiten Generation” spielen.

Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Perzeption der Bürger_innen selbst. Denn qualitativ zu forschen, bedeutet für mich eine relevante, gesellschaftspolitische Fragestellung in ihrer Tiefe zu ergründen, die Befragten selbst zu Wort kommen zu lassen und deren unterschiedliche Sichtweisen auf den Forschungsgegenstand freizulegen. Dabei geht es in erster Linie um die Darstellung des ungenützten Potentials dieser Personengruppe für die österreichische Demokratie jenseits der bloßen Mobilisierung der österreichischen Staatsbürger_innen mit „Migrationshintergrund“ durch

10 Dieter Fuchs zählt in seinen Arbeiten zum vorpolitischen Bereich unter anderem Soziale Sicherheit bzw. sozialstaatliche Leistungen und ökonomische Effizienz. In dieser Arbeit wird der vorpolitische Bereich mit lebensnahen, also sozialem, kulturellem und sportlichem, Engagement erweitert, wobei der Fokus auf dem sozialen Engagement liegt. Vergleiche dazu auch die Fragestellung der Dissertation 2.2.

bestimmte politische Parteien. Vor diesem Hintergrund stellt sich für mich die Frage, wie die Befragten selbst ihre Ausgestaltung bzw. ihre Ausgestaltungsmöglichkeiten von politischer Partizipation überhaupt wahrnehmen? Welche Rolle spielen dabei der vorpolitische Bereich und die Migrationsbiographie? Welche Bedeutung haben in diesem Zusammenhang Zugehörigkeit und politische Orientierungen?

Die Beantwortung dieser Fragen kann jedoch keine lückenlose Beweisführung erbringen. Sie erhebt deshalb weder einen repräsentativen noch in irgendeiner Art vollständigen Anspruch auf die Ausleuchtung der Partizipationsprozesse ex-jugoslawischer Bürger_innen. Sie schärft aber Forschungsfragen, indem sie die Perspektiven einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, nämlich ex-jugoslawischer Bürger_innen in Österreich, sichtbar zu machen versucht. Das geschieht vor dem Hintergrund einer Synthese der Perspektiven unterschiedlicher Forschungsansätze, insbesondere von Konzepten der Demokratie, Partizipations- und Transnationalismusforschung. Sie will damit den Weg für weitere Forschungen erschließen, in denen dann auch eine Nutzung weiterer, auch quantitativer Methoden, gegebenenfalls zu repräsentativen Aussagen führen können. In diesem Sinne wird in dieser Arbeit an unterschiedlichen Stellen und in der Zusammenfassung auf die Relevanz weiterer Forschungen hingewiesen.

Mein Vorwissen und meine Motivation für das Thema der Dissertation basiert einerseits auf einem tiefen, persönlichen Interesse an den ex-jugoslawischen Ländern, und andererseits ist es das Ergebnis vielfältiger Forschungen. Bereits innerhalb meines Diplomstudiums bildete diese Region einen thematischen Schwerpunkt. So handelte auch meine Diplomarbeit von den politischen Entwicklungen Serbiens nach dem Sturz von Slobodan Milosevic. Zwei Forschungsprojekte, die sich mit Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien, ihrer EU-Annäherung, ihrem Transitionsprozess und ihrer Demokratieentwicklung beschäftigten, vertieften mein Interesse und mein Wissen in diesem Bereich. In der Dissertation wollte ich bestehendes Wissen über ex-jugoslawische Bürger_innen und Länder mit Österreich bzw. mit der österreichischen Demokratie verknüpfen und neuen demokratiepolitischen

Fragen nachspüren. Dabei sind zwei konzeptionelle Überlegungen von Bedeutung, die im Folgenden dargestellt werden, und die für die Struktur der vorgelegten Dissertation zentral sind.

Die Relevanz lebensnaher Bereiche für die Demokratie

Die integrationspolitische Relevanz des vorpolitischen oder lebensnahen Bereichs¹¹ wurde in den letzten Jahren von unterschiedlichen Seiten hervorgehoben. Der Expertenrat für Integration¹² erachtet ihn als besonders wertvoll, weil beispielsweise Sportveranstaltungen, ehrenamtliche Tätigkeiten oder soziales Engagement „Begegnungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ermöglichen“ und sie als „Begegnungs- und Lernorte“¹³ fungieren. Sie wirken – angelehnt an die Demokratiestudien Dieter Fuchs (2004/2009) – massiv auf die „Praxis der Demokratie“¹⁴ ein. Die „Praxis der Demokratie“ umfasst alle negativen und positiven Erfahrungen mit Politik, dem politischen System und seinen Repräsentanten oder in der politischen Partizipation im Allgemeinen. Faktoren wie soziale Sicherheit, aber auch die eigene Migrationsbiographie können massiv diese „Praxis der Demokratie“ prägen. Der vorpolitische Bereich und die (politische) Teilhabe an der Gesellschaft stehen also in einem unmittelbaren Zusammenhang. Auch eine transnationale Lebensführung kann die politische Partizipation stimulieren und Integrationsprozesse fördern. Denn durch die Bildung von transnationalen, sozialen Räumen über nationalstaatliche Grenzen hinweg kann spezifisches Wissen sowohl über die Herkunfts- als auch über die Ankunftsgesellschaft zusammengetragen und ausgetauscht werden. (Hunger 2009) Die

11 In dieser Arbeit wird nicht nur der Begriff vorpolitischer Bereich verwendet, sondern auch lebensnaher Bereich bzw. lebensnahes Engagement. Durch diese begriffliche Verwendung soll explizit auf die Alltagsnähe, die Vielschichtigkeit und das Prozesshafte von lebensnahen Bereichen oder Lebenswelten hingewiesen werden. Es geht hierbei um mehr als soziale Sicherung oder ökonomische Standards, was zumeist unter die Definition vorpolitischer Bereich fällt. Lebensnahe Bereiche sind im Alltag der Bürger_innen gegenwärtig und beziehen sich auf verschiedene Ebenen des Lebens und Politikbereiche wie Sport, Freizeit, Kunst, Kultur, Soziales etc.

12 Der Expertenrat für Integration wurde vom Außen- und Integrationsministerium im Jahr 2010 ins Leben gerufen. Der Vorsitzende ist Univ. Prof. Dr. Heinz Fassmann. Der Expertenrat setzt sich aus Wissenschaftlern der Bereiche „Gesundheit und Soziales, Interkultureller Dialog, Sport und Freizeit, Wohnen und die regionale Dimension der Integration sowie Integration von Anfang an“ zusammen. Jährlich erscheint ein Bericht, der als Politikempfehlung zu werten ist. Vgl. letzte Seite des Berichts 2015

13 Vgl. Integrationsbericht des Expertenrates für Integration 2015, S.48

14 Vgl. Ebd. Und Kapitel über die Fragestellung der Arbeit 2.2.

sozialwissenschaftliche Forschung verweist vor diesem Hintergrund auf eine gegensätzliche Annahme. Denn sie geht davon aus, dass transnationale Verbindungen per se negativ konnotiert sind, und dass dadurch auch die Integration in die Ankunftsgesellschaft erschwert werden würde. (Argun 2003) Potenziale, die aus transnationalen Lebenswelten hervorgehen können, werden in der öffentlichen Debatte öfters vernachlässigt. Der Stellenwert des vorpolitischen Bereichs, der bislang weniger intensiv in der sozialwissenschaftlichen Forschung thematisiert wurde, ist also für die Arbeit von zentraler Bedeutung. Er fungiert als eine Art Ressourcen-Potpourri für die politische Partizipation von Bürgern mit Migrationshintergrund¹⁵, was die empirische Studie im kleinen, qualitativen Rahmen aufzugreifen und darzustellen versucht. In Bezug auf die politische Partizipationsforschung wurden bislang eher Analysen über die Einbindung von Migrant_innen in politische Institutionen oder ihr gesetzlicher Zugang zum Wahlrecht sowie die Freiwilligenarbeit bzw. ehrenamtliches Engagement in Verbindung mit (Migrant_innen)Vereinen diskutiert. (Reiser 2009; Waldrauch/Sohler 2004) Diese Dissertation schlägt einen anderen Weg ein und versucht von unten, über die Perspektive des Forschungsgegenstandes per se, einen Beitrag zur Debatte über ex-jugoslawische Migrant_innen und ihre Erfahrungen mit demokratisch-politischer Partizipation zu leisten.

Politikwissenschaftliches Arbeiten bedeutet auch den Versuch zu unternehmen bestehende Machtverhältnisse kritisch zu reflektieren und gesellschaftliche Fragen aus der Perspektive der Bürger zu analysieren. Vor diesem Hintergrund geht es also weniger darum eine Analyse traditionell-politischer Partizipationsformen durchzuführen oder das klassische Ressourcenmodell in Bezug auf die Beweggründe politischer Partizipation anzuwenden, sondern es soll ein Blick auf jene vorpolitischen Faktoren geworfen werden, die bislang nur vereinzelt in den klassischen Partizipationsdebatten Einklang gefunden haben. Dieser Zugang spiegelt sich auch im theoretischen Teil der Arbeit

15 In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird der Begriff „Migrationshintergrund“ ambivalent diskutiert, da er auf eine ethnische Zuweisung abzielt. An dieser Stelle wird zwar für einen sensiblen Umgang mit Zuschreibungen und Definitionen plädiert, trotzdem taucht dieser Begriff in der Arbeit auf, auch weil er von den interviewten Personen selbst verwendet wurde. Trotz seiner Verwendung kann mit Zuschreibungen kritisch umgegangen werden.

wider, denn dort wurden um die Grenzen der bisherigen Ansätze zu überschreiten, Ansätze zusammengebracht, die ansonsten nur getrennt behandelt werden und auf den ersten Blick wie ein Sammelsurium unterschiedlicher Ideen und Denkrichtungen der großen Spannungsfelder Migration, Partizipation, „Integration“¹⁶ und Demokratie scheint. Beim Lesen verflüchtigt sich dieser Eindruck jedoch schnell und legt meine theoretische Herangehensweise frei, nämlich die Konzentration auf den Forschungsgegenstand. Theoretische Ansätze wurden also bewusst ausgewählt und im Bezug zur Fragestellung resümiert. Das Grundverhältnis von Gemeinschaft und Politik wird dabei im Kleinen auf den Kopf gestellt, um bestimmte Veränderungen der sozialen Lebenswelt gedanklich nachvollziehbar zu machen. Zudem werden durch diese Herangehensweise spezifische Erkenntnisse über einen Teil der ex-jugoslawischen Bürger_innen mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft generiert, wobei deren Vielfalt und deren Heterogenität im Vordergrund stehen. Das kontextbasierte Wissen über politische, soziale und kulturelle Teilhabe im transnationalen Kontext spiegelt brennglasartig Pluralisierungsdynamiken wider und bietet eine adäquate Hilfestellung für die Verortung der empirischen Erkenntnisse in den unterschiedlichen Politikfeldern. Deshalb werden im Auswertungsteil der empirischen Studie am Ende jeden Kapitels bzw. jeden Ergebnisbausteins die wichtigsten Aussagen überblicksartig zusammengefasst. Diese Zuspitzung der Ergebnisbausteine offenbart eine Diagnose des Ist-Zustandes und bietet einerseits die Möglichkeit für weitere Forschungen, und andererseits breitgefächerte Empfehlungen für die österreichische Politik.

16 Der Begriff Integration befindet sich deshalb unter Anführungszeichen, um auf seine ambivalente Bedeutung hinzuweisen. Er wird sehr oft in unterschiedlichen Debatten inflationär für verschiedene Annahmen und Denkrichtungen verwendet und ist nach Perchinig ein „Containerbegriff“ (Perchinig 2010, S.13). Die Definition von Integration siedelt sich laut dem Expertenrat für Integration in der Mitte zwischen assimilierten und multikulturellen Ansätzen an. „Unter Integration in der Einwanderungsgesellschaft wird weiterhin die empirisch messbare und die intentional zu fördernde, möglichst chancengleiche Partizipation an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verstanden, also an vorschulischen Einrichtungen, schulischer Bildung, beruflicher Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Wohnraum, im Bereich des Ehrenamts, an der Politik und an den verschiedensten Schutz- und Fürsorgesystemen im Rechts- und Wohlfahrtsstaat sowie die Anerkennung der österreichischen Werte und die Identifizierung mit selbigen.“ (Integrationsbericht 2015, S. 14, Z.5 ff)

Mit Hilfe einer aussagekräftigen Interpretation problemzentrierter Interviews mit narrativen Elementen wird ein Porträt eines Teils unserer Gesellschaft auf lokaler Ebene nachgezeichnet. Die daraus generierten Erkenntnisse verweisen auf fluide und widersprüchliche Zugehörigkeiten und den selbstbestimmten, aktiven Charakter von Partizipation über Grenzen hinweg.

Die Relevanz transnationaler Sozialräume für die Demokratie

Im letzten Abschnitt über die Relevanz des vorpolitischen Raums wurde auf den Einfluss der Erfahrungen in lebensnahen Bereichen auf die Demokratie beschrieben. Diese Erfahrungen weisen darauf hin, dass im Alltag transnationale Räume für die politische Partizipation von Migrant_innen einen besonderen Stellenwert einnehmen. So ist es nicht verwunderlich, dass dem transnationalen Kontext in dieser Arbeit eine tiefere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Bereits in den letzten Jahren fand in den Sozialwissenschaften eine umfassende Abkehr von sogenannten Assimilationstheorien zur Analyse von Zuwanderung statt. Vielmehr werden Migrationsprozesse heute als transnationales Phänomen betrachtet (Luhmann 1997, Glick-Schiller 1992/1995, Strasser 2009). Durch die rasanten Entwicklungen im Kommunikationsbereich und – für den ex-jugoslawischen Fall besonders charakteristisch – durch die geographische Nähe der Herkunftsländer operieren immer mehr Zuwander_innen in Österreich konstant über Grenzen hinweg. (Pries 2001/2010). Die Anbindung an eine Nation verliert aber unter anderem durch die rechtliche Stellung und durch plural-ausgerichtete Zugehörigkeitsgefühle der Menschen nicht an Bedeutung, sondern die Reichweite und die Möglichkeiten von Zugehörigkeit und Teilnahme an nationaler und herkunftslandbezogener Politik, Wirtschaft und Kultur verändern sich. Ungeachtet dieser Entwicklungen sind es noch immer vorwiegend Nationalstaaten, die die Rahmenbedingungen für (Trans-)Migration und „Integration“ festlegen. Dazu zählen unter anderem die staatlichen Regelungen für Aufenthalt, Erwerbsarbeit, Sozialleistungen und Staatsbürgerschaft (Waldinger/Fitzgerald 2004). Mit diesem eher systemischen Blick auf Migrations- und Integrationsprozesse werden in der Partizipationsforschung Ressourcenmodelle für die Ausgestaltung und die Intensität von politischer Beteiligung (Vgl. Ergebnisbaustein 6.3.)

herangezogen. Faktoren wie Zeit, höheres Einkommen, Bildung und der Glaube, politisch etwas bewirken zu können, erklären in diesem Zusammenhang starke oder schwache politische Partizipation. In diesen gängigen Standardmodellen werden aber sowohl die Perspektive der Bürger_innen per se, vorpolitische Bereiche und Rückkopplungseffekte nach Fuchs (Vgl. Kapitel 2.2.), transnationale Lebenswelten und die individuelle Migrationsbiographie sowie alternative, kulturelle und soziale Beteiligung bei der Analyse von Partizipation vernachlässigt. Dadurch geht das Wissen über bestehende Aktivitäten und Beteiligungspotential verloren. In dieser Arbeit wird der Versuch unternommen gerade diese Bereiche empirisch tiefer gehend zu beleuchten und aufzuzeigen, in welcher Weise sie auf die Ausgestaltung von politischer Partizipation einwirken können. Zudem wird für eine Aufwertung dieser Bereiche bei der Analyse von Integrations- und Beteiligungsprozessen plädiert.

***Die Relevanz des empirischen Feldes –
Ex-jugoslawische Bürger_innen in Österreich***

Die Pluralisierung von Gesellschaft ist eine der nachhaltigsten Folgen von Zuwanderung. Dadurch bildet sich ein konstant hoher oder wachsender Anteil von Bürgern mit Migrationshintergrund. Diese Entwicklungen kann man gut in der heimischen Statistik nachvollziehen. So besagt eine von Statistik Austria durchgeführte Studie über „Migration und Integration“, dass gegenwärtig 32,4 Prozent der österreichischen Wohnbevölkerung einen Migrationshintergrund besitzt. 18,9 Prozent davon stammen aus Teilen des ehemaligen Jugoslawiens und stellen mit insgesamt 298.096 (120.886 davon in Wien) zusammen die größte Einwanderungsgruppe der Drittstaatländer in Österreich dar (2002: 306.153 Personen). Werden diese Personen nach Herkunftsland aufgeschlüsselt, entfallen 90.963 auf Bosnien-Herzegowina (Wien: 19.841), 61.959 auf Kroatien (Wien:17.596) und 112.477 auf Serbien (Wien: 69.438). Zu diesen Zahlen, die nur die Staatsbürgerschaft dokumentieren, müssen noch jene Personen gerechnet werden, die zwar bosnischer, kroatischer oder serbischer Abstammung sind, im Laufe der Zeit aber die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen haben. Alleine zwischen den Jahren 2003 und

2013 wurden – trotz kontinuierlich, verschärfter gesetzlicher Regulierungen – aus diesen Staaten insgesamt 94.110 Personen eingebürgert.

Diese Zahlen zeigen zwar die fortschreitende Pluralisierung der österreichischen Gesellschaft im Allgemeinen an, aber sie geben keine nähere Auskunft über deren innere Zusammensetzung oder deren transnationale Dynamiken. Während die strukturellen und sozioökonomischen Bedingungen für Migration und „Integration“ durch unterschiedliche sozialwissenschaftliche Disziplinen bereits gut erforscht wurden, gibt es nur wenige Analysen über die tatsächlichen politischen (Werte-)Orientierungen, Partizipationspraxen und das Interesse an demokratischer Politik von ex-jugoslawischen Bürgern in Österreich. Eine solche Analyse der politischen Kultur der Immigrant_innen stellt so etwas wie ein Blick von unten bzw. vom Inneren der Gesellschaft dar. Für eine Abschätzung von bevorstehenden essentiellen demokratiepolitischen Themen wie eine wachsende Politikverdrossenheit, die Krise der Europäischen Union, dem Aufschwung alternativer Partizipationsformen bei zeitgleichem Rückgang der Wahlbeteiligung und dem Fortschreiten transnationaler Lebenswelten ist diese Erkundung von immenser Bedeutung. Vor diesem Hintergrund sind Themen wie Migration, „Integration“, Demokratie und Partizipation heute aktueller und brisanter denn je. Diese Dissertation will einen Beitrag zu einem differenzierten Bild auf die ex-jugoslawischen Bürger_innen in Österreich und ihre(transnationalen)Partizipationsprozesse leisten. Diese Bevölkerungsgruppe und ihre Geschichte ist unbestritten Teil der nationalen Geschichte Österreichs.

Durch die Vereinigung der theoretischen Perspektiven von Migrations- Demokratie- und Partizipationsforschung sollen Demokratie relevante Erfahrungen dieser Bevölkerungsgruppe sichtbar gemacht werden. Für diese Einsichten ist ein breiter Begriff des Politischen erforderlich. Was politisch ist und was demnach zur politischen Teilhabe zählt, unterliegt der wissenschaftlichen Definitionsarbeit. Enger gefasst, werden unter politischer Partizipation all jene Aktivitäten verstanden, die direkten Einfluss auf den politischen Willensbildungsprozess nehmen. (Oltenau /De Neve 2012) Politisch Partizipation wird aber nicht nur dann bedeutend, wenn sie

stattfindet, sondern auch wenn es nicht dazu kommt. Nichthandeln ganzer Bevölkerungsgruppen ist ebenfalls eine wesentliche Realität des politischen Lebens.

Davon ausgehend rücken die Rahmenbedingungen, die Netze und Schnüre, die das große Ganze, zusammenhalten und stückweise helfen, die (sozialen) Bedingungen für Politik und Demokratie zu schaffen oder zu gestalten (Mouffe 2007) in den Blick. Vor diesem Hintergrund wird der Fähigkeit und der Analyse der Bedingungen einer Befähigung zur politischen Mitsprache ein ebenso hoher Stellenwert eingeräumt wie der politischen Mitentscheidung. Welche Rolle dabei die formellen Institutionen der Demokratie spielen, bleibt abzuwarten. Unumstritten dabei ist, dass sich die Potentiale, die dem staatlich organisierten Gemeinwesen durch die Fokussierung seiner Bürger_innen auf alternativ-politische oder lebensnahe Beteiligung verloren gehen, auf den Zustand und auf die Entwicklungsmöglichkeit der (partizipatorischen) Demokratie auswirken.

2. Einführung in den Gegenstand der Arbeit

2.1. Stand der Forschung

Die Einwanderung von Personen mit ex-jugoslawischer Abstammung nach Österreich (nach 1945) kann in verschiedene Phasen unterteilt werden. Die erste Einwanderungswelle umfasste die Arbeitsmigration aus Jugoslawien in den 1960er und 1970er Jahren. Im Jahr 1973 waren 78 Prozent der österreichischen Gastarbeiter jugoslawische Staatsbürger (zw. 1961-1972: 265.000) (Fassmann 2007). Zu dieser Zeit wurden auch die ersten jugoslawischen Vereine gegründet wie beispielsweise „Jedinstvo“ in Wien. Die Hauptgründe für Migration waren ökonomischer Natur und mit der Annahme eines temporären Aufenthalts verbunden. Die zweite Einwanderungsphase umspannte die 1990er Jahre. Als Auslöser galten die Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo. (Dzihic 2010) Gesamtjugoslawische Vereine zersplitterten in dieser Phase in ethnisch-organisierte Untergruppierungen. Ethnizität wurde politisiert und diente

entweder als Motivationsquelle für humanitäres Engagement im Herkunftsland („bounded solidarity“) oder zur transnationalen Positionierung ethnonationalistischer Netzwerke und Ideen (Vertovec 2012). Mit den Visaliberalisierungen Ende der 2000er Jahre (2009: Serbien, 2010: Bosnien-Herzegowina) und der Aussicht Kroatiens auf einen Beitritt zur Europäischen Union (2013) wurde eine neue Ära der Wanderung eingeleitet, die es ermöglichte den Staatsbürgern aus diesen Ländern visafrei in den Schengenraum einzureisen. Parallel zu diesen Entwicklungen verschärfte Österreich kontinuierlich seine Einwanderungsgesetzgebung (Fassmann 2007/ Langthaler 2010) und es kam zu einer ideellen Neuausrichtung bestehender ex-jugoslawischer Migrant_innen-Vereine in Österreich. Angespornt durch die fortwährende instabile, politische und ökonomische Lage in den Herkunftsländern, richteten die Vereine ihr Augenmerk zunehmend auf Integrationsangelegenheiten, sportliche Aktivitäten und kulturelle Brauchtumspflege. (Bratc 2010) Die Analyse von Selbstorganisationen von Migrant_innen wurde in den Sozialwissenschaften besonders stark betrieben. Ebenso stark standen Analysen zum Thema „Integration“ oder dem Gastarbeiterregime lange Zeit im Zentrum der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit. Unter anderem wurden die Bedeutung von strukturellen (u.a. Zugang zu Arbeit, Wohnen, Bildung), kulturellen (z.B. Sprache) sowie sozialen und emotionalen (z.B. interethnische Freundschaften) Faktoren der Integrationsprozesse und dahingehende Marginalisierungen diskutiert. Zudem wurde die Bedeutung der zweiten (und auch dritten) Generation in diesen Prozessen vor allem aus soziologischer Sicht beleuchtet (Weiss 2007). Das Hauptaugenmerk soziologischer und sozialanthropologischer Migrationsstudien lag in diesem Zusammenhang lange Zeit auf der Frage, was „Integration“ in Österreich fördern bzw. erschweren kann. Dabei wurde Zuwanderern oftmals ein „Zugehörigkeitsdilemma“ zugeschrieben, dass die Annahme impliziert, sie müsse sich entweder für oder gegen die Herkunftsgesellschaft entscheiden. Transnationale Entwicklungen zeigen jedoch, dass sich politische Orientierungen und Partizipation nicht mehr in einer oder zwischen zwei Gesellschaften manifestieren, sondern in neuen, sozialen Lebenswelten, die viel dynamischer und teils auch widersprüchlicher sind als ursprünglich angenommen. Das gilt insbesondere für die ex-

jugoslawischen Migrant_innen in Österreich, die durch die geographische Nähe der Herkunftsländer besonders intensiv den Einflüssen beider Gesellschaften ausgesetzt sind. Dies führt zu gemischten Formen der politischen und sozialen Beteiligung, die es zu erforschen gilt. Wiener Ethnomedien wie beispielsweise KOSMO, BIBER oder OKTO TV greifen diese veränderten Realitäten in ihrer Kommunikation und ihrem Agenda-Setting auf und eröffnen Bürgern mit ex-jugoslawischer Abstammung soziopolitische Beteiligungsvorstellungen abseits der klassisch-traditionellen Sport- und Kulturvereine.¹⁷

2.1.1. Ausgewählte Aspekte der Migrations- und Demokratiedebatten

Da die Literatur zur Analyse von Migrations- und Demokratieprozessen sehr umfangreich ist, wird im folgenden Überblick über den Forschungsstand insbesondere auf jene Diskussionsstränge hingewiesen, die für die Fragestellungen der Arbeit von besonderer Bedeutung sind. Dabei wird besonderes Augenmerk auf Demokratie und Migration gelegt. Denn für die Analyse des empirischen Feldes und durch die Forschungsinteressen der Arbeit ist eine Hervorhebung bestimmter Aspekte von Demokratietheorie und Migrationsdebatte nötig. Die bereits in der Einleitung skizzierte Personengruppe ist für die Auswahl bestimmter theoretischer Konzepte deshalb von Bedeutung, da sie nicht immer – aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft – formell berechtigt ist politisch zu partizipieren. Umso wichtiger ist es einen Begriff von Politik und Demokratie zu verwenden und zu skizzieren, der die Aktivitäten und erworbenen sozialen Handlungsfähigkeiten im vorpolitischen Raum miteinschließt. Dafür ist es von Bedeutung einen Demokratiebegriff zu nutzen, der sich nicht auf formelle Institutionen und formelles Agieren beschränkt, sondern die Veränderbarkeit und die Veränderung der Demokratie durch das Handeln der Vielen in den Blick nimmt. Ebenso ist die betrachtete Gruppe von Menschen durch ihre spezifische Form von Migration geprägt. Insofern ist es auch wichtig, jene Konzeption von Migration herauszustreichen, die mit dem Transnationalismus verbunden ist.

17 Vgl. dazu das vielfältige Veranstaltungsprogramm von Okto.tv und kosmo: www.okto.tv, www.kosmo.at und vor allem Kapitel 5 der Arbeit über das empirische Feld, das alle relevanten Daten, Fakten und Entwicklungen über ex-jugoslawische Bürger_innen in Österreich kompakt zusammenfasst.

Bestimmte Demokratiebegriﬀe schieben formelle Institutionen und starke Akteure in den Vordergrund und vernachlässigen dabei das Alltagshandeln oder überhaupt das Handeln von Burger_innen. Andere Konzepte von Demokratie beziehen sich gerade auf dieses Handeln und seine verändernden Wirkungen auf die demokratischen politischen Systeme. Zu ersteren nennt Fuchs – angelehnt an Bobbio (1987) und Dahl (1989) – minimale Merkmale einer Demokratie (Fuchs 1997) wie beispielsweise die Herstellung und die Gewährleistung der liberalen Grundrechte der Burger_innen durch den Staat (Rechtstaatlichkeit), Gewaltenteilung, politische Partizipation inklusiver freier und fairer Wahlen sowie die gesellschaftspolitische Gemeinwohlorientierung. (Fuchs 1997, S. 261) Aber erst im zweiten – bürgernahen – Verständnis von Demokratie wird der Verankerung politischen Handelns in sozialen Verhältnissen und den sich verändernden Wertorientierungen der Burger_innen genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Demokratie wird deshalb als ein Zusammenspiel von Institutionen, Werten und sozialen Strukturen verstanden, in dem der Bürger als Teil des Prozesses der politischen Willensbildung eine zentrale Rolle einnimmt (Segert 2010). Demokratie wird ausgehend von diesem Verständnis durch den Zustand der sozialen Lebensbedingungen der Menschen geprägt. In diesem Sinne sind die sozialen Interessen der Burger_innen politisch relevant (Offe 1987). Demokratie baut zudem auf demokratischen Werten auf, die von der Gesellschaft getragen und unterstützt werden sollen. Obwohl unterschiedliche Demokratiemodelle auf verschiedene Konzepte von Herrschaft miteinander konkurrierender Eliten verweisen, spielt die Legitimitat¹⁸ jener Herrschaft in der Bürgerschaft eine zentrale Rolle. Daraus werden die Stabilität des politischen Systems und seine Unterstützung seitens der Burger_innen gespeist. Legitimität wird durch die Leistungen des Systems für die Burger_innen und einen gemeinsamen Wertekanon erzeugt. Massenhaftes politisches Handeln ist in diesem Sinne ein immanenter Aspekt der Demokratie. Im demokratischen Handeln sind die Institutionen der Demokratie Teil des Alltags der Burger_innen. Sie unterliegen in diesem Handeln (und nicht nur in dem der Politiker_innen) einer beständigen Umformung und Erneuerung. Demokratie ist demnach

18 Zum Beispiel: liberale Demokratiemodelle oder Soziale oder partizipative Demokratiemodelle, Vgl. Schmidt 2000

„eine auf Dauer gestellte Revolution, also ein ständiger Umbau von Institutionen und Verfahren unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung neuer Themen, neuer AkteurInnen, neuer Beteiligungspraktiken.“ (Demirovic: S.88)

Diese Argumentationsweise rückt auch die Debatten von „radikaler Demokratie“ (Mouffe 2007/2008) und Diskussionen über die „Demokratisierung von Demokratie“ in den Vordergrund. (Koopmans 1995, Offe 2003) Hier geht es in erster Linie darum, veränderte Interessen und Lebenswelten der Bürger_innen zu berücksichtigen und ihre Teilhaberechte zu erweitern. Die vorhandene institutionelle Struktur erscheint in dieser Sichtweise immer auch als veraltet oder defizitär. (Kreisky/Löffler 2012) Auch die postkoloniale Forschung (Said 2009, Bhabba 1990, 2000, Spivak 2008) setzt interessante Akzente. Denn sie beschäftigt sich sehr stark mit politischen Repräsentationen und deren Kritik auf Subjekt- und Organisationsebene. Der in diesem Zusammenhang oft verwendete (sinngemäße) Slogan „eine Stimme zu haben, aber stimmlos zu sein“, verweist auf die (Un-)Möglichkeit für sich und für andere zu sprechen¹⁹ und wird zusehends auch bei der Kritik an der politischen Ansprache von Migrant_innen durch Parteien verwendet. An dieser Stelle berühren sich Migrations- und Demokratiedebatten. Das Bindeglied ist die politische Partizipation von Migrant_innen. Dabei wird Migration – genauso wie Demokratie – als (sozialer) Prozess verstanden. (Castles 2005)

In der politikwissenschaftlichen Migrationsforschung stehen unter anderem die Analyse von nationalstaatlicher Steuerbarkeit und die Kontrolle von Migration sowie transnationale und kritische Migrationstheorien im Vordergrund. Unter Migrationspolitik werden jene politischen Maßnahmen zusammengefasst, die Migrationsbewegungen dokumentieren, und die versuchen sie in irgendeiner Art und Weise zu steuern. Die politikwissenschaftliche Literatur diagnostiziert hier eine Kluft zwischen migrationspolitischen Zielen und ihren realen Ergebnissen (policy goals vs. Policy outputs) (Atac/Gouma 2012). Dahingehend wurden bereits sehr viele Debatten geführt. Zentral dabei sind

19 Vgl. u.a. Debatten über Eurozentrismus und westliche Hegemonien; Sebastian Conrad/Randeria Shalini 2002

Fragen rund um strukturelle Ungleichheiten, nationale Migrationspolitiken und ökonomische Integrationsprozesse. Die an der Universität Wien angesiedelte Forschungsgruppe INEX und die Plattform Migration beschäftigen sich zum Beispiel mit Fragen zu Inklusion/Exklusion, Flucht und Asyl und mit Prozessen, Akteuren und Institutionen im Kontext von Migration/„Integration“ und Differenz (Atac/Gouma 2012, Rosenberger 2012). Zudem analysiert die politikwissenschaftliche Migrationsforschung neben den politischen Mechanismen der Migration auch den Stellenwert von (globalen) Rechten. Hier greift die Migrationstheorie einen wichtigen Aspekt des Demokratiebegriffs auf, nämlich die grundlegenden, normativen, universellen Prinzipien wie der Zugang zu zivilen, politischen und sozialen Rechten. (Marshall 1963) Dieser Zugang wurde mit der Zeit immer wieder diskutiert und auch erweitert. (Stobbe 2004) Als praktisches Ergebnis dessen kann die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts auf kommunaler Ebene für EU-Bürger_innen betrachtet werden. In diesem Zusammenhang wurde auch vermehrt über die Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit einer „postnationalen“ oder „transnationalen“ Staatsbürgerschaft debattiert. (Soysal 1994) Durch diesen transnationalen Kontext und die EU-Richtlinien werden nationalstaatliche Migrationspolitiken überlagert. Trotz allem bleibt der Nationalstaat federführend bei der Implementierung von Gesetzen rund um „Integration“ und Zuwanderung. (Sassen 1996) Diese Argumentationslinien gelten aber nur für reguläre bzw. dokumentierte Migrationsbewegungen. Irreguläre oder undokumentierte Migration wird nicht erfasst und fällt sozusagen aus dem (staatlichen) Rahmen. Daraus haben sich unterschiedliche Migrationsgruppen mit unterschiedlichen Zugängen zum Arbeitsmarkt, staatlichen Leistungen, Aufenthalt und politischen Rechten herausgebildet. (Biffl 2011).²⁰ Im politischen Fokus steht dabei das Staatsbürgerkonzept, also die Konzentration auf die Rechte und Pflichten der Staatsbürger_innen und der Mehrheitsgesellschaft.

Die geographische und soziologische Migrationsforschung problematisieren hingegen neben den durch Wanderungsprozesse resultierenden

20 Vgl. auch Debatten über rechtliche Stratifizierung

Herausforderungen für die Aufnahmegesellschaft auch die Ursachen von Migration und die Wechselwirkung von so genannten Push- und Pull-Faktoren (Fassmann 2006/2015). Als negativ besetzte Push-Faktoren gelten unter anderem die schlechte, sozioökonomische Lage im Herkunftsland sowie Kriegserfahrungen, die einen gewissen Migrationsdruck erzeugen können. Die Anreize des Ziellandes (z.B. Lohnniveau, soziale Sicherheit), also die Pull-Faktoren, sind positiv konnotiert und können dadurch die Motivation zur Auswanderung fördern (Scheuringer 2006). Migrationsursachen lassen sich demzufolge sowohl im Aufnahme- als auch im Sendeland ausmachen. Eine andere sozialwissenschaftliche Debatte konzentriert sich eher auf die Analyse von Migrationsprozessen in den Aufnahmeländern. Dieser Zugang findet sich vor allem in Theorien über die Bedingungen und Prozesse der Assimilation bzw. Absorption von Migrant_innen im Empfängerland. (Vgl. Han 2005/2010)²¹ Vertreter dieser Theorien sahen Migrations- und Integrationsprozesse als Phasen oder Zyklen an, die nacheinander in einer bestimmten Reihenfolge ablaufen hatten und deren Ziel die vollständige Assimilation in der Aufnahmegesellschaft darstellte. Rückblickend konnte sich dieser Zugang nicht behaupten und stieß auf erhebliche Kritik. Die Linearität dieser Prozesse wurde genauso in Frage gestellt wie die Annahme, dass sich im Endstadium des Assimilationsprozesses ethnische Differenzen zur Gänze auflösen würden. Obwohl Assimilationstheorien in weiterer Folge überarbeitet wurden²² und der Versuch unternommen wurde, das Stigma der „Amerikanisierung“ auszumerzen, blieben ihre Erklärungskraft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zusehends auf der Strecke. (Han 2006) Als Pendant dazu wurden Theorien zur ethnisch-pluralistischen Gesellschaft entwickelt, die ihre Ursprünge in den US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegungen hatten.²³ Sie wurden zur Erklärung von andauernden ethnischen Differenzen und zur ungleichen sozialen Schichtung von Gruppen herangezogen.²⁴

²¹ Petrus Han gibt in diesem Standardwerk über die Soziologie der Migration Auskunft über verschiedene Migrationstheorien, so auch von Robert E. Park und Ernest W. Burgess und Charles Price 1969

²² Vgl. ebd. und die Konzepte von Milton M. Gordon, Samuel N. Eisenstadt

²³ Vgl. ebd. und die Konzepte von Nathan Glazer/Daniel Patrick Moynihan; später Kritik durch Stephen Steinberg)

²⁴Vgl. dazu auch Debatten über Demokratie und Pluralismus;

Mit den politischen Umbrüchen der 1990er Jahre kam es zusehends zu einem Paradigmenwechsel in der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung. Die Debatten wurden nicht mehr durch die klassischen Migrationsansätze, die vor allem die „Integration“ von Migrant_innen in der Aufnahmegesellschaft beleuchteten, dominiert, sondern durch die Erklärung von Migrationsprozessen als transnationale Phänomene. Die Begründerinnen dieser aus den USA stammenden Denkrichtung sind die Kulturanthropologinnen Linda Basch, Nina Glick-Schiller und Christina Szanton Blanc. Sie gingen – aufbauend auf der Analyse von Migrationsbewegungen aus der Karibik, aus Mexiko und aus den Philippinen in die USA – davon aus, dass durch die Entwicklungen im Kommunikationsbereich immer mehr Migrant_innen zwischen Herkunfts- und Zielland dauerhaft zirkulieren und sich engagieren. Diese neue Theorie eines „Transnationalismus“ konstruierte einen neuen Migrationstypus. Der Ansatz des Transnationalismus umfasst jene sozialen Felder, die über nationalstaatliche Grenzen hinaus erschlossen werden. Durch diese „social fields“ entstehen neue soziale, politische, kulturelle, kommunikative und ökonomische Beziehungen, Netzwerke und Zugehörigkeiten über eine oder mehrere nationalstaatliche Grenzen hinaus. (multiple Relations; Glick Schiller/Basch/Szanton 1992).²⁵ Im Verlauf der 1990er Jahre wurde die Theorie des Transnationalismus und der Transnationalen Räume auch zusehends im deutschsprachigen Raum zur Analyse von Wanderungsprozessen – hier vor allem im Zuge der EU-Osterweiterung herangezogen (Pries 2001/2010). Auf EU-Ebene diente sie zuletzt als Analyserahmen für grenzüberschreitende Organisationen wie beispielsweise Eurobetriebsräte, Migrant_innen-Vereine und die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen.

2.1.2. Die theoretische Einbettung des vorpolitischen Bereichs

Diese Arbeit geht davon aus, dass demokratische Gesellschaften auf der Teilhabe ihrer Bürger_innen basieren. Vor diesem Hintergrund wird in Migrations- und Demokratiedebatten die Frage laut, wer eigentlich wann zu

25 Vgl. dazu auch Kapitel über transnationale, soziale Räume 3.2 und Ergebnisbaustein 6.2.

einem Mitglied der Gesellschaft wird und wer nicht. Diese Diskussionen – zum Beispiel über die Ausweitung der Staatsbürgerschaftsrechte auf Nicht-Staatsbürger in Bezug auf das Wahlrecht – stellt die nationalstaatliche Demokratie vor Herausforderungen. (Bauböck 2003/2005) Dauerhafte Grenzübergänge aus beruflichen oder privaten Zwecken von Menschen trüben jene Demokratievorstellungen, die einhergehen mit der Annahme, dass Bürger_innen sich ihr Leben lang in nur einem Staat bzw. an einem Ort aufhalten müssen. (Stobbe 2004; Sassen 1996) Parallel zu diesen Entwicklungen werden neue Fragen bezüglich politischer, sozialer, ökonomischer und auch kultureller Zugehörigkeit und Teilnahme an einer Gesellschaft aufgeworfen. Inwieweit kann das politische Interesse am Aufnahmeland durch formale Rechte überhaupt hergestellt werden? Darüber hinaus können sich Partizipation und Zugehörigkeiten auch abseits formaler politischer Rechte wie beispielsweise dem Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft entwickeln. Möglicherweise kann der Ausschluss auf der rechtlich-regulativen Ebene auch zu einer verstärkten Hinwendung zu alternativen, sozialen oder kulturellen Beteiligungsformen führen und jene wiederum Bedürfnisse nach stärkerer politischer Partizipation erzeugen?

Ausgehend von diesen Überlegungen steht die Frage im Vordergrund, welchen möglichen Beitrag ex-jugoslawische Bürger_innen zur österreichischen Demokratie leisten können. Dabei geht es um mehr als formelle, politische Teilhabe. Denn das empirische Feld umfasst auch eine hohe Zahl an Nicht-Staatsbürger_innen. Deshalb ist es unumgänglich einen Demokratiebegriff zu wählen, der die Bedeutung des vorpolitischen Bereichs hervorhebt. Bisher wurden Migrant_innen nur dann von den politischen Parteien wahrgenommen und umworben, wenn sie die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Mit der Nutzung eines weiten Konzepts von Demokratie ergibt sich eine deutlich andere Perspektive auf ex-jugoslawische Bürger_innen in Österreich und ihre Erfahrungen. Das Konzept der Demokratie von Dieter Fuchs misst dem vorpolitischen Bereich eine hohe Bedeutung bei und wird deshalb in dieser Arbeit als zentraler theoretischer Ausgangspunkt thematisiert. Denn nach Dieter Fuchs lassen sich generell unterschiedliche Ebenen von Demokratie feststellen, wobei wesentlich zwischen der Ebene der Wertemuster der

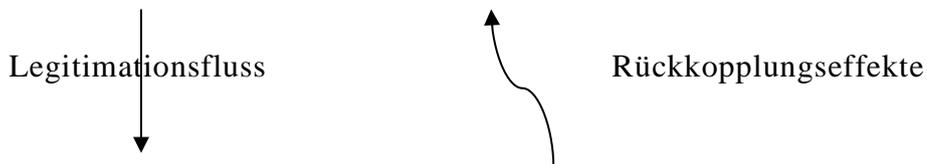
Demokratie (normative Prinzipien) und der implementierten Struktur (konkrete institutionelle Herrschaftsstruktur) sowie deren Performanz (alltägliche Praxis der implementierten Demokratie) unterschieden wird (Fuchs 1997). Die Wertemuster einer Demokratie ergeben sich in der Realität aus den subjektiven Einstellungen und Erwartungen der Bürger_innen an die Demokratie, während die Praxis der Demokratie durch entsprechende demokratiebejahende (positiv, stabilisierend) oder demokratiebehindernde (negativ, erodierend) Praktiken und Erfahrungen der Bürger_innen bestimmt ist (Fuchs/Roller 1994, 2006). Die unterschiedlichen Ebenen sind durch „Rückkopplungseffekte“ von unten nach oben (Fuchs/Roller 1994) miteinander verbunden. Die Praktiken und gemachten positiven oder negativen Erfahrungen mit Demokratie – und somit auch die „Rückkopplungseffekte“ – spiegeln sich einerseits in den normativen Einstellungen zur Demokratie (Ebene der Wertemuster) und andererseits ganz konkret in der Teilnahme bzw. Nicht-Teilnahme am politischen Gemeinwesen wider. Diese Praktiken können neben den strukturellen Bedingungen und Handlungsnormen der Demokratie (z.B. Verfassung) auch durch bestimmte individuelle und objektive Prozesse, Krisen sowie Erfahrungen der Bürger_innen geprägt sein. Hier geht es nach Fuchs vor allem darum, dass die Einstellungen zur Demokratie und die Praxis der Demokratie massiv von vorpolitischen bzw. nicht-politischen Kategorien (Bedingungen) wie beispielsweise individuelle sozioökonomische Sicherheit beeinflusst werden kann.²⁶ In dieser Arbeit wird dieser Gedanke aufgegriffen und mit weiteren vorpolitischen Faktoren wie zum Beispiel dem sozialen und kulturellen Engagement sowie mit den individuellen Migrationserfahrungen bzw. der Migrationsbiografie verknüpft. Zur Veranschaulichung dient Abbildung 2 auf der nächsten Seite.

²⁶Vgl. auch das Konzept der politischen Unterstützung nach Easton 1975; Vgl. Unterkapitel Soziales Kapitel, S. 69

Abbildung 1: „Analyseebenen der Demokratie nach Dieter Fuchs“

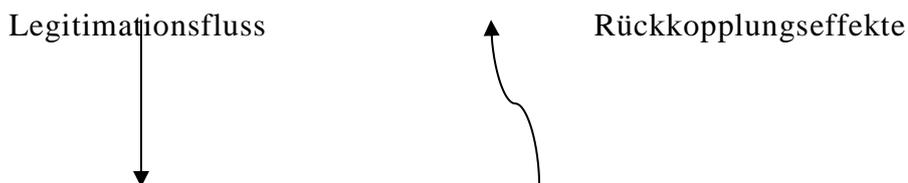
Normative Prinzipien (Wertemuster) der Demokratie

(die im Idealfall von den Bürgern akzeptiert werden)

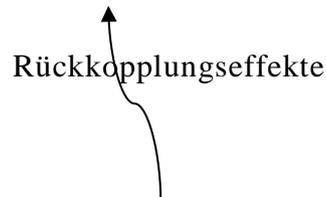


Implementierte Struktur einer Demokratie in einer bestimmten Gesellschaft

(z.B. Verfassung; Grundrechte; Korruption; rechtliche Verstöße; Steuerung von bestimmten Handlungen der politischen Akteure)



Performanz der implementierten Demokratie (politischer Output; Ergebnisse von Handlungen der politischen Akteure)



- Nicht-demokratische Kriterien = Vorpolitischer Bereich

(z.B. sozialstaatliche Leistungen; ökonomische Sicherheit;

lebensnahe Bereiche wie soziales/kulturelles/sportliches Engagement)

- Migrationsbiographie und essentielle Krisen bzw. Lebenserfahrungen

- Transnationale Räume

Quelle: Fuchs, Dieter (1996): Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? In: Göhler, Gerhard: Institutionenwandel. Leviathan,

Zeitschrift für Sozialwissenschaft, S. 258; Abbildung 1; **die roten Markierungen sind meine eigenen Erweiterungen**

Um diese Überlegungen und die daraus abgeleitete Fragestellung (2.2.) zu untermauern, wird im Kapitel drei versucht einerseits eine Verbindung von Konzepten aus verschiedenen Forschungsfeldern wie zum Beispiel Migration- und Transnationalismus, Demokratietheorie – Wirkung vorpolitischer Partizipation auf die Haltung zur Demokratie aufzuzeigen, und andererseits neue Aspekte, die sich aufgrund der Besonderheit des empirischen Feldes ergeben, wie beispielsweise Aspekte der Sozialkapital- und politischen Kulturforschung aufzugreifen und darzustellen. Im Fokus dabei steht immer die Besonderheit des empirischen Feldes (eine spezifische Migrationsbiographie, eine individuelle Beziehung zur Politik, eine potentiell transnationale Aktivität) gekoppelt an die Frage, welches ungenutzte Potential hier – jenseits einer bloßen, parteipolitischen Mobilisierung – für die österreichische Demokratie vorhanden ist.

2.2. Fragestellung

In dieser Arbeit werden individuelle, politische Beteiligungs- und Politisierungsprozesse von Bürger_innen mit ex-jugoslawischer Abstammung der „Zweiten Generation“ in Österreich exemplarisch und von innen heraus analysiert, um so der Frage nachzugehen, welchen Beitrag sie zur österreichischen Demokratie leisten können und wo ungenutztes Potential vorhanden ist. Zur „Zweiten Generation“ werden nicht nur jene Personen gezählt, deren Eltern im Zuge der Gastarbeitermigration nach Österreich gekommen sind, sondern auch jene, die alleine oder mit den Eltern in den 1990er Jahren als Kriegsflüchtlinge migrierten. Relevant dabei ist, dass sie zum Zeitpunkt der Flucht bzw. der Einwanderung noch Kinder oder Jugendliche waren, und dadurch in Österreich aufgewachsen und (teil-)sozialisiert wurden.²⁷ Bewusst wurde auf die ethnisch-semantische

²⁷ Bewusst wird an dieser Stelle ein Bruch zur klassischen Definition von „Zweiter Generation“ vollzogen, da im Vordergrund das Aufwachsen in Österreich steht und nicht ob die Person in Österreich geboren wurde. Das Alter der Befragten liegt zwischen 28 und 40 Jahren.

Differenzierung verzichtet und der Begriff „Ex-Jugoslawien“ bzw. „ex-jugoslawische Bürger_in“ verwendet. Die Frage nach dem Herkunftsland dient in dieser Arbeit nur der geographischen Verortung und zur Unterscheidung der herkunftslandspezifischen Kontexte.²⁸ Nicht gemeint ist in diesem Zusammenhang die Unterteilung in „Ethnien“, also in übergeordnete ethnisch-homogene, starre Identitätskategorien. Obwohl das empirische Feld sicher Zugehörigkeiten mit klarer ethnischer Selbstverortung umfasst, gibt es zweifelsohne auch Mischtypen, deren ethnische Zugehörigkeit keinen primären Identitätsbezugspunkt darstellen (z.B. Selbstbezeichnung als Jugoslawe/-in oder „Jugo-Nostalgiker/-in“). Die ethnische Selbstverortung ex-jugoslawischer Bürger_innen ist demnach nicht eindeutig und kann sich auch abseits der Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes oder Österreich (z.B. bosnische Serben/Kroaten; Mischehen; serbische Roma etc.) konstruieren. Dadurch soll die gängige, „herrschaftliche“ Perspektive über ex-jugoslawische Bürger_innen aufgebrochen werden.

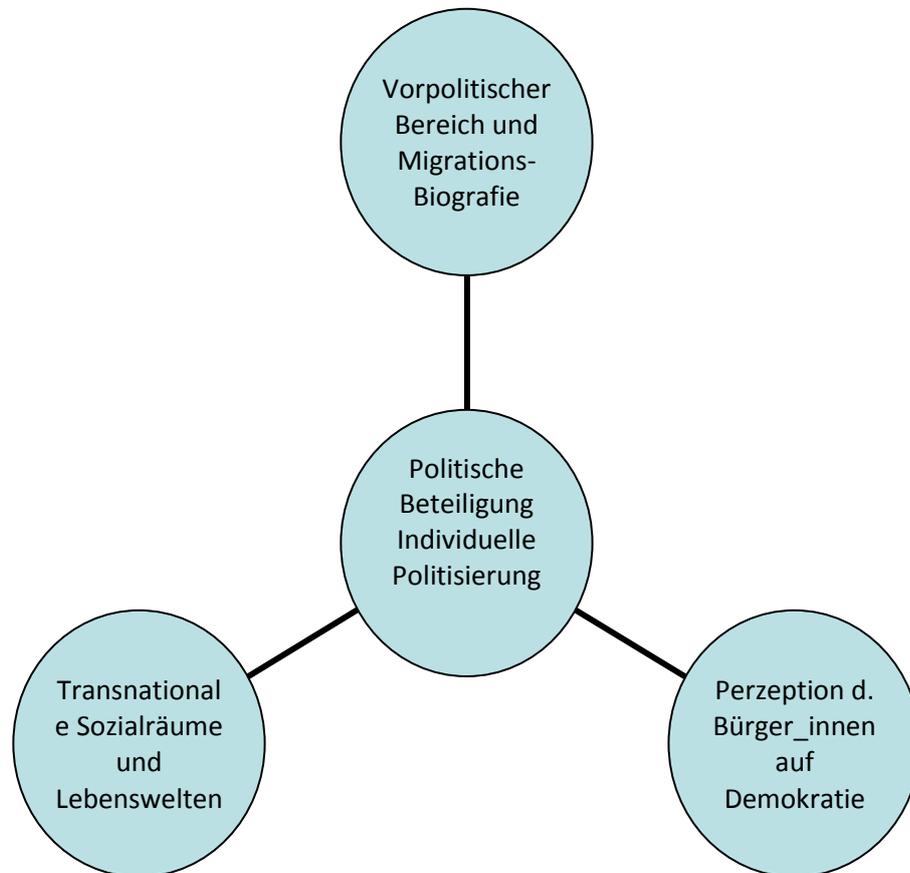
Die politischen Beteiligungs- und Politisierungsprozesse werden in dieser Dissertation als durch unterschiedliche Komponenten bestimmt betrachtet. Neben den gängigen Erklärungsfaktoren und den Standardvariablen des Ressourcenmodells zur Analyse von politischen Partizipationspraxen²⁹, gibt es noch weitere Faktoren, die zur Erklärung für politische Beteiligung herangezogen werden können, die im wissenschaftlichen Mainstream bislang eher vernachlässigt wurden. Das wird besonders deutlich, wenn man sich die transnationale Realität der betrachteten Personengruppe vergegenwärtigt. Solche für den Untersuchungsgegenstand der vorgelegten Dissertation besonders wichtigen Faktoren oder Komponenten sind Teile des vorpolitischen Bereichs, die individuelle Migrationsbiographie sowie die für die untersuchten Personen relevanten transnationalen Räume und Verbindungen. Darüber hinaus nimmt die Analyse der Perzeption der Bürger_innen auf politische

28 Zum Beispiel für die Erklärung von innenpolitischen Entwicklungen der jeweiligen Länder (Vgl. dazu auch Kontextanalyse im Auswertungsteil der Arbeit in den jeweiligen Ergebnisbausteinen)

29 Vgl. Ergebnisbausteine und ihre Zusammenfassung Kapitel 6.1, 6.2., 6.3.; 6.4.; 7

Beteiligung(smöglichkeiten) und ihr politisches Interesse einen zentralen Stellenwert ein. Ausgehend von diesem Bezugsrahmen wurde der Leitfaden für die problemzentrierten Interviews mit narrativen Elementen erstellt. Die Ergebnisse der Interviews sind dabei natürlich durch meine theoretischen Vorannahmen, die Fragestellung und den Bezugsrahmen der Arbeit beeinflusst. Dabei habe ich mich bemüht, in der Interpretation der Sequenzen offen für neue Einsichten in die Wahrnehmung und die Erfahrungen der Bürger_innen zu sein. Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse der Interviews vielfältig und spiegeln die Sichtweise und die Reflexionen der Bürger_innen auf politische Partizipation und deren Formen und Ausprägungen wider. Zudem werden Bezüge zu den individuellen und objektiven, herkunftslandspezifischen Kontexten innerhalb des Auswertungskapitels der empirischen Studie hergestellt. Zur Veranschaulichung der Fragestellung dient folgende Skizze:

Abbildung 2: Grobe Skizzierung des Bezugsrahmens der Fragestellung nach eigener Darstellung



Bei der Analyse von politischen Beteiligungspraxen nimmt der Moment der individuellen Politisierung bzw. das Erwachen des eigenen politischen Interesses als Grundstein politischen Handelns sowie das Vertrauen und das Interesse der interviewten Personen an und in die österreichische und herkunftslandbezogene Politik eine zentrale Rolle ein. Dahinter steht die Annahme, dass die durch Migration bedingte Pluralisierung der österreichischen Gesellschaft nicht nur transnationale Zugehörigkeiten und soziopolitische Beteiligungsvorstellungen schafft, sondern bereits ein prägender und integraler Bestandteil der österreichischen Demokratie ist. In diesem Zusammenhang stellt sich einerseits die Frage, was konkret das Interesse von Zuwanderern an der österreichischen Politik fördern kann, und

andererseits, welches demokratiepolitische Potential alternative politische Beteiligung und lebensnahes Engagement (wie zum Beispiel Kunst, Kultur, soziales Engagement oder Sport) hervorbringen kann.

Vor dem Hintergrund dieser theoretischen Skizze und des darin entwickelten empirischen Demokratiebegriffs wird in der Arbeit der Frage nach den demokratischen Praktiken und Rückkopplungseffekten zwischen Zuwanderern in der Aufnahmegesellschaft und dieser Gesellschaft selbst nachgegangen. Die eigene Migrationsbiographie, die ersten Integrationserfahrungen im Aufnahmeland und die individuellen Politisierungsprozesse in Österreich und in den Herkunftsgesellschaften stellen dabei übergeordnete Faktoren einerseits bei der Hinwendung zu transnationalen oder sozialen Formen der Partizipation oder andererseits bei der Abkehr vom politischen System und seinen Legitimationsinstrumentarium (z.B. Wahlen) dar. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf jenen Prozessen, die Partizipation fördern können und für die alternative Formen der Teilhabe als gesellschaftliche Ressource und nicht als Hindernis gelten.

In der Dissertation wird dabei von der folgenden wesentlichen Annahme ausgegangen:

Der vorpolitische Bereich, die individuelle Migrationsbiographie und die transnationalen Verbindungen zwischen der Herkunfts- und der Aufnahmegesellschaft prägen sowohl das Verhältnis der untersuchten Personengruppe zu Demokratie und Gesellschaft in Österreich als auch deren politische Beteiligung in hohem Maße. Diese Faktoren ihres politischen Verhaltens sind bisher unzureichend im Blick der Migrations- und Partizipationsforschung gestanden. Dabei können die bezeichneten Faktoren auf das politische Verhalten sowohl positiver als auch negativer Art sein.

Eine zweite These lautet, dass Zuwanderern oftmals fälschlicherweise ein „Zugehörigkeitsdilemma“ zugeschrieben wird, verbunden mit der impliziten Annahme, sie müssen sich entweder für oder gegen die Herkunftsgesellschaft entscheiden. Transnationale Entwicklungen zeigen jedoch, dass sich politisches Interesse und demokratische Teilhabe nicht mehr in ein oder

zwischen zwei Gesellschaften manifestieren, sondern in neuen, sozialen Lebenswelten, die viel dynamischer und teils auch widersprüchlicher sind als ursprünglich angenommen. Das gilt insbesondere für die ex-jugoslawischen Bürger_innen in Österreich, die durch die geografische Nähe der Herkunftsländer besonders intensiv Einflüssen beider Gesellschaften ausgesetzt sind. Dies kann zu gemischten Formen und gemischter Perzeption von politischer und sozialer Partizipation führen.

Aus der beschriebenen Fragestellung werden folgende **Forschungsfragen für die empirische Studie** abgeleitet:

1.) Welche Rolle spielen vorpolitische Bereiche (vor allem lebensnahe Bereiche) bei der Ausgestaltung politischer Beteiligung von ex-jugoslawischen Bürger_innen der „Zweiten Generation“ in Österreich? Welche Rolle spielt dabei das soziale (und) kulturelle Engagement (als ein Beispiel für lebensnahe Bereiche)?

2.) Welche Rolle spielt die individuelle Migrationsbiographie bei der Ausgestaltung politischer Beteiligung?

3.) Welche Rolle spielen transnationale Räume und der individuelle Bezug zum Herkunftsland bei der Ausgestaltung politischer Beteiligung?

4.) Welche Rolle spielt der Moment der individuellen Politisierung in der Perzeption der Bürger_innen und wie nehmen sie selbst ihre Ausgestaltungsmöglichkeiten von politischer Beteiligung wahr?

Die Beantwortung dieser Fragen lässt dabei weitere Einsichten in das untersuchte empirische Forschungsfeld erwarten, denn:

- a.) Es werden allgemeine Erkenntnisse über ex-jugoslawische Bürger_innen in Österreich generiert. Im Fokus dabei steht die innere Vielfalt des empirischen Feldes und die Sichtbarmachung einer Pluralisierung der österreichischen Gesellschaft.

- b.) Es werden tieferliegende Erkenntnisse durch die Erhebung von politischen Orientierungen, politischem Interesse, emotionalen Zugehörigkeiten und Teilhabepraxen ex-jugoslawischer Bürger in Österreich erlangt.
- c.) Es werden Erkenntnisse über die Pluralisierung der österreichischen Gesellschaft infolge von Migration und deren Verortung in den verschiedenen Politikfeldern gewonnen. Das ermöglicht einen qualitativen Beitrag zur Diskussion, an welcher Stelle es brachliegendes, ungenütztes Potential für politische Teilhabe gibt und welchen Beitrag Migrant_innen zur österreichischen Demokratie leisten können.

3. Darstellung und Verbindung relevanter Konzepte unterschiedlicher Forschungsfelder ausgehend von der Fragestellung

Die Begriffe Migration und Demokratie umspannen große sozialwissenschaftliche Themenfelder. Oft werden diese Begriffe synonym für politische oder kulturelle Veränderungen gebraucht. Die unterschiedlichsten Phänomene werden durch sie bezeichnet und umrissen. So wird beispielsweise Zugehörigkeit häufig in einem Atemzug mit Identität, Heimatverbundenheit bzw. -losigkeit oder „Integration“ genannt. Hier geht es nicht nur um semantische Unterschiede, sondern auch um differenzierte Bedeutungen und Alltagsdiskurse hinter den Begriffen. Deshalb ist es wichtig, die Hauptbegriffe der Arbeit an dieser Stelle entsprechend der gewählten Fragestellung zu umreißen. Insbesondere geht es darum zu erläutern, was in dieser Studie theoretisch unter Migration, Transnationalität, Demokratie, Zugehörigkeit, (politischem) Vertrauen/Unterstützung und Sozialem Kapital verstanden wird. Die Verwendung dieser Begriffe in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Konzepten macht es notwendig, zuerst besondere Merkmale des in dieser Arbeit verwendeten Partizipationsbegriffs aufzuzeigen, und ihn dann in fundierter Weise mit ausgewählten Migrations- und Demokratiekonzepten zu verknüpfen.

3.1. **Beteiligungsorientierte Demokratie und politische Partizipation**

Beteiligungsorientierte Demokratie

In dieser Dissertation wird die Annahme vertreten, dass Demokratie ohne Bürgerbeteiligung und einem sozialstaatlichen Rahmen nur eingeschränkt funktionieren kann. Das bedeutet, das Konzept von Demokratie, das dieser Arbeit zugrunde liegt, definiert

„Demokratie als ein wertgestütztes Gefüge von Institutionen, eingebettet in soziale Strukturen, in dem der Bürger als Teil des Prozesses der politischen Willensbildung eine zentrale Rolle einnimmt.“ (Segert 2010, S.56)

In der partizipatorischen Demokratietheorie endet im Gegensatz zur „realistischen“ oder „elitischen“ Demokratie die Bürgerbeteiligung nicht beim Wahlakt, sondern geht darüber hinaus. Die partizipatorische Demokratietheorie möchte möglichst viele Bürger_innen in den Prozess der Willensbildung mit einbeziehen. Dahinter steht das Idealbild von politischer und sozialer Gleichheit. (Schmidt 2006) In einer Demokratie geht es diesem Verständnis nach um mehr als nur um Performanz und institutionelle Repräsentation.

„Partizipation umfasst (demnach) jede Form der bürgerlichen Aktivität, auch und gerade wenn sie nicht den konventionellen, vom Staat vorgesehenen institutionalisierten Bahnen verläuft und sich auf Regelungsbereiche erstreckt, die ansonsten dem vorpolitischen Raum zugeordnet werden, wie beispielsweise das Arbeitsleben.“ (Weber 2012, S.224, Z.5ff)

Diese Sichtweise von Demokratie reflektiert eine schrittweise oder eine themenbezogene Erhöhung der Chancen zur Teilnahme an der Gesellschaft. (Dahl 1997 „workplace democracy“). Einen Schritt weiter gehen radikalere oder expansivere Vertreter partizipatorischer Theorie, die sagen, Demokratie und Politik umspannen jeden Lebensbereich. (Hay 2002,

Guggenberger 1995). Diese „Totalpolitisierung“ (Guggenberger 1995, S.87) der Gesellschaft, führt zu der Annahme, dass Demokratie alltagsnah ist. (Mouffe 2005). Demokratie wird sozusagen als Lebensform begriffen und soll in allen gesellschaftlichen Bereichen gelebt werden. Demnach umfasst demokratisches Handeln den Alltag und die persönliche Lebensführung. Diese Definition von Demokratie ist inputorientiert und geht über die Bereiche des Rechts, der Ethik und der Moral hinaus. Demokratisch zu leben, bedeutet dahingehend Respekt vor anderen Menschen zu haben, deren Würde zu beachten und erlaubt keine Diskrepanzen der Werte innerhalb einzelner Gesellschaftsbereiche (Pauder-Studer 2010).³⁰

Demokratie wird als Prozess verstanden, der im Alltag stetig erneuert werden muss. Diese Sichtweise auf Demokratie misst dem Bürger einen hohen Stellenwert bei, der auch innerhalb von Integrationsprozessen deutlich wird. Denn *„Demokratie heißt, dass Menschen, die von Entscheidungen betroffen sind, ein Recht haben, an diesen Entscheidungen beteiligt oder repräsentiert zu sein.“* (Bauböck 2000, S.12)³¹ Entgegengesetzte Entwicklungen untergraben die partizipatorische Demokratie und konterkarieren ihr Versprechen von politischer und sozialer Chancengleichheit. Der Ausschluss einer großen Gruppe von Betroffenen – in Österreich beispielsweise von Nicht-Staatsbürgern – aus dem Prozess der politischen Willensbildung kann zu einer Gefährdung und Legitimitätskrise der liberalen Demokratie führen. Grundlage für die Debatte ist unter anderem die Verknüpfung von Staatsbürgerrechten und politischen Rechten. (Bauböck 2006) Auch das Wahlrecht ist in Österreich exklusiv³² an die Staatsbürgerschaft gekoppelt.

Die Exklusion von Migranten manifestiert sich aber nicht nur auf der politisch-rechtlichen Ebene (z.B. Einreise- und Aufenthaltsrecht), sondern

³⁰ Vgl. dazu die Dokumentation auf okto.tv. vom 6.1.2010 und das Interview mit Herlinde Pauder-Studer

³¹ Rainer Bauböck, Interview in „Stimme von und für Minderheiten“, Nr.34; 2000

³² Mit Ausnahme des Rechts der EU-Bürger_innen, die in Österreich leben, an den Wahlen in den Gemeinden und zum EU-Parlament teilzunehmen.

auch in anderen Lebensbereichen wie beispielsweise im Schulsystem, auf dem Arbeitsmarkt und im öffentlich-medialen Diskurs. Durch die Negation des Prinzips von „quod omnes tangit de omnibus approbetur“ (was alle betrifft, soll von allen gebilligt werden)³³ werden auf unterschiedlichen Ebenen partielle Ausschlüsse sichtbar. Im Bereich der politischen Partizipation finden Exklusionsprozesse von Drittstaatsangehörigen nicht nur auf der nationalstaatlichen Ebene, sondern auch in den Gemeinden, im Landtag und in den Interessensvertretungen statt. Dadurch kommt das demokratische System in Bedrängnis und nationalstaatliche Migrationspolitiken in Erklärungsnot, denn Integrationsbemühungen werden durch die nichterfüllte rechtliche, sozioökonomische und politische Gleichheit bzw. Chancengleichstellung ad absurdum geführt. (Crouch 2008/2011)

In Anlehnung an Fuchs³⁴ kann gesagt werden, dass westlich-liberale Demokratien heute vielerorts mit der wachsenden Kluft zwischen den realen, implementierten Gegebenheiten von Demokratie und den normativen Erwartungen und Vorstellungen der Bürger_innen konfrontiert werden. (Fuchs 1997) Diese Diskrepanz hat Fuchs anhand eines Vergleichs zwischen Ost- und Westdeutschland analysiert. Fuchs unterscheidet angelehnt an Parsons (1971) verschiedene „Objektebenen von Demokratie“ (Fuchs 1997). Dazu zählen die Werte-, Struktur- und Performanz-Ebene, die - wie in der Fragestellung schon ausführlicher beschrieben -, durch Rückkopplungseffekte miteinander verbunden sind. Eine zentrale Bedeutung in diesen Ebenen nimmt die Legitimation der implementierten Struktur ein, die bestenfalls durch ein sogenanntes „value-commitment“ (Parsons 1969) unterstützt wird. Das bedeutet, dass die Bürger_innen, die Demokratie in der sie leben durch einen Art Werte-Top-Down-Prozess legitimieren. Die Rückkopplungseffekte der drei „Objektebenen“ von Demokratie bilden im Gegensatz dazu einen Bottom-Up-Prozess. Die gemachten positiven oder negativen Erfahrungen der Bürger_innen und mit ihrer Demokratie beeinflussen demnach die Werteebene einer Demokratie

³³ Vgl. ebd.

³⁴ Vgl. Kapitel über die Fragestellung der Arbeit 2.2.

massiv. (Fuchs/Roller 1994) Fuchs nennt in seiner Analyse drei Faktoren, die die Kluft zwischen den normativen Vorstellungen und der tatsächlichen Demokratie beeinflussen können. Zuerst der Faktor, dass auch politische Eliten nur Menschen sind und sie deshalb auch nach bestimmten Mustern, Normen oder Rollen agieren. Der zweite Grund liegt nach Fuchs darin, dass auch die Institutionen der Demokratie sich nicht immer verfassungskonform verhalten können. Der dritte Faktor - und für diese Arbeit ein sehr entscheidender Faktor - ist, die Relevanz von vorpolitischen Faktoren für die Wahrnehmung und Einschätzung der Bürger_innen von Demokratie. Fuchs nennt in diesem Zusammenhang als ein Beispiel eines vorpolitischen Bereichs die ökonomischen Leistungen eines politischen Systems. In dieser Arbeit wird dieser Gedanke aufgegriffen und mit weiteren vorpolitischen Faktoren und der Migrationsbiographie verknüpft.³⁵

Die vorpolitischen Prozesse und die wachsende Kluft zwischen politischer Elite und Bevölkerung sind Beispiele dafür, dass die Demokratie und mit ihr die politischen Repräsentanten (nicht nur) in Österreich sich in einem krisenhaften Zustand befinden. Das Gespenst, das hier umgeht, basiert auf einer Abwendung der Bürger_innen von der Politik, was sich unter anderem durch einen Rückgang bei der Teilnahme an konventionellen Formen politischer Beteiligung widerspiegeln kann (Crouch 2008). Parallel dazu dominiert eine neoliberale Wirtschaftsordnung, die nicht nur in Südost-, und Osteuropa wenige Gewinner und viele Verliere schafft. Das Gefühl (finanziell) auf der Verliererseite zu stehen und sich gegen die herrschenden Normen machtlos zu fühlen, beeinflusst - im Sinne von Fuchs Rückkopplungseffekten - auch die Einstellungen der Bürger_innen zur Demokratie. So wird auch politische Repräsentation nicht mehr als Vertretung des Gemeinwohls gelebt und wahrgenommen, sondern bestenfalls als Vertretung partikularer Interessen. Das Gefühl und die Realität der sozioökonomischen Ungleichheit können entweder zur Abwendung von Politik oder zu radikaleren Formen der Teilhabe führen.

³⁵ Vgl. Ergebnisbausteine 6.1.-6.4., Fragestellung 2.2. und Zusammenfassung der Ergebnisse 7.

Im Mittelpunkt dabei steht die Annahme, dass die Bürger der Verwobenheit von Wirtschafts- und Politikeliten machtlos gegenüber stehen.³⁶ Das bedeutet, dass die Demokratie durch einen Verlust auf der Werteebene ins Schwanken kommt und dadurch auch ihre Institutionen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Gründe politisch aktiv zu sein, sind genauso vielfältig wie die Entscheidungen zu migrieren. (Vgl. Kapitel 3.2.) Sie unterliegen den unterschiedlichsten Beweggründen.³⁷ Wichtig dabei ist, dass durch Partizipation verschiedene Interessen in Entscheidungsprozesse mit einbezogen oder angeregt werden können. Denn durch politische Partizipation wird der Geltungsbereich von Demokratie erweitert. Für die partizipatorische Demokratietheorie ist das politische Verhalten von möglichst vielen Personen ein zentraler Ankerpunkt. (Pateman 1970, Barber 1984) Politische Partizipation oder, auch allgemeiner formuliert, politisches Verhalten umfasst oft auch bestimmte beobachtbare Reaktionen auf spezifische politische Ereignisse, Aussagen und Aktivitäten (Stichwort: kommunikatives Handeln). Die zentrale Frage dahinter stellt sich nach dem Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein des Einflusses auf Entscheidungen und Inhalte unabhängig von der Einbindung in professionellen Entscheidungsstrukturen und -rollen (Buchstein 2004/2011).

Ausgangspunkt vieler Theorien – so auch die der starken und der partizipatorischen Demokratie – ist die Analyse, die Einordnung und die Verbesserung des gesellschaftlichen Ist-Zustandes. Zentral dabei sind die Fragen, was falsch läuft und was verbessert werden soll. Im Bezug auf die Demokratie wurden deshalb immer wieder Konzepte diskutiert, die vor allem die Kritik an liberaler Demokratie im Fokus hatten. Ziel war und ist es kritische Denkanstöße aufzuwerfen und nach der Zukunft von Demokratie zu forschen. Unterschiedliche Schulen der Demokratietheorie

³⁶ Zum Beispiel in Österreich: Debatten über die Hypo-Alpe-Adria-Bank; Flüchtlingsdebatten etc.

³⁷ Vgl. Ergebnisbausteine 6.1.-6.4.

beleuchten verschiedene Teilbereiche von Demokratie, die sie als relevant erachten. Für Benjamin Barber, ein Vertreter der starken Demokratietheorie, weisen beispielsweise Entfremdungs- und De-Politisierungsprozesse auf die Defizite (westlich-)liberaler Demokratien hin. Laut Barber fehle es den Bürgern an einem gemeinsamen Sinn- und Wertekanon. Parallel dazu verortet er schwache staatliche Strukturen und eine Privatisierung staatlicher Politik. Seine Kritik richtet sich gegen globalisierte und privatisierte Bereiche der Gesellschaft. Er spricht dem Wahlakt durch seine Geschlossenheit seine Relevanz ab und vergleicht die geheime, formale Stimmabgabe mit einem Gang zur Toilette (Barber 1984). Kreuz machen, Partizipation abgehakt, Politik vergessen, so ist sein hartes Urteil über den Zustand heutiger politischer Partizipation. Einen Ausweg aus der Krise der De-Demokratisierung sieht er trotz allem nur in der Vertiefung von freiwilliger, bewusster Partizipation. Er misst der Demokratie eine emanzipatorische und auch erzieherische Aufgabe bei. Politische Apathie soll nach Barber mit starker Beteiligung auf der Mikroebene der Gesellschaft bekämpft werden. Sie soll die Kluft zwischen Bevölkerung und Eliten (bzw. Makroebene) verkleinern. Er plädiert zwar für starke Institutionen, aber nur in Verbindung mit einem aktiven und tugendhaften, gemeinwohlorientierten Bürger, der von der Öffentlichkeit auch als solcher wahrgenommen wird. Im kleinen, überschaubaren Rahmen der Lokalebene wie beispielsweise der Gemeinde- oder Bezirkspolitik könne die höchste Wirksamkeit von Teilhabe hergestellt werden. In diesen Bereichen sollte seiner Meinung nach auch die Fähigkeit zur Partizipation gelernt und weiter entwickelt werden. Ein Mittel dafür stellt sein „strong democratic talk“ dar. Dadurch soll unter anderem die Gesellschaft transformiert werden. Diese Transformation beinhaltet laut Barber die Umwandlung individueller politischer Ziele oder Vorlieben in Öffentliche, die kollektive Machtlosigkeit in selbstbestimmtes Handeln, Konflikte in kooperatives Handeln und die Annäherung an soziale Gleichheit. Dadurch würde Mitgefühl und Verständnis für die anderen erzeugt werden und zur Schaffung einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft beitragen. (Schmidt 2006, Weber 2012)

Partizipation ist bei Barber also ein realer Ausdruck von Freiheit in der Praxis. Obwohl politische Talks für Barber eine zentrale Rolle einnehmen, steht er dem Dialog eher kritisch gegenüber, weil dieser – angelehnt an die deliberative Demokratietheorie – konflikt- und nicht konsensorientiert sei. Demnach sei die

„Bürgerrolle kein nur zeitweise übernommenes Amt, sondern ein Umhang, der sich über die Schultern legt und mit der Zeit zu einer organischen Schicht der Haut wird, auf der er ruht. Die von den Realisten hergestellte Kausalität zwischen Menschenbild und Partizipation gilt folglich in umgekehrter Wirkungsfolge: Es ist nicht so, dass die faktische Apathie der Partizipation auf breiter Basis entgegensteht, sondern im Gegenteil: durch Partizipation könnte Apathie als politisches Entfremdungsphänomen aufgehoben werden.“ (Zitiert nach Weber 2012, S. 238, Z.21ff)

Barber stößt mit seinem Konzept der starken Demokratie naturgemäß auch auf Kritik. Sein Demokratiemodell würde die Bürger überfordern, das Vorhandensein dominanter marktwirtschaftlicher Strukturen außer Acht lassen und impliziere generell ein falsches Bild vom Menschen. Auch deliberative Demokratiemodelle betonen die Überstrapazierung der Bürger durch erweiterte Partizipationsmöglichkeiten. (Buchstein 2006) Im Gegensatz dazu meint Buchstein, dass sich die Demokratietheorie gegenwärtig in einer Rationalisierungsphase stecke, in der sich eher alles um den politischen Output als um den Input drehe. Deshalb würde die

„politische Partizipation in diesen Demokratietheorien nur dort ihren Platz behalten, wo sie unter institutionell streng reglementierten Bedingungen zu einer Rationalitätsverbesserung beiträgt oder wenigstens einer rationalen Politik nicht im Wege steht. Die logische Konsequenz dieser Sichtweise besteht in der Unterordnung des partizipativen Moments unter die Rationalitätszumutungen moderner Politik.“ (Buchstein 2006, S.56; In Göhler: 22 umkämpfte Begriffe)

Starke oder partizipatorische Demokratien messen dem politischen Handeln also eine zentrale Rolle bei. Die Bürger_innen tragen aktiv zur der Umsetzung von Demokratie bei. Sie sollen selber aushandeln, welche

Aktivitäten gesetzt werden und wie diese öffentlich gemacht werden sollen. Öffentlichkeit, Politik, Gemeinschaft und Partizipation sind für Barber deshalb unzertrennlich miteinander verbunden. Demokratie braucht „kommunikatives Handeln“ (Habermas 1981) und einen öffentlichen Raum, wo sie gelebt werden kann. Gibt es einen solchen öffentlichen Raum nicht, würden Krisenerscheinungen des Demokratischen, zuletzt unter dem Begriff Postdemokratie geführt, ohne Differenzierung von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Unter dem Postulat „Postdemokratie“ werden jene Prozesse zusammengefasst, die sich vom Politischen, vom Politisch sein distanzieren und die Macht bei der (globalen) Wirtschaftselite verorten. (Crouch 2013) In diesem Zusammenhang avanciert Demokratie zu einer leblosen Hülle und lässt die Kluft zwischen der Bevölkerung und den Eliten wachsen. (Delegierende Demokratie) Dadurch verringern sich auch die Rückkopplungseffekte.

Solche Prozesse lassen sich nicht nur in Westeuropa verorten, sondern auch verstärkt in Osteuropa und Südosteuropa. Während die Qualität von Demokratie in Westeuropa (und Südosteuropa) rapide abnimmt, verringert sich zeitgleich auch die Erwartungen der Menschen an die Demokratie und die Repräsentanten der Politik. Vor allem in den ehemaligen Ländern Jugoslawiens treffen nicht erfüllte Erwartungen hinsichtlich des sozialen Überlebens und eine extreme Perspektivenlosigkeit aufeinander.³⁸ Das reale Bild der Demokratie hat hier mit dem Ideal nicht mehr viel gemeinsam. Durch anhaltenden Klientelismus und weit verbreitete Korruption auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen lösen sich die Rückkopplungseffekte scheinbar auf. Dieses Bild kann zum Beispiel durch bestimmte Erfahrungen der Eltern oder durch Krisen wie Krieg, Vertreibung und Flucht auf die Kinder übertragen werden. Die Sozialisation in der Fremde und ein apathischer politischer Zustand in den Herkunftsländern können sich demnach auch auf das Partizipationsverhalten und das Interesse an Politik und Beteiligung auswirken. Das Verhältnis von Macht und Gesellschaft scheint unter diesen Bedingungen asymmetrisch zu verlaufen. Eine Folge davon könnte die Abwendung von der Politik mit zeitgleicher

³⁸ Vgl. Beschriebene Kontexte in den Ergebnisbausteinen

Fokussierung der Menschen auf lebensnahe Themen sein. Populärkulturelle Bereiche wie Sport, Freizeit, Kunst und Kultur avancieren so zum Maß aller Dinge. Bei genauerer Betrachtung und angelehnt an einen alltagsnahen Demokratiebegriff lässt sich auch in diesen Prozessen ein (vor)politischer Unterton verorten. So werden zum Beispiel bei sportlichen Veranstaltungen Parallelen zu politischen Ereignissen oder Gruppierungen gezogen. Ein im Oktober 2014 in Belgrad stattfindendes EM-Qualifikationsspiel zwischen Serbien und Albanien ist nur ein Beispiel für die Verbindung von lebensnahen Bereichen und Politik. Denn eine ferngesteuerte Drohne, die an der Flagge eines imaginierten Großalbanien befestigt war und die während des Spiels im Stadion landete, führte zur gewalttätigen Eskalation, zum Spielabbruch und zu Ausschreitungen in Belgrad, Kosovo und in Wien. (Dieses Beispiel umfasst auch eine transnationale Komponente). Diese Auseinandersetzungen zeigen auf subtile Weise inwieweit Politik Einfluss auf lebensnahe Bereiche (auch außerhalb von Serbien und Albanien) nimmt. Diesen Gedanken greift auch der Integrationsbeirat unter der Leitung von Heinz Faßmann auf. In seinem Bericht aus dem Jahr 2013 misst er den Bereichen Freizeit, Sport und ehrenamtliches Engagement eine maßgeblich positive Funktion bei der integrativen Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bei.³⁹ Sie werten diese Ebenen der Partizipation in Bezug auf Integrationsprozesse und Migrationspolitiken deutlich auf und attestieren sie als „*institutionelle Orte der Begegnung*.“ (Integrationsbericht, S.12) Demokratie und Partizipation scheinen sich also im Wandel zu befinden. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wer in dieser sich im Wandel befindliche Welt das moderne politische Subjekt ist und in welcher Form es zukünftig agiert und seine Interessen artikuliert.

Politische Partizipation

Politische Partizipation bedeutet enger definiert, dass die Bürger am Prozess der allgemeinen, politischen Willensbildung freiwillig und aktiv teilnehmen und diesen versuchen zu beeinflussen. (Kersting 2008) Die rechtliche

³⁹ Vgl. Bericht des Expertenrates 2013 und 2015

Legitimität politischen Handelns schöpft der Bürger/ die Bürgerin in Österreich dabei aus dem Grundrechtskatalog, dem Staatsgrundgesetz von 1867 und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Denn Grund- und Menschenrechte sind zentrale Legitimationspunkte eines demokratisch verfassten Nationalstaates. Neben den politischen Grundrechten spielen auch die sozialen Grundrechte eine tragende Rolle innerhalb einer Demokratie. Zu den sozialen Grundrechten zählen unter anderem das Recht auf Arbeit, auf Gesundheits- und Altersvorsorge oder staatliche Sozialleistungen. Der Bürger avanciert dadurch zu einem relevanten Akteur des soziopolitischen Systems. Durch die vielfältige Verwendung von Konzepten des bürgerschaftlichen Engagements (oder Freiwilligenarbeit, soziale Partizipation etc.) sind die Grenzen von politischer und sozialer Partizipation oftmals nicht klar abgesteckt. Im Alltag verlaufen Definitionen und Grenzziehungen. Trotzdem ist es wichtig, an dieser Stelle – in diesem Unterkapitel – zu erläutern, was politische Partizipation in der politikwissenschaftlichen Forschung konkret bedeutet. Denn es gibt Unterschiede zwischen sozialer und politischer Partizipation. Wo wird Mitsprache zur Mitentscheidung? Wo kann der Bürger/ die Bürgerin tatsächlich mitentscheiden (politische Partizipation im engeren Sinn) und wo darf er oder sie nur mitreden? Diese Unterscheidung ist auch – wie die empirische Analyse noch zeigen wird – für den Zustand der österreichischen Demokratie von zentraler Bedeutung. Dorothee de Neve und Tina Olteanu definieren politische Partizipation als

„Handlungen und Verhaltensweisen von BürgerInnen, Gruppen und/oder Institutionen (...), mit denen diese gesellschaftspolitische Prozesse anregen, initiieren, gestalten und/oder beeinflussen bzw. über bereits bestehende Strukturen und Entscheidungen reflektieren.“⁴⁰

In dieser Arbeit wird auf diesen Partizipationsbegriff zurückgegriffen, da er breiter angelegt ist und Kategorien wie zum Beispiel politisches Interesse, Einstellungen und die Zufriedenheit mit Demokratie sowie kommunikatives

40De Neve/Olteanu 2013: Politische Partizipation jenseits der Konventionen; S. 14, Z. 9 ff

Handeln miteinschließt. Kaase definiert politische Partizipation hingegen enger, nämlich als *„alle Tätigkeiten (...) die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen.“*⁴¹ Nach dieser Sichtweise sind vor allem konventionelle Formen politischer Partizipation zentrale Elemente der Partizipationsforschung (Milbrath/Goel 1977, Kaase 1987) Dabei wird zwischen verfassten/nicht verfassten, konventionellen/unkonventionellen (Barnes/Kaase 1979) oder legalen/illegalen (Kersting 2008) Formen politischer Partizipation unterschieden. Auch Fuchs unterscheidet zwischen unterschiedlichen Typen von politischer Partizipation. Dazu nennt er „konventionelles Handeln“, parteibezogenes Agieren, konfrontatives Handeln und gewaltsame Aktivitäten. (Fuchs 2002)

Politisches Engagement oder Teilhabe wird unter anderem von Norbert Kersting als „Selbsthilfe“ definiert, die orientiert ist am Gemeinwohl und nicht alleine durch staatlichen Einfluss zustande kommt. (Kersting 2008, 2013) Dieser enge Begriff von politischer Partizipation schließt andere Arten des Engagements weitgehend aus. Er setzt sich vor allem aus repräsentativer (politisches Mandat, Wahlen), direktdemokratischer (Referendum), deliberativer (Dialoge, Foren, Minipublics, etc.) und demonstrativer Beteiligung (Demonstrationen etc.) zusammen. Konventionelle Partizipationsformen definiert Kersting – angelehnt an Kaase – als *„(...) Beteiligungsformen (...), die mit hoher Legitimitätsgeltung auf institutionalisierte Elemente des politischen Prozesses, insbesondere auf die Wahl bezogen sind, auch wenn diese Formen selbst nicht institutionalisiert sind.“*⁴²

Unkonventionell bezeichnet er jene Formen, *„die auf institutionell nicht verfasste, unmittelbare Einflussnahme auf den politischen Prozess abstellen.“*⁴³

41 Zitiert nach Kersting, Norbert (2013): Ungleiche Teilnahme an demokratischen Verfahren. Chancen und Risiken von BürgerInnenbeteiligung. In: Hammer Katharina (Hg.) (2013): BürgerInnenbeteiligung in der Stadt. Zwischen Demokratie und Ausgrenzung? Tagungsband der AK-Wien Fachtagung. S.1, Z.12

42 Ebd. , S.3, Z.18ff (Vgl. auch Kaase 1987)

43Ebd., S.3, Z. 23

Welche Formen zu unkonventioneller Beteiligung gezählt werden, veranschaulicht der folgende Überblick von De Neve und Olteanu.

Abbildung 3: Unkonventionelle Formen von politischer Beteiligung nach De Neve und Olteanu

- Proteste (verfasst, legal)
- Demonstrationen (verfasst, legal)
- Petition (verfasst, legal)
- Internetbasierte Bürgerbefragung (verfasst, legal)
- Webforen/ BürgerInnen-Foren (nicht-verfasst, legal)
- Strategische Prozessführung (verfasst, legal)
- LeserInnenbriefe (nicht verfasst, legal)
- Internet-LeserInnenkommentare (nicht-verfasst, legal)
- Politik-Monitoring (Jugend-, Ausländer-, Seniorenbeiräte; verfasst, legal)
- Populärkulturelle Räume (nicht- verfasst, legal)
- Lebensnahe Bereiche (nicht-verfasst)
- Religiöse Predigen (nicht-verfasst)
- Stammtisch (nicht-verfasst)
- Politische Diskussionen im Familien- und Freundeskreis (nicht verfasst)
- Graffiti (nicht verfasst, illegal)
- Flashmob (nicht- verfasst, legal)
- Occupy Wall Street (nicht-verfasst, illegal)
- Usw.

Quelle: De Neve/Olteanu, S.289 ff

Unkonventionelle Partizipationsformen greifen die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen der Gesellschaft, der Ökonomie und des Sozialen auf. Ihre Grenzen verschwimmen, Kontexte werden umgedeutet, neu interpretiert immer angelehnt an vorherrschende Richtlinien und Normen. Neben den alternativen Formen politischer Beteiligung gibt es auch die Kategorie soziale Partizipation, die nach einer engen Definition des Partizipationsbegriffs, nicht zur politischen Partizipation zählt, da ihr Ziel nicht die politische

Beeinflussung darstellt. (Steinbrecher 2009). Gabriel und Völkl definieren soziale Partizipation als

„alle individuell oder gemeinsam mit anderen ausgeführten freiwilligen Aktivitäten, die nicht unter die Erwerbstätigkeit fallen und das Ziel verfolgen, sich selbst oder anderen unentgeltlich materielle oder immaterielle Güter wie Geld, Pflege, Wohlbefinden, Unterhaltung oder soziale Kontakte zur Verfügung zu stellen.“⁴⁴

Trotz dieser unterschiedlichen Definitionen und Betrachtungsweisen von politischer und sozialer Partizipation, wird explizit auf das Zusammenspiel dieser beiden Formen im Alltag hingewiesen. Als Basiswissen ist es unumgänglich Begriffe klar zu definieren. Nur dann kann auf deren veränderte Grenzen und Verwendungen im Alltag eingegangen werden. Deshalb kann also die politische und die soziale Dimension von Beteiligung nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Vielmehr gelten sie als zwei Seiten derselben Münze. Auf diese Verwobenheit zielt auch der Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ (Enquete-Kommission 2002). Das bedeutet, dass soziale und politische Teilhabe nicht voneinander losgelöst analysiert werden können. Vielmehr weisen die beiden Dimensionen auf die Vielschichtigkeit des Partizipationsbegriffs und die dahingehenden ideologischen Konzepte hin. Vor allem auf der (lokalen) Mikroebene der Gesellschaft verschwimmen die Grenzen zwischen politischer und sozialer Beteiligung. (Vgl. ebd) In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie genau soziale und politische Beteiligung zusammenhängen. Kann soziales Engagement als ein vorausgesetzter Faktor für stärkere politische Partizipation herangezogen werden?

In der politikwissenschaftlichen Literatur zu (konventioneller) politischer Partizipation und Bedingungen für Teilhabe wird grob zwischen individuellen und institutionellen Faktoren unterschieden, die politische Teilhabe entweder schwächen oder fördern können. (Barnes/Kaase 1979) Im Vordergrund stehen dabei langangelegte Determinanten wie zum Beispiel politische Einstellungen,

⁴⁴Zitiert nach Gabriel/Völkl. In: Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland. Band 11 Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung. Nomos (Universität Michigan), S.29Z.23ff

Werte und individuelle Ressourcen (anstatt tagespolitische Themen). Ressourcen umfassen demnach soziales, ökonomisches oder humanes Kapital. Die Höhe des Einkommens und des Bildungsgrades scheinen auch das Ausmaß und die Intensität von politischer Partizipation zu beeinflussen. (Milbrath/Goel 1977, Jan W. van Deth 1997/2009; Verba/Nie 1972: sozioökonomisches Erklärungsmodell)

Dalton hat ein Modell für die Beweggründe von politischer Partizipation entworfen. (Dalton 200/2002) Darin folgert es, dass es vor allem auf die Ressourcenausstattung der Bürger (u.a. Einkommen, Beruf, Bildung) sowie einer generellen positiven Haltung zur Demokratie und der Glaube politisch etwas bewegen zu können („political efficacy“), ankommt, ob politisch partizipiert wird. Wenn all diese Merkmale in einem starken Ausmaß vorhanden sind, dann wäre auch die politische Partizipation der Bürger höher. (Schmidt2006). Dieses rudimentäre Modell wurde im Laufe der Zeit je nach wissenschaftlicher Schule mit diversen Faktoren erweitert (durch Alter, Geschlecht, Parteibindung, ethnische Zugehörigkeit etc.) (Verba/Schlozman/Brady 1995) In der soziologischen Literatur wird diesbezüglich argumentiert, dass soziale Beteiligung die Fähigkeit erhöht, sich in ein Kollektiv einzubringen und sich mit Personen und Institutionen auseinanderzusetzen, die konkret auf den politischen Entscheidungsprozess einwirken. Dadurch werden neue Handlungsspielräume für die Bürger innerhalb der Demokratie eröffnet. Welchen Einfluss diese Räume auf den Zustand und die Qualität von Demokratie haben, bleibt noch offen. Dieses ausgesprochen hohe Maß von Interpretationsmöglichkeiten des Begriffs Partizipation führt dazu, dass es immer wieder Diskussionen darüber gibt, wo die Grenzen des Rechts auf Mitbestimmung liegen. Je nach Denkschule werden unterschiedliche Konzepte über Beteiligung beispielsweise auf EU-Ebene oder bei direktdemokratischen Verfahren entworfen und diskutiert. Vor diesem Hintergrund unterscheidet die Bertelsmann Stiftung zwischen „dialogorientierten (deliberativen) und direktdemokratische Verfahren“ politischer Partizipation (Geißel, Brigitte/ Roth, Roland/Collet, Stefan/Tillmann, Christina 2014). Zu ersten werden Bürgerversammlungen und

Onlinediskussionen gezählt. Dadurch sollen Bürger ihr politisches Wissen erhöhen und ihre Sensibilität gegenüber der Durchsetzbarkeit und Machbarkeit bestimmter Anliegen gestärkt werden. Ob es dann tatsächlich zu einer Beeinflussung bzw. zur Mitentscheidung politischer Agenden kommt, bleibt weitgehend offen und muss individuell analysiert werden. Für diese Arbeit ist jener Punkt zentral, der besagt, dass eine Reduzierung auf den Wahlakt, als eine Funktionsform um Macht zu legitimieren oder zu repräsentieren, zu kurz greift, wenn man sich mit demokratischer, politischer Bürgerbeteiligung beschäftigt. Kritiker der partizipatorischen Demokratietheorie bemängeln, dass eine Erhöhung von Teilhabe und eine Vielfalt von Teilnahmeformen nicht automatisch die Effizienz, die Akzeptanz oder mehr Wissen der Bürger über das politische System nach sich ziehen.⁴⁵ Demnach verbleibe soziopolitische Beteiligung oft im lokalen Raum und treffe nur im geringen Ausmaß auf öffentliche Einflussphären.

Die Funktionen politischer Beteiligung, wie an oberer Stelle bereits angedeutet, variieren aufgrund der unterschiedlichen individuellen und gemeinschaftlichen Ziele der Bürger_innen (Kosten-Nutzen-Abwägung), aufgrund von Zugehörigkeitsgefühlen und sozialem Kapital sowie der Demokratiebildung der Bürger_innen (Lernfunktion). De Neve und Olteanu gehen noch einen Schritt weiter und definieren die Funktionen von politischer Beteiligung folgendermaßen:

Abbildung 4: Funktionen politischer Partizipation (nach De Neve und Olteanu)

- Agenda Setting
- Akzeptanz herstellen
- Bewusstsein fördern
- Druck ausüben
- Elitenrekrutierung
- Entscheidungsfindung

⁴⁵ Vgl. Hammer Katharina (Hg.) (2013): Bürgerinnenbeteiligung in der Stadt. Zwischen Demokratie und Ausgrenzung? Tagungsband der AK-Wien Fachtagung

- Erpressen
- Hoffnungen artikulieren
- Identifikation herstellen
- Input/ Impuls für Demokratie
- Integration/ Exklusion
- Konfliktbefriedung/ Konfliktlösung
- Konstruktion von Identität
- Kontrolle ausüben
- Kritik artikulieren
- Legitimation/ Erosion von Legitimation
- Meinungsbildung
- Nachhaltigkeit erzeugen
- Öffentlichkeit herstellen
- Präferenzen artikulieren (in Bezug auf Personen/ Sachfragen/ Verfahren)
- Problemlösungen etablieren
- Protest artikulieren
- Repräsentation von Interessen/ sozialen Gruppen (deskriptiv/ substantiell)
- Responsivität erhöhen
- (Richtungs-)Entscheidung fällen
- Stabilisierung/ Destabilisierung bestehender Ordnungen und Strukturen
- Vertrauen/ Misstrauen aussprechen
- Wettbewerb/ Konkurrenz erzeugen
- Zufriedenheit/ Unzufriedenheit aussprechen

Quelle: Dorothee de Neve/ Tina Olteanu (2013): Politische Partizipation jenseits von Konventionen. S. 20

Diese Funktionen greifen ineinander und bedingen sich. Denn alternative soziopolitische Beteiligung hat starkes Inklusionspotential und unterstreicht die (theoretischen) Voraussetzungen für Beteiligung. Neben der rechtlichen Ebene (Staatsbürgerrechte)⁴⁶ zählen zu den Voraussetzungen von Partizipation

⁴⁶ Die rechtliche Dimension von Inklusion- und Exklusionsmechanismen wurde in den Sozialwissenschaften bereits vielfach diskutiert Vgl. dazu Debatten über Staatsbürgerschaft, allgemeines Ausländerwahlrecht; kommunales Ausländerwahlrecht; Wohnbürgerschaft etc. u.a. Rainer Bauböck (Ed.) (2006): Migration and Citizenship. Legal

auch alle Mechanismen des Selbstausschlusses wie zum Beispiel mangelndes Selbstvertrauen, Eigeninitiative und ein geringer Glaube daran, etwas bewegen zu können. Weiters spielen das Einkommen, die soziale Lage und eine gesicherte Lebensgrundlage eine zentrale Rolle bei den Bedingungen für soziopolitische Teilhabe (sozialstrukturelle Faktoren). Andere Faktoren sind Bildung und Wissen sowie Zeit (Selbstständige). Das bedeutet Engagement bzw. die Bereitschaft zum Engagement ist immer politisch, sozial und ökonomisch konnotiert. (Itzigsohn/ Giorguli-Saucedo 2005).

3.2. Migration und Transnationale Räume

Migration – sowie auch Demokratie – sind gegenwärtig relevante und komplexe Themenfelder sozialwissenschaftlichen Denkens. So vielfältig die Begriffe sind, so unterschiedlich sind auch die Typologien von Migration/ Migranten, die sich nach Ludger Pries anhand der Linien Emigration/ Immigration, Rückkehr-Migration, Diaspora-Migration und Transmigration erstrecken (Pries 2010). Dabei sind Migrationsbewegungen ergebnisoffen angelegt, unterliegen einer gewissen Eigenlogik und können sich selbst erhalten. Ludger Pries definiert vier Typen von Migranten, die im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Emigration/Immigration: Mit diesem Migrationstypus wird die dauerhafte Integration in die Ankunftsgesellschaft über Generationen hinweg verstanden. Die Gründe der Ein- oder Auswanderung in dieser Form sind oftmals ökonomischer Natur und besitzen einen sozialkulturellen Anspruch, der das „Zuhause sein“ bzw. „Teil einer Gesellschaft sein“ impliziert.

Rückkehrmigration: Dieser Typus ist von seiner Kurzlebigkeit geprägt. Hier geht es in erster Linie um das (kurzfristige) Geldverdienen. Der identitäre Bezugspunkt bleibt die Herkunftsgesellschaft. Die Dauer des Aufenthalts ist eher mittellang oder kurz. Die Migrationsströme aus Ex-Jugoslawien in den 1960er und 1970er Jahren in den deutschsprachigen Raum sind ursprünglich

Status, Rights and Political Participation. Amsterdam University Press; oder auch Texte dazu unter www.migration-boell.de;

diesem Migrationstyp zuzuordnen. Doch aufgrund veränderter Lebensumstände wie beispielsweise die Gründung einer Familie in der Ankunftsgesellschaft und die Kriege der 1990er Jahre wurden zu „Gastarbeitern“ dauerhaft Ansässige. Dieser Wandel vollzog sich – vor allem in Österreich – sehr leise und von der jeweiligen Regierungspolitik lange Jahre unberührt. Eine der Folge ist zweifelsohne die (andauernde) Selbstwahrnehmung Österreich, es wäre kein Zuwanderungsland. ⁴⁷

Diaspora-Migration: Die Migrationsgründe von Diaspora-Migranten sind sehr stark religiös bzw. politisch oder kulturell-organisatorisch konnotiert. Dementsprechend stark sind die politischen und sozialen Verbindungen oder Verortungen in der Herkunftsgesellschaft oder zu einer internationalen „Diaspora-Mutter-Organisation“. Sie gilt als „gelobtes Land“, was zu einem allumfassenden identitären Bezugspunkt über mehrere Generationen hinweg hoch stilisiert wird. Diaspora kann demnach als eine Art Zerstreuung oder Vertreibung aus einem Gebiet in ein anderes oder mehrere andere definiert werden. Erst in den letzten 25 Jahren hat sich die Definition des Begriffs Diaspora erweitert. Die Inflation des Begriffs hat dazu geführt, dass sich viele Gruppen ohne ein festes Territorium selbst als Diaspora bezeichnen, um zum Beispiel auf eine gemeinsam erlebte Diskriminierung bezüglich einer Lebensorientierung hinzuweisen. Auch andere Akteure wie Ankunfts- oder Herkunftsstaaten verwenden den Begriff Diaspora, um Zugehörigkeit zu konstruieren oder um die Loyalität der Menschen aufrechtzuerhalten. (Bauböck 2012). Wichtig dabei ist, dass Diaspora-Gemeinschaften von aktuellen – meist politischen – Bezugspunkten oder Bedrohungsszenarien abhängig sind.

Transmigration: Dieser Migrationstyp wird als ständiger Wechsel zwischen zwei oder mehreren Gesellschaften betrachtet. Dadurch entstehen neue soziale Räume über Grenzen hinweg, in der Transmigranten agieren.

47 Vgl. Kapitel 4

Ludger Pries definiert Transnationalisierung demnach als

„(...) Sozialphänomen und soziale Beziehungen, die sich über mehrere lokale Einheiten in unterschiedlichen Nationalgesellschaften hinaus erstrecken, die relativ dauerhaft sind und vergleichsweise dichte Interaktionen beinhalten und (...) die – lokal verankert in verschiedenen Nationalgesellschaften – relativ dauerhafte und dichte soziale Beziehungen, soziale Netzwerke oder Sozialräume konstruieren.“⁴⁸

Transnationale Migration umfasst also Mehrfachwanderungen, die entweder erwerbs- oder lebensphasenbezogen sind (Faist). Diese finden häufig innerhalb eines Migranten-Netzwerkes statt. Durch vermehrte Grenzüberschreitungen und Selbstverortungen in mehreren länderübergreifenden Sozialräumen bilden sich neue Lebensmuster und Wahrnehmungen des Alltags. Daraus können sowohl multiple Zugehörigkeiten als auch transnationale Lebenswelten entstehen. Zudem findet eine Ausdifferenzierung hinsichtlich Geschlecht, Generation, Schichtung, Mobilität und Ethnizität statt. Ludger Pries entwirft vier Dimensionen von transnationalen sozialen Räumen, die sich – obwohl sie von der nationalstaatlichen Migrations- und Integrationsprozessen abhängig sind – weitgehend autonom etablieren und dadurch einen neuen sozialen Raum schaffen:

- a.) Politisch-regulative Dimension
- b.) Materielle und institutionelle Dimension: Umfasst jene Infrastruktur, die sich Kommunikations- und Transportmittel bedienen, u.a. Geld, Medien, Waren, Informationen, aber auch Vereine, spezialisierte Anwaltskanzleien etc.
- c.) Dimension der transnationalen Sozialstrukturen
- d.) Dimension der transnationalen Identitäten und Lebensprojekte (die nach Pries bis in die zweite und dritte Generation hinein reichen)

Das Konzept transnationaler, sozialer Räume ist seinem Ursprung weder hegemoniekritisch noch abgeschlossen angelegt. Trotzdem kann das Leben in

48 Pries, Ludger (2010): Transnationalisierung. Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung. S. 10/13, Z.10 ff

solchen Räumen emanzipatorisch wirken, da es einen kritischen Abstand zur Politik und zur Gesellschaft im Herkunftsland schafft. Dies trifft jedoch nicht auf alle transnationalen Lebensführungen zu. Die Kehrseite der Medaille wäre demnach ein verstärkter Nationalismus.⁴⁹ Benedict Anderson entwickelte angelehnt an diese Überlegungen sein Konzept des „Fernen Nationalismus“ (long distance nationalism) oder „Nationalismus über lange Distanzen“, der durch die reale Abwesenheit politischer und sozioökonomischer Verantwortung im Herkunftsland gekennzeichnet ist. Anderson betrachtet eine Nation als „imaginäre Gemeinschaft.“ (Anderson 1998) Das Phänomen des Nationalismus ist kein starres Gebilde, sondern unterliegt internen und externen Veränderungen. Eine mögliche Veränderung sind transnationale Strömungen.⁵⁰ Diese neuen Räume werden als „Ersatznationen“ (Strasser S.33) gehandhabt. Ferner Nationalismus impliziert auch immer Erfahrungen und Sehnsüchte. Transnationalität umfasst also Entgrenzung und Rückbindung. Es nimmt Machtsphären in den Blick und stellt Integrationskonzepte in Frage. Dadurch werden neue, soziale Wirklichkeiten erzeugt, die durch dynamische Wanderungsprozesse, Mobilitäten und kollektive Identitäten geprägt sind. Soysal (1994) und Bauböck diskutieren in diesem Zusammenhang die Bedeutung von postnationalen Mitgliedschaften und transnationale Bürgerschaften (multi-level citizenship).⁵¹

Ein anderer relevanter Gedanke in der Transnationalismus-Forschung ist das Auftreten von Gegensätzen (Strasser 2009). Transnationale Räume weisen auf die Gegensätze zwischen ökonomischer Flexibilisierung und „lokalen Kulturen“ hin. (Kreolisierung vs. Indigenisierung bzw. nach Jonathan Friedman 1997 Hybridisierung versus Indigenisierung). In diesen Spannungsfeldern der Gegensätzlichkeit lebt laut Strasser heute eine Vielzahl von Migranten. Diese Gegensätze erzeugen bestimmte Gefühle von Zugehörigkeit. Zugehörigkeit definiert Strasser als ein emotionales Prinzip

49 Was zumindest im serbischen Fall wahrscheinlicher wäre; Vgl. Experteninterviews mit Jelena Tomic; Literatur: Arjun Appadurai (1996): ethnoscaples; Steinbrink (2009);

50 Vgl. dazu u.a. Autoren wie Jolle Demmers; Eric Hobsbawn; Ernst Gellner

51 Kritik an transnationalen Theorien: Nationalstaatliche Ausschlussmechanismen werden weniger berücksichtigt, obwohl Nationalstaaten über Zuwanderungsbedingungen und strukturelle Gegebenheiten entscheiden wie z.B. Zugang zu Wohnen, Arbeit, Staatsbürgerschaft.

Migration hat demnach einen prozesshaften Charakter. Ankunft, Sehnsucht, Verlassen, Grenzziehung sind Prozesse, die Emotionen vermitteln (Social mapping/ wir und die Anderen). Differenz wird zum Alltag und es kommt zu vertikalen und horizontalen Grenzziehungen.⁵²

Transnationales Engagement verändert nicht nur individuelle Zugehörigkeiten, sondern auch die soziale Positionierung von Menschen im politischen System. Dadurch werden Fragen nach sozioökonomischer Chancen- und Ressourcenverteilung und politischer Teilhabe aufgeworfen. Die Welt ist in Bewegung. Ausdifferenzierte Sichtweisen auf soziale, ökonomische und politische Lebenswirklichkeiten sind die Folge. Die Anbindung an eine Gesellschaft oder eine Nation verliert in diesen Prozessen nicht an Bedeutung, sondern die Reichweite und die Möglichkeiten von Zugehörigkeit und Teilhabe nehmen zu. Thomas Faist definiert dahingehend transstaatliche Räume als

„verdichtete, ökonomische, politische und kulturelle Beziehungen zwischen Personen und Kollektiven, die Grenzen von souveränen Staaten überschreiten. Sie verbinden Menschen, Netzwerke und Organisationen in mehreren Orten über die jeweiligen Staatsgrenzen hinweg. Eine hohe Dichte, Häufigkeit, eine gewisse Stabilität und Langlebigkeit kennzeichnen diese Beziehungen unterhalb bzw. neben der Regierungsebene.“⁵³

Migration ist demnach geprägt durch das Prozesshafte. Zuwanderer sind dadurch einem latenten Unsicherheitsgefühl ausgesetzt. Dieses komplexe Gefühl zieht sich als Grunderfahrung, als eine Art roter Faden, durch die jeweiligen Migrationsbiographien. Staatliche Migrationspolitik hat hingegen oftmals eine versteckte politische Zielsetzung (Castles 2012). Es gibt auch

52 Vgl. dazu auch Debatten über Transversale Politik (Felix Guattari, Gilles Deleuze, Michel Foucault): Cultural Studies und in feministischen Ansätzen (Yuval-Davis 1997); Für Transversale Politik gibt es keine eindeutige Definition. Der Begriff hat seinen Anfang in der Globalisierungskritik und in der allgemeinen Kritik von Repräsentationssystemen. Yuval-Davis nimmt dagegen die politische Praxis in den Blick und meint damit eine feministische Solidarisierung unabhängig von Gruppenzugehörigkeit, Mitgliedschaften und Identität. Die Perspektive des Anderen, die Absichten und (politischen) Ziele der Anderen bzw. anderen Gruppierungen können auch dann unterstützt werden, wenn es nicht die eigenen Ziele sind oder man selbst kein Mitglied dieser Gruppe ist.

53 Faist 2000: S. 10, Z.4 ff

zusehends eine Lücke zwischen staatlicher Migrationspolitik und deren Ergebnissen. Daraus können Spannungen zwischen dem Gesetzgeber und bestimmten sozialen Bewegungen entstehen. Migration und die Niederlassung in einem anderen Land können zu Bedürfnissen einer Teilnahme an der Aufnahmegesellschaft führen. Zudem treten bestimmte Netzwerke oder Sorten von Sozialem Kapital an die Stelle von staatlichen Institutionen. Bestimmte Migrationspolitiken sind Reaktionen auf Phänomene wie zum Beispiel die Scheinehe.

Integrationsprozesse müssen vorangetrieben werden, um zu funktionieren, denn sie sind keine natürlichen Prozesse. Dahinter stehen handfeste Interessen. Nationalstaatliche Migrationspolitik reguliert den Arbeitsmarkt, den Familiennachzug, den Zugang zur Staatsbürgerschaft und die Asylpolitik. In diesem Zusammenhang können die sozialen Handlungsmöglichkeiten und Handlungskompetenzen von Menschen in Bezug auf den Lebensstandard und die Lebenschancen differenziert werden. Dabei stehen politische und soziale Teilhabe in unmittelbarem Zusammenhang.

Folgende Faktoren können laut Birgit Glorius ein Migrationssystem beeinflussen (Glorius 2005):

- Politisch-regulative Rahmen: Grenzen; Visaregime, Vereinbarungen über Arbeitsmöglichkeiten; Zugangsregelungen zum Arbeitsmarkt;
- Ökonomische Rahmenbedingungen: Einkommensdifferenzen; Vorgaben der EU über Ein- und Ausschluss bestimmter Staaten;
- Demographische Rahmenbedingungen: Alterung, Mobilität etc sowie die reale Distanz zwischen zwei Ländern und deren Mittel zur Überwindung (Kommunikationsmöglichkeiten, Nähe etc.)
- Historische Verbindungen; kulturelle Nähe

Die Beschäftigung mit Migration und Transnationalismus verlangt auch eine Auseinandersetzung mit Inklusion und Exklusion. Der Begriff der Exklusion wird in den Sozialwissenschaften ambivalent verwendet, da er sich einerseits mit der Ausgrenzung per se auseinandersetzt, und andererseits den Ursachen von Ausschlussprinzipien auf den Grund geht (Scheuringer 2006). Zudem wird

der Begriff dafür kritisiert, dass er vor allem „Randphänomene“ auffasse, also Dinge erklären solle, die abseits des Zentrums stehen. Doch Exklusion findet im Zentrum statt und kann somit nicht als „Ausgrenzung aus der Gesellschaft“, sondern eher als „Ausgrenzung in der Gesellschaft“ beschrieben werden (Reinprecht 2007). Im Vordergrund steht dabei die Gleichzeitigkeit von strukturellen Mechanismen des Ein- und Ausschlusses im Zentrum der Gesellschaft.⁵⁴

In der politikwissenschaftlichen Migrationsforschung wird Exklusion zur Klärung von Bedingungen der Politik, die Ausschlüsse produzieren und fördern, verwendet. Im Fokus dabei stehen die politisch hergestellten Ein- und Ausgrenzungsmechanismen. Demokratische Inklusion bedeutet demnach die Einbeziehung und die Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen in den politischen Entscheidungsprozess. Dazu zählen das Recht auf Staatsbürgerschaft, die Mitgliedschaft in Parteien, Gewerkschaften und die Präsenz im Parlament. Außerdem zählt die Akzeptanz der Pluralisierung von Gesellschaft sowie Legitimitätsprozesse dazu. Rainer Bauböck diskutierte in diesem Zusammenhang die Ausweitung von Wahlrechten auf Nicht-Staatsbürger, die Bedeutung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige und ein von ihm entworfenes Konzept der so genannten „Wohnbürgerschaft“. (Bauböck 2003 /2005). Abseits von demokratischer Inklusion finden Inklusions- und Exklusionsprozesse auch in den anderen gesellschaftlichen Teilbereichen wie in der Schule oder am Arbeitsmarkt statt. (Soziale Exklusion). Armut, strukturelle Benachteiligungen und ökonomischer Marginalisierung sind die Folgen sozialer Exklusion. Dabei sind die Prozesse wechselseitig und bedingen einander. Inklusion kann ohne Exklusion nicht existieren. Deshalb plädiert Robert Castles für eine differenzierte Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen.

„Es geht darum, das Kontinuum von Positionen zu rekonstruieren, durch das die drinnen und die draußen verbunden sind, und die Logik zu erfassen, nach der die 'drinnen' die 'draußen' produzieren.“ (Castles, 2008, S.73)

54 Diese Ausführungen basieren auf einem Gastvortrag von Christoph Reinprecht über Migration und Alterung am Institut für Politikwissenschaft WS 2013

Auf diese Fallstricke der Exklusion solle geachtet werden. Denn Exklusion wird unter anderem häufig mit bestimmten Gruppierungen in Verbindung gebracht. Zudem werden Veränderungen – wie weiter oben bereits ausgeführt – im Zentrum der Gesellschaft erzeugt und nicht in den Rändern. (Steinert 2000) Demnach *„zu bekämpfen ist nicht die Exklusion, sondern die Prozesse der Marginalisierung die dorthin führen.“*⁵⁵

Inklusion entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten durch Wirtschaftswachstum, Erwerbsarbeit und durch die Errungenschaft sozialer Rechte. Soziale und politische Rechte bilden die Basis gesellschaftlicher Zugehörigkeit (Marshall 1992). Das bedeutet, Rechte bilden die Grundlage und sind die Instrumente der Integration von Immigrant_innen in allen Gesellschaftsbereichen. An dieser Stelle treten Ungleichgewichte zum Vorschein, denn bestimmte Rechte, sind nur Staatsbürgern vorbehalten. Das führt unter anderem zu einem Ausschluss von spezifischen politischen Teilhaberechten und zu einer Verkürzung von staatlichen Leistungen (Performanz). In der Demokratietheorie gehen diese Entwicklungen mit Diskussionen um den Verlust von Qualität und Debatten über Postdemokratie einher (Crouch 2008).

Begriffe und Konzepte wie Transnationalisierung und transnationale soziale Räume und deren aktive Verwendung in der sozialwissenschaftlichen Forschung führt zu einer Sensibilisierung und Aktivierung des Themas Migration und hilft transnationale Gesellschaftsphänomene zu fokussieren. Im Mittelpunkt dabei steht die Gleichzeitigkeit der Prozesse auf den verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Ebenen. Analysen auf der Lokalebene rund um soziale Ungleichheiten werden auch als „Transnationalisierung von unten“ beschrieben (Smith/Guarnizo 1998). Diese Prozesse stehen auch im Fokus der empirischen Studie.

⁵⁵ Steinert, Heinz/ Pilgram, Arno (Hrsg.) (2000): Sozialer Ausschluss – Begriffe, Praktiken und Gegenwehr. Baden-Baden, S.12, Z.25 f

3.3. Politische Kulturforschung – relevante Erkenntnisse im Feld politischer Orientierungen

Die Politische Kulturforschung analysiert Werte, Einstellungen und Deutungskulturen der Bürger gegenüber der Politik bzw. dem politischen System. Dahinter steht die Frage, welche Meinungen und Werte Bürger vertreten, die in ein bestimmtes institutionelles Gefüge eingebettet sind? Der Fokus liegt dabei auf den Beziehungen oder dem Verhältnis zwischen dem Staat („Struktur“) und der politischen Kultur, also den Überzeugungen, Werteorientierungen und Einstellungen der Bürger_innen.

Abbildung 5: Makro-/Mikroebene der Politik

Makroebene der Politik/Demokratie

Struktur und Funktionen des politischen Systems (Institutionen)



Mikroebene der Politik/Demokratie – Ebene der Bürger_innen

Politische Einstellungen, Motivationen, Werteorientierungen, Ideen
(Individuum)

Quelle: Eigene Darstellung

Die klassische, politische Kulturforschung fußt auf den Arbeiten von Gabriel Almond und Sidney Verba, die durch quantitativ-angelegte Meinungsumfragen zu Beginn der 1960er Jahre in fünf Nachkriegsstaaten des zweiten Weltkrieges (USA, Großbritannien, Italien, Bundesrepublik Deutschland und Mexiko) versuchten allgemeine Aussagen über politische Wertorientierungen, Ideologien und Haltungen der Bürger („attitudes“) zu treffen. Sie prägten das Konzept der „civic culture“ (1963/1989), das die Akzeptanz, das Vertrauen und die Beurteilung der politischen Situation und des politischen Systems durch die Bürger impliziert. Anhand der Objekte der Politik (System, Akteure, Input-/Output-Möglichkeiten) entwickelten Almond und Verba ein Raster, um Länder vergleichend analysieren zu können.⁵⁶

Abbildung 6: Objekte politischer Überzeugungen nach Almond/Verba

| | |
|----------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>1. Objekt: Das „politische“ Selbstbild der Bürger</p> | <p>es bezieht sich auf die individuellen Überzeugungen der Bürger im politischen System; dazu gehört auch politisches Interesse und Wissen; Kognitive, evaluative und affektive Orientierung möglich;</p> |
| <p>2. Objekt: Einstellung der Bürger gegenüber der Struktur</p> | <p>= Einstellungen der Bürger zum politisch-demokratischen System; Regierung; politische Institutionen; kognitive, affektive und evaluative Orientierung möglich;</p> |
| <p>3. Objekt: Inputmöglichkeiten des politischen Systems</p> | <p>= Einstellungen und Orientierungen zu den Inputmöglichkeiten des politischen Systems; Teilhabe am politischen Entscheidungsprozess; kognitive, affektive und evaluative Orientierung möglich;</p> |

⁵⁶ Dieses Kapitel basiert neben der zitierten Literatur auf der Vorlesung zum Thema Politische Kultur in Osteuropa im WS 2005 von Dr. Karin Liebhart, Institut für Politikwissenschaft, Wien

| | |
|------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 4.Objekt: Output-Möglichkeiten des politischen Systems | = Einstellungen und Orientierungen gegenüber den Output-Möglichkeiten eines politischen Systems; Leistungsfähigkeit des Staates; Wahrnehmung konkreter Politikergebnisse und -entscheidungen durch die Bürger; affektive, kognitive, evaluative Orientierung möglich; |
|------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Quelle: eigene Darstellung, angelehnt an Almond /Verba

Dabei stehen die Strukturen bzw. die Beziehungen zwischen der politischen Struktur und den Bürgern auf Systemebene im Vordergrund, und nicht die individuellen Bürgerhandlungen, also die Mikroebene der Demokratie. Almond und Verba wollten durch ihren politischen Kulturforschungsansatz die Stabilität von politischen Systemen vergleichend erklären. Sie gingen davon aus, dass die Aufrechterhaltung und das Fortbestehen eines politischen Systems nur durch die Akzeptanz seitens der Bevölkerung möglich seien. Dahinter steht der Gedanke, dass Demokratie nur dann funktionieren kann, wenn

„die Staatsbürger, die Grundprämissen der Demokratie und ihre Regeln akzeptieren sowie auf den Boden dieser Grundüberzeugungen kontroverse politische Meinungen gewaltfrei diskutieren.“ (Almond/Verba S.51, Z. 5ff)

Zusätzlich zu den Objekten und Dimensionen politischer Orientierung haben Almond und Verba drei Typen von politischer Kultur generalisiert. Der erste Typus umfasst eine „parochiale“ Kultur. Das bedeutet, die Bürger sind nicht an der Politik interessiert und nehmen deshalb auch nicht an ihr teil. Es besteht nur ein minimales Wissen über Politik/ Demokratie (keine kognitive Orientierung) und es gibt keine emotionalen Bindungen zur Politik (keine affektive und evaluative Orientierung). Die „Subjektkultur“ bzw. „Untertanenkultur“ steht für den zweiten Typus nach Almond/Verba, in der vor allem die allgemeinen Leistungen des Staates von Bürgern bewertet wird. Auf dessen Grundlage bilden sich zwar negative oder positive affektive Orientierungen, aber es gibt keinen Bezug zu den politischen Input- und

Output-Möglichkeiten des Systems. Der Bürger bleibt passiv und agiert bestenfalls als nicht-teilnehmender Beobachter. Bürgerliche, politische Aktivitäten bleiben aus. Im dritten Typus, der so genannten „Partizipationskultur“, nehmen die Bürger aktiv am politischen Prozess teil und haben Beziehungen zu allen politischen Objekten.

Nach diesen Typen können politische Kulturen in westlich-liberalen Demokratien (theoretisch) grob unterteilt werden. In der empirischen Praxis kommt es häufig zu Mischformen wie zum Beispiel die der partizipatorischen Untertanenkultur oder die der parochial-partizipatorischen politischen Kultur. An dieser Stelle kommt der bereits an oberer Stelle eingeführte Begriff der „civic culture“ zum Tragen, denn „civic culture“ impliziert positiv-partizipatorische Einstellungen und Beziehungen der Bürger zum System. Sie ist also stark inputorientiert und setzt sich aus Vertretern verschiedener politischer Kulturtypen zusammen – zumeist eine Mischung aus einem partizipatorisch-aktiven Bürger und einem Untertanen. Dieser Bürgertypus wird in der politikwissenschaftlichen Literatur mit Staatsbürger gleich gesetzt. Die „Staatsbürgerkultur“ nach Almond und Verba – angelehnt an das politische System der USA und Großbritannien – nimmt eine Art normativ-demokratische Vorbildfunktion ein. Das bedeutet, dieses politische Kulturmodell kann zwar als Basis für weiterführende Überlegungen betrachtet werden, gibt aber nur begrenzt Auskunft über die Spezifika der politischen Kultur von Ländern, die von dem dahinter stehenden Demokratiebegriff abweichen.

Nichtsdestotrotz haben Almond und Verba den Versuch unternommen auch die Beziehungen zwischen (politischer) Struktur und Kultur zu generalisieren. Dabei heraus kamen drei Beziehungsformen zwischen der Demokratie und der Bevölkerung. Die erste Form wird als „allegiance“ (Loyalität) bezeichnet und stellt die positive Verbundenheit von Bürgern und Staat in den Mittelpunkt (positive affektive, kognitive und evaluative Orientierung). „Apathie“ ist die zweite Form der Beziehung und umfasst zwar Wissen über politische Objekte (kognitive Orientierung), aber keine dahingehenden emotionalen Bindungen (keine affektive Orientierung). Der Bürger steht dem politischen System

interessenlos und apathisch gegenüber. Die dritte Form der Beziehung wird als „alienation“ (Entfremdung) bezeichnet. Im Vordergrund steht die negative Einstellung der Bürger zu allen Objekten der Politik. (negative affektive Orientierung, trotz kognitiver Orientierung). Auch diese Beschreibungen der Beziehungsformen sind nur rudimentär und gelten als Basis politikwissenschaftlicher Analysen zur politischen Kultur und den ihr innewohnenden Orientierungen.

Die Texte von Lucien W. Pye, Seymour M. Lipset und David Easton sind nur drei Beispiele für die Weiterentwicklung des Konzepts von Almond/Verba. Ihre wichtigsten Erkenntnisse werden im Folgenden zusammengefasst dargestellt.

Lucien W. Pye maß den historischen Entwicklungen – ausgehend von den Überlegungen Almond und Verbas – eine größere Bedeutung bei und ging davon aus, dass Werte und Einstellungen als langfristige, soziale Phänomene zu betrachten seien, die politisches Verhalten, auch über kurzfristige Veränderungen hinweg, erklären können. Seine Analysen gaben unter anderem der politischen Kulturforschung den Anstoß sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ mit der politischen Kultur und vor allem der Beziehung zwischen Struktur und Kultur auseinanderzusetzen. Die Vertreter_innen der „cultural theory“ versuchten eine Typologie von Werten und Einstellungen zu entwickeln und diese mit politischen und sozialen Beziehungen in Verbindung zu bringen.⁵⁷ Der qualitativ-methodische Zugang spielte dabei eine immer stärkere Bedeutung und spiegelte die Forderung nach der Erweiterung der Forschungsperspektive durch die Einbeziehung historischer Muster und Alltagskulturen (politische Mythen, Symbole) wider (Lynn Hunt 1989). Politische Kultur wird vor diesem Hintergrund zusehends als die von einer sozialen Gruppe geteilten, grundlegenden Vorstellungen über Demokratie/Politik betrachtet. Diese Vorstellungen werden mit (Alltags-) Normen verknüpft und mit individuellen Denk- und Wahrnehmungsmustern in Verbindung gebracht (Geertz, Clifford 1973 „reflexiver Kulturbegriff“ und

⁵⁷ Vgl. auch Werke der Autoren Thompson Michael, Richard Ellis, Aaron Wildavsky 1990

auch das Konzept der gesellschaftlichen Lebensstile). Dahinter steht die Annahme, dass sich soziale und auch politische Welten zunehmend in Veränderung befinden und somit auch deren zugeschriebene Bedeutungen und Identitäten wandeln. Faktoren, die zu Erklärung von Unterschieden von Kultur und Struktur herangezogen werden und die veränderte Bedeutungen aufgreifen, sind erstens langfristige, historische Entwicklungen, die sich unter anderem in Traditionen manifestieren. Zweitens sozioökonomische Rahmenbedingungen, drittens die politische Selbstverortung und deren Bewertung und viertens individuelle und psychologische Erklärungsvariablen. Auch der nationale Bezugsrahmen, den eine soziale oder politische Gruppe gemeinschaftlich teilt, spielt in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Bedeutung von kulturellen, kollektiven Identitäten⁵⁸ wird dann betont, wenn über die Problematik von Nationalismus und Populismus gesprochen wird. Stuart Hall (1994) beschreibt Nationen nicht nur als politische Gebilde, sondern auch als „*System kultureller Repräsentationen*“ (1994, S: 200) und „symbolische Gemeinschaften“. In der politischen Praxis versuchen politische Gruppen oftmals fragmentierte Identitäten zu einer einheitlichen, nationalen Identität zusammenzufassen. Dadurch soll ein bestimmtes Nationalbewusstsein entstehen und sich als solches konsolidieren. Der Weg zur nationalen Identifikation wird in der Regel von Erzählungen begleitet, die heterogene Bruchlinien abschwächen und homogene Bilder erzeugen.

Im Gegensatz zu Pye hat sich Seymour M. Lipset (1959) unter anderem verstärkt mit dem Aspekt von Legitimität auseinandergesetzt. Er unterschied Legitimität und Effektivität eines politischen Systems, was die Abbildung auf der nächsten Seite beweist.

58 Vgl. Auch Kapitel über Zugehörigkeit 3.3.

Abbildung 7: Legitimität und Effektivität nach Lipset

| Legitimität | Effektivität |
|----------------------------------------------------------------------|------------------------------------|
| Erzeugung von Loyalitäten und Anerkennung in der Bevölkerung; | Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit |
| Zusammenspiel von Struktur und Kultur; von Werten und Institutionen; | Politische Leistungsfähigkeit |
| durch rechtlich-regulative Ebene: Gesetze, Rechte, Verfassung; | |
| Anerkennung des Systems; normative Legitimität; | |

Quelle: Lipset, Gefährdungen von Legitimität S.88

Wenn die Überlebensfähigkeit von Demokratie an die Einstellungen und Werteorientierungen einer Bevölkerung geknüpft ist, stellt sich die Frage, wer denn zu dieser Bevölkerung gehört. Greift der Rückgriff auf den Staatsbürger als Zugehörigkeits- und Legitimationsfaktor nicht zu kurz? Dahingehend greift David Easton (1965, 1975) das Konzept von Almond und Verba auf und versucht die Beziehungen der Bürger zum System systematisch zu erfassen. Er nutzt dabei den Terminus der politischen Unterstützung. Easton versuchte auf der Mikroebene, also auf der Ebene der Einstellungen, anzusetzen. Zentral für ihn sind dabei drei Bereiche der Politik, denen politische Unterstützung widerfährt:

- a.) Die *politische Gemeinschaft* (political community) umfasst die Mitglieder des politischen Systems und deren Werteorientierungen auf Systemebene. Dazu zählen beispielsweise kollektive Zugehörigkeiten, Nationalbewusstsein und Nationalstolz.
- b.) Das *politische Regime/die politische Ordnung* (political regime) umfasst die Institutionen des Staates und die Bewertung / Beurteilung dieser durch die Bürger. Dazu zählen zum Beispiel Normen, Werte und Institutionen, die versuchen allgemein verbindliche Entscheidungen und deren Durchsetzung herzustellen.

c.) Die *politischen Autoritäten/ Herrschaftsträger* (political Authorities) sind die „Rollenträger“ von Herrschaft. Unterstützt bzw. nicht unterstützt werden in diesem Bereich vor allem politische Entscheidungen und Handlungen (Outputs des politischen Systems.) Sie gelten als Hauptbezugspunkt der „spezifischen“ Unterstützung (specific support). Die spezifische Unterstützung spiegelt die Zufriedenheit mit den Trägern der politischen Macht und dem alltäglichen Output (Leistungen) wider. Die „diffuse“ Unterstützung bezieht sich hingegen auf die generelle Unterstützung von politischer Gemeinschaft und der politischen Ordnung. Diffuse Unterstützung *„resultiert (...) aus wiederholten positiven Erfahrungen, die – sowohl sozialisations- als auch lerntheoretisch gesehen – zu einem grundsätzlichen Vertrauen gegenüber dem politischen System generalisiert werden.“* (Walz 1997, S. 161)

Politische Unterstützung und politisches Vertrauen sind also zwei relevante Phänomene einer politikwissenschaftlichen Demokratietheorie. Nach David Easton ist das Konzept des politischen Vertrauens in dem der politischen Unterstützung zu verorten (Easton 1965). Erst mit der Theorie des Sozialen Kapitals von Robert Putnam (1993) (Vgl. nächstes Kapitel), gewinnt der Faktor politisches Vertrauen wieder stärker an Bedeutung. Während das Konzept der politischen Unterstützung bereits weiter oben erklärt wurde, wird an dieser Stelle versucht, sich dem Gegenstand des politischen Vertrauens anzunähern. Gamson (1968) misst die Fairness der Politiker und die Effektivität des politischen Systems, in Bezug auf das politische Vertrauen der Bürger, eine übergeordnete Rolle bei. Vertrauen trägt demnach auch immer eine (unsichere) Erwartungskomponente – eine Art Vertrauensvorschuss – der Bürger mit sich. *„Das Problem des Vertrauens ist das Problem der riskanten Vorleistung.“* (Luhmann 2000, S.28)

Die Bürger übertragen den politischen Repräsentanten einer Demokratie die Kontrolle über bestimmte Entscheidungs- und Handlungsbereiche sowie über Ressourcen und Ereignisse. Die gemachten Erfahrungen mit dem Umgang dieser Bereiche wirken sich massiv auf das politische Vertrauen der Menschen

und ihre Erwartungen aus. Dazu zählen nach Luhmann interpersonales Vertrauen und „Vertrautheit.“ Zudem spielt die Motivation, wem man warum sein Vertrauen schenkt sowie die langfristige Stabilität der Vertrauensbeziehung eine tragende Rolle bei der Absicherung des eigenen individuellen Vertrauens gegenüber bestimmten Personen oder Institutionen. Vertrauen kommt auch immer dann zum Tragen, wo es einen Mangel an Informationen gibt und sich die Menschen auf bestimmte objektive Dinge wie das Funktionieren von (institutionellen) Abläufen zum Beispiel im Gericht angewiesen sind. Diese Art des Vertrauens wird in der Literatur als Systemvertrauen bezeichnet. (Gabriel 2008)

Das Vertrauen ins System ist ein langwieriger Prozess und kann nur durch positives Lernen zustande kommen. Das persönliche Vertrauen in eine Person spielt hier nur eine untergeordnete Rolle. Vielmehr geht es um das Vertrauen in die Position, die Rolle, die Organisation oder die Funktion, die bestimmte Menschen innerhalb der politischen Struktur haben oder einnehmen. Zu dieser Sichtweise zählt auch Giddens' Annahme, dass gegenwärtig vor allem gesichtslose Bindungen dominieren (Hellmann 2004, Giddens 1995). Diese Bindungen zielen nach Giddens darauf ab, dass nicht mehr eine Person im Vordergrund des Vertrauens steht, sondern dass die Menschen ein generelles Vertrauen ins System haben. Jeder hofft und denkt, dass die Anderen dasselbe Systemvertrauen aufweisen, wie man selber (Diskussion um eine „self-fulfilling-prophecy“; Giddens 1995). Im Mittelpunkt dabei steht, dass das System immer funktionieren soll und niemals ausfallen darf. In der politikwissenschaftlichen Literatur wird Systemvertrauen anhand verschiedener gesellschaftlicher Bezugsrahmen differenziert. Zuerst in Bezug auf das Vertrauen einer Gesellschaft in die grundsätzliche Möglichkeit und das grundsätzliche Funktionieren von Kommunikation, dann Vertrauen in die gesellschaftliche Struktur (Familie, Schicht etc.), das Vertrauen in Organisationen sowie das Vertrauen in gesellschaftliche Rollen (z.B. Rolle des Richters, des Polizisten, des Arztes). Die jeweiligen Bezugsrahmen weisen auf die verschiedenen Formen von Systemvertrauen hin. Um diese Formen zu veranschaulichen hat Coleman (1982) eine Typologie des Vertrauens ins System erstellt.

Abbildung 8: Typologie des Vertrauens ins politische System

| Systemreferenz Politisches Vertrauen | |
|-----------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------|
| <i>Gesellschaft</i> (Funktionssysteme, Kommunikationsmedien) | Vertrauen in die Demokratie als Verfahren u. Norm |
| <i>Organisation</i> (Institution, Korporation) | Vertrauen in Parteien, Interessensverbände, Massenmedien |
| <i>Kollektiv</i> (Gemeinschaft, Gruppe, Netzwerk) | Vertrauen in soziale Bewegungen |
| <i>Rolle</i> | Vertrauen in Politiker, Verbandsvertreter Repräsentanten sozialer Bewegungen |
| <i>Person</i> (face-to-face) | Vertrauen in Meinungsführer, mit denen man persönlich bekannt ist |
| <i>Technik</i> | Vertrauen in die Technik des Wählens |

Quelle: Kai-Uwe Hellmann (2004): Solidarität, Sozialkapital und Systemvertrauen. In: Klein, Ansgar/ Kern, Kristine/ Geißel, Brigitte/ Berger, Maria (Hrsg) (2004): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Wiesbaden, S.143

Diese Differenzierung in die verschiedenen Rollen und Formen des Systemvertrauens wird noch deutlicher, wenn die Funktionssysteme des Systems grob in Politik, Wirtschaft und Recht unterteilt werden (Durkheim 1988). Diese drei Bereiche wirken wechselseitig auf das Systemvertrauen ein. Im Idealfall sollten sie sich einander solidarisch gegenüberstehen und einander vertrauen bzw. vertrauenswürdig agieren. Sie sind also voneinander abhängig. Defizite in den einzelnen Bereichen wirken sich also negativ auf das Vertrauen in andere Bereiche aus.

Die politikwissenschaftliche Literatur unterscheidet zudem zwischen Vertrauen, das auf individuellen Faktoren beruht und generalisiertem sozialem Vertrauen. Individuelles Vertrauen entsteht hier in einem Bottom-Up Prozess, also von unten nach oben, während soziales Vertrauen eher von oben

nach unten in einem Top-Down Prozess stattfindet. Merkmale des individuellen Vertrauens sind unter anderem die persönliche Ausprägung des Charakters in Bezug auf Vertrauen (Theorien aus der Sozialpsychologie, z.B. Uslaner 2002) und die Ausprägung des individuellen Vertrauens aufgrund des Erfolgs des Anderen/des Gegenübers. Zu dieser Sichtweise zählen auch die vorhandenen Ressourcen und Einflussmöglichkeiten, die nach der Theorie des Erfolges, über die Höhe und das Ausmaß von Vertrauen bestimmen. (Putnam 2000)

Generalisiertes soziales Vertrauen hingegen basiert auf den gemachten positiven oder negativen Erfahrungen mit anderen Gruppen oder Menschen. Die Vertrauenswürdigkeit verschiedener Funktionssysteme und des sozialen Umfelds stehen hier im Vordergrund. Dazu zählt auch die Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen, die demnach Vertrauen stärken sollte. Empirische Analysen hingegen sehen den Zusammenhang von Vereinsmitgliedschaft und einem höheren sozialen Vertrauen eher skeptisch und als nicht belegbar an. (Dehley/Newton 2003). Während also Organisationsmitgliedschaften immer mehr an Bedeutung verlieren, gewinnt das Engagement in informellen Netzwerken beispielsweise von Bekannten und Nachbarn und das daraus resultierende Vertrauen an Kraft. In diese Richtung argumentiert auch die so genannte „Gemeinde-Theorie“ (Putnam 2000, Geißel 2003), die besagt, dass vor allem die Gemeindegröße und die Art der Gemeinde für die Vertrauensbildung ausschlaggebend sind. Im Gegensatz dazu steht die Makro-Theorie der gesellschaftlichen Bedingungen, die davon ausgeht, dass Vertrauen eher in einem Top-Down-Prozess zustande kommt und sich dann erhöht, wenn es beispielsweise einen fairen Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen gibt. Zudem spielt die unterschiedliche Wahrnehmung von der Gesellschaft, in der man lebt eine große Rolle im Vertrauensbildungsprozess. Um die verschiedenen theoretischen Verortungen von sozialem Vertrauen zu veranschaulichen, dient die folgende Übersicht.

Abbildung 9: Theorien sozialen Vertrauens und ihre Schlüsselvariablen

| Theorien | Variablen |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><u>a.) Individuelle Theorien</u></p> <p>Persönlichkeit</p> <p>Erfolg</p> | <p>Optimismus, Kontrolle über Leben</p> <p>Einkommen, Status, Lebenszufriedenheit Glück, Ängste</p> |
| <p><u>b.) Soziale Theorien</u></p> <p>Organisationsmitgliedschaft</p> <p>Informelle Netze</p> <p>Gemeinde</p> <p>Gesellschaft</p> | <p>Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen</p> <p>Unterstützungsnetze von Freunden und Bekannten</p> <p>Gemeindegröße, Sicherheit der Gemeinde, Zufriedenheit mit Nachbarschaft</p> <p>Wahrnehmung sozialer Konflikte, Demokratiezufriedenheit, öffentliche Sicherheit, Verwirklichungsgrad von Freiheitsrechten</p> |

Quelle: Kai-Uwe Hellmann (2004): Solidarität, Sozialkapital und Systemvertrauen. In: Klein, Ansgar/ Kern, Kristine/ Geißel, Brigitte/ Berger, Maria (Hrsg) (2004): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Wiesbaden, S.156

3.4. Soziales Kapital

In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird dem Sozialen Kapital eine übergeordnete Bedeutung bei der Zusammenarbeit und beim Erreichen gesellschaftlicher und individueller Ziele beigemessen. Vertrauen, die Fähigkeit der Kommunikation, der Rückgriff auf Netzwerke und Beziehungen bilden den Nährboden des Sozialen Kapitals. Soziales Kapital stellt demnach eine relevante Ressource da, um innerhalb bestehender Strukturen zielorientiert zu agieren. Hartmut Esser unterscheidet je nach Handlungsebene das Beziehungskapital und das Systemkapital. (Esser 2000). Auf diesen „Doppelcharakter“ (Coleman 1988) des Sozialen Kapitals verweist auch James S. Coleman in seiner sozialen Theorie (1990). Er unterscheidet zwischen der Makroebene – also gesellschaftlichen Strukturen – und der Mikroebene, die das Handeln von Individuen oder eben der Gesellschaft beeinflussen kann. Coleman hat keine eindeutige Definition von Sozialem Kapital. Er versucht Kriterien zu entwerfen, die die Formen von Sozialkapital beschreiben. Dabei verweist er auf die Relevanz der Höhe etwaiger Vertrauenswürdigkeit des sozialen Umfelds (Strukturen), auf die Stärke von gegenseitigen (moralischen) Verpflichtungen („credit slip“), auf die Beschaffenheit von Informationskanälen sowie der Konstituierung sozialer Normen und Sanktionen. (Coleman 1988)

Sozialkapital setzt sich demnach einerseits aus kulturellen Faktoren wie beispielsweise Vertrauen, Werte, individuelle Normen und Einstellungen, und andererseits aus strukturellen Faktoren wie die Anzahl der Beziehungen in Netzwerken und der sozialen Kontakte zusammen, was die Abbildung auf der nächsten Seite noch einmal zusammenfasst.

Abbildung 10: Soziales Kapitel nach Gabriel (2008:43)

| <i>Soziales Kapital</i> | |
|-----------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Strukturelle Aspekte | <p>Soziale Netzwerke</p> <p>Mitgliedschaft in Freiwilligenorganisationen</p> <p>Aktivität in Freiwilligenorganisationen</p> <p>Zeitverwendungen in Netzwerken</p> <p>Familienbindungen (Kinderzahl)</p> <p>Freundschaftsbeziehungen</p> <p>Kontakte am Arbeitsplatz</p> |
| Kulturelle Aspekte | <p>Vertrauen</p> <p>Soziales Vertrauen</p> <p>Institutionenvertrauen</p> <p>Soziale Werte und Normen</p> <p>Solidarität</p> <p>Reziprozität</p> <p>Toleranz</p> <p>Demokratische Einstellungen</p> |

Quelle: Gabriel, Oscar W./ Westle, Bettina (2008): Sozialkapital. Eine Einführung. S.43

Eines der Standardwerke der Sozialkapitalforschung ist Robert Putnams Veröffentlichung „Making Democracy Work“ aus dem Jahr 1993. In diesem beschreibt er die Unterschiede zwischen Nord-und Süditalien in Hinsicht auf das (nicht) vorhandene Soziale Kapital. Putnam wollte dadurch das

Modernisierungsgefälle zwischen den beiden Teilen erklären. Nach Putnam umfasst Soziales Kapital vor allem die Anzahl an ehrenamtlichen Vereinen, und das dadurch hergestellte Vertrauen und die Orientierung an gemeinsamen Werten. Er definiert Sozialkapital als *„features of social organization, such as trust, norms, and networks, that can improve the efficiency of society by facilitating coordinated actions.“* ⁵⁹

Soziales Kapital stellt demnach den Unterbau von Demokratie dar (Putnam 2000) und lasse sich auf alle gesellschaftliche Bereiche übertragen. Denn (...)

*„die Grundidee des Sozialkapitals besteht darin, dass Familie, Freunde und Bekannte einer Person einen wichtigen Wert darstellen, auf den man in Krisensituationen zurückgreifen kann, den man um seiner selbst willen genießen und zum materiellen Vorteil nutzen kann. Was für den Einzelnen gilt, gilt umso mehr auch für Gruppen. Mit einem vielschichtigen sozialen Netzwerk ausgestattete Gemeinschaften und bürgerliche Vereinigungen haben Vorteile, wenn es darum geht, Armut und Verwundbarkeit zu begegnen, Konflikte zu lösen und Vorteile aus neuen Möglichkeiten zu ziehen.“*⁶⁰

Für Putnam spielen die zivilen Tugenden (civil virtues) im Prozess des Handelns eine tragende Rolle. Soziales Vertrauen, zivilgesellschaftliche Netzwerke und die Verbreitung sozialer Werte (Reziprozitätsnormen in Bezug auf „Geben und Nehmen“) sollen seiner Ansicht nach zu einer Stärkung des Sozialen Kapitals führen.

Auch andere Autoren wie Pierre Bourdieu haben sich mit dem Faktor Soziales Kapital beschäftigt. Für Bourdieu ist Sozialkapital vor allem auf der Mikroebene wirksam. Er unterscheidet bewusst zwischen dem Sozialen Kapital und dem ökonomischen sowie dem kulturellen Kapital und misst ihnen zeitgleich eine starke Verbundenheit bei. Bourdieu hat eher die Beziehungen zwischen den einzelnen Kapitalsorten im Blick. Aus deren Analyse gewinnt er die Erkenntnis der wechselseitigen Verbundenheit. Soziales Kapital erhöht seiner Meinung nach nicht nur das ökonomische (u.a. Geld, Vermögen,

59 Putnam 1993: 167

60 Zitiert nach Westle Bettina/Oscar W. Gabriel (2008): Sozialkapitel. S. 32, Z.3.ff

Immobilien) und kulturelle Kapital (u.a. Bildung), sondern die drei Kapitalsorten können ineinander transformiert werden. Bourdieu versucht dadurch Formen und Strukturen von sozialer Ungleichheit zu erklären.

Migration, Demokratie, Partizipation, politische Orientierungen, Interesse und Vertrauen sind wechselwirkende, miteinander verwobene Prozesse (Bourdieu/Wacquant 1996). In den verschiedenen gesellschaftlichen, sozialen und politischen Feldern (oder Räumen) geht es nach Bourdieu um die ständige Ausverhandlung von Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die der Dynamik der Beziehungen innerhalb eines Feldes und zwischen zwei oder mehreren Feldern unterworfen ist. Dahinter steht die Annahme, dass die soziale Wirklichkeit aus objektiven Beziehungen besteht.

„Der Begriff des Felds (...) fungiert als Eselsbrücke: Ich muss mich vergewissern, ob nicht das Objekt, das ich mir vorgenommen habe, in ein Netz von Relationen eingebunden ist, und ob es seine Eigenschaften nicht zu wesentlichen Teilen diesem Relationsnetz verdankt.“ (Reflexive Anthropologie 1996, S.262).

Unter „objektive Relationen“ versteht Bourdieu folgendes:

„Analytisch gesprochen wäre ein Feld als ein Netz oder eine Konfiguration von objektiven Relationen zwischen Positionen zu definieren. Diese Positionen sind in ihrer Existenz und auch in den Determinierungen, denen die auf ihnen befindlichen Akteure oder Institutionen unterliegen, objektiv definiert, und zwar durch ihre aktuelle und potentielle Situation (situs) in der Struktur der Distribution der verschiedenen Arten von Macht (oder Kapital), deren Besitz über den Zugang zu den in diesem Feld auf dem Spiel stehenden spezifischen Profiten entscheidet, und damit auch durch ihre objektive Relationen zu anderen Positionen (herrschend, abhängig, homolog usw.).“ (Reflexive Anthropologie 1996, S.127).

Das Pendant zum Begriff des Feldes oder des sozialen Raumes ist für Bourdieu das Konzept des Habitus. Unter Habitus versteht Bourdieu die Einstellungen, die Lebensweise oder auch die Vorstellungen der Menschen über bestimmte gesellschaftliche Werte und soziale Praktiken. Soziales Handeln wird demnach nicht rational durchgeführt, sondern unterliegt

praktischen Erwägungen und ist gebunden an den bereits bestehenden sozialen Verhältnissen. Nach Bourdieu verbindet die soziale Praxis Habitus und Feld. Politische Teilhabe greift die Lebensgeschichte des Kollektivs auf. Sie besitzen eine spezifische Ökonomie (= Werte, Spielregeln, Ressourcen) und Kapital innerhalb eines Feldes und weisen somit auch eigenständige Konturen gegenüber der Gesamtgesellschaft auf. Jedes Feld hat seine eigenen Bestrebungen, Zielsetzungen, Überzeugungen, Interessen und Kapitalsorten. Ex-jugoslawische Bürger sind entweder starke oder schwache Akteure innerhalb der jeweiligen Felder. Sie bewegen sich innerhalb dieser Felder/Räume/Netzwerke, die wiederum ihre eigenen, objektiven Macht- und Kapitalstrukturen besitzen. Lassen diese Felder Zwischenräume für Individualismus und alternative politische Teilhabe zu? Coleman geht davon aus, dass die Verbreitung von Informationen innerhalb von bestimmten Gruppen schneller vorangeht als zwischen unterschiedlichen Gruppen („structural holes“).

Faktum ist, dass Sozialkapital zwar produktiv ist, sich jedoch immer erneuern, institutionalisieren und reproduzieren muss. Es spiegelt den Alltag vieler Menschen wieder und deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe (oder Netzwerkes und Feldes) wider. Nach Bourdieu fungiert das Soziale Kapital als Ressourcenquelle für Zugehörigkeit zu jemandem. Als Beispiel führt er in diesem Zusammenhang die Zugehörigkeit zur so genannten „feinen Gesellschaft“ an, die zwar über bestimmte (institutionalisierte) Beziehungen und Kontakte verfügen, aber zugleich auch Ungleichheiten produzieren. Diese Zugehörigkeit kann empirisch durch die Analyse von Vereinen und deren Mitgliederstruktur analysiert werden. Doch der Rückgang an der Mitarbeit und der Mitgliedschaften in Vereinen zeigt, dass auch dort ein Wandel stattfindet. Freiwilligenarbeit oder ehrenamtliches Engagement wird zusehends nach den individuellen Bedürfnissen und dem Zeitfaktor der Menschen bestimmt. Das soziale Engagement nimmt dadurch nicht ab, nur die Form verändert sich. Es wird nicht mehr über einen längeren Zeitrahmen in einem Verein gearbeitet, sondern punktuell bei oder mehreren Projekten, die auf die individuellen Ressourcen der Freiwilligen zugeschnitten sind. Dabei spielen Netzwerke eine immer stärker werdende Rolle. In der Literatur zur politischen Soziologie wird

zwischen „bonding“ und „bridging“ Netzwerke unterschieden. Erste verstärken die bereits bestehende Bindung innerhalb eines Netzwerkes, eines (transnationalen) Raumes oder einer Gruppe, während die Zweiteren die Funktion eines Brückenbauers zwischen unterschiedlichen Gruppen übernehmen. (Geißel 2013)

Soziales Kapital, Vertrauen und Unterstützung fließen also ineinander und können schwer losgelöst voneinander analysiert werden, deshalb wurden diese Begriffe und dahinterliegende Konzepte auch theoretisch beleuchtet. Denn oft manifestieren sie sich auf verschiedenen Ebenen und haben unterschiedliche Funktionen. Putnam unterscheidet beispielsweise zwischen horizontalen (freiwilligen) und vertikalen (eher hierarchischen) Netzwerken. Elinor Ostrom hat jene Kapitalsorten und Beziehungen im Blick, die von den Menschen selbst hergestellt bzw. (re)produziert werden (soziales, physisches und humanes Kapital). (Ostrom 2005) Das Kollektive Handeln ist ihr zentraler Ankerpunkt der Analyse. Ein hohes Augenmerk liegt ihrem Ermessen nach bei den Institutionen. Hier geht es in erster Linie um die Entstehungsbedingungen von sozialem Kapital und deren Einbettung in (staatliche) Institutionen und deren Verfahrensregeln und wie diese Strukturen auf das Soziale Kapital einwirken können. Ein Kritikpunkt an der Sozialkapitalforschung ist demnach, dass Netzwerke und Vertrauen, die auf der lokalen Ebene gebildet werden, nicht leicht auf die Makroebene übertragbar sind. Das Eigeninteresse würde dieser Ansicht nach das Gemeinwohl überwiegen. (Geißel 2014). Zudem wurde die Kritik eingebracht, dass es nicht nur positiv ausgerichtetes soziales Kapital gibt, sondern auch „unsoziales Kapital“. (Levi 1996) Unter „unsozialem Kapital“ versteht Levi zum Beispiel Gruppierungen wie kriminelle Banden und die Mafia. Dahinter steht die Annahme, dass es immer zwei Seiten einer Medaille, in diesem Fall des Sozialkapitals gibt. (Vgl. Diskussionen um die „dunkle“ Seite von sozialem Kapital und Gemeinschaften generell). In diesem Zusammenhang wurden auch Diskussionen um die Bedeutung von ethnischen Sozialkapital geführt. Dabei sind die Diskurse über die Spannbereite von der integrativen Funktion ethnischer Gemeinschaften bis hin zur Rolle von ethnischen Gemeinschaften bei der Herausbildung oder Förderung von „Parallelgesellschaften“ angelegt.

Zusammengefasst kann sicher gesagt werden, dass der Begriff Soziales Kapital sehr vielfältig ist und von unterschiedlichen Autoren verschieden definiert und interpretiert wird. Erst durch die Beschäftigung mit der Empirie können einzelne Erkenntnisse aus dieser Forschungsrichtung überprüft bzw. tiefer analysiert werden. In dieser Arbeit stellt die Sozialkapitalforschung einen Aspekt des theoretischen Rahmens dar, weitere sind die in den vorigen Kapitel beschriebenes Phänomen der politischen Unterstützung und Vertrauen sowie die im nächsten Kapitel beschriebene politische Zugehörigkeit. Die empirischen Ergebnisse spiegeln teilweise die Relevanz dieser theoretischen Befunde wider. Deshalb ist eine Beschäftigung und Klärung der Begriffe notwendig.

3.5. (Politische) Zugehörigkeit

In dieser Arbeit wird Zugehörigkeit als ein offener, multidimensionaler Prozess definiert. Das bedeutet, sich etwas oder jemanden *zugehörig* fühlen, impliziert Netzwerkbildung, Alltagserfahrungen, gemeinsames Wissen sowie Werteorientierungen. In der englischsprachigen, sozialwissenschaftlichen Literatur wird der Begriff „belonging“ verwendet. Er setzt sich aus „Sein“ und „Sehnen“ zusammen. Hier steht die konkrete Verbindung von Identität und Differenz mit spezifischen Vorstellungen und emotionaler Bindungen im Vordergrund (Strasser 2009). Dahinter steht die Frage, wo positioniere ich mich selbst als Individuum? Verorte ich mich in Abgrenzung zu anderen Gruppen? An welcher Stelle teile ich mein Wissen und meine sozialen Praktiken?

Zugehörigkeit kann in diesem Zusammenhang mit Kommunikation, lokalen Kontexten und gemeinsamen Vorstellungen von Gemeinschaft von innen nach außen beschrieben werden (Pfaff-Czarnecka 2012). „Identität“ wird zwar oft in einem Atemzug mit Zugehörigkeit genannt, ist aber ein exkludierender Begriff, der den Fokus verstärkt auf Grenzziehungen und das Partikulare legt. Zugehörigkeit hingegen knüpft zwar an bestimmte Identitätsbausteine an, ist aber weitaus flexibler und pluraler angelegt und impliziert „*ein dynamisches*

Zusammenspiel von unterschiedlichen Identifikationsmomente.“ (Pfaff-Czarnecka, S.12)

Zugehörigkeit kann vor diesem Hintergrund als

„eine emotionsgeladene soziale Verortung, die durch das Wechselspiel der Wahrnehmungen und der Performanz der Gemeinsamkeit, der sozialen Beziehungen der Gegenseitigkeit und der materiellen und immateriellen Anbindungen oder auch Anhaftungen entsteht“,⁶¹ definiert werden.

Dabei spielt die soziale (Selbst-)Verortung in im Alltag eine wesentliche Rolle (Butler 1993). Parallel dazu verliert das Phänomen der Entortung nicht an Relevanz, da es ein integraler Bestandteil von Zugehörigkeit ist. Entortungs- und Verortungsprozesse gehen mit Inklusions- und Exklusionsprozessen einher. Dahinter steht die Annahme, dass wenn ich mich selbst verorte, mich von anderen entfremde ich. Diese Sichtweise wird unter anderem bei psychologischen Studien in Bezug auf Faktoren des sozialen Aufstiegs vertreten. Eine Gruppe kann demnach bestimmen wie eng sie ihre Grenze nach außen zieht und so Exklusionsprozesse auf verschiedenen Ebenen vorantreibt.⁶²

In Migrationsprozessen lassen sich zeitgleiche Mechanismen von Entfremdung und Verortung erkennen. Durch neue, fremde Gebräuche, die Sprache und das Verhalten wird die bisherige Zugehörigkeit entwurzelt und nicht mehr als selbstverständlicher Bezugspunkt betrachtet (z.B.: Migration und öffentlicher Raum). Gleichzeitig wird eine neue Zugehörigkeit kreiert („creating belongings“), die Elemente von unterschiedlichen Gesellschaften und Länder beinhalten kann. (Vgl. Ergebnisbausteine, S.135ff)

Zugehörigkeiten sind also plural ausgerichtet, denn Verortungen finden über nur eine Gemeinschaft hinaus statt. Diese Verflechtungen von plural, lokal, national und transnational werden in Globalisierungsprozessen zusätzlich

61Pfaff-Czarnecka, Joanna (2012): Zugehörigkeit in der mobilen Welt – Politik als Verortung. Göttingen, S.12, Z.4ff

62 Unter anderem vermittelt politisierter, ethnischer Fremd- und Selbstwahrnehmungen und Zuschreibungen.

gefördert. Zugehörigkeit entsteht in verschiedenen Räumen, die oft miteinander konkurrieren (Familie, Herkunftsgesellschaft, Österreich, Freunde, Schule, Beruf etc.). Niklas Luhman weist in diesem Zusammenhang auf den „*umkämpften*“ *Charakter von Zugehörigkeit* hin. Zudem können auch materielle Dinge wie Häuser, Wohnungen, Autos oder andere finanzielle Verpflichtungen Zugehörigkeit generieren.⁶³ In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird darauf hingewiesen, dass die Konzepte von Zugehörigkeit und Identität sehr stark miteinander verwoben sind. Um Gemeinsamkeiten und Unterschiede sichtbar zu machen, werden diese Begriffe – angelehnt an die Ausführungen von Pfaff-Czerneka – im Folgenden tabellarisch gegenüber gestellt.

Abbildung 11: Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Identität und Zugehörigkeit

| Identität | Zugehörigkeit |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Nach Assmann (2013): Unterscheidung in individuelle und personale Identität; <u>individuell</u>: bezieht sich auf Unverwechselbarkeit biographischer Eckdaten; <u>personal</u>: Rolle, die aufgrund von Sozialisation entsteht; gesellschaftlich <u>konstruiert</u> durch Wertvorstellungen, Sprache etc.;</p> | <p> kreativer Akt; sozial umkämpft; Gleichzeitigkeit der Prozesse; knüpft eng an den Identitätsbegriff an, geht aber darüber hinaus; betont nicht das Empfinden des Gleichseins in einer Wir-Gruppe, sondern das Aufeinander Bezug nehmen im Sinne eines gemeinsam „geteilten Schicksals“;</p> |
| <p>Kollektive Identität: bedarf eines Anderen, Wir-Gefühl; soziale Grenzziehungen; betont das Partikulare und wirkt eher exkludierend; Politik der Repräsentation; Gemeinsinn setzt sich aus „Weisheit“ und „Mythos“ (Assmann) zusammen;</p> | <p>Gemeinsamkeit/ prozessuale Zugehörigkeit: Teilen einer gemeinsamen Sprache, Lebensstil, Ort, Wissen, Erfahrungen, Erinnerungen etc.; Das kollektive WIR: individuell gefühlt, kollektiv ausgehandelt; Politik der Repräsentation; Versuch</p> |

63 Vgl. Theorien zur sozialen Praxis, zur Performativität und zum sozialen Leben der Dinge; Hier scheint mir zumindest der Hinweis auf eine Literaturquelle oder ein Namen einer Vertreterin nötig - DS

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | des „creating belongings“ durch Herstellung einer bestimmten Gemeinsamkeit |
| Tendiert zu einer dichotomen Wahrnehmung der sozialen Welt | Wahrnehmung eher situativ, flexibel und multipel; |
| Definiert sich über Grenzerfahrungen; sie entsteht erst durch die Wahrnehmung des Anderen/ von Alterität; orientiert sich von außen nach innen; | Orientiert sich von innen nach außen; keine bewusste Wahrnehmung von Grenzen, erst bei Konflikten, Verlusten etc. |
| | |

Quelle: Eigene Darstellung nach Pfaff-Czarnecka 2012

Vor diesem Hintergrund gibt es verschiedene Ansätze für die Analyse von Identität (Strasser 2009). Multikulturelle Erklärungsansätze umfassen die Fragen nach Minderheitenrechten, Inklusionsmechanismen und rechtlicher Förderung von Minderheiten. Die Kritik, die daran geübt wird, ist, dass sie kulturelle Differenzen hervorheben, und dadurch eine Entsolidarisierung bewirken können (Gingrich/Baumann 2004, Zizek 2000). Transnationale Ansätze gehen hingegen davon aus, dass Zuwander_innen zunehmend in grenzüberschreitenden Beziehungen leben und agieren. (Pries 2008, Glick-Schiller 1992). Die Kritiker dieser Theorie stoßen sich an der fehlenden Rückkopplung an den Nationalstaat, der in der politischen Praxis noch immer dominiert.

Die Theorien der Gelegenheitsstrukturen („institutional channelling“, political opportunity structures) umfassen die institutionellen Rahmenbedingungen im Aufnahmeland und wirken massiv auf die politische Mobilisierung und Zugehörigkeit ein (Schiffauer 2004). Politische Gelegenheitsstrukturen, die von MigrantInnen genutzt werden, sind demnach a.) Aufenthalts- und Einbürgerungsgesetze, b.) Gatekeeper (Gewerkschaften, Parteien etc.) c.) wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen. Sidney Tarrow hat das Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen weiterentwickelt (political opportunity structure) und verweist auf die Geschlossenheit/Offenheit des politischen

Zugangs gegenüber der Partizipation bestimmter Gruppen. Dazu zählen beispielsweise der Zugang zum Parteien- oder Wahlsystem, die Antidiskriminierungspolitik, und die Staatsbürgerschaftsrechte. Faktoren, die auf die Gelegenheitsstrukturen einwirken, sind nach Tarrow außerdem noch die Stabilität politischer Bindungen, das Vorhandensein mächtiger und einflussreicher Verbündeter und die Gespaltenheit der Eliten. Vor allem die letzten beiden Faktoren sind nach Tarrow besonders relevant, wenn man nur eingeschränkten Zugang zum politischen, formalen System hat. Das Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen wurde jedoch zumeist für bereits institutionalisierte Politik verwendet, lässt also nur wenig Freiraum, wenn es um alternative politische Beteiligung geht. Deshalb hat Rucht dieses Konzept in „gesellschaftliche Kontextstrukturen“ umgewandelt (Rucht 1996), um dadurch soziale Mobilisierung deutlicher fassen zu können. Nicht außer Acht zu lassen ist nach Strasser das Argument, dass selbstgewählte Prozesse von Zugehörigkeit auch gemeinschaftliches Handeln in Netzwerken, politischen Allianzen implizieren. Die Frage, die dahinter steht ist, wann will jemand zu etwas „dazugehören“ und wann nicht.

4. Das empirische Feld – Relevante Entwicklungen und Hintergründe

Laut den Daten von Statistik Austria haben 2014 19,4 Prozent der österreichischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund.⁶⁴ Zwei Fünftel davon Personen stammen aus dem EU- bzw. dem EWR-Raum. 28,9 Prozent stammen aus dem ehemaligen Jugoslawien (ohne Kroatien und Slowenien). 40,7 Prozent aller ausländischen Staatsbürger wohnen in Wien (Vgl. Statistik Austria). Bereits in der Einleitung der Arbeit wurde auf die große Zahl von serbisch-, kroatisch- und bosnisch-stämmigen Personen, die in Österreich leben, hingewiesen. Diese Personen werden – je nach Geburtsland und Zeitpunkt der Auswanderung – in erste und zweite Generation unterschieden. Unter erster Generation werden jene Personen zusammengefasst, die nicht in Österreich geboren wurden. Die zweite Generation umfasst die Kinder von zugewanderten Personen (der ersten Generation), die bereits in Österreich

64 Stand 1.1.2013: Bevölkerung in Ö: 8.451.860 Menschen

geboren wurden. Aufgrund der bereits in der Fragestellung dargestellten Relevanz jener Menschen, die in Österreich aufgewachsen bzw. (teil-)sozialisiert wurden, wird in dieser Arbeit der Begriff der zweiten Generation auch auf jene Personen ausgedehnt, die im Zuge der Balkankriege der 1990 Jahre als Kinder oder Jugendliche alleine oder mit ihren Eltern nach Österreich ausgewandert sind (und deren Geburtsland somit nicht Österreich ist).

Migrationsbewegungen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens nach Österreich haben eine lange Tradition. Migrationsprozesse unterliegen dabei einem komplexen Zusammenspiel unterschiedlichster Faktoren. Einige davon, die speziell für das empirische Feld von großer Bedeutung sind, werden in diesem Kapitel näher beleuchtet. So genannte Push-Faktoren, die als Anreiz für Auswanderung gelten, wie zum Beispiel Armut, Krieg, Arbeitslosigkeit oder wirtschaftliche Stagnation im Herkunftsland spielen in diesen Prozessen ebenso eine relevante Rolle wie intervenierende Variablen (z.B. staatliche Arbeitsrekrutierungsagenturen; Familiennachzug) und Pull-Faktoren (z.B. Arbeitskräftemangel im Aufnahmeland, soziale Sicherheit). Unter dem Einfluss dieser Faktoren kann aus potentiellen Migrationsvoraussetzungen eine migrationsauslösende Situation entstehen (Sassen 1991). In Österreich treffen diese Entwicklungen nach dem Ende des zweiten Weltkrieges auf vielfältige Weise aufeinander. Denn in den 1960er Jahren warb Österreich massiv Arbeitskräfte aus Jugoslawien, der Türkei und Spanien an. Durch das „Raab-Olah-Abkommen“ 1961 zwischen dem Österreichischem Gewerkschaftsbund und der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer wurde der Grundstein für die staatliche Anwerbepolitik von ausländischen Arbeitskräften in Österreich gelegt. Durch die Einführung einer „Arbeitsgemeinschaft für die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer“ 1962 wurde eine Schnittstelle zwischen den Entsendeländern und österreichischen Unternehmen geschaffen. Österreichische Kommissionen übernahmen beispielsweise in Istanbul 1964 und in Belgrad 1966 die Abwicklung der Anwerbung. (Bakondy 2010)⁶⁵

⁶⁵ Vgl. Texte der Autorinnen Vita Bakondy, Simonetta Ferfaglia, Jasmina Jankovic, Cornelia Kogoj Heinrich Pichler

Am 4. April 1966 trat das Beschäftigungsabkommen zwischen Österreich und der Sozialistischen Föderation Jugoslawien in Kraft. Dieses Abkommen blieb bis heute richtungsweisend. So waren bereits in den 1970er Jahren dreiviertel der ausländischen Arbeiter_innen in Österreich jugoslawische Staatsbürger. (Bratic 2016) 1973 arbeiteten 23 Prozent aller im Ausland beschäftigten Jugoslawen_innen in Österreich. Die damalige Politik bzw. die damaligen Politiker_innen standen diesem Zuzug äußerst positiv gegenüber. So formulierte der ehemalige Bürgermeister von Wien Helmut Zilk 1989 anlässlich der 10. Arbeitersportspiele des jugoslawischen Dachverbands im Wiener Hanappi-Stadion:

„Ich begrüße Sie mit echter Liebe (...), ich möchte Ihnen sagen, dass ich mir Wien nicht vorstellen könnte, ohne unserer jugoslawischen Freunde, ohne die Mitarbeiter. Sie sind ein Bestandteil unserer Stadt, so wie die Donau und der Stephansdom.“⁶⁶

Trotz dieser warmen Worte Zilks konnten in den darauffolgenden Jahren essentielle Fragen rund um das Thema „Gastarbeiter“ nicht geklärt werden. Vielmehr wurde der Tenor in Richtung GASTarbeiter verstärkt und die Annahme in den Vordergrund gerückt, dass die jugoslawischen Arbeiter_innen nur für eine begrenzte Zeit in Österreich bleiben werden. Doch die Geschichte belehrte uns eines anderen. Während die österreichische Politik darauf beschränkt war, den heimischen Arbeitskräftemangel durch temporärbeschäftigte, ausländische Staatsbürger zu kompensieren, wurde das Thema Familiennachzug bzw. die Idee, dass sich jugoslawische Arbeitskräfte ein dauerhaftes (Familien)leben in Österreich aufbauen könnten ad acta gelegt. Aus österreichischer Perspektive stand allein die Deckung eines Arbeitskräftedefizits im Zentrum der Debatten. Dabei hatten vor allem die Arbeitskräfte aus Jugoslawien spezifische Bedingungen für das Arbeiten in der Fremde. So verfolgte Jugoslawien beispielsweise ab 1963 eine Dezentralisierungspolitik, um die Wirtschaft zu öffnen und anzukurbeln. Durch ein verzögertes Wirtschaftswachstum war Jugoslawien auf die

⁶⁶ Zilks Rede; ORF-Archiv anlässlich der Konferenz „50 Jahre Anwerbeabkommen Österreich – Jugoslawien 1966-2016“ in Wien

Rücküberweisungen und Deviseneinnahmen, der im Ausland beschäftigten Arbeiter_innen angewiesen. In Österreich hingegen dominierte bis Mitte der 1970er Jahre eine restriktive Gesetzgebung basierend auf einem Gesetz aus dem Jahr 1947 über Ausländerbeschäftigung.

Erst 1974 kam es dahingehend zu einigen gesetzlichen Lockerungen. Ab diesem Zeitpunkt konnten ausländische Arbeitnehmer_innen das aktive Wahlrecht für den Betriebsrat in Anspruch nehmen. Sich selbst zur Kandidatur stellen, durften ausländische Arbeitnehmer_innen jedoch nicht. 1976 trat ein überarbeitetes Ausländerbeschäftigungsgesetz in Kraft, das die Aufnahme von ausländischen Arbeitskräften an die Entwicklungen des Arbeitsmarktes koppelte. Erst durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wurden Gesetze in Sachen Betriebswahlrecht den EU-Richtlinien angepasst. Bis dato dürfen Drittstaatsangehörige in Österreich nur an Betriebsratswahlen (erst 2006) und an Arbeiterkammerwahlen (seit 2001 aktive und passive Wahlrecht) teilnehmen.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass es erst mit Ende der 1980er Jahre zu einer grundlegenden Veränderung in der Wahrnehmung und im rechtlichen Umgang mit Migration kam. 1987 wurde dahingehend eine Novelle des Fremdenpolizeigesetzes von 1933 verabschiedet. Darin nimmt die so genannte Aufenthaltssicherheit eine tragende Rolle ein. Migrationsbewegungen rücken zunehmend ins Visier des Innenministeriums und dadurch auch in den Blickpunkt der (medialen) Öffentlichkeit. Basierend auf den Flüchtlingsbewegungen, ausgelöst durch den Bosnienkrieg, und einer Hochphase der Einwanderung Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre beschloss die damalige Regierung 1993 ein neues Aufenthaltsgesetz für Fremde. Darin wurde eine klare Trennung zwischen dem Visaansuchen für Touristen und für Zuwander_innen installiert. Auch in der Öffentlichkeit wurde Migration ein Thema. So organisierte die FPÖ unter Jörg Haider ein Anti-Ausländer-Volksbegehren, das von 7,35 Prozent der damaligen Wahlberechtigten unterschrieben wurde. Als Reaktion darauf wurde von der Gegenseite und speziell durch NGOs organisiert ein Lichtermeer gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus mit 250.000 Teilnehmern veranstaltet.

1997 wurde in einem neuen Fremdenengesetz das Postulat „Integration vor Neuzuzug“ erhoben. Darin wurde die Aufenthaltssicherheit für Migrant_innen erhöht und die Aufenthaltsbewilligung mit der Arbeitsbewilligung in Verbindung gebracht. Das migrationspolitische Ziel dahinter war es, den Zuzug von Ausländern nach Österreich zu minimieren. Dahingehend wurde auch das Staatsbürgerschaftsgesetz novelliert (10 Jahre Aufenthalt, 5 Jahre niedergelassen, Studienzeit wird nicht angerechnet) und das Quotensystem für den Arbeitsmarkt verschärft. Erst 2006 war es – angeregt durch den Europäischen Gerichtshof – Drittstaatsangehörigen in Österreich erlaubt bei Arbeiterkammer- und Betriebswahlen zu kandidieren. Bis dato wurde eine gewerkschaftliche Vertretung von Migrant_innen seitens der jeweiligen Regierungen systematisch verhindert (Bauböck/Perchinig 2006). Im Gegensatz dazu, wurde in Deutschland die Staatsbürgerschaft als Kriterium bei Betriebswahlen bereits 1972 abgeschafft. In Österreich hingegen dominierte bis 1985 das Fremdenpolizeigesetz von 1954. Erst mit der Novellierung des Gesetzes Mitte der 1980er Jahre wurde auch der Schutz des Privat- und Familienleben von ausländischen Staatsbürgern fokussiert. (Bakondy 2010) Dadurch kam es zu einer leichten Verschiebung von einer Arbeitsmarktperspektive hin zu einer Niederlassungsperspektive für ausländische Arbeitnehmer_innen in Österreich. Parallel dazu wurde das Staatsbürgerschaftsgesetz geändert und es kam zur Möglichkeit der Übertragung der Staatsbürgerschaft von der Mutter auf ihr Kind. Dennoch blieb Österreich dem Abstammungsprinzip bei der Staatsbürgerschaftsregelung treu und plädierte gegen eine Doppelstaatsbürgerschaft. 1988 kam es zu einer weiteren Novellierung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, das eine Höchstzahl an ausländischen Beschäftigten vorsah. Dadurch wurde die Gastarbeiterpolitik der vorangegangenen Jahrzehnte zusätzlich verfestigt.

In den letzten Jahren kann erneut ein Richtungswechsel in der Migrations- und Integrationspolitik der Regierung konstatiert werden. Durch das 2014 umbenannte Außenministerium in „Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres“ (BMEIA) wurden Integrationsangelegenheiten auf eine ministerielle Ebene angehoben. Zudem wurde eine so genannte

Integrationsvereinbarung vorgestellt, die bestimmte Kriterien hinsichtlich des Lebens in Österreich vorgab. Dazu zählt unter anderem der Spracherwerb (A2 Niveau; zwei Jahre lang verpflichtende Deutschkurse), der auch als Voraussetzung für einen unbefristeten Aufenthaltstitel unumgänglich ist (B1 Niveau wird dafür benötigt). Eine Rot-Weiß-Rot-Karte sorgt seit 2011 dafür, dass durch ein spezifisches Punktesystem hochqualifizierte Fach- oder Schlüsselkräfte, Studenten und selbstständige Schlüsselkräfte in Österreich arbeiten und leben dürfen. Neben diesen Entwicklungen wurde 2013 ein Expertenrat für Migration und Integration ins Leben gerufen, der jährlich in einem Bericht auf Probleme und Notwendigkeiten in Sachen Migration und Integration hinweist und politische Empfehlungen formuliert. In diesen Berichten wird ausdrücklich festgehalten, dass eine „Willkommenskultur“ nur durch die Gesellschaft per se etabliert werden kann. Dabei soll „Integration von Anfang an“ betrieben werden. (Integrationsbericht 2015, S.15) In den jährlichen Berichten wird auf die Relevanz des deutschen Spracherwerbs ebenso hingewiesen, wie die Notwendigkeit bildungspolitischer Reformarbeit.⁶⁷ Denn viele Jugendliche mit Migrationshintergrund haben oft nur einen Pflichtschulabschluss. Der Integrationsbeirat plädiert deshalb für ein stärkeres duales Ausbildungssystem. Zudem werden Rechte und Pflichten diskutiert. Der Expertenrat empfiehlt eine Weiterentwicklung der Staatsbürgerschaftsrechte, da das Konzept der Staatsbürgerschaft nicht adäquat genug auf die heutige Mobilität von Arbeitskräften innerhalb Europas eingeht.

Die größte Personengruppe mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Österreich stammt aus Deutschland, also aus einem EU-Staat. Vor diesem Hintergrund wird auch die oft hetzerische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Themen wie Flucht, Asyl, Migration und Integration in den Medien kritisiert. Sie erschwert eine undifferenzierte, mediale Verwendung der Begriffe Migrant, Ausländer, Asylsuchender, Flüchtling, Fremde/r und Person mit Migrationshintergrund sowie eine offene Auseinandersetzung mit Migrations- und Integrationsthemen. Es scheint als finde – je nach Denkrichtung – eine

⁶⁷ Vgl. dazu die Integrationsberichte des Expertenrats für Integration (2011-2015) im Auftrag des BM für Europa, Integration und Äußeres; vor allem den Integrationsbericht 2015: „Integration – Bisher Erreichtes. Leitgedanken für die Zukunft“

bewusste oder unbewusste Herabsetzung und Deformierung der Zugehörigkeit und Ethnizität von andersstämmigen Personen statt. Ziel ist es dadurch ein spezifisches Bild von bestimmten Personengruppen zu kreieren.⁶⁸

Die rechtliche Differenzierung hingegen erfolgt durch den jeweiligen Aufenthaltstitel und die Staatsbürgerschaft. In Österreich gilt nach wie vor das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*), das die Staatsbürgerschaft an die der Eltern koppelt. So kann es durchaus sein, dass Menschen nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben, obwohl sie selbst nie migriert sind. Im Gegensatz dazu kann die Staatsbürgerschaft auch an den Geburtsort geknüpft sein (*ius soli*). Das ist zum Beispiel in den USA der Fall. Aber auch manche europäische Länder wie Deutschland, Frankreich, Spanien, Niederlande und Großbritannien greifen immer öfter auf das *ius soli* zurück und verknüpfen es in der politischen Praxis mit dem *ius sanguinis*. Die Perspektive des Rechts, das Recht auf bestimmte soziale und politische Rechte als Staatsbürger, stellt in diesem Zusammenhang eine maßgebliche Determinante in der Diskussion über Migration, Partizipation und Integration dar. So unterschied bereits Thomas H. Marshall in den 1950er Jahren zwischen sozialen (fairer Zugang zu Bildung, Gesundheit, Sicherheit), zivilen (u.a. Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Recht auf Eigentum) und politischen Rechten (aktives und passives Wahlrecht). Diese Thematik verdeutlicht auf plakative Weise wie Migrant_innen auf verschiedenen Ebenen unterschiedlichen Exklusionsmechanismen ausgesetzt sind. Diese Mechanismen variieren nach dem Aufenthaltstitel, der auch über den Zugang zu politischen Rechten entscheidet. Zudem ist der Abgeordnetenteil mit Migrationshintergrund äußerst gering und stellt somit zweifelsohne ein Repräsentationsdefizit dar. (Bauböck 2001)

In der bisherigen wissenschaftlichen Behandlung des Themas wird prinzipiell zwischen Saisonmigration, Pendelmigration, Transmigration, Familienzusammenführung, Fachkräfte- und Studentenmigration,

⁶⁸ Vgl. Literatur zur Selbst- und Fremdwahrnehmung; Identität; Zugehörigkeit und Identifikation aus psychologischer, soziologischer, anthropologischer und politikwissenschaftlicher Sicht, u.a. Strasser 2009

Umweltmigration, Rückkehrmigration, illegale oder irreguläre Migrationsbewegungen, Menschenhandel, Flüchtlingsbewegungen, Ausweisungen bzw. Rückführungen, Binnenmigration und temporäre Arbeitsmigration unterschieden. (Düvell 2006) Die Politik spricht dabei Migrant_innen auf unterschiedlichen Ebenen an. Aufgrund ihres unterschiedlichen Rechtstatus nehmen sie jeweils eine andere Position als Akteur in Aushandlungsprozessen um spezifische Migrationspolitiken ein. Migrationspolitik ist nach Auffassung des Migrationsforschers Stephan Castles dann zum Scheitern verurteilt, wenn sie versteckte politische Zielsetzungen verfolgt, wenn es Widersprüche hinsichtlich der Formulierung von Migrationspolitiken gibt oder wenn das Verhältnis zwischen Staaten und den migrantischen Interessensgruppen nicht optimal ist. (Castles 2009) Zudem gibt es eine Diskrepanz zwischen Migrationskontrollpolitik und ihrer Umsetzung. Denn illegale Migration hat beispielsweise in der politischen Öffentlichkeit einen höheren Stellenwert als legale Migration. Dadurch entstehen Diskrepanzen zwischen nationalstaatlichen und europäischen Regulierungen, um Migrationsbewegungen zirkulär zu halten. (Atac 2012)

5. Die empirische Studie -

Methodologische Grundlagen und Vorgangsweise

Die vorangegangenen Kapitel geben einen Überblick über jene wichtigen Teilaspekte von demokratiepolitischen und beteiligungsorientierten Konzepten, die für die Bearbeitung meiner empirischen Fragestellung von großer Relevanz sind. in den Sozialwissenschaften angelegt sind. Der theoretische Zugang greift auf Konzepte zurück, die es ermöglichen wichtige Aspekte der Partizipation von Migrant_innen am sozialen und politischen Leben in Österreich zu erkennen. Dabei wurden bestimmte Konzepte ausgewählt wie zum Beispiel Soziales Kapital, Zugehörigkeit und Politische Kultur, die es erlauben, die Erfahrungen und Kompetenzen von Bürgern mit ex-jugoslawischen Wurzeln genauer zu erfassen. Im dritten Kapitel der Arbeit wurde der Versuch unternommen Begriffe wie politische Partizipation, beteiligungsorientierte Demokratie und transnationale Sozialräume aus verschiedenen Perspektiven zu erklären. Der Fokus lag einerseits auf der

Darstellung und der Zusammenfassung etablierter Autoren in diesen Bereichen, andererseits wurden theoretische Strömungen skizziert die für die Fragestellung der Arbeit von zentraler Bedeutung sind.

Ein wichtiges Ergebnis der Analyse des Standes der Forschung zu den bezeichneten Konzepten war, dass politische Beteiligung vielfältigen Beeinflussungen unterliegt. Wie im Kapitel über den Stand der Forschung in diesen Bereichen bereits angedeutet, werden die politikwissenschaftlichen Debatten bezüglich der Erklärung der Bedingungen für politische Partizipation durch systemimmanente oder institutionalisierte Faktoren dominiert. Grundsätzlich werden in diesen Ansätzen hingegen die individuellen Politisierungsmomente und die Perspektive der Bürger_innen unterbelichtet. Gerade die Analyse der Perzeption der Bürger_innen verspricht jedoch interessante Erkenntnisse zur Frage, was politische Beteiligung fördern kann. So wurde in der Fragestellung und auch im theoretischen Teil der Arbeit bereits auf die Relevanz von den Erfahrungen in vorpolitischen Bereichen für politische Beteiligung hingewiesen.

Ausgehend von diesen Vorüberlegungen ergeben sich bestimmte Punkte des migrantischen Lebens, oder auch Praktiken, die für eine Analyse der Integration, der aktiven Partizipation von Migrant_innen von zentraler Bedeutung sind. Diese Phänomene bilden den Bezugsrahmen der Analyse.

Es sind im Einzelnen: Erstens, die Relevanz der individuellen Migrationsbiographie (Erste Schlüsselerlebnisse in Österreich; Fluchterfahrungen; Exklusions- und Integrationserfahrungen, Moment der individuellen Politisierung bzw. Erwachen des eigenen politischen Bewusstseins). Zweitens, die Bedeutung von transnationalen, sozialen Räumen und Verbindungen. Drittens, das soziale (und kulturelle) Engagement als ein lebensnahes Beispiel für den vorpolitischen Bereich. Auf diese theoretischen Bezugsrahmen fokussiert sich der empirische Teil der Arbeit. Daran angelehnt wurde auch der Leitfaden für die problemzentrierten Interviews erstellt und das Sample ausgewählt. Der Auswertungsteil der Arbeit und die darin formulierten Ergebnisbausteine wurden aus den Interviews heraus generiert

und fassen die Ergebnisse der empirischen Studie zusammen. Vor diesem Hintergrund wird noch einmal daraufhin hingewiesen, dass in dieser Arbeit der Forschungsgegenstand und die Fragestellung der Dissertation im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Die Fallauswahl, der theoretische und der methodische Zugang wurden deshalb angelehnt an die Fragestellung ausgewählt. Es wurde demzufolge nicht eine einzige, passende Theorie gesucht und ausgewählt, sondern es wurden - ausgehend von der empirischen Problemkenntnis der Autorin - aus verschiedenen wissenschaftlichen Konzepten und Disziplinen jene Aspekte herausgefiltert, die für die Fragestellung von herausragender Bedeutung sein könnten.

Die empirische Studie wird als offener Prozess der Analyse betrachtet, in dem die Forschungssubjekte und deren Kontexte im Vordergrund stehen und nicht theoretisch abgeleitete Hypothesen (Flick 2007). Die sorgfältige Interpretation des Datenmaterials nimmt für die Analyse eine zentrale Stellung ein. Ihr Ausgangspunkt ist vor diesem Hintergrund das „Vorwissen“ (oder theoretische Vorannahmen, keine starren Hypothesen) des Forschenden, die im Laufe der Datenerhebung und -auswertung immer wieder ausformuliert und angepasst wurden. Das bedeutet für diese Arbeit, dass erste Interviews geführt, transkribiert (Textmaterial) und analysiert wurden und auf dieser Grundlage dann Entscheidungen für die weiteren Fälle bzw. für die folgenden Interviews getroffen wurden. Diese Art der Fallauswahl wird auch als Schneeballsystem bezeichnet. (Flick 2007) Bewusst wurde darauf verzichtet, Interviews im Freundes- oder Familienkreis zu führen, um Sachbezogenheit und Objektivität der Interviews zu gewährleisten. Zudem wurden in dieser Arbeit Aspekte der Sampling-Strategie „Primärauswahl“ verwendet. (Morse 1998, S.73) So wurden Interviewpartner beispielsweise nach dem Schneeballsystem und auch nach ihrer möglichen Aussagekraft ausgewählt. Dazu zählen das Wissen, die Erfahrung und die Fähigkeit zur Artikulation und die Reflexion des Interviewpartners. Eine Sekundärauswahl von Interviewpartner bedeutet hingegen, auch mit jenen zu sprechen, die nicht den Kriterien der Primärauswahl entsprechen, aber trotzdem die Zeit haben und zum Interview bereit sind. Diese Herangehensweise wurde von der Forscherin aber nicht verwendet. Es wurden ausschließlich Interviews der Primärwahl verwendet.

Obwohl es auch Textmaterial aus einer Sekundärwahl gab, wurde diese aufgrund der bestehenden Materialfülle nicht ausgewertet.

Im Verlaufe der Arbeit an der Dissertation wurde parallel zur Beschäftigung mit dem Stand der wissenschaftlichen Debatte an der Schärfung der Fragestellung der empirischen Studie gearbeitet. Diese Fragerichtung wurde dann in einen Interviewleitfaden umgesetzt (siehe Anhang). Schließlich wurden die ersten Interviewpartner_innen ausgewählt. Bei der Kontaktaufnahme per Email wurde ihnen das Forschungsvorhaben und der Aufbau des Interviews erklärt. Um die Hemmschwelle der Befragten, die weniger Erfahrungen mit empirischer wissenschaftlicher Analyse besaßen, niedrig zu halten, wurde erläutert, dass es weniger um das Abfragen von Wissen als um das Erschließen von Erfahrungen geht. Zudem erwies es sich als hilfreich, auf die Anonymisierung der Interviews bei der Auswertung hinzuweisen. Alle geführten Interviews wurden transkribiert. Parallel zu den ersten geführten Interviews wurden weitere geeignete Personen ausgewählt und mit ihnen Interviewtermine fixiert. Diese schneeballartige Vorgehensweise ermöglichte es jene Interviews auszuwerten, die der Primärwahl zuzuordnen sind. Für die Auswertung wurde die qualitative, zusammenfassende Inhaltsanalyse gewählt und mit der Methode der Globalauswertung nach Legewie (1994) ergänzt.

Im weiteren Verlauf wurden die aus den Interviews generierten Erkenntnisse bzw. die Ergebnisbausteine der Arbeit zusammengefasst und kontextualisiert. Relevant dabei war, dass die einzelnen Ergebnisbausteine anhand der Interviews bzw. aus den Interviews heraus formuliert wurden und keine in sich geschlossenen Einheiten bilden. Dieser explorative Zugang zum Forschungsfeld zielt nicht auf Repräsentativität ab, sondern auf die Sammlung und die Analyse der individuellen Erfahrungen der Bürger_innen. Der Bezug zu den Forschungsfragen ist dabei immanent. Um die Nachvollziehbarkeit der einzelnen Ergebnisbausteine zu stärken, wurden am Ende jedes Ergebnisbausteins grundlegende Erkenntnisse noch einmal kompakt zusammengefasst und ausformuliert. Diese Aussagen können als

zusammenfassende Ergebnisse, als politische Handlungsempfehlungen und als Ausgangspunkte weiterer Forschungen betrachtet werden.

Die Motivation für die Auseinandersetzung mit diesem Forschungsthema war der Wunsch ein relevantes und spezifisches Phänomen genauer unter die Lupe zu nehmen. Die sensibilisierte Herangehensweise an die Fragestellung - an Wissen und Handeln (Geertz 1983) – verdeutlicht also die Zentrierung der Fragestellung. Durch die empirische Studie sollte im kleinen Rahmen aufgezeigt werden, wie sich soziale und politische Lebenswelten in Veränderung befinden. Deshalb wurde auch das methodologisch-analytische Instrumentarium multidimensional und offen angelegt. Es wurde der Gegenstand der Arbeit selbst in den Mittelpunkt gestellt und dafür ein explorativer Zugang verfolgt, der es ermöglicht hat, relevante Prozesse und strukturelle Elemente von politischer Partizipation ex-jugoslawischer Bürger_innen in Österreich in ihren wichtigsten Tendenzen zu erfassen. Zentral dabei war die Frage, welche Sichtweisen die befragten Personen selbst auf ihre politische Beteiligung bzw. die Möglichkeiten zur Beteiligung haben. Wie bereits in der Fragestellung thematisiert, sollte die ethnische Differenzierung in die Nachfolgestaaten Jugoslawiens und ihre Bürger_innen – vor allem Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien – einerseits auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Herkunftsgesellschaften und andererseits auf die unterschiedlichen Migrationskontexte hinweisen. Nicht gemeint ist in diesem Zusammenhang die Unterteilung in „Ethnien“, also in übergeordnete ethnisch-homogene, starre Identitätskategorien. Denn es gibt Personen, deren ethnische Zugehörigkeit keinen primären Identitätsbezugspunkt darstellen (z.B. Selbstbezeichnung als Jugoslawe/-in oder „Jugo-Nostalgiker/-in“). Die ethnische Selbstverortung ex-jugoslawischer Bürger ist demnach nicht eindeutig und kann sich auch abseits der Staatsangehörigkeit des Herkunftsland oder Österreich (z.B. bosnische Serben/Kroaten; Mischehen; serbische Roma etc.) konstruieren. Welchen Stellenwert ethnische Zugehörigkeit für die befragten Personen hat, wird in den Ergebnisbausteinen dargestellt.

5.1. Allgemeine Aussagen zur Datenerhebung

Zu Beginn des Forschungsprozesses stand die Analyse der Sekundärliteratur zu den jeweiligen Untersuchungsfeldern der Arbeit im Vordergrund. Danach folgten die Ausarbeitung des Interviewleitfadens und die Durchführung der problemzentrierten Interviews mit narrativen Elementen. Zusätzlich wurden einige Expert_innen-Interviews geführt, die das Hintergrundwissen der Arbeit ergänzen. Interviewt wurden Karin Liebhart, Institut für Politikwissenschaft, Jelena Tomic, Institut für Kultur und Sozialanthropologie und Ljubomir Bratic, Projekt Migration Sammeln.

Das methodische Hauptinstrument der Arbeit sind problemzentrierte Interviews mit narrativen Elementen. Die Analyse vorhandener Sekundärliteratur und punktueller, medialer Berichterstattung diente vor allem dazu, die Ergebnisse der problemzentrierten Interviews kontextuell zu verorten sowie Erkenntnisse über die Entwicklung des empirischen Feldes zu gewinnen. Experteninterviews wurden geführt, um einzelne Ergebnisse aus der primären Untersuchung abzustützen. Diese wurden vorwiegend als Sekundärquellen und als Informations- und Hintergrundgespräche verwendet. Grundsätzlich gibt es verschiedene Arten des ExpertInnen-Interviews. Dazu zählen das explorative, das systematisierende und das theoriegenerierende Interview. Es kann als eigenständige oder ergänzende Methode verwendet werden. Häufig werden in diesen Interviews nach Kontextwissen oder Betriebswissen gefragt. Dabei werden oftmals mehrere ExpertInnen-Interviews geführt und Kernaussagen zusammengefasst, die die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu anderen ExpertInnen-Interviews darstellen sollen. (Flick 2007)

In den Sozialwissenschaften – vor allem in der Soziologie und der Sozialanthropologie – ist die Fallkonstruktion eine weitverbreitete Methode (Bohnsack 2010). Dabei sollen Biographien, Ereignisse und Lebensgeschichten mit Hilfe des narrativen Interviews rekonstruiert werden. Die Erzählung ist also der Rahmen, in dem Erfahrungen dargelegt, wieder gegeben und interpretiert werden. Natürlich sind solche Erzählungen – wie

alle Aussagen und Meinungen – subjektiv, aber sie geben den Blick auf Konstruktionen von Alltag und Wirklichkeit preis.

In dieser Arbeit weisen die problemzentrierten Interviews Elemente der narrativen Interviewmethode auf. Beim narrativen Interview wird die „soziale Wirklichkeit“ (Flick 2007) vom Erzähler, also dem Interviewpartner, hergestellt. Dem Forschenden obliegt es relevante Prozesse aus diesen Erzählungen herauszuarbeiten und mit Deutungen „sozialer Wirklichkeit“ zu verbinden. Beispielsfragen für diesen narrativen Zugang sind unter anderem „Welche Entwicklungen haben zu diesem Ereignis geführt?“ oder „welche Erklärungen für das Ereignis hat der Betroffene selbst?“ Das zentrale Anliegen dahinter lautet zu erfassen, wie etwas erlebt, bewertet und bewältigt wird. Der Verlauf steht im Vordergrund. Durch die Erzählsituation werden die Interviewpartner aufgefordert ihre Sichtweise der Dinge zu schildern. Nicht die Biographie an sich steht im Vordergrund, sondern ihr Verlauf bzw. der Verlauf von bestimmten Ereignissen, Situationen oder Erlebnissen. Zudem bieten die narrativen Elemente einen Zugang zu einem größeren Themenkomplex wie Migration oder Partizipation. Trotz der Kritik an narrativen Interviews, dass deren Inhalte auch nur Konstrukte der Erinnerung sind, stellt sie in der qualitativen Sozialforschung einen soliden Zugang zum Forschungsfeld innerhalb der Prozessforschung dar. (Hermanns 1995) Natürlich können keine Haltungen erzählt, sondern nur beschrieben werden. Erzählungen können dabei den Kontext der beschriebenen Aktivität oder Situation bilden. Durch narrative Interviews, Gruppendiskussionen oder Fokusgruppen können Alltagserfahrungen, individuelle Situationen von Erlebnissen und Einstellungen reflexiv erhoben werden.

In dieser Dissertation wurde versucht aus dem breiten Spektrum qualitativer Methoden jene herauszufiltern, die einerseits der Fragestellung angemessen sind und andererseits zum Forschungsprojekt passen. Dabei wurden die Perspektiven der Beteiligten kontextualisiert. Es gibt unterschiedliche Forschungsperspektiven in der qualitativen Sozialforschung. Ethnographie, Phänomenologie und die Narrative Analyse sind nur einige davon. Im Vordergrund steht die Frage, mit welchen Methoden kann eine Fragestellung

bearbeitet werden. Das Prinzip der Offenheit widerspricht nicht dem Vorhandsein konkreter Forschungsfragen. Es soll nur zeigen, dass im Vorfeld der Analyse keine starren Hypothesen gebildet werden, sondern eher zirkuläre Vorannahmen oder Arbeitsthesen. Die Frage dahinter ist, was ergibt sich aus dem Feld? Objektive Lebensbedingungen werden durch die subjektiven, problemzentrierten Interviews mit narrativen Elementen und ihre Bedeutungen für den Alltag und die Lebenswelt der Befragten relevant. Die Probleme, die sich darin wiederfinden und von den Befragten beschrieben werden, verweisen auf bestimmte allgemeine Prozesse und Einstellungen.

5.2. Erhebungsinstrumente: Problemzentrierte Interviews mit narrativen Elementen und Angaben zur Durchführung

Das problemzentrierte Interview ist eine hybride Form des fokussierten Interviews. Die Fragen basieren auf einem vorab ausgearbeiteten Leitfaden. Die Interviews wurden mit Tonband aufgezeichnet. Zu Beginn des Interviews wurde gemeinsam mit dem Interviewpartner ein Kurzfragebogen beantwortet, der allgemeine, soziodemographische Fragen enthielt. Dazu zählten Alter, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Datum der eigenen Immigration oder die der Eltern, Bildungsgrad und derzeitiger Beruf. Direkt nach dem Interview wurde ein Postskriptum angefertigt, um wichtige Erkenntnisse und Gesprächsverläufe festzuhalten. Zudem wurden alle Interviews transkribiert. Obwohl man sich beim problemzentrierten Interview an den im Vorfeld erstellten Leitfaden orientiert, gibt es bestimmte Nachfragestrategien, die den Gesprächseinstieg, die allgemeine Sondierung, die spezifische Sondierung und Ad-hoc-Fragestellungen erleichtern sollen. (Flick 2007/ 2010). In den Interviews selbst wurde dann aufgrund des jeweiligen, individuellen Verlaufs bzw. in der spezifischen Erzählsituation nachgefragt oder bestimmte Fragen des Leitfragebogens vorgezogen, nachgereiht oder übersprungen.

Grundsätzlich wurde der Leitfaden für die problemzentrierten Interviews mit narrativen Elementen anhand folgender, allgemeiner Kriterien -angelehnt an Flick⁶⁹ - ausgearbeitet:

- Die spezifische Sichtweise des Interviewpartners steht im Vordergrund. Hier geht es um die Sichtbarmachung von tiefer liegenden Details, Prozessen, Orientierungen und Einstellungen.
- Es soll die Erfassung eines breiten Spektrums von Bedeutungen durch den Interviewer_in gewährleistet werden.
- Der Mensch und seine soziale und/ oder politische Wirklichkeit bzw. seine Konstruktion von Wirklichkeit stehen im Mittelpunkt. Emotionale und persönliche Bedeutungen sollen freigelegt werden.
- Der Leitfaden soll einen Bezug zur Fragestellung nachweisen. (→ theoretische und inhaltliche Relevanz: Warum werden diese Fragen gestellt?)
- Die Fragen sollen verständlich formuliert sein.
- Der Leitfaden sollte in Themenbereiche mit spezifischen Fragen strukturiert sein. (→ Grob- und Feinstruktur des Leitfadens)
- Der Interviewer soll zu Beginn des Gesprächs die Rahmenbedingungen wie beispielsweise Vertrautheit und Anonymität der interviewten Person festlegen.
- Die Lebenswelt des Interviewpartners steht im Vordergrund. Eigene Meinungen und Gefühle sollen außen vor bleiben, damit sich das Interview wertfrei und vertieft entwickeln kann.

⁶⁹ Uwe Flick hielt im WS 2012/13 ein Forschungsseminar zu qualitativen Methoden an der Universität Wien, das ich besucht habe. Dieses Kapitel basiert weitgehend auf den Erkenntnissen und Erarbeitungen aus diesem Seminar. Ergänzend dazu kann sein Standardwerk über „Qualitative Sozialforschung“ (Flick 2007) betrachtet werden.

Zeitlich und bezogen auf den Ort richteten sich alle Interviews nach den Bedürfnissen der Interviewpartner_innen. Einige wollten sich im Büro, andere nach der Arbeit bei sich zu Hause oder in einem Café treffen. Mit einem Großteil der Befragten wurde das Interview im Büro, also direkt am Arbeitsplatz, durchgeführt. Im Vorfeld wurden für die Interview ungefähr eine Stunde veranschlagt. In der Regel dauerten die Interviews, die am Arbeitsplatz geführt wurden durchschnittlich 45 Minuten. Die Interviews, die vor oder nach der Arbeit im privaten Raum geführt wurden, dauerten zwischen einer Stunde und einer Stunde und fünfzehn Minuten. Insgesamt wurden zwanzig Interviews durchgeführt. Fünfzehn Interviews konnten der Primärwahl zugeordnet werden, fünf der Sekundärwahl. Aufgrund der Dichte der Interviews und der Fülle des Textmaterials wurden nur die Interviews der Primärwahl ausgewertet.

5.3. Die Methode der Datenauswertung – Qualitative Inhaltsanalyse

Durch das Instrument der qualitativen Inhaltsanalyse soll Kommunikations- oder Textmaterial bearbeitbar und interpretierbar gemacht werden. So wurde in einem ersten Schritt das Material gesichtet und festgelegt. Dazu zählte zum Beispiel die Fokussierung auf Interviews der Primärwahl. Bei jedem Interview wurde auch auf deren Entstehungssituation und auf die formalen Kriterien der Durchführung hingewiesen. Dazu gehörten allgemeine Fragen zur Teilnahme an den Interviews und der Aufzeichnungsart. Qualitative Inhaltsanalyse geht immer auf geschriebenes Material zurück, deshalb war es unumgänglich die geführten Interviews zu transkribieren. Bei der Transkription stand vor allem der Inhalt der Interviews im Vordergrund. Mayering nennt die Zusammenfassung (= Induktive Kategorienbildung), die Explikation (= enge oder weite Kontextanalyse) und die Strukturierung als die drei grundlegenden Formen der Auswertung (Mayering 2010). Die Zusammenfassung versucht das gesamte Interviewmaterial zu beachten und daraus systematisch spezifische Teile des Interviews herauszufiltern und zu interpretieren. Bei der Explikation wird versucht, einzelne Passagen des Interviews durch zusätzliches Material bzw. zusätzliche Kontextanalyse zu erweitern. Die Strukturierung hingegen

geht von einem vorab festgelegten, eher deduktiven, Kriterienkatalog aus mit dessen Hilfe das Material gesichtet wird. Dabei wird zwischen formaler, inhaltlicher, typisierender oder skalierender Strukturierung unterschieden. Unter formaler Strukturierung versteht Mayering unter anderem die Analyse der Struktur von Sätzen, Gliederungen und Argumenten anhand „syntaktischer, thematischer, semantischer und dialogischer Kriterien.“ Die typisierende Strukturierung stehen extrem auffällige, häufige verwendete Ausdrücke und Passagen im Vordergrund. Mit Hilfe der skalierenden Strukturierung wird das Textmaterial einer Ordinalskala zugeordnet. (Mayering 2010/ Flick 2007)

In dieser Arbeit wird vor allem die zusammenfassende Inhaltsanalyse als Auswertungsinstrumentarium verwendet. An bestimmten Stellen kommt auch die Explikation zum Tragen, vor allem dann wenn der Hintergrund bestimmter Aussagen kontextualisiert wurde. Ziel war es, durch bestimmte Aussagen Interpretationen zu bilden. Die Aussagen der Interviewpartner_innen sind im Text kursiv geschrieben und in Anführungszeichen gesetzt. Der Fokus lag auf der Perzeption der Bürger_innen, darauf welche Themen sie als relevant erachten.

Mit Hilfe der Inhaltsanalyse sollte das Textmaterial reduziert und Aussagen komprimiert werden. Die genannten Beispiele sind nicht vorgegeben, sondern kommen aus den Interviews. Die Interviewpartner_innen wählten diese selbst aus. Daraus ist abzulesen, welchen Stellenwert welches Thema hat. Dieser Zugang hilft Annahmen zu verdeutlichen und die Darstellung der empirischen Ergebnisse zu unterstreichen.

6. Ergebnisbausteine

Die in diesem Kapitel beschriebenen Ergebnisbausteine spiegeln die wesentlichen Einsichten der empirischen Studie wider. Die einzelnen Faktoren oder Ergebnisbausteine werden grob nach inhaltlichen Gesichtspunkten in vier Gruppen zusammengefasst. Zuerst werden unter dem Ergebnisbaustein Migrationsbiographie jene Aspekte skizziert, die sich bei den Interviews als besonders bedeutend für die politische Partizipation und die Integration der Bürger_innen erwiesen haben. Dazu zählt auch der Moment der individuellen Politisierung, also das Erwachen des politischen Bewusstseins der Bürger_innen. Der zweite Ergebnisbaustein umfasst transnationale Lebenswelten und Verbindungen sowie Soziales Kapital in Form von Netzwerken. Der dritte Ergebnisbaustein „Formen und Praxen der Beteiligung“ werden die Ergebnisbausteine politische Partizipation und soziales/kulturelles Engagement bearbeitet. Der Ergebnisbaustein vier „Einstellungen und Orientierungen“ beinhaltet die Demokratievorstellungen, das Konzept der Staatsbürgerschaft und das der Zugehörigkeit aus der Perspektive der Bürger_innen.

Die Fokussierung auf diese Ergebnisbausteine ergab sich einerseits aus der Fragestellung und andererseits aus den Interviews selbst. Vor allem transnationale Lebenswelten und Verbindungen kommen in unterschiedlichen Ergebnisbausteinen vor. So spiegeln sie sich unter anderem im Ergebnisbaustein politische Beteiligung, soziales/kulturelles Engagement und Zugehörigkeit wider. Am Ende jedes Ergebnisbausteins werden die wichtigsten empirischen Befunde noch einmal zusammengefasst. Sie können als Denkanstöße, politische Handlungsempfehlungen oder Ausgangspunkt neuer Forschungen betrachtet werden.

6.1. Ergebnisbaustein A: „Migrationsbiographie“

Die Migrations- und Integrationserfahrungen der befragten Personen spielen einerseits eine außerordentliche Rolle bei der Ausprägung eines individuellen Zugehörigkeitsgefühls zu Österreich und andererseits bei der Ausgestaltung politischer Partizipation. Bei allen interviewten Personen, die als

Kriegsflüchtlinge nach Österreich zu Beginn der 1990er Jahre migrierten, war ihre Ankunft in Österreich zunächst durch die Erfahrung des Kriegs⁷⁰ und dem daraus resultierenden Zwang, das Herkunftsland zu verlassen, geprägt. Die Mehrheit der interviewten Personen war zum Zeitpunkt ihrer Flucht zwischen 10 und 12 Jahren alt und kam deshalb in Begleitung eines Elternteils oder beider Eltern nach Österreich. Einige befragte Personen erzählten, dass sie zuerst mit nur einem Elternteil nach Österreich migrierten, später kam dann im Abstand von einigen Wochen der zweite Elternteil oder/und Geschwister nach. Die Erinnerungen an dieses „Ankommen“ in einem fremden Land waren an die Aufenthalte in Flüchtlingsheimen oder anderen Orten der kollektiven Unterbringung von Kriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien (vor allem Bosnien-Herzegowina) wie beispielsweise Pfarrheime gekoppelt. Der Begriff „Migrationsbiographie“ meint dabei genau den Ablauf des Moments der Ankunft und die dabei mitgenommen Erlebnisse aus der Herkunftsgesellschaft. Durch diese Betrachtungsweise fällt auf, dass die ersten Erfahrungen mit und in Österreich bei den Befragten zumeist in ambivalenter Erinnerung blieben. Neben dem Verlust der Heimat und dem Trauma der Flucht stehen Erfahrungen mit dem Leben in einer neuen Gesellschaft, deren Sprache man nicht spricht und wo es vorerst keine emotionalen Ankerpunkte gibt.

„Für mich war das ein Trauma, irgendwo leben zu müssen, wo man es sich nicht selber ausgesucht hat.“ (I1)

70 Gemeint ist hier der Bosnienkrieg 1992-1995. Durch den Zerfall Jugoslawiens und den nationalistischen Herrschaftsansprüchen Serbiens wurden die ehemaligen Länder Jugoslawiens in den 1990er Jahren von einer Kriegsserie heimgesucht. Zunächst bei der Abspaltung Sloweniens, dann Kroatiens, schließlich Bosnien-Herzegowinas und Kosovos 1999. Vor allem der Bosnienkrieg hinterließ schwere Traumata in der Bevölkerung. Durch das Dayton Abkommen wurde der Krieg zwischen den Volksgruppen der bosnischen Serben einerseits und den bosnischen Kroaten und Muslimen andererseits zwar beendet, aber das Land war von diesem Zeitpunkt an ethnisch aufgeteilt. Bosnien-Herzegowina setzte sich fortan aus zwei Entitäten zusammen, nämlich aus der serbischen Republik (Republika Srpska) und der kroatisch-moslemischen Föderation. Im Gesamtstaat sind alle drei Ethnien durch ein Rotationsprinzip vertreten, was de facto immer wieder zu bürokratischen Höchstleistungen, Verstimmungen und Blockierungen untereinander führt. Zudem sind andere ethnische Gruppen aus der Regierung bzw. dem repräsentativen System ausgeschlossen. Durch die ständige Blockierung und eine Politik eines verstärkten oder anhaltenden Nationalismus steht Bosnien-Herzegowina heute wirtschaftlich, politisch und sozial betrachtet kurz vorm Kollaps. Die staatlichen Strukturen sind äußerst stark von Korruption und Klientelismus geprägt. Die Bevölkerung schwankt zwischen Apathie, Resignation, sozialem Überlebenskampf und Revolte.

„Alles war viel zu eng – die Räume. Als Kinder durften wir im Dorf (Anmerkung: in BiH) überall spielen. Hier war alles geregelt. Wir durften nicht viel im Lager in Traiskirchen.“(I2)

„Unsere Wohnsituation war extrem schlecht. Das Klo befand sich am Gang. Die Leute waren sehr unfreundlich. Das Bild, wie toll Wien sein soll, hat sich bei mir schnell verflüchtigt. Ich war von dem Gedanken geprägt, dass ich mein soziales Leben neu aufbauen musste. Meine ersten Erfahrungen haben mehr mit Flucht und dem Auseinanderreißen zu tun als mit Österreich. Ich habe jahrelang nicht akzeptiert, dass ich hier in Wien bleiben werde. Als es immer klarer wurde, dass sich die Kriegssituation nicht so schnell entspannen würde, habe ich das nur sehr schwer akzeptiert, hier leben zu müssen. Irgendwann habe ich dann eine Theorie entwickelt, dass man 7 Jahre in einer Stadt leben muss, damit man sie akzeptiert. Irgendwann wird man dann ein Teil von ihr. Man braucht einfach genügend Zeit. So ein Ausnahmezustand birgt auch das Potential, neue Sachen auszuprobieren. Man kann daraus Kraft schöpfen, die Flucht überlebt zu haben, aber es gibt auch Menschen, die sagen, damit möchte ich nichts zu tun haben.“(I3)

Die Schule wird von allen befragten Personen als erster, institutioneller Integrationsort wahrgenommen. „Die Schule“ (dass von den Befragten genutzte Wort, gemeint sind entweder die Hauptschule oder das Gymnasium) ist mit ambivalenten Gefühlen verbunden. Alle Befragten verbinden sowohl positive als auch negative Erfahrungen mit „Schule“. Dazu zählt der Umgang der Klassenkameraden mit dem „Flüchtlingskind“, „dem Ausländerkind“, das Engagement der Lehrer, das Erlernen der deutschen Sprache und erste soziale Kontakte mit der Mehrheitsbevölkerung. Häufig überwiegen aber negative Erfahrungen.

Für die Kinder der Gastarbeitergeneration⁷¹ ist die Schule ebenfalls der zentrale Ankerpunkt der Integration oder der Diskriminierung. Auch hier hatte die Mehrheit der Befragten innerhalb der Schule zuerst negative Erfahrungen gemacht. Diskriminierung fand aufgrund des schlechten Sprachniveaus oder einem beschriebenen „*Anderssein*“ statt. Obwohl sie selbst nicht die Erfahrung der Flucht gemacht haben, ist Krieg das Hauptthema im Schulalter. Alle Befragten Gastarbeiterkinder sind passiv stark vom Kriegsgeschehen beeinflusst. Unter anderem durch den Nachrichtenkonsum der Eltern, auch durch die Tatsache, dass Verwandte in den Herkunftsländer mehr oder weniger aktiv am Kriegs- oder Fluchtgeschehen beteiligt sind. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Eltern der Befragten den Zusammenbruch Ex-Jugoslawiens, die Erfahrung des Krieges und den daraus resultierenden Zustand der Auflösung als entscheidenden Einschnitt erlebt haben und sich in Österreich ein Leben zwischen dem Sehnsuchtsbild einer verlorenen Heimat und ihrer Kulturen und diffusen Zugehörigkeitsgefühlen eingerichtet haben. An dieser Stelle werden Generationenunterschiede besonders deutlich. Während sich die Eltern der Befragten ihre Zugehörigkeit aus Relikten und Erinnerungen des Herkunftslandes zusammenbasteln, versuchen sich die Kinder davon zu emanzipieren. Während die Elterngeneration ein Leben in einer Art Diasporagemeinschaft führt und sich eine starke emotionale Bindung an die Herkunftsgesellschaft bewahrt, versuchen die Kinder der Gastarbeitergeneration vermehrt ein transnationales Leben zu führen. Sie fühlen sich in beiden Gesellschaften zu Hause und empfinden die doppelten Zugehörigkeiten vermehrt als positiv.⁷²

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Mehrheit aller Befragten – unabhängig davon, ob ihre Eltern Wirtschaftsmigranten oder Kriegsflüchtlinge sind – zuerst starke negative Erfahrungen im Schulkontext gemacht hat. In

71 Wie im Kapitel 5 beschrieben, fand in den 1960er und Anfang der 1970er Jahre eine Arbeitsmigration von Jugoslawien nach Österreich statt. Aus dem ursprünglichen Gedanken nur für kurze Zeit zu bleiben („Gastarbeiter“), wurden Jahre und Jahrzehnte. Die österreichische Politik hat diesen Wandel zu spät reflektiert und sich nicht ausreichend mit den gesellschaftlichen Folgen auseinandergesetzt. Durch die Jugoslawienkriege wurden viele Gastarbeiter gehindert in ihre Heimat zurückzukehren. Zudem wurden Familien in Österreich gegründet, Kinder geboren und in Österreich sozialisiert.

⁷² Vgl. Ergebnisbausteine B und D

den Interviews werden in diesem Zusammenhang auch Schlüsselerlebnisse genannt, die den weiteren Integrationsweg und später auch das individuelle politische und soziale Engagement beeinflussen. In der Retrospektive bilanzieren die befragten Personen ihre prägendsten Momente zu Beginn ihres (Schul-)Weges in Österreich. Diese Erzählungen von Erlebnissen bzw. die Interpretationen des Erlebten prägen das Gesamtbild vom Gastland im Kinder- und Jugendalter sehr stark.

„In der Schule fand mein lebensprägendes Erlebnis statt, nämlich, dass Ausländer nicht auf ein Gymnasium gehören. Die ersten Gymnasien, die ich besucht habe, wollten mich nicht nehmen. Das war zum Zeitpunkt der ersten Klasse Gymnasium. Für mich und meine Eltern war das völlig klar, dass ich einmal ins Gymnasium gehen werde. Für die Direktoren, die in den Gymnasien waren, war das nicht so klar. Erst nach langem Suchen hat sich dann ein Klassenvorstand gefunden, der dafür gebürgt hat, dass es mit mir schon klappen wird. Und nur unter diesen Bedingungen durfte ich dann aufs Gymnasium gehen. Das hat mich ein Leben lang geprägt, dieses „Euch werde ich es noch zeigen“ –Ding, das war persönlichkeitsbestimmend, das sitzt ganz tief. Was natürlich auch produktiv sein kann, was Lernen und so angeht, aber trotzdem auch eine Beschädigung war, die ich erfahren habe. (...) Sprüche wie „Gegen Ausländer wie dich haben wir ja nichts“, und die Tatsache, dass es sechs Jahre gedauert hat bis mich eine von meinen Schulfreundinnen zu sich nach Hause eingeladen hat. Ich bin dann durchgehend in diese Schule gegangen, ab der 6./7.Klasse (Anmerkung: Oberstufe Gymnasium) war ich dann so überintegriert, dass es tatsächlich keine Rolle mehr gespielt hat, woher ich komme.“(I4)

„Die erste Zeit war ziemlich schlimm und chaotisch. Wir sind irgendwie einer nach dem anderen hergekommen, zuerst der Papa, weil wir gedacht haben, es beruhigt sich dort wieder (Anmerkung ST: in Bosnien-Herzegowina), dann ich, dann der Bruder und dann die Mama. Alle paar Monate ist einer gekommen. Zuerst war ich ein paar Monate da und habe abgewartet, was hier passiert, der Papa hat in Österreich gearbeitet, wir haben nicht gewusst, kommen meine Mama und mein Bruder oder kommen sie nicht. Ich bin auch nicht

gleich zur Schule gegangen. Wir waren in Niederösterreich in einer kleinen Ortschaft, wo wir noch eine bosnische Familie kennengelernt haben, da war ein Mädchen im selben Alter wie ich und die fragte mich, na, wo gehst du zur Schule? Ich: Gar nicht. Sie: Warum willst du nicht in die Schule gehen? Ich: Ja, dann gehe ich halt in die Schule. Ich habe kein Wort deutsch gesprochen, sie hat mich mitgenommen und sie hat mich beim Direktor vorgestellt und am nächsten Tag bin ich dann in die Schule gegangen. Die erste Schule war schrecklich, da haben mir einfach die Sprachkenntnisse und die Unterstützung gefehlt. Ich habe zu Hause keine Hilfe bekommen können, weil der Papa den ganzen Tag gearbeitet hat, und erst spät am Abend nach Hause gekommen ist und ich wollte ihn auch nicht mit dem belasten. Ich habe auch von der Schule absolut keine Unterstützung bekommen. Mobbing war ein ganz großes Thema. Kinder in dem Alter können einfach nicht abschätzen wie sie etwas sagen. Jemand der anders ist, wird zur Zielscheibe. Ich war anders, weil ich die Sprache nicht konnte. Ein Schlüsselerlebnis war dann, dass mich die anderen Mitschüler am Klo einsperrten, ich konnte nicht raus. Ich habe dann irgendwie geschafft die Tür aufzubrechen und bin heulend hinausgerannt und habe in gebrochenem Deutsch, wo ich grad einmal ein paar Sätze sagen konnte, ich kann mich noch erinnern, dass eine Lehrerin mir entgegen gekommen ist und ich habe ihr versucht zu sagen, dass es mir schlecht geht. Ich war ein zwölfjähriges Kind, komplett aufgelöst und in Tränen. Und sie geht an mir vorbei und sagt in der Art, keine Zeit jetzt, oder es wird schon alles in Ordnung sein. Ich habe dann nur noch meine Schultasche gepackt und bin nach Hause gegangen. Ich wollte nicht mehr in die Schule gehen. Da war wieder der Punkt, dass ich das dem Papa nicht erzählen wollte, damit er sich keine Sorgen macht, somit bin ich weiter in die Schule gegangen. Bei der ersten Gelegenheit habe ich dann die Schule gewechselt. Da habe ich dann schon die Sprache gekonnt, das war dann anders, das war besser.“ (I5)

Sowohl die Kinder der Gastarbeiter als auch die Kinder der Flüchtlinge waren sehr früh auf sich alleine gestellt. Auch die „Gastarbeitereltern“ führen entsprechend der Erzählungen in den Interviews mehrheitlich ein Leben abseits der Mehrheitsgesellschaft. Sie arbeiten oft in Fabriken, als Reinigungspersonal oder als einfache Arbeiter. Ihre Kollegen sind ebenfalls

aus dem ehemaligen Jugoslawien und somit besteht nahezu keine Möglichkeit, in der Arbeit deutsch zu sprechen oder die deutsche Sprache richtig zu lernen. Viele Eltern der Gastarbeiter- und Flüchtlingskinder sprechen heute noch ein stark gebrochenes Deutsch. Sie können sich verständigen, einkaufen gehen, aber haben nur wenige österreichische Freunde. Das hat auch mit ihrer engen Bindung an die Herkunftsgesellschaft zu tun. Die Kinder erzählen, dass die Eltern bis Kriegsbeginn fast jedes Wochenende ins Heimatdorf oder in die Heimatstadt gefahren sind. Dort wurde dann am Haus weiter gebaut oder die Wohnung renoviert, ein Garten angelegt, Freunde und Verwandte besucht. Es wurde an den lokalen Familienfeiern wie Taufen, Geburtstagen und Hochzeiten teilgenommen. Es scheint so, als sollte am Wochenende alles nachgeholt werden, was unter der Woche versäumt wurde. Denn unter der Woche mussten die Eltern von früh morgens bis spät abends arbeiten. Die Kinder waren sich zum Großteil selbst überlassen, auch deshalb, weil die Eltern sich mit den österreichischen Gegebenheiten schlecht auskannten. So erzählte eine Interviewpartnerin:

„Bereits in der Volksschule musste ich mich um alles selber kümmern, Hausübungen, Besorgungen, Setzkasten kaufen, egal was, denn meine Mutter hat nichts verstanden, sie wusste zum Beispiel gar nicht was ein Setzkasten überhaupt ist.“ (I6)

„Meine Eltern haben beide in einer niederösterreichischen Spinnerei in einer 12-Stunden-Schicht gearbeitet, auch nachts. In den Kindergarten durfte ich nicht gehen, weil für ein Ausländerkind kein Platz zur Verfügung stand, deshalb hat meine Mutter zur der Zeit weniger gearbeitet, im Volksschulalter hat sie dann die gleichen Schichten wie mein Vater übernommen. Es gab also niemanden, der sich um mich kümmern konnte, deshalb haben mich meine Eltern zu Tante und Onkel in ihr Heimatdorf geschickt. Ich musste dort zur Schule gehen, sie kamen mich dann am Wochenende besuchen. Für mich war das sehr schlimm, immer solange von den Eltern getrennt zu sein. Ich war auch sehr schlimm, habe rebelliert, dann bin ich von einem Verwandten zum anderen geschickt worden. Am Ende der Volksschulzeit hatte ich einen Blinddarmdurchbruch und musste notoperiert werden. Der Anblick von mir im

Spital hat meine Mutter dazu veranlasst mich wieder zu ihnen nach Österreich zu holen. Ich habe dann in Österreich mit der ersten Klasse Hauptschule begonnen. Zuerst wollten sie mich nicht nehmen, weil ich kein Deutsch konnte, aber sich dann doch überreden lassen.“(I7)

„Wenn ich an die Jahre meiner Kindheit zurückdenke, dann sehe ich uns immer im Auto, auf dem Weg runter, wieder zurück nach Österreich, vollgeräumt mit 1000 Sachen. Dieses Hinunterfahren hat sich bei mir so eingebrannt, dass mir heute, als Erwachsener, lange Autofahrten überhaupt nichts ausmachen. Im Gegenteil, ich verbinde sie mit Freiheit, denn wenn meine Eltern ins Auto gestiegen sind, dann waren sie andere Menschen. Während der Woche waren sie gestresst, angespannt und müde, aber wenn sie losfahren, waren sie gut gelaunt, glücklich auf eine subtile Art und Weise. Mein Vater hat 25 Jahre lang nur Nachtschicht gearbeitet. Ich musste immer leise sein, wenn ich von der Schule nach Hause gekommen bin. Die Eltern besuchten maximal jugoslawische Arbeitskollegen oder Freunde, sonst waren sie immer nur arbeiten oder zu Hause.“(I8)

Der Erwerb der Sprache steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den gemachten positiven oder negativen Erfahrungen während der Schulzeit bzw. der Ankunftszeit in Österreich. In den Interviews reflektieren die Befragten ihr Ankommen in der österreichischen Gesellschaft und kennzeichnen dabei das Erlernen der deutschen Sprache als einer der wichtigsten Faktoren für die positive Integration in Österreich.

„Mir war es damals extrem wichtig, wenn ich rede, dass ich keinen Akzent habe. Aber jetzt ist mir das überhaupt nicht mehr wichtig. Ich weiß nicht warum mir das früher so wichtig war, denn ich habe mich nie geschämt meine Muttersprache zu sprechen.“(I9)

„Deutsch habe ich erst so richtig in der Schule gelernt. Ich bin in keinen österreichischen Kindergarten gegangen, zu Hause haben wir nur jugoslawisch gesprochen. Aber das Sprachenlernen ging dann sehr schnell, nach einem halben Jahr konnte ich flüssig sprechen. Ab diesen Zeitpunkt an

habe ich alle Amtswege und Arztbesuche mit und für die Eltern erledigt. Das hat sich auch bis heute nicht wesentlich geändert. Ich habe erst vor kurzem meiner Mutter geholfen ihre Pension einzureichen. Die Eltern können sich natürlich verständigen, einkaufen gehen und solche Dinge, aber bei komplizierteren Sachen brauchen sie einen Übersetzer, entweder mich oder meine Schwester.“ (I15)

„Als ich nach Österreich gekommen bin, konnte ich kein Wort Deutsch. Ich musste dann in der Schule eine Klasse wiederholen, um Deutsch zu lernen. Ich wollte nicht hier sein, aber ich wollte auch mit meiner Familie zusammen sein und habe mir gedacht, ich probiere das alles einmal. Aber für mich war die erste Zeit hier sehr schwierig und frustrierend in der Schule nichts zu verstehen, außer in Englisch. Ich habe nebenbei dann zusätzliche Deutschkurse gemacht und versucht in kurzer Zeit die Sprache zu erlernen. Sonst hätte ich noch ein Jahr wiederholen müssen und das wollte ich auf gar keinen Fall. Meine ersten Erinnerungen sind geknüpft an eine sehr schwierige und frustrierende Zeit, viel Lernen, kämpfen.“ (I11)

Zeitgleich gaben alle Befragten an durch das anfängliche Nicht- oder Wenig-Verstehen der deutschen Sprache negativen Ressentiments ausgesetzt worden zu sein. Sprache wurde von den Lehrern als Mittel zur Selektion eingesetzt. Im linguistischen Diskurs wurden bereits einige Studien zum Zusammenhang von Migrationserfahrung und Sprache durchgeführt.⁷³ Die Ergebnisse gleichen einander. Im Zentrum dabei steht die Erkenntnis, dass Deutsch (in diesem Fall die Sprache der Mehrheitsgesellschaft) und die Herkunftssprache nicht in Konkurrenz zueinander stehen. Vielmehr werden sie von den Beteiligten nur in verschiedenen Kontexten verwendet. Der jüngste Vorstoß einiger Wiener Schulen, am Pausenhof nichts anderes als Deutsch zu erlauben, ist daher abzulehnen.⁷⁴ Vielmehr sollte Mehrsprachigkeit als positive Ressource wahrgenommen und bewertet werden. Alle Befragten haben ihre Mehrsprachigkeit im Schulalter oder als junge Erwachsene vermehrt als

⁷³ Vgl. u.a. Wodak 1985, Plutzar 2006, Herzog-Punzenberger 2007/2009

⁷⁴ Vgl. Berichte in den Tageszeitungen Kurier, Presse und Standard zu diesem Thema. Zeitraum Frühjahr 2016

Nachteil empfunden. Erst mit dem Erwachsenwerden und einem transnational ausgerichteten Lebensstil konnten sich die Befragten von bestimmten Ressentiments befreien und ihre Mehrsprachigkeit auch nach außen hin als positiv reflektieren. Sprache und ihre emotionale Verknüpfungen veränderten sich über die Zeit hinweg und konnten sich erst mit einem gesteigerten Selbstwertgefühls und Selbstbewusstseins eines Erwachsenen verfestigen.

Migrationsexpertin Barbara Herzog-Punzenberger, die zum Thema Migration, Sprache und Bildung forscht, stellt fest, dass die unterschiedlichen Gruppen von migrierten Personen auch verschiedene Rahmenbedingungen und Ausgangssituationen mitbringen. Sie kritisiert die starke Reproduzierung von Bildungslaufbahnen. Zu oft würden das Bildungsniveau und der Bildungsweg der Eltern auch den des Kindes beeinflussen. Kinder von Mittelschülern würden beispielsweise weniger oft Matura machen wie Kinder von Eltern, die selbst das Gymnasium besucht haben. (Herzog-Punzenberger 2009). Auch der Integrationsfond und das Department für Migration der Donauuniversität Krems weisen in einigen Studien⁷⁵ darauf hin, dass der Erfolg in der sprachlichen Entwicklung immer stark davon abhängt, welche Ressourcen (Zeit, Wissen, Geld) die jeweiligen Eltern einsetzen können, um ihren Kindern einen schulischen Aufstieg zu ermöglichen. Zudem bemängeln sie, dass sich Kinder zu früh entscheiden müssen, welchen Weg sie beruflich einschlagen möchten. Sie plädieren für eine Aufwertung der Kindergartenzeit, in der ihrer Meinung nach der Grundstein für den weiteren Bildungsverlauf gelegt wird.⁷⁶ Dahingehend sei die frühe Sprachförderung im Kindergarten enorm wichtig. Bestimmte institutionelle Mechanismen und die ethnische Schichtung des Bildungswesens gehörten aufgehoben. (Gomolla/Radtke 2006) Das Schulsystem solle durchlässiger werden und Bildungschancen unabhängig der Herkunft ermöglichen. Soziales Wissen wird in der Schule weitergegeben oder produziert. Es impliziert immer auch bestimmte Stereotype, Verhaltensweisen

75 Vgl. Gudrun Biffi, Manfred Zentner, Isabella Skrivaneck (2014): Der Einfluss sozialer Netzwerke auf die Bildungs- und Berufsentscheidungen von Jugendlichen mit Schwerpunkt auf Wien und Vorarlberg. Dezember 2014, downloadbar unter http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/migrationglobalisierung/forschung/schriftenreihe/soziale_netzwerke_jugend.pdf

⁷⁶Vgl. Der Standard, 26.4.2016

und Feindbilder⁷⁷, die es zu durchbrechen gelte. (Weiss 2009) Das Lehrpersonal hat dabei die Rolle eines Mediators und ist Vorreiter bei der sozialen Integration von Kindern und Jugendlichen. Die strukturelle und soziale Dimension von Integration kommt hier zum Tragen und wird von den Befragten als relevant empfunden.

Wie aus den Interviews hervorgeht, ist Sprache nicht nur für die Integration von Bedeutung, sondern prägt auch die nationale oder ethnische Zugehörigkeit dar. So förderten die Interviews zutage, dass eine gemeinsame Sprache sowie Symbole, Gebräuche oder Geschichten vordergründig ein Wir-Gefühl stärken können. Zeitgleich plädieren die interviewten Personen für einen multiethnischen Zugang zu Nation und Ethnizität und sprechen sich klar für eine Aufwertung der ethnischen Vielfalt aus. An dieser Stelle treten Bruchlinien in der Perzeption der Bürger_innen auf, da sowohl die ethnische als auch die multiethnische Zugehörigkeit im Kontext von Schule und Sprache als gleichrangig betrachtet wird. Vor diesem Hintergrund und wie im theoretischen Kapitel über Zugehörigkeit bereits erläutert wurde, muss betont werden, dass - unabhängig vom ethnischen/multiethnischen Zugang – Grenzziehungen sozial hergestellte Konstrukte sind.

Die befragten Personen gehen mit ihren eigenen Widersprüchen selbstsicher um. Das zeigt sich u.a. daran, dass sie sich klassischen Definitionen und multikulturellen Ausprägungen von Zugehörigkeit sehr kritisch nähern. Gerade bei der Erzählung und Reflexion der eigenen Migrationsbiographie lassen sich beispielsweise transnationale Verbindungen und Lebenswelten erkennen. Zudem werden Partizipationsprozesse sichtbar, die sich mit Zugehörigkeit, individuellen Ressourcen, transnationalen Sozialräumen oder strukturellen Dimensionen wie dem Bildungsweg vermischen.

Die Mehrheit der Befragten setzt sich vor diesem Hintergrund reflektiert mit der eigenen Migrationsgeschichte auseinander. Die Unterschiede zu den Eltern

⁷⁷ Nach Gudrun Biffel sind Feindbilder vor allem durch den Grad der Bildung, eine positive Einstellung zum Leben im Allgemeinen, dem rechtlichen und sozioökonomischen Status geprägt. Vgl. Biffel, Gudrun:

werden erkannt und kommuniziert. Obwohl alle Befragten ihren Lebensmittelpunkt in Österreich verorten, möchten sie doch bestimmte Werte, Traditionen und Bindungen aus der Herkunftsregion ebenfalls aufrechterhalten. Dabei haben sie aber nicht mehr das Gefühl, zwischen zwei Stühlen zu sitzen, sondern sie streben danach, sich

„(...)die Rosinen aus beiden Gesellschaften herauszupicken.“ „Irgendwann erkennt man, dass man sich nicht für die eine oder für die andere Gesellschaft entscheiden muss. Ich bin Österreicher, habe aber jugoslawische Wurzeln, für die ich mich weder schäme, noch sie verberge. Ich mag die jugoslawische Musik, die Küche und die Sprache, genauso liebe ich Wien, wo ich lebe, meine Arbeit und meinen interethnischen Freundeskreis.“ (I10)

Während ein großer Teil der Befragten ihre ersten Erfahrungen in Österreich als negativ bewerten, konnten einzelne Interviewpartner durchaus auf positive, erste Erlebnisse zurückgreifen. Sie heben dabei das individuelle, ehrenamtliche Engagement von Einzelpersonen heraus, das ihnen geholfen hat, eine positive Verbindung zu Österreich aufzubauen.

„Meine Kernaussage ist, dass das persönliche Engagement von Einzelpersonen für die Integration von Menschen entscheidend sein kann. Ich bin 1992 im Juni nach Österreich gekommen, wie der Krieg in Bosnien schon mehrere Monate gewütet hat. Zuerst waren wir in einem Flüchtlingslager in Wien, in so einer Sporthalle, dann sind wir in eine Pfarre gekommen, wo sich ein paar Pfarrgemeindeglieder um die Flüchtlinge gekümmert haben, die dort untergebracht waren. Sie haben zum Beispiel bei Amtswegen geholfen. Es gab auch zwei Zivildienstler, die uns schon vom Lager her kannten, die waren ungefähr im gleichen Alter wie mein Bruder, ungefähr 18, die sich dann angefreundet haben und die beiden haben sich dann weiterhin freundschaftlich um uns „gekümmert“, indem der Paul uns nicht in die Flüchtlingschule gehen ließ, da wurden zweisprachige Schulen in Wien aufgebaut, Hauptschulen, wo halt Flüchtlingskinder aus Bosnien und Kroatien hingekommen sind und er hat gesagt, na wollt‘ ihr nicht in ein Gymnasium gehen, und ich habe dann gesagt, ja, mit drei anderen und er hat uns dann einfach in die (...)Straße gebracht

und hat uns dort dem Direktor vorgestellt, der Direktor hat gesagt, ja natürlich nehmen wir euch auf. Dort haben wir in kürzester Zeit Deutsch gelernt. Die Lehrer haben uns einfach in ihren Freistunden heraus gepickt (nicht nur unsere Klassenlehrer) und mit uns Konversation betrieben. Ich war innerhalb von drei Monaten imstande dem kompletten Unterricht zu folgen. In Deutsch habe ich auf die erste Schularbeit noch eine 4 geschrieben, das Halbjahr habe ich mit einem 3 abgeschlossen und ab dem 2.Halbjahr habe ich ständig in Deutsch ein 1 geschrieben. Meine damalige Deutschlehrerin hat immer noch meine Schularbeitshefte, die sie immer noch vorführt, ein Kind, das bis vor einem Jahr noch kein Wort Deutsch konnte, schreibt solche Schularbeiten. Das ist keine Intelligenzfrage, sondern auch bei anderen, die dasselbe Schicksal hatten, haben sich Einzelpersonen ein bisschen gekümmert, die haben es dann geschafft.“(I11)

„Ich hatte das Glück die ersten vier Monate im Otto-Wagner-Haus auf der Kettenbrückengasse zu wohnen. Das Haus hatte Rosen auf der Fassade und es blieben immer wieder Leute davor stehen, um Fotos zu machen. Wir haben davor in einer bosnischen Kleinstadt gelebt. Dort hat es diese Internationalität nie gegeben. Ich habe von Anfang an keine Probleme gehabt. Ich bin jeden Tag die Mariahilferstraße rauf und runter gegangen und war total begeistert.“(I12)

„In meiner Anfangszeit in Österreich habe ich die Erfahrung gemacht, was es heißt, wenn sich andere für einen einsetzen. Wenn man das selbst als Betroffener erlebt, nimmt einen das mehr mit und man kann diese Werte später auch für andere vermitteln. Da beginnt für mich schon Politik und Engagement. Ich habe diese Engagement sehr geschätzt und kann es dadurch auch gut weiter geben, eben diese positive Erfahrung, dass sich Menschen ehrenamtlich für andere einsetzen.“(I13)

„Obwohl ich zunächst einige negative Erfahrungen und Beschimpfungen erlebt habe, kann ich auch von vielen positiven Dingen erzählen. Es gab Menschen, die uns finanziell und menschlich sehr geholfen haben. Das waren wirklich zwei unterschiedliche Welten. Später habe ich dann jeden Job

angenommen, um mir mein Studium zu finanzieren. Sprache war von Anfang an extrem wichtig, deshalb habe ich gleich nach meiner Ankunft als Jugendlicher einen Deutschkurs besucht.“(I14)

Gerade die letzten Beispiele zeigen wie Integration durch das Engagement von einzelnen gut funktionieren kann. Dabei ist die Entwicklung von positiven, interkulturellen Beziehungen und Freundschaften besonders wichtig. Denn diese helfen Vorurteile abzubauen und fördern langfristig auch die soziale Integration. Hier greift die Empirie die strukturelle Dimension von theoretischen Migrations- und Integrationsdebatten noch einmal auf. In diesem Zusammenhang gaben alle Befragten an, einen interkulturellen Freundeskreis zu haben. Diese Aussagen stehen den Debatten von Freundschaftshomophilie gegenüber, die davon ausgehen, dass Kinder und Jugendliche sich vor allem Freundschaften aus der gleichen Immigrantengruppe aussuchen. (Titzmann 2009) Ein Interviewpartner, der erst mit 19 Jahren nach Österreich gekommen ist,⁷⁸ beschreibt seine ambivalenten Erfahrungen folgendermaßen:

„Zuerst war ich in Linz, dort habe ich auch relativ schnell den Anschluss gefunden durch Deutschkurse. Ich habe mich in der Uni inskribiert, aber ich hatte das Gefühl, die Leute waren dort weniger aufgeschlossen als später dann in Wien. Je besser ich die Sprache gesprochen habe, desto leichter fiel mir der Kontakt zu anderen. Trotzdem fühlte ich mich ein bisschen wie ein Außerirdischer, aber mit 19 bist du weder zu jung noch zu alt, um das nicht verkraften zu können. Einerseits war es ein schönes Gefühl in einem neuen Land zu sein, und es heißt dich auch irgendwie willkommen, obwohl du zur Polizei musst, um dich zu melden. Aber ich durfte dann hierbleiben und habe ein Visum bekommen. Das hat mir ein wenig Geborgenheit gegeben. Alles war strukturiert, es hat eine gewisse Ordnung gegeben. Es war friedlich. In Bosnien war es nicht so zu der Zeit.“(I14)

⁷⁸ Dieser Interviewpartner ist der Einzige, der als junger Erwachsener nach Österreich migriert ist. Durch die Aussagekraft seines Interviews ist er aber für die empirische Studie unumgänglich.

Neben diesen ersten Erfahrungen mit dem Ankommen in Österreich, die sich sehr prägend auf den weiteren Lebensweg der Befragten ausgewirkt haben, spielt der Moment der eigenen Politisierung eine tragende Rolle für die spätere Einstellung zu politischen Entwicklungen, zur Demokratie und auch für die Motivation zur politischen Teilhabe. Deshalb haben die Befragten rückblickend versucht aus ihrer Sichtweise das Erwachen ihres politischen Bewusstseins („aha-das ist Politik“/ „das hat jetzt etwas mit Politik“ zu tun) zu benennen und mit in ihren Augen relevanten, politischen Entwicklungen zu verbinden. So bilanzieren einige der Befragten, dass vor allem die Erfahrungen mit Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit bei ihnen ein Bewusstsein für Politik geweckt habe. Bei vielen anderen ist es der Krieg und seine Auswirkungen. Jener wird in der Retrospektive von der Mehrheit der Befragten als prägender Bestandteil des Erwachens des eigenen politischen Bewusstseins wahrgenommen. So beschreibt eine Interviewpartnerin folgende Szene:

„Nachdem der Vertrag von Dayton 1995 unterzeichnet wurde, kam mein Klassenvorstand in Wien in die Schule und hat uns Blumen mitgebracht. Er hat gemeint, jetzt sei Frieden da. Da haben wir uns dann fürchterlich zerstritten, weil ich meinte, das ist alles sinnlos, weil das ist nur noch ein weiterer Friedensvertrag, der nicht zustande kommt.“ (I6)

„Mich hat die Rolle von Österreich und der EU während des Bosnienkrieges extrem beschäftigt. Ich nehme der damaligen Politik sehr übel, dass sie sich nicht früher eingemischt hat.“ (I10)

„Meine ersten Gedanken in Bezug auf Politik drehten sich um den Krieg, Freunde, die in einem zertrümmerten Land leben müssen, und ein Land ist, das wenig Perspektive hat.“ (I3)

„Ich kann mich noch gut an die Proteste erinnern, als Slowenien und Kroatien unabhängig wurden. Später an Schießereien, draußen schlafen müssen. Das alles, obwohl Politik in unserem Dorf, das ethnisch gemischt war, nie ein Thema war. Erst dann ab Kriegsbeginn.“ (I4)

„Der Krieg rief mir die Politik ins Bewusstsein – und die politischen Diskussionen darüber.“(11)

„Die Kriegszeit hat mich politisiert. Ich stamme aus einer Mischehe. Da war ich dann in der Schule (Anmerkung: Volksschule in Bosnien) zum ersten Mal damit konfrontiert, dass man mich gefragt hat, ob ich Moslem, Kroat oder Serbe bin. Die mussten dann immer aufstehen, nur ich bin bei allem sitzen geblieben, weil ich nicht gewusst habe, was die von mir wollen. Was heißt das, was bin ich jetzt überhaupt? Da ist mir zum ersten Mal das Ganze bewusst geworden, eben, dass da etwas Politisches vor sich geht, und dass da schon Krieg im Anmarsch ist.“(15)

„Für mich war der Spätherbst 1991 prägend. Ich kann mich erinnern, ich bin mitten in der Nacht aufgewacht – vielleicht war das auch 1990 – weil ich aufs Klo musste. Ich war damals zehn Jahre alt, und es war zwei Uhr in der Früh und ich bin den Flur entlang gegangen und habe im Wohnzimmer noch Licht gesehen. Da ist mein Vater gesessen. Am nächsten Tag war ein Arbeitstag, es war also komplett ungewöhnlich, dass er da sitzt, und im Fernseher liefen Kriegsbilder aus Slowenien. Es war diese Situation, dass mein Vater vor dem Fernseher gesessen ist und Tränen in den Augen hatte. Ich habe mich vor ihn gesetzt und gefragt, Papa, was ist los. Er sagte, nichts mein Sohn. Ich habe diese Knödel im Hals gehört. Das war für mich der erste Berührungspunkt mit etwas Negativem, mit etwas Politischem. Und ich muss sagen, die Eltern haben versucht, das von uns fernzuhalten. Auch wenn sie gewusst haben, was vor sich geht, wir haben als Kinder nur wenig mitbekommen. Ich bin zwar mit einer minireligiösen Erziehung – ich war in Bosnien in so einer Firmschule für Moslems, da waren aber alle, mein ganzer Freundeskreis – aufgewachsen, aber meine ganze Schule, meine ganze Stadtumgebung war multikonfessionell. Als der Krieg losbrach, war das für mich unbegreiflich, dass sich Nachbarn gegenseitig töten oder vertreiben.“(19)

„Das prägendste Ereignis war zuerst der Krieg. Das hat sich damals unmittelbar so geäußert, dass wir zum Beispiel ein Haus am Meer hatten und unklar war, lange Zeit, ob das noch steht, weil das in Dalmatien war und man

das gar nicht erreichen konnte, weil eine Brücke nach Zadar nicht befahrbar war. Und da haben wir einmal eine Expedition unternommen und sind mit der Fähre nach Split und dann wieder raufgefahren, um zu schauen, ob es das Haus noch gibt. Da waren der Krieg und die Blauhelme sehr präsent auf einer unmittelbaren Ebene. Es gab, was den Krieg angeht, unzählige Dinge, die mich betroffen haben. Ich war ja schon weg, wie meine Großeltern noch dort geblieben sind. In Vinkovci waren sehr viele Kriegshandlungen. Der Klassiker war, dass einem ein Granatsplitter vor die Nase fliegt und sich in die Tür einbohrt. Oder das die Granate bei der Nachbarin unten im Haus einschlägt.“(111)

„Vor dem Krieg wusste ich nicht was ich bin. Das spielte vor dem Krieg keine Rolle bei uns zu Hause. Wir haben in Jugoslawien gelebt, da war das egal, wir haben uns immer als Jugoslawen titulierte. Krieg im Fernsehen, Angst um Familie, zuerst Kroatien, dann Bosnien. Erlebnisse in der Schule, Kinder, die sicher nicht gewusst haben, was es wirklich bedeutet, haben angefangen ihrer Nationalität entsprechend Symbole zu zeigen und zu zeichnen, wie zum Beispiel die serbischen vier s und sich gegenseitig zu beschimpfen. Das wurde sicher von zu Hause mitgenommen, diese Sachen haben sie zu Hause gehört und für mich war das sehr einzigartig. Ich musste sogar bei meinen Eltern nachfragen, was wir sind, denn Religion war für uns nie bedeutend, denn wir waren komplett durchgemischt. Aber dann war sehr schnell der Krieg da und wir mussten flüchten. Da war ich 13. Wir mussten von einem Tag auf den anderen unsere Koffer packen und weggehen. Da hat Politik auf einmal mein Leben bestimmt. Trauma und Schock. Mein Vater konnte anfangs nicht mit uns mit. Da war dann eine ganze Zeit lang, Bangen und Hoffen, kommt er noch, lebt er noch, auf einmal war ich irgendwie besessen von diesem Krieg und den politischen Entwicklungen. Und das ist natürlich für ein 13-jähriges Kind nicht normal, vor dem Fernseher zu sitzen und zu schauen, was passiert da. Ich wollte alles ganz genau wissen, was los ist, wieso das alles. Politik war plötzlich extrem wichtig für mich, um zu verstehen, warum das alles passiert. Zeitungen lesen, Politik war sehr präsent schon als Kind, denn ich habe schnell verstanden, welchen Einfluss Politik auf Menschen haben kann. Es ist

wichtig zu verstehen, was abgeht, die Hintergründe zu kennen, Informationen zu sammeln und kein Opfer zu sein.“(I3)

„Durch den Krieg war Politik für mich sehr früh ein sehr wichtiger Faktor in meinem Leben. Politik war Alltagsthema. Damals habe ich begriffen, alles hat mit Politik zu tun. Heute ist es mehr Resignation, weil Politik immer auch an Erwartungen gekoppelt sind, die nicht erfüllt werden.“(I12)

„Obwohl ich in Österreich geboren wurde, waren wir vor dem Krieg jedes Wochenende unten. Das hat dann nicht einfach aufgehört. Die Verwandten in Bosnien-Herzegowina hatten kaum etwas zu essen. Trotz der Kriegssituation sind wir über Ungarn nach unten gefahren. Ich kann mich noch erinnern, dass wir einmal mit dem Bus gefahren sind, weil wir mit dem Privatauto nicht weiter kamen, irgendwann hat der Bus dann gehalten, weil wir an einem Kriegskorridor angelangt sind. Ich habe aus der Weite Schüsse gehört und wie es dunkel wurde, sah ich helle Lichter am Himmel, wenn Bomben detonierten. Erst heute begreife ich, wie nahe ich und mein Vater da in der Nähe waren. Ich war damals ein Jugendlicher, habe heute selbst zwei Kinder und denke mir, wie groß sein Wunsch gewesen sein muss, trotz allem zu seinem Vater und zu seiner Schwester nach Hause zu fahren. So groß, dass er seinen Sohn so einer Gefahr ausgesetzt hat, aber damals wollte ich auch unbedingt mitfahren.“ (I15)

„Meine Eltern haben während und nach dem Krieg immer wieder Kleidung und allen möglichen Hausrat gesammelt und nach unten gebracht. Wir haben nie irgendetwas weggeschmissen, denn alles konnte unten von irgendjemand gebraucht werden. Noch heute werfen meine Eltern nichts weg. Sie führen alles runter.“ (I4)

Auch die Vorkriegszeit in den Herkunftsländern hat bei manchen Befragten einen bleibenden Eindruck hinterlassen.

„Mein erstes Zusammentreffen mit Politik hat sehr viel mit dem Umbruch vom Kommunismus zur Demokratie zu tun. Demokratische Wahlen haben wir nicht

gekannt, weil ich in Jugoslawien aufgewachsen bin, das einen Präsidenten hatte, danach keinen, aber dafür diese rotierende Präsidentschaft, aber eben nur die kommunistische Partei, damit bin ich aufgewachsen. Das hat mich auch nicht gestört, ich war ja noch jung. Erst wo die ersten Kampagnen für die Wahlen organisiert wurden, habe ich gesehen, dass es da um das nationale Gedankengut geht. Es geht um Nationen. Der Kommunismus war durch Einheit und Brüderlichkeit geprägt und dann plötzlich siehst du es gibt Unterschiede. Sicher haben wir gewusst, dass es Unterschiede gibt, aber bislang wurden die nicht so plakativ dargestellt, das musste nicht sein. Da habe ich gesehen, dass ist die Politik, die auf falsche Art und Weise mit verschiedenen Emotionen, die mit diesen Nationalismus, spielt.“(I13)

„Sich mit Politik auseinanderzusetzen hat für mich sehr stark mit der Vorkriegszeit zu tun. Ich war damals 13 Jahre alt und musste die ganze Zeit über die Sinnlosigkeit des Krieges nachdenken. Gleichzeitig war da dieser Glaube, dass so etwas wie Krieg nie passieren kann. Ich hatte ganz stark das Gefühl, die Politik ist schuld daran, dass es diesen Krieg gegeben hat.“(I14)

„Wenn ich an meine früheste Erinnerung an Politik denke, dann kam sie bei der Frage, was bist du? zum Tragen. Ich habe auf diese Frage geantwortet, wie, was bin ich? Da war natürlich gemeint ob ich Kroatin, Serbin oder Muslimin bin. Dann habe ich gesagt, ich frage zuhause nach, dann sage ich es dir. Dann habe ich herausgefunden, dass es nicht so einfach ist, weil zwei der Großeltern serbischer und zwei kroatischer Abstammung sind. Also war das nicht einfach. Hauptsächlich habe ich herausgefunden, dass das bei uns nie eine Rolle gespielt hat. Dann wurde klar, dass eine Kollegin in der Volksschule anders behandelt wurde, weil man wusste, dass sie aus Bosnien kam und aus einer moslemischen Familie stammte. Was mir vorher überhaupt nicht präsent war.“(I2)

„Zu Weihnachten 88/89 ist mir aufgefallen, dass sich die Dinge geändert haben. Weihnachten kannten wir nicht, feierten es auch nicht und dann kam in diesem Jahr Weinachten eingewickelt in eine kroatische Flagge. Beides kannte ich vorher nicht, beides war mir suspekt. Es gibt dieses Cenica, dieses Weihnachtsgras, das kam dann in diesem Jahr zum ersten Mal zu uns,

eingewickelt in eine kroatische Trogonica, in ein Flaggenband. Ich fand das befremdlich. Es war schon für mich zu spät, um es als normal oder naturgegeben zu sehen. Das war alles künstlich und politisch.“ (I7)

„Meine Eltern sind klassische Gastarbeiter. Ich wurde in Wien 1977 in Wien geboren. Meine Eltern haben beide gearbeitet und keine Zeit für mich. Sie dachten, für mich wäre es besser in unserem Dorf in Bosnien-Herzegowina in die Schule zu gehen und während dieser Zeit bei Verwandten zu wohnen. So habe ich meine Volksschulzeit in Bosnien-Herzegowina verbracht. Meine Eltern haben mich jedes Wochenende besucht. Für mich war das äußerst komisch. Einerseits hatte ich alle Freiheiten, ein Wildfang, andererseits hat sich niemand wirklich um mich gekümmert, es gab keine Geborgenheit oder so etwas. Da habe ich schon früh gelernt, was es heißt sich alleine durchzuschlagen. Politik war rückblickend immer irgendwie ein Thema. Schon in der Schulzeit, denn wir haben damals den 25. Mai immer groß gefeiert. Das war auch unter Tito der Tag der Jugend und es gab dann einen Staffete, die an diesem Tag durch ganz Jugoslawien von Stadt zu Stadt/Region zu Region getragen wurden, zu Titos Ehren quasi, und die kamen auch bei uns vorbei. Außerdem gab es immer so eine Art Quiz in der Schule „Titovim stazama revolucije“ (Titos Spuren der Revolution), da musste man Fragen rund um Tito und seine Politik beantworten. Die Besten traten dann gegen andere Schulen an usw. Da wurde „politische Bildung“ wirklich von klein an betrieben.“ (I5)

Nur sehr wenige Eltern der Befragten waren in den Herkunftsregionen selbst politisch aktiv tätig. Ein Interviewpartner, dessen Vater stets politisch engagiert war, erzählt über seine Politisierung folgendes:

„Ich komme aus einer politischen Familie. Mein Vater war im ehemaligen Jugoslawien politisch aktiv. Insofern war für mich Politik von Geburt an präsent. Meine erste aktive Berührung waren die Wahlen 1989, wo ich meinem Vater geholfen habe im Dorf Wahlplakate aufzukleben. Somit bleiben diese Entwicklungen kurz vor Kriegsbeginn immer in meinem Gedächtnis.

Überhaupt, Tito und sein ganzes Leben, ich fühle dieses Jugoslawien immer noch präsent in mir.“(I8)

Die Interviews zeigen, dass der Krieg bei der individuellen Politisierung der Bürger_innen ein dominantes und immanentes Thema darstellte. Durch die Allgegenwärtigkeit des Krieges in der Kindheit, Jugend und im jungen Erwachsenenalter werden Erlebnisse, die mit dem Krieg in Verbindung stehen, als Teil der eigenen Biographie wahrgenommen. So resümiert eine Interviewpartnerin:

„Es gab einen Moment der sehr prägend für mich war für mein geschichtliches und politisches Verständnis. Ich habe für die Vorbereitung meiner Matura gelernt wer die Ustasa waren und was sie angerichtet haben. Das war das erste Mal, dass ich damit konfrontiert wurde. Das war für mich ein wahnsinniger Schock, der auch dann diese produktive Scham ausgelöst hat. Ich fühlte mich doch so weit kroatisch, dass ich mich schuldig fühlte für das was dort begangen wurde an Verbrechen. Das war ein prägendes Ereignis, auch was meine spätere Themenwahl im Studium betraf. Ich habe in Österreich in der Schule über den Nationalsozialismus gelernt, aber da kam Kroatien nicht vor. Und in den ersten vier Schulstufen in Kroatien (Anmerkung ST: Volksschule) habe ich nichts darüber gelernt. Dadurch fehlte das und dadurch zeigt sich ja schon, was man alles versäumt, wenn man in zwei Welten sozialisiert wird.“ (I4)

Der Krieg treibt also in verschiedenen Ausprägungen und Schattierungen sein Unwesen. Obwohl er mit der Zeit in den Hintergrund rückt, und keine dominante Rolle mehr im Alltag der Befragten spielt, wird er immer ein Bestandteil der eigenen Migrationsgeschichte sein. Dabei gehen die Kinder der Gastarbeiter- und Flüchtlingsgeneration anders damit um als ihre Eltern. Sie sprechen mehr darüber, sind offen, diskutieren, haben keine Berührungsängste wenn es um die Themen Schuld und Sühne geht. Die Eltern stehen diesen Themen - ausgehend von den Erzählungen der Kinder - reservierter gegenüber.

Diese vielfältigen Aussagen, Erzählungen und Perspektiven werden nun auf wesentliche Punkte zusammengefasst⁷⁹ und ergeben somit die wichtigsten Erkenntnisse dieses Ergebnisbausteins auf einen Blick:

A.) Die aktive und passive Erfahrung des Krieges dominiert die Migrationsbiographie und das politische Bewusstsein der Befragten. Die ersten Erfahrungen mit Politik sind dabei negativ konnotiert und bewirken in der Folge einen kritischen Umgang mit politischen Entwicklungen.

B.) Die Schule wird als erster „Integrationsort“ bzw. als Ort der interkulturellen Begegnung in Österreich wahrgenommen und bleibt bei den meisten Befragten in ambivalenter Erinnerung. Die gemachten, negativen (und positiven) Erfahrungen im Schulkontext sind lebensprägend und beeinflussen in weiterer Folge die allgemeinen Einstellungen zur Politik und Gesellschaft.

C.) Alle Befragten setzen sich mit ihrer eigenen Migrationsbiographie sehr kritisch und differenziert auseinander. Sie verweisen sowohl auf die gemachten Erfahrungen mit Diskriminierung und einer dahingehenden Abwertung im Schulkontext, als auch auf das unterstützende Engagement von Einzelpersonen beim Spracherwerb. Zudem werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zur Elterngeneration reflektiert. Die Fokussierung der Eltern auf die Herkunftsgesellschaft wird durchbrochen und in eine transnationale Verortung umgelegt. Die erzwungene, frühe Selbstständigkeit der Befragten ist genauso ein unumstößlicher Teil der Migrationsbiographie wie die interethnische Ausrichtung des Freundeskreises.

⁷⁹ Diese Zusammenfassung der Aussagen und Erkenntnisse wird am Ende jedes weiteren Ergebnisbausteins gemacht. Ziel ist einerseits die kompakte Zusammenfassung der Ergebnisse, und andererseits ein Versuch, aus den empirischen Befunden eine Schärfung der Forschungsfragen abzuleiten.

D.) Sprache wird rückblickend sowohl als Integrationsmotor als auch als Diskriminierungsursache beschrieben. Während in den Kinder- und Jugendjahren Mehrsprachigkeit (von außen zugeschrieben) als Hemmnis wahrgenommen wird, entwickelt sie sich im Erwachsenenalter zur Ressource und Teil einer plural-ausgerichteten Zugehörigkeit. Vor diesem Hintergrund spielt die strukturelle Dimension von Integrationsprozessen nach wie vor eine übergeordnete Rolle im Alltag der Bürger_innen.

6.2. Ergebnisbaustein B: Transnationale Lebenswelten

Luger Pries differenziert – wie bereits im theoretischen Kapitel über transnationale, soziale Räume ausführlich beschrieben – transnationales Leben in Bezug auf verschiedene Dimensionen und Kontexte aus. Sowohl auf der politisch-regulativen, als auch auf der materiellen, identitären und sozialen Ebene entfaltet sich dabei zusehends ein Panoptikum des Alltags, das den transnationalen Raum als Zuhause begreift. Mehrere Sprachen zu sprechen und das Pendeln zwischen unterschiedlichen Ländern werden als selbstverständlich erachtet. Dadurch wird der Anspruch auf Diversität gefördert. Konventionelle Zugehörigkeiten wie beispielsweise die Erlangung der (österreichischen) Staatsbürgerschaft wird trotz bestimmter Nachteile (Wie: nicht wählen dürfen; strukturelle Dimension) zurückgewiesen (Anti-Essentialismus).⁸⁰ Transnationale Räume stehen der Annahme, sich für oder gegen nur eine Gesellschaft entscheiden zu müssen, diametral gegenüber. Vielmehr finden in ihnen eine Flexibilisierung von Grenzen und eine Rückbindung an verschiedene Gemeinschaften statt. Durch transnationale Räume und die daraus resultierenden Lebenswelten über Grenzen hinweg gerät auch die Identität der Mehrheitsgesellschaft zunehmend unter Druck. Anders als in assimilierten oder multikulturellen Gesellschaftsvorstellungen vorgesehen entwickelt sich ein alltagsnaher, transnational-ausgerichteter Raum, indem Menschen mit Migrationshintergrund heute verstärkt leben. Unabhängig von

80 Ergebnisbaustein D: Orientierungen und Einstellungen 6.4., Unterkapitel Demokratie-Perzeptionen der Bürger_innen

der jeweiligen Staatsbürgerschaft wird dort quer durch alle Schichten kulturelle Vielfalt praktiziert.

Die von mir geführten Interviews zeigen, dass sich die Befragten heute weder zu hundert Prozent mit der Herkunftsgesellschaft der Eltern noch ausschließlich mit Österreich identifizieren. Vielmehr vermischen sie Herkunftsland- und Aufnahmelandbezüge nach ihren eigenen, individuellen Vorstellungen über Grenzen hinweg, dabei aber immer noch fest an einen Nationalstaat (in diesem Fall Österreich) gekoppelt. Um ein Beispiel zu bringen: Aus den ex-jugoslawischen Ländern werden bestimmte popkulturelle Elemente und Aktivitäten neu in Szene gesetzt. Dabei wird „Balkan“ neu interpretiert, eine Mischung aus Facetten der alten Heimat und österreichischer Lebensweise, die wiederum durch die eigene Migrationsbiographie gekennzeichnet ist. Durch diese transnationalen Räume und Lebenswelten werden neue Typen und Formen von Partizipation abseits der Staatsbürgerschaft und der ethnischen Herkunft kreiert, in der eine Mehrfachzugehörigkeit per se als selbstverständlich erachtet wird. Anhand der Interviews kann eine Überschneidung von verschiedenen Zugehörigkeitsebenen konstatiert werden, die im Ergebnisbaustein D „Einstellungen und Orientierungen“ näher beleuchtet werden.

Alternativ-politische und sozial-kulturelle Partizipation wird in transnationalen Räumen bewusst wahr- und vorgenommen. Transnationales Engagement hilft den Befragten eine Balance in einem sonst durch eher gegensätzliche Kulturen beeinflussten Leben zu finden. Diese Lebensart gibt der transnational ausgerichteten Formen politischer Partizipation ihren Raum. Das Hauptengagement aller interviewten Personen beschränkt sich nach der Definition von Pries auf die materielle Ebene sowie auf die Ebene der transnationalen Identitäten und der Sozialstruktur.

Zur materiellen Ebene zählen unter anderem

- a.) regelmäßige Grenzüberschreitungen aufgrund von Besuchen von Verwandten, Freunden, Festivitäten, Arbeiten am eigenen Haus;
- b.) der Konsum von herkunftslandbezogenen Medien,
- c.) Geldrücküberweisungen, um die Familie zu unterstützen oder Investitionen zu tätigen, u.a. Hausbau, Wohnungskauf und Instandhaltungs- oder Renovierungsarbeiten
- d.) Lebensmittelspenden, Sachspenden,
- e.) Warenaustausch: Produkte aller Art werden importiert, u.a. selbstgemachte Schnäpse, Honig, Würste;
- f.) Dienstleistungen; z.B. Haushaltshilfen, im Pflegebereich, vor allem die 24-Stunden-Pflege mobilisiert ihre Pfleger aus Ländern des ehemaligen Jugoslawiens; Vermittlung durch soziale, informelle, nachbarschaftliche Netzwerke.

Diese Dienstleistungen, der Waren- und Geldtransfer finden meistens abseits staatlicher Regelungen statt. Transnationale Netzwerke auf der materiellen Ebene sind stark informell ausgerichtet und „de-lokalisiert.“(Pries 2008, S.14) Sie entstehen durch eine Art Bottom-up-Prozess, eine Art „Transnationalisierung von unten“ (Smith/Guarnizo 1998).

Die getätigten Rücküberweisungen sind über die letzten dreißig Jahre konstant hoch geblieben. (Ivanovic 2010) Bereits in den 1970er Jahren (1971-77) führten jugoslawische Arbeitskräfte im Ausland insgesamt mehr als 9 Milliarden Dollar in ihr Heimatland zurück. Zudem wurde durch im Ausland gesammelten Gelder der Straßen- und Schulbau, Strom- und Wasserleitungen in der jugoslawischen Provinz finanziert. Vor allem kleine Dörfer profitierten von den „Gastarbeitern“. Durch Rücküberweisungen wurden ganze Dörfer ans Strom- und Wassernetz angeschlossen. Noch heute werden in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens Dorfstraßen durch informelle Rücküberweisungen asphaltiert. Diese privaten Initiativen weisen auf die Schwäche des jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Systems hin. So wurden beispielsweise zwischen 2005 und 2009 über 14 Milliarden Euro an Rücküberweisungen von in Deutschland, Österreich, Schweiz und Schweden lebenden Serb_innen nach

Serbien getätigt. Das entspricht ungefähr 14 Prozent des serbischen Bruttonationalprodukts. (Ivanovic 2010).

Dieses wirtschaftspolitische Beispiel zeigt (sowie auch die anderen angeführten Beispiele) wie relevant transnationale Politik und Aktivitäten sind. Sie nehmen explizit Einfluss auf das politische, sozioökonomische und kulturelle Leben in der Herkunfts- als auch in der Aufnahmegesellschaft. Sabine Strasser nennt diese alltäglichen Aktivitäten in Anlehnung an Portes und Guarnizo „transnationalism from below“ (Strasser 2010; Portes/Guarnizo 1991).⁸¹ Relevant dabei sind die alltäglich gemachten Erfahrungen der Menschen und die sozialen Bewegungen auf der Mikroebene der Gesellschaft.⁸² Zugehörigkeiten sind nach dieser Betrachtungsweise nicht mehr eindimensional, sondern dynamisch, plural und durch das Leben in transnationalen Räumen gekennzeichnet. Ethnische, religiöse oder kulturelle Zugehörigkeiten verschwinden deshalb nicht oder werden nicht automatisch von Generation zu Generation weniger, sondern sie sind flexibler und fluider ausgerichtet.⁸³

Durch die Kommunikationsmöglichkeiten des Internets und der Sozialen Medien findet auch auf dieser Ebene eine Transnationalisierung von alltäglichen, sozialen oder kulturellen Lebenswelten statt. Die unterschiedlichen Lebensverläufe spiegeln sich in ihnen ebenso wider, wie transnationale, plurale Zugehörigkeiten. Aus den Interviews ging hervor, dass alle Befragten in solchen transnationalen Sozialräumen agieren. Aus den Erzählungen kann eine Differenzierung hinsichtlich der Intensität der Nutzung und eine Differenz hinsichtlich der Generationen heraus gelesen werden. In

81 Das Gegenteil davon ist „transnationalism from above“ nach Portes und Guarnizo und umfasst unter anderem den Staat und seine Institutionen. Sabine Strasser erweitert den Begriff durch Finanzmärkte und internationale Organisationen. (Strasser 2009)

⁸² Vgl. dazu auch die Debatte um „ethnoscapes“ nach Mahler 1998

⁸³ Intensiver wird Zugehörigkeit auch im Ergebnisbaustein D „Einstellungen und Orientierungen“ behandelt. Zugehörigkeit und transnationale Räume/Lebenswelten sind eben keine geschlossenen Phänomene, sondern dynamisch und wirken auf vielfältige Weise auch auf andere gesellschaftliche Bereiche ein. Auch im Ergebnisbaustein C „Formen und Praxen der Beteiligung“ spielen transnationale Räume eine große Rolle. Spill-Over-Effekte sind in diesen Bereichen (Zugehörigkeit – politisches/soziales/kulturelles Engagement – soziale Netzwerke/Soziales Kapital) erkennbar und immanent.

der Retrospektive bilanzieren die Befragten auch die Lebensläufe ihrer Eltern, die neben dem Aspekt der Arbeitsmigration oder der erzwungenen Flucht, vor allem auf intensive transnationale Aktivitäten auf der Mikroebene der Gesellschaft (Vgl. Punkt a bis e) fokussiert sind. Diese Pendelbewegungen haben/hatten zwar einen transnationalen, aber keinen emanzipatorischen oder widerständigen Charakter. Während der Woche war die Elterngeneration in Österreich durch ihre Arbeit verortet, während am Wochenende in der Herkunftsgesellschaft soziale Kontakte gepflegt wurden. Die Intensität der Grenzüberschreitung nimmt bei der „zweiten Generation“ und deren Kindern stark ab. Dennoch bleiben transnationale Lebenswelten in Bezug auf soziales oder kulturelles Engagement erhalten bzw. werden noch gestärkt. Während die Elterngeneration sich eher durch Investitionen oder dem Hausbau im Herkunftsland, und durch pendelartige Migrationsbewegungen ausgezeichnet hat, fokussieren sich ihre Kinder eher auf soziales und kulturelles Engagement über Grenzen hinweg. Im Vordergrund steht nicht mehr die Anzahl der de facto Grenzüberschreitungen, sondern die Intensität der transnationalen Aktivitäten. Um diese zu organisieren oder auszuüben greift diese Generation verstärkt auf das Internet und soziale Medien zurück.

Diese Ausführungen unterstreichen die Dynamik und die Veränderbarkeit von Zugehörigkeit in transnationalen Räumen. Die materielle Ausrichtung der transnationalen Lebenswelt der Eltern zeigt, dass sie eine Sehnsucht „von unten“, eine Sehnsucht nach dem alten Jugoslawien, nach einem behüteten Leben in ihren Dörfern gehabt haben. Deshalb hatte die Hälfte der Eltern, die aufgrund der Arbeit nach Österreich migrierten, geplant in der Pension wieder ganz in ihre Herkunftsregionen zurück zu kehren. Diejenigen aus der Generation der Kinder, deren Eltern vor dem Krieg geflüchtet waren, haben auch den Wunsch in die Herkunftsländer zurückzukehren, wechseln aber in diesem Fall meist die Region, um nicht in dem Heimatdorf oder in der Heimatstadt, aus dem/der sie vertrieben wurden, leben zu müssen. Alle anderen möchten sich ihre Lebensorte im Ruhestand aufteilen: Den Sommer möchten sie gerne in der Herkunftsregion verbringen, den Winter in Österreich. Der Grund, warum sie nicht zur Gänze ihre Zelte in Österreich

abbrechen, ist der Wunsch, die Enkelkinder, deren Lebensmittelpunkt in Österreich liegt, regelmäßig zu sehen oder zu betreuen.

Die Gruppe der von mir Interviewten hingegen empfinden Österreich als geographisches Zentrum ihres Lebens. Jene Personen, die sich vorstellen konnten zu migrieren, hatten eine internationale Ausrichtung und wollten nicht ins Herkunftsland der Eltern zurückkehren. Eine Re-Migration ins Herkunftsland scheint aufgrund der transnationalen Lebensweise nicht erforderlich und auch nicht gewünscht. Transnationale Lebenswelten und Beziehungen schaffen einen tieferen Blick für spezifische Interessen und Zugehörigkeiten über den Nationalstaat hinaus (aber nicht losgelöst von ihm). Es geht hier vor allem darum neues Wissen zu generieren und neue Möglichkeiten zu erschließen.

Transnationale Lebenswelten sind nicht per se emanzipatorisch angelegt. Ökonomische Krisen haben zu ihrer Herausbildung ebenso beigetragen wie Diskriminierung, Armut oder geringe Bildungschancen. Solche Prozesse verschwinden natürlich nicht in transnationalen Räumen, sie können jedoch durch das Prisma des Transnationalismus beleuchtet und analysiert werden. Das weist auf den ambivalenten Charakter von transnationalen Praktiken hin. (Strasser 2010). Politischer Transnationalismus kann sowohl von nationalistisch-abgrenzenden Gruppen als auch von verbindenden, sozialen Gruppierungen beansprucht werden. (Friedman 2003)

Transnationale Netzwerke sind langlebig und unterliegen – ausgehend von den Ergebnissen der Interviews – bestimmten Faktoren wie beispielsweise die Anzahl der Beteiligten, die Art des Netzwerks (familiär, politisch etc.) und die Häufigkeit der Nutzung.⁸⁴ Soziales Kapital hilft dabei Netzwerke aufzubauen und zu festigen. Es ist vermehrt informell angelegt und wird durch private Kontakte intensiviert. Dadurch können Ressourcen der Mitglieder akquiriert und Wissen transferiert werden. Vor dem Hintergrund transnationaler Verbindungen findet dieser Austausch von Sozialem Kapital über Grenzen

⁸⁴ Vgl. hierzu auch die Netzwerkforschung, die Bewegungsforschung und die Mobilisierungsforschung; Schwenken 2006, Rucht 1994, Faist 2000, Vertovec 2003

hinweg statt. Auch vor, in und nach Migrationsbewegungen kommen die positiven Ressourcen von Sozialem Kapital zu tragen. Durch die Visaerleichterungen für die Westbalkanstaaten vor einigen Jahren gelingt es leichter soziale Beziehungen aufrechtzuerhalten. So finden Grenzüberschreitungen nicht mehr nur von Österreich in die Länder des ehemaligen Jugoslawiens statt, sondern auch zunehmend aus diesen Ländern nach Österreich. Verwandtenbesuche, Hochzeits- und Taufeinladungen können angenommen werden, weil die bürokratischen Hürden und der finanzielle Aufwand der Grenzüberschreitung gesunken ist. Die geographische Nähe zu den Balkanstaaten unterstützt eine solche Mehrfachwanderung, da die Distanz per Auto oder Reisebus leicht bewältigbar ist.

Die wichtigsten Erkenntnisse dieses Ergebnisbausteins auf einen Blick:

- A.) Transnationale Lebenswelten sind dynamisch und fluide ausgerichtet. Sie manifestieren sich auf der lokalen, gesellschaftlichen Ebene und greifen verstärkt auf soziale Netzwerke und Kapital zurück.
- B.) Obwohl der Nationalstaat in transnationalen Räumen unter anderem aufgrund des staatsbürgerlich geregelten Zugangs zu Rechten und zu sozialer Absicherung nicht an Bedeutung verliert, findet politische Beteiligung und Zugehörigkeit auch vermehrt abseits staatlich-regulierter Bereiche statt.
- C.) Das Internet und Soziale Medien fungieren als zentrales Kommunikationsmittel in transnationalen Lebenswelten unabhängig von Staatsgrenzen, Zeit und Geld. Das hat auch Auswirkungen auf die Möglichkeiten und die Organisation von politischem, sozialem und kulturellem Engagement in Österreich und in der Herkunftsgesellschaft.

D.) Die Interviews verdeutlichen, dass es einen markanten Generationenunterschied gibt. Während die Elterngeneration der Befragten einen starken Fokus auf die Herkunftsgesellschaft richtete, bevorzugten ihre Kinder eine transnationale Lebensweise mit einer gewissen Verankerung in Österreich. Aus Erzählungen kann eine weitere generationsbedingte Bruchlinie zwischen zweiter und dritter Generation definiert werden, die eher die Züge einer Diaspora-Gemeinschaft als einer transnationalen Lebenswelt aufweist. Um diese Phänomene aufzuklären sind weitere Forschungen notwendig. Es handelt sich bei der dritten Generation vorwiegend um Jugendliche und junge Erwachsene, die in Österreich geboren wurden, aufwuchsen und selber keine Migrationsbiographie und Fluchterfahrung aufweisen, aber eine starke, emotionale Verbundenheit zum Herkunftsland der Eltern bzw. Großeltern besitzen.

E.) Informelle Rücküberweisungen sind nach wie vor weit verbreitet und von Generation und staatlicher Zugehörigkeit unabhängig. Die lange Dauer des Aufenthalts in Österreich hat daran nichts geändert. Rücküberweisungen spielen eine dauerhafte und konstante Rolle im Leben der Befragten. Das verweist auch die anhaltende wirtschaftliche Differenz der Lage in Österreich und den Herkunftsländern vor dem Hintergrund eines katastrophalen, sozioökonomischen Zustandes der letztgenannten.

F.) Transnationale Lebenswelten sind weder per se emanzipatorisch ausgerichtet noch erschaffen sie von sich aus eine von den Medien und Sozialen Netzwerken oft heraufbeschworene Parallelgesellschaft.⁸⁵ Vielmehr sind sie dynamische Räume, die von den individuellen Lebensentwürfen, Migrationsbiographien und Einstellungen der Menschen abhängig sind. Zweifelsohne bergen sie aber enorme Ressourcen vor allem für die Entwicklung

⁸⁵ Der Begriff Parallelgesellschaft wird hier plakativ verwendet

der Beteiligung. In diesem Zusammenhang ist es wichtig darauf zu verweisen, dass in transnationalen, sozialen Räumen die deutsche Sprache und die Herkunftssprachen nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern in unterschiedlichen Kontexten verwendet werden. Mehrsprachigkeit sollte als Ressource und nicht als Exklusionsfaktor betrachtet werden.

6.3. Ergebnisbaustein C: Formen und Praxen der Beteiligung

6.3.1. Politische Beteiligung

Bei politischer Beteiligung – geht es allgemein gesprochen – nicht nur um die Mitentscheidung in Form des Wahlakts, sondern auch um die Bereitschaft aktiv am politischen Geschehen teilzunehmen. Alle Interaktionen, die die Gesellschaft herausfordern und verändern – all das – macht schlussendlich demokratische Politik und demokratisches Handeln aus. Die Welt, in der wir leben, ist politisch konnotiert. Denn *„alles ist prinzipiell entscheidbar geworden, alles Entscheidbare stellt sich als Interessenskonflikt dar, für alles kann die Politik ihre Zuständigkeit erklären, und jedes erwachsene Gesellschaftsmitglied gilt als politisches Subjekt.“* (Greven 199, S.55) Vor diesem Gesichtspunkt nehmen die politische Praxis und die Mitsprachemöglichkeiten der befragten Personen eine zentrale Rolle ein. Im Vordergrund steht die Perzeption der Bürger_innen. Wo sehen sie selbst ihren Platz im politischen Handlungsspektrum?

Die Interviews fördern zutage, dass alle Befragten sowohl auf konventionelle, als auch auf unkonventionelle Art und Weise politisch partizipieren. Angelehnt an einen breiten Demokratie- und Partizipationsbegriff beginnt bei den interviewten Personen politische Beteiligung bereits beim Konsum politischer Nachrichten und einem generellem Interesse für Politik und politische Entwicklungen. Dazu werden nicht nur traditionelle nationale, internationale oder ex-jugoslawische Medien, sondern auch Soziale Medien wie Facebook oder Twitter sowie Onlinenachrichtenportale herangezogen. Die

Befragten unterscheiden die Form der Informationsquelle je nach Informationsbedarf und der zur Verfügung stehenden Zeit. Für oberflächliche Informationen werden meistens Zeitungen/Onlinezeitungen oder Onlineportale – hier vor allem ex-jugoslawische – verwendet. Für Detailwissen wird vermehrt auf Soziale Medien zurückgegriffen. Artikel werden verstärkt gelesen, die von Freunden geteilt oder getwittert wurden. Die Sozialen Medien ermöglichen dabei intensive Kommunikation über Grenzen hinweg. Raum verliert bei diesen Kommunikationsmitteln ihre Bedeutung. Zeit wird flexibel genutzt. So können aktuelle Ereignisse rund um den Globus verfolgt und kommentiert werden. Dass diese hohe Geschwindigkeit der Kommunikation auch ihre Schattenseiten hat, wird gegenwärtig immer wieder diskutiert.⁸⁶ Denn oft werden auch unreflektiert Inhalte übernommen, die einer kritischen Reflexion nicht standhalten. Angst und Hetze haben sich leise, aber effizient – zuletzt spürbar in der Flüchtlingsdebatte oder bei den österreichischen Präsidentschaftswahlen – in die Maschinerie Soziale Netzwerke eingeschlichen. Es scheint eine Paradoxie unserer Zeit zu sein, dass sich zwar jeder Mensch nach Belieben zu jeder Tages- und Nachtzeit Informationen über das Internet beschaffen kann, aber gleichzeitig der Umgang mit diesen Informationen oft unseriös und undifferenziert betrieben wird.

Ungeachtet dieser Mängel kann aber festgehalten werden, dass alle Befragten Erfahrungen mit Sozialen Netzwerken haben. Sie dienen neben der Informationsbeschaffung auch als Plattform für die Organisation von kulturellen Veranstaltungen, politischen Diskussionen oder Protesten. Eine der interviewten Personen gab an, bewusst auf den Konsum von traditionellen Medien zu verzichten, weil er an deren Nachrichtengehalt und deren Objektivität zweifle. Er beziehe seine Informationen deshalb ausschließlich aus den Sozialen Netzwerken. Konkret heißt das, dass er nur jene Artikel liest, die von Freunden mehrfach geteilt wurden. Dahinter steht offenkundig eine harte Kritik der Medienlandschaft in Österreich und in Ex-Jugoslawien.

⁸⁶ Als Beispiel dafür dient unter anderem aktuell die Flüchtlingsdebatte; Vgl. www.derstandard.at

Die Interviews förderten weiter zutage, dass politische Diskussionen im Freundes- und Bekanntenkreis von allen Befragten regelmäßig und sehr intensiv geführt werden. Hier geht es in erster Linie um die kritische Reflexion politischer Inhalte. Meistens sind die Themen aktuell und betreffen sowohl die Entwicklungen in Österreich, internationale Ereignisse und allgemeine Entwicklungen im ex-jugoslawischen Raum. Um einen Einblick zu bekommen, wo das politische Interesse der Befragten verortet werden kann, wurde in den Interviews nach prägenden, politischen Entwicklungen und Themen gefragt. Ziel war es hierbei, das politische Interesse aus der Sicht der Bürger_innen zu reflektieren und sowohl einen Überblick über die politischen Interessen der Befragten zu geben als auch deren politische Interesse zu vergleichen. Bei dieser relativ offenen, auf Narration zielenden Fragestellung stand der Wunsch im Vordergrund, einen tieferen Einblick in die politischen Interessen von Bürger_innen mit ex-jugoslawischen Hintergrund zu erhalten. Welche politischen Themen bewegen sie?

Die Antworten darauf waren vielfältig und werden an dieser Stelle in einzelne „Themenkomplexe“ zusammengefasst. Diese Themenbereiche werden im Bezug zur Herkunftsregion und im Bezug zu Österreich deskriptiv dargestellt. Alle Befragten gaben an, dass ihr politisches Interesse sich nicht nur auf österreichische oder ex-jugoslawische, sondern auch auf internationale Themen und Entwicklungen richtet. Keiner der Befragten knüpfte sein bzw. ihr politisches Interesse nur an ein Land oder eine Region. Dennoch hatte die große Mehrheit der interviewten Personen verstärktes Interesse an Österreich, also dem Land in dem sie auch leben und arbeiten.

a.) Politisches Interesse in Bezug zur Herkunftsgesellschaften⁸⁷:

Themenkomplex: Wirtschaft und Korruption

Die ökonomische Transformation der ehemaligen Länder Jugoslawiens stellt für die Befragten noch immer ein brisantes Thema dar. Generell wird die neoliberale Ausrichtung des ökonomischen Systems kritisiert. Hier wurde der

⁸⁷ Vor allem genannt wurden Beispiele aus den Ländern Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien

Bogen inhaltlich zu globalen Wirtschaftsprozessen, zu internationalen Finanzmärkten und zur Positionierung der Europäischen Union bei sozioökonomischen Prozessen gespannt. Die schlechte, soziale Lage in den Ländern wurde ebenfalls diskutiert. Alle Befragten haben noch Familienangehörige in den Herkunftsregionen. Tanten, Onkeln, Cousinen, Cousins, vereinzelt leben die Großeltern der Befragten noch im Herkunftsdorf. Die Befragten erzählen von dem sozial benachteiligten Leben ihrer Verwandten.⁸⁸ Ein in Bosnien-Herzegowina lebender Großvater bekam bis zu seinem Tod vor drei Jahren nur umgerechnet 70 Euro im Monat staatliche Pension. Ohne die Unterstützung seiner im Ausland lebenden und arbeitenden Kinder und Enkelkinder hätte er sozial nicht überleben können. In den Interviews wird immer wieder erzählt, dass viele junge Menschen in den Herkunftsländern trotz Ausbildung keinen Job finden. In einem Interview wurde von einem Verwandten berichtet dessen Schwiegertochter auf Arbeitssuche sei. Sie hätte eine Chance in einem staatsnahen Betrieb anzufangen mit einem monatlichen Entgelt von umgerechnet 650 Euro. Das sei für bosnische Verhältnisse sehr gut bezahlt. Der Haken an der Sache wäre aber, dass sie zuerst einem ihrer Vorgesetzten, der über diese Stelle entscheidet, eine einmalige Summe von 2000 Euro zahlen müsse. Ein Unsicherheitsfaktor würde trotzdem weiter bestehen, und zwar dann, wenn der Vorgesetzte nach einem politischen Wechsel gehen müsse. Dann sei auch ihre Stelle gefährdet.

⁸⁸ Problemzentrierte Interviews mit narrativen Elementen basieren zwar auf einem Leitfaden, doch bestimmte Teile des Interviews sind bewusst narrativ angelegt, vor allem dann wenn es um die Perzeption der Bürger_innen geht. Dadurch soll ihr „wahres“ politisches Interesse sichtbar gemacht werden. Anhand der Interviews können die unterschiedlichen Interessensgebiete herausgearbeitet werden, zunächst auf einer allgemeinen, abstrakten Wissens Ebene und dann auf der Ebene der persönlichen Erfahrungen. Dass bei der zweiten Ebene immer wieder auf andere Narrative aus dem persönlichen Umfeld zurückgegriffen wird, zeigt einerseits die Relevanz des Themas für den Befragten selbst und andererseits werden dadurch verschiedene Rückschlüsse und Verbindungen zu politischen Entwicklungen gezogen. Obwohl bestimmte Erzählungen auf dem so genannten „Hörensagen“ basieren, sind sie nicht von vornherein als unglaubwürdig zu werten. Vielmehr werden dadurch die eigenen Aussagen entweder untermauert und es wird dadurch eine inhaltliche Gegenposition aufgezeigt. Wenn diese Narrative für den Befragten von außerordentlicher Bedeutung sind und an unterschiedlichen Stellen der Interviews immer vor kommen, werden diese Aussagen von mir auch in die Arbeit aufgenommen und dienen als inhaltliche Kontextualisierung. Natürlich vor dem Hintergrund das Narrative immer auch konstruiertes Erinnern bedeutet. Darauf wurde aber bereits im Kapitel über das methodische Vorgehen hingewiesen.

Dieses Beispiel aus dem Alltag zeigt deutlich, welches Ausmaß die Korruption in Bosnien-Herzegowina mittlerweile angenommen hat. Alle Befragten, deren Herkunftsgesellschaft Bosnien-Herzegowina ist, berichten von ähnlichen katastrophalen Zuständen, egal ob im Gesundheits- oder Bildungsbereich. Die Lebenserhaltungskosten sind im Vergleich zum Einkommen relativ hoch. Ohne informelle Netzwerke oder Finanzspritzen von im Ausland lebenden Verwandten würden die einzelnen Haushalte nicht überleben. Parallel dazu hat sich eine Elite gebildet, die im Prozess der Transition auf illegale Weise reich geworden ist. So meint ein Befragter lakonisch:

„Wenn ich an Bosnien denke, dann kommt mir zuerst ein zertrümmertes Land in den Sinn. Ein Land, das wenig Perspektive hat. Es gibt dort keine gesunde, politische Plattform und deshalb auch keine Perspektiven für die Leute und für das Land.“ (I2)

Vor diesem Hintergrund wird auch verstärkt mit Freunden aus der Region oder Familienmitgliedern über relevante, sozioökonomische Entwicklungen diskutiert. Immer wieder wird dabei der Vergleich zu Österreich oder anderen westlichen Staaten gezogen. Die Befragten bemängeln sowohl die internen als auch die externen Faktoren, die auf den Staat und das Wirtschaftssystem einwirken.

Themenkomplex Krieg und Transition; Erbe des Sozialismus

Neben dem Kriegsthema dominieren Fragen rund um die politische, sozioökonomische und kulturelle Transformation ehemals kommunistischer Länder in eine westlich-orientierte Demokratie. In diesem Zusammenhang sprachen sich die Befragten für eine Intensivierung der Verantwortung für das öffentliche Leben aus. Die Zivilgesellschaft gehöre gestärkt und das abseits von religiös-politisch motivierten Gruppierungen. Demokratie solle in diesem Zusammenhang noch erlernt werden.

„Sie (Anmerkung: Bürger_innen Ex-Jugoslawiens) müssen lernen für alle zu arbeiten, nicht nur für die eigene Tasche. Das Gemeinwesen fehlt.“ (I11)

Die Befragten haben den Eindruck, dass Politik und Wirtschaft von persönlichen Interessen dominiert werden und zwar in den Westbalkanstaaten noch mehr als in Österreich.⁸⁹In diesem Zusammenhang werden vor allem Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kroatien und Kosovo hervorgehoben. Einige Befragte bezeichnen diese Länder sogar als „failed states“⁹⁰. So meinte ein Interviewpartner lakonisch:

„Ich liebe das Land, aber ich hasse den Staat. Diesen Satz hat auch ein junger Absolvent einer Uni ausgesprochen, er hat beide Elternteile im Krieg verloren und hat trotzdem die Uni abgeschlossen und er versucht seit sechs Jahren einen Arbeitsplatz zu finden und findet keinen. Genau das ist mein Empfinden. Mich regen diese sozialen Umstände der Leute auf, denn die sozialen Umstände der Menschen sind katastrophal. Man kann unten (Anmerkung: Bosnien-Herzegowina) mit ehrlicher Arbeit nicht vorankommen. Und mit vorankommen, meine ich nicht, im Sinne von prosperieren und sein Vermögen erweitern, sondern dass man ein stinknormales Leben führen kann. Man kann sich nichts leisten. Nicht einmal mit dem Bus an das 300km entfernte Meer zu reisen. Das ist eben das Traurige. Aber das ist nicht nur in Bosnien so, sondern auch in Serbien und Kroatien. Es bewegt mich, dass es dort kein Gesundheitssystem existiert. Man zahlt zwar Versicherungsbeiträge, muss aber dann trotzdem alles aus der privaten Kasse finanzieren. Die Bonzen haben alles, die Leute nichts. In diesen Ländern herrscht ein Turbokapitalismus sondergleichen. Da haben 5 Prozent 99 Prozent des Geldes. Wenn man als so als Außenstehender durch Sarajevo geht, dann denkt man sich, naja, denen geht es e nicht so schlecht, aber sobald man aus dem Stadtzentrum verschwindet und die Studenten, die dort in den Cafes sitzen und schön aussehen und geschminkt sind, dann nach Hause begleitet, und dann sieht, dass die eigentlich nur mit einer Mark (Anmerkung: umgerechnet 0,50

⁸⁹Vgl. Ergebnisbaustein D „Einstellungen und Orientierungen“

⁹⁰In der politikwissenschaftlichen Literatur wird „failed state“ definiert als so genannter gescheiteter Staat. Wenn ein Staat nicht mehr für die Sicherheit, auch soziale Sicherheit seiner Bürger_innen sorgen kann und wenn Klientelismus und Korruption staatliche Strukturen aushöhlen, dann gilt es als „failed“, als gescheitert. Vgl. auch Debatten über zerfallene Staaten (Ruf 2003)

Euro) irgendwie fortgegangen sind und dort drei Stunden bei einem Kaffee gesessen sind, nur um den Schein zu wahren, dann ist das traurig.“(I5)

Diese Entwicklungen werden unabhängig vom Alter und dem jeweiligen Lebensmittelpunktes wahrgenommen. Die Elterngeneration nimmt dabei eine ambivalente Haltung ein. So kommentiert ein Interviewpartner die Ansichten seines Vaters folgendermaßen:

„Mein Vater ist eher pessimistisch eingestellt, was die Entwicklungen im Herkunftsland betreffen. Er hat seinen Vater im zweiten Weltkrieg verloren. Er war im Kommunismus, aber irgendwie doch involviert. Das war schon in einem drinnen. Das ganze kommunistische System ist so aufgebaut, dass du dann dabei warst, dass du das gelebt hast und dann natürlich auch die Zeit nach dem Kommunismus. Ich glaube er ist von all diesen Themen sehr gereizt. Und wenn wir dann reden, sagt er, dass sich nichts ändern wird. Alle sind sich ähnlich. Ich glaube es braucht einfach eine neue Generation, auch von Politikern. Aber die ist noch lange nicht in Sicht, weil die Nationalismen so stark sind, und nach wie vor die Gedanken der Leute lenken. Nach dem Motto: wir als Nationen, wir als...Ich glaube bei den meisten Menschen ist das sehr ausgeprägt.“(I14)

Vor diesem Hintergrund kann gesagt werden, dass die Bürger_innen die anfängliche Euphorie des Umsturzes zwar mitgemacht haben, aber diese nicht längerfristig aufrechterhalten konnten. Durch ihre transnationale Lebensweise und die dadurch gegebenen Verbindungen sind sie über den Zustand der Herkunftsländer gut informiert und können politische Entwicklungen kritisch reflektieren. Sie bemängeln die strukturellen und sozialen Voraussetzungen der Demokratie in den Ländern. Zudem werden auch immer wieder Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu Österreich gezogen und kommentiert.

Themenkomplex: Aktuelle Politik und Korruption

Alle Befragten betrachten die Herkunftsregionen in dieser Hinsicht äußerst kritisch. Die Mehrheit kann sich mit den etablierten Parteien in den Ländern nicht anfreunden und stuft sie als nationalistisch bis hetzerisch ein. In vielen

Interviews wurde ein Beispiel für fehlerhafte Politik immer wieder genannt: das ethnisch-aufgeteilte Schulsystem in Bosnien-Herzegowina. Dieses Negativbeispiel wurde immer wieder dann angeführt, wenn eine Politik anhand ethnischer Zugehörigkeiten und Grenzziehungen beschrieben und kritisiert wurde.

„Das Schulsystem ist entlang der Ethnien dreigeteilt, sodass die Kinder zu nationalistischen Idioten erzogen werden.“ (I10)

Minderheiten wie beispielsweise Roma haben in solch einem ethnischen Staatskonzept keinen Platz. Ein Befragter kritisierte in diesem Zusammenhang sehr stark die vorhandene Verflechtung von Religion, Politik und Medien in Bosnien-Herzegowina. Die Menschen würden mit Hilfe von Religion und Nationalität/Ethnizität zunehmend manipuliert.

„Deshalb hat für mich Religion ihren Sinn verloren. Religion hat im öffentlichen Leben nichts zu suchen. Ich würde die getrennten Schulen einreißen, damit der Mensch symbolisch mitbekommt, dass es so nicht gehen kann. Zwei Lehrsysteme unter einem Schuldach, und das obwohl die Kinder in derselben Straße wohnen halte ich für falsch, nur weil sie unterschiedliche Vorfahren haben.“ (I12)

Als weiteres Negativbeispiel im Zusammenhang mit aktuellen Politikpraktiken wird Kroatien genannt. Eine Interviewpartnerin verweist dabei auf die anhaltende, re-nationalistische Politik Kroatiens und gab als Beispiel die fehlende Integration von Kriegsflüchtlingen und Kriegsrückkehrer_innen an. Die Politik wirke nach ihrer Einschätzung ethnisch trennend. Es fehle eine offener, integrativer politischer Tonfall und Initiativen für serbische Kriegsflüchtlinge nach Kroatien. Ein anderer Interviewpartner beschreibt die politische Korruption im Land anhand des Falles des ehemaligen Premierministers Sanader.⁹¹ Anhand laufender Korruptionsfälle stellt er fest,

⁹¹ Ivo Sanader war zwischen 2003 und 2009 der Premierminister Kroatiens, seine Partei die HDZ. Er verließ 2009 nach seinem Rücktritt überraschend die politische Bühne, wo doch sein erklärtes Ziel war Kroatien in die Europäische Union zu führen. Die kroatische

wie stark der Klientelismus in Kroatien verankert ist. Eine Interviewpartnerin prangert die kroatische Bildungspolitik an und plädiert für ein multiperspektivisches und offenes Lernen. Sie hat sich im Zuge ihrer beruflichen Tätigkeit mit den Inhalten kroatischer Schulbücher beschäftigt und verweist in diesem Zusammenhang auf die Existenz von vier Schulbüchern mit unterschiedlichen Zugängen.

„Es gibt vier Schulbücher, ein Dumpfbacken-Nationalistisches, ein elaboriert Nationalistisches, ein linkes, das sich mit den kommunistischen Verbrechen nicht auseinandersetzt und ein eher liberales, multiperspektivisches. Die Schulen können sich selbst aussuchen, welches sie verwenden, das heißt von Schule zu Schule lernen die Kinder vollkommen unterschiedliche Dinge. Es wäre extrem wichtig, dass zumindest das erste aus dem Programm genommen wird.“(I4)

In diesem Zusammenhang verweisen die Gesprächspartner auf die Relevanz der Bildungspolitik abseits des kroatisch- dominanten Narrativs. Sie plädieren vielmehr für einen bewussten, kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte. Neben den Entwicklungen im Bildungsbereich werden auch Themen rund um das Gesundheitssystem und generelle, gesellschaftliche Entwicklungen angesprochen. Zu letzteren zählt unter anderem ein kritischer Umgang mit häuslicher, privater Gewalt. Eine Interviewpartnerin weist in diesem Zusammenhang auf ein hohes Gewaltpotential im Bezug zu Kroatien hin und nennt dabei die Rolle der Kriegsveteranen.

„Eine Offensive gegen Gewalt gegen Frauen oder überhaupt gegen Gewalt in der Familie wäre in Kroatien extrem wichtig, weil das in Kroatien im Vergleich zur wirtschaftlichen Entwicklung ein extremes Problem ist. Natürlich hängt das auch mit dem Krieg zusammen, aber es gibt wahnsinnig

Antikorruptionsbehörde verhaftete Sanader 2010 und er wurde 2012 zu fast zehn Jahren Haft wegen Korruption während seiner Amtszeit verurteilt. Auch verbunden zum Hype-Alpe-Adria Skandal wurden im nachgewiesen. Zudem veruntreute er 200 Millionen Euro. 2015 wurde das Urteil wieder aufgehoben, was ein zusätzlich schlechtes Licht auf das kroatische Justizsystem wirft. Sanader befindet sich aktuell wieder auf freiem Fuß. Vgl. www.b24.com

viele Waffen und kriegstraumatisierte Ex-Soldaten, die im Zweifel ihre Freundin erschießen, wenn sie eifersüchtig sind. Das ist ein massives Problem über das nicht viel geredet wird, aber dass durch meine Medienanalyse (Anmerkung: für die Dissertation) sehr präsent wurde. Die Kriegsveteranen und diese radikalisierte an Gewalt gewöhnte Gesellschaft hat noch immer dieses gravierende Problem. Ich glaube, wenn Frauen nicht geschützt sind, steht das definitiv einem guten Leben im Wege.“(11)

b.) Politisches Interesse gegenüber Österreich

Themenkomplex: Integration

Migrations- und Integrationspolitiken werden von allen Befragten sehr intensiv verfolgt. Hier wird zwischen Österreich und EU-Ebene unterschieden. Die Mehrheit der Befragten wünscht sich einen differenzierten Umgang mit Zuwanderung und Multikulturalität. Sie bemängeln die meist einseitige Berichterstattung der Medien und die mangelnde Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Begriffen wie beispielsweise „Flüchtling“, „Asylsuchender“, „Migrant“ und „Ausländer“. Die positiven Seiten und die Relevanz von kultureller Vielfalt sollten aus Sicht der Befragten verstärkt werden. Die bisherige Regierungspolitik würde in diesem Bereich ins Leere laufen. Maßnahmen und Kampagnen der Regierung rund um das Thema Integration werden von den Befragten stärker diskutiert und aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. So wurde von einem Interviewpartner die Existenz von sogenannten „österreichischen Integrationsbotschaftern“ kritisiert, da es den Eindruck verleiht, ausländische Kinder bräuchten ein Role-model. Seiner Meinung nach bräuchten auch österreichische Kinder bzw. Kinder generell unabhängig der Staatsbürgerschaft ein *role-model* bzw. Erwachsene mit Vorbildfunktion.

Eine Interviewpartnerin hat diesbezüglich von ihren Erfahrungen als Lehrerin in einer Schule erzählt, wo 90 Prozent Kinder einen Migrationshintergrund (vor allem türkischen und ex-jugoslawischen Hintergrund) haben. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Relevanz der Muttersprache. Ihrer Meinung

nach ist es sehr wichtig, die Kinder in ihrer Muttersprache zu unterrichten, damit sie

„wenigstens in einer Sprache sattelfest sind, das wäre die Basis, damit sie dann infolgedessen auch andere Sprachen gut lernen können.“ (I4)

Aus den Interviews ist ein gewisser Unterschied in Sachen Integrationspolitik zwischen den Flüchtlingskindern und den Gastarbeiterkindern heraus zu lesen. Während die Flüchtlingskinder für Offenheit gegenüber Flüchtlingen plädieren, stehen die Gastarbeiterkinder der Flüchtlingsproblematik eher skeptisch und kritisch gegenüber. Wie groß diese Unterschiede tatsächlich sind und wo sie konkret ihren Ursprung haben, könnte aber nur in vertiefenden, biographischen Forschungen und Interviews zu genau diesem Thema herausgefunden werden. Eine mögliche Ursache wäre, dass Kinder von Gastarbeitern selbst nie aktiv die Erfahrung der Flucht gemacht haben und deshalb einen weniger sensibilisierten Zugang zu diesen Themen haben. Relevant wäre in diesem Zusammenhang eine Studie durchzuführen, die verschiedene Migrant_innen-Gruppen aufgreift und miteinander vergleicht. So könnten beispielsweise Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Bezug auf Partizipationsprozesse von ex-jugoslawischen, türkischen und osteuropäischen Migrant_innen analysiert und bewertet werden.⁹²

Themenkomplex: Interesse für aktuelle Politik

Alle Befragten verfolgen aktuelle politische Entwicklungen. Dabei werden jene Ereignisse genannt, über die man zum Zeitpunkt des Interviews gerade nachgedacht, gelesen und diskutiert hat. In Vorwahlzeiten ist das Interesse für die bevorstehende Wahl sehr groß. Berichte darüber werden in den Qualitätsmedien, auf Online-Nachrichtenportalen oder in Sozialen Medien gelesen und sehr oft auch kommentiert. Über die Regierungsbeteiligung der FPÖ wurde bei den Befragten oft diskutiert. Vor diesem Hintergrund gab die

⁹² Oder interessant wäre sich die Partizipationsstrategien und -motivationen von „ethnischen Österreichern“, Österreichern mit ex-jugoslawischen Wurzeln und Österreichern mit türkischen Wurzeln näher anzusehen und dahingehende Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Partizipationsverhalten und politischen Einstellungen herauszufiltern. Ihre damit verbundene Mobilisierbarkeit durch Parteien sowie ihre Vertretung in etablierten Politikstrukturen wären dabei weitere interessante Aspekte.

Mehrheit der Interviewpartner an Berichte rund um einen möglichen „Rechtsruck Österreichs“ intensiv zu verfolgen.

Die Interviews fördern diesbezüglich ambivalente Tendenzen hervor. Obwohl die Mehrheit der Befragten diesen Entwicklungen skeptisch gegenübersteht und sich durch nationalistische Rhetorik abgeschreckt fühlt, wurde im Gespräch immer wieder auf Personen im näheren persönlichen Umfeld verwiesen, die sich sehr wohl von einer solchen Rhetorik angesprochen fühlen. Vor allem die Kinder der Gastarbeitergeneration können auf solche Diskussionen verweisen und erzählen auch von ihren Eindrücken beispielsweise bezüglich der dritten Generation.

„Mein Eindruck ist, dass es einen Teil der Diaspora gibt, die sich von der nationalistischen Rhetorik aus den Herkunftsländern – die an die 1990er Jahre erinnert – nach wie vor angesprochen fühlen. Auch Kinder und Jugendliche, die haben dann die Flagge des Herkunftslandes der Eltern als Handyhülle, obwohl sie selbst höchstens einmal im Urlaub dort waren. Das Elternhaus spielt dabei sicher eine große Rolle.“ (I15)

Die Wiener Stadtpolitik wurde von jenen Befragten genannt, die auch in Wien leben oder schon einmal in Wien gewohnt haben. Die Befragten finden in diesem Zusammenhang, dass die lokale Politik sehr wichtig ist. Politiker_innen-Karrieren mit Migrationshintergrund werden dahingehend aktiv verfolgt. Zeitgleich wird bemängelt, dass es zu wenige Politiker_innen mit ex-jugoslawischen Wurzeln gibt (vor allem auf Bundesebene). Die Ansprache durch Politiker_innen wird in diesem Zusammenhang ambivalent wahrgenommen. Bestimmte Zuwandergruppen werden vor allem in Vorwahlzeiten stark umworben wie zuletzt Bürger_innen mit serbischem Migrationshintergrund durch die FPÖ.⁹³ Andere Arten der Ansprache finden

⁹³ Vor allem Heinz- Christian Strache macht in diesem Kontext immer wieder Schlagzeilen. Er trägt demonstrativ das serbische Gebetsband, besucht serbische Regionen im Ausland und unterstützt serbische Meinungen in Sachen Kosovo. Zuletzt nahmen FPÖ-EU-Abgeordneter Harald Vilimsky und Vizebürgermeister von Wien Johann Gudenus an einer Kundgebung in der Republika Srpska in Bosnien unter der Einladung des Premierministers der RS Milorad Dodik teil. Ziel solcher Aktionen ist der Stimmenfang bei serbisch-stämmigen Österreichern, die die politischen Entwicklungen am Westbalkan verfolgen.

nur selten statt. (Doerfer 2009) Die politische Ansprache der Parteien ist zumeist einseitig und geht mit ethnischen Kategorien und Zuschreibungen einher und ist deshalb kritisch zu hinterfragen. Einerseits möchte sich die politische Elite nach eigenen Angaben keine externen Konflikte nach Österreich holen⁹⁴, andererseits werden sie bewusst dazu benutzt Wählerstimmen zu generieren oder bestimmte Gruppen durch solche ethnischen Entwicklungenzu politisieren. Diese doppelzüngige Art des Politikmachens bzw. der politischen Mobilisierung findet auch ihren Einklang in ethnischer Wahlwerbung.⁹⁵ Ethnische Zugehörigkeiten werden also im dominanten gesellschaftlichen Diskurs abgelehnt, aber für die eigenen politischen Zwecke sehr wohl mobilisiert. Die Befragten nehmen diese Diskrepanzen wahr und begegnen ihnen spöttisch bis kritisch. Nur bei wenigen wird diese ethnische Ansprache als positiv empfunden. An dieser Stelle erzählen die Interviewpartner_innen von Bekannten, die solchen Politisierungskampagnen durchaus positiv gegenüber stehen. Diese ethnische Ansprache ist bei allen Parteien in unterschiedlicher Ausprägung zu finden und wird von Personen, die in transnationalen Räumen agieren eher als unpassend und abschreckend empfunden, da es ihrer Zugehörigkeit als „Weltbürger_in“ widerspricht.

Auch generelle Fragen rund um das Pensionssystem und den Wohlfahrtsstaat werden verfolgt und diskutiert. Dabei nehmen alle Befragten eine kritische, meist gut informierte Haltung ein. Gängige Politpraxis wird mit allgemeinen, philosophischen Fragen verbunden. Konsumkritik und die Alterung der Gesellschaft werden dabei ebenso beleuchtet wie ökonomische Nachhaltigkeit und die globale Waren- und Handelsrouten. So wirft ein Interviewpartner die Fragen auf:

„Was hat das für Auswirkungen, wenn ich in ein Geschäft gehe und ein T-Shirt um zwei Euro kaufe? Was bedeutet Primark, H&M, C&A usw.? Was bedeutet es, wenn ich mitten im Dezember, Jänner oder Februar Erdbeeren

⁹⁴ Zuletzt immer wieder im Bezug zur Türkeikrise und dahingehenden Demonstrationen in Österreich genannt.

⁹⁵ Ethnische Wahlwerbung spricht meistens eine bestimmte ethnische Gruppe an und der geschriebene Text wird in der Herkunftssprache dieser Gruppe verfasst.

kaufe? Was heißt das für ein Land wie Spanien? Was heißt das für die meisten illegalen Zuwander_innen, die dort arbeiten? In welchen Verhältnissen müssen sie dort arbeiten, dass ich mitten im Winter Erdbeeren und Paradeiser kaufen kann? Das sind Sachen, die ungern ausgesprochen werden, aber ich finde, das gehört aktiv angesprochen.“ (I5)

Themenbereich: Wirtschaft und Arbeit

Wirtschaftsthemen werden von den meisten Befragten mit dem österreichischen Arbeitsmarkt in Verbindung gebracht. Vor diesem Hintergrund kommt es zu ambivalenten Aussagen der Befragten. Während die Mehrheit der interviewten Personen die Zusammenhänge zwischen Wohlfahrtsstaat, EU-Richtlinien und dem österreichischen Arbeitsmarkt differenziert betrachten, fordern einige, dass bei gleicher Qualifikation inländische Mitarbeiter_innen ausländischen vorzuziehen sind. Von den Befragten werden dabei sowohl neuankommende Personen als auch Personen mit osteuropäischer Staatsbürgerschaft genannt. An dieser Stelle werden vor allem Beispiele aus dem mittleren und niederen Arbeitssektor erzählt. Auch jene Befragten, die im Osten von Wien, im östlichen Niederösterreich oder Burgenland wohnen, bemängeln die starke, meist deutlich billigeren Arbeitskräfte aus Ungarn, Slowakei, Polen, Rumänien oder Bulgarien.⁹⁶ Die Befragten fordern diesbezüglich eine Sicherung der Arbeitsplätze, den Schutz vor Lohn-Dumping und Strategien, die Arbeitsplätze schaffen und Arbeitslosigkeit minimieren. Die Interviewpartner_innen verorten gerade bei der Migrantengeneration 50 plus eine Prekarisierung der Beschäftigung.

Über Korruptionsfälle wird auch im Zusammenhang mit österreichischen Beispielen gesprochen. Hier wird unter anderem der Hypo-Adria-Bankenskandal genannt. Ausgehend davon werden auch generelle Probleme angesprochen, die Verflechtungen von Wirtschaft und Politik, die nationale Verschuldung, die Mindestsicherung und persönliche Zukunftsängste rund um staatliche Versorgungsengpässe, einem möglichen Ende des Wohlfahrtsstaats und die Rolle der EU in diesem Kontext.

⁹⁶ Genannt wurden hier Berufe im Bereich Pflege und Medizin, Reinigungskräfte, Kleine Betriebe im handwerklichen Bereich; Flughafenmitarbeiter_innen; Verkaufspersonal;

Zudem fördern die Interviews – auf einer eher abstrakteren Denkebene – zutage, dass sich die Befragten mit der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von politischen Organisationsformen auseinandersetzen. Hier geht es einerseits um Kritik an bestimmten Politikstrukturen, dem Parteiensystem, aber auch an der Konsumgesellschaft generell.

„Ich finde, dass es in Österreich wirklich ein Problem mit der Wahrheit gibt. (...) Ich würde den Menschen einfach reinen Wein einschenken. Ich würde ihnen sagen, wenn es so weiter geht, dass jeder über seine Verhältnisse lebt, und da geht's nicht um Politik und um Kürzungen und um Sparpläne, sondern es geht darum, wir leben in einer Zeit, wo meiner Meinung nach, diese Gesellschaftsform ganz schlimm am Rande des Abgrundes steht. Jeder lebt über seine Verhältnisse, jeder gibt viel mehr aus als er hat, verschuldet sich. Ob das jetzt im privaten oder Staatssektor ist, das ist egal. Ich finde den Menschen gehört einmal so etwas gesagt. Wäre ich Bundeskanzler oder hätte etwas zu sagen, würde ich den Menschen sagen, Moment, wenn du 2000 Euro im Monat zur Verfügung hast mit deiner Familie, dann kannst du nicht Monat für Monat 2100 Euro ausgeben, irgendwann einmal fällt dir das auf den Kopf. Wir leben in einem Konsumwahn, wo es nur mehr darum geht, dass zu besitzen, dass zu haben und das haben zu müssen. (...) das sind halt Sachen, die ich den Menschen in jeglicher Form, im privaten Bereich, aber auch in Staatsfragen sagen würde. Wenn die heutige Regierung immer noch davon redet, dass wir erst 2027 das Pensionsalter auf 67 Jahre aufheben müssen, dann ist das eine glatte Lüge.“ (I11)

Zudem verbinden die Befragten öfters aktuelle und historische Entwicklungen miteinander. Eine Interviewpartnerin plädiert in diesem Zusammenhang für ein

„ein offenes Sprechen über die Identitäten in Österreich nach 1945 und über noch vorhandene, rassistische und antisemitische Tendenzen. Das ist etwas, was zur Entprovinzialisierung Österreichs einen entscheidenden Beitrag leisten würde. Natürlich lebt man in Österreich tendenziell zum Beispiel viel besser als in Kroatien. (...) Es wäre eine Diskussion von Nöten, dass es in Österreich so eine niedrige Akademikerquote gibt, obwohl es einen Sozialstaat

gibt, indem man studieren könnte, dass es entweder nicht die Bereitschaft gibt oder nicht die Überzeugung gibt um zu studieren, dass es nicht die Überzeugung gibt, dass das wichtig ist um a.) ein besseres Leben für sich selbst zu erreichen und b.) dadurch offener durch die Welt geht.“(I4)

Themenkomplex: Bildung

Jene Befragten, die selbst Kinder haben, interessieren sich auch sehr stark für Bildungspolitik. So erzählt ein Interviewpartner:

„Genau wie diese schulpolitischen Debatten, die– seit ich in Österreich bin – aktuell sind. Sollen Kinder alle in die gleiche Schule gehen? Ich meine, mein Sohn ist mit knapp sechs Jahren in die erste Klasse gekommen, er war knapp acht als er in die dritte Klasse gekommen ist und ab diesem Zeitpunkt war er unter Druck, unter Stress, dass er gute Noten schreiben muss, damit er ins Gymnasium kommen kann., weil wenn er nicht ins Gymnasium kommt, sein Leben verpfuscht ist. Im Prinzip ist das schlimm, aber derzeit ist es so. Wenn du in Wien nicht ins Gymnasium kommst, hast du es saumäßig schwer, weil der Prozentsatz, die nur die Hauptschule oder Neue Mittelschule abschließen, und dann studieren gehen, die müssen ja nicht studieren gehen, aber halbwegs einen gescheiten Job finden, ist halt gering. Und wenn man Kinder mit acht Jahren selektiert und einstuft – meistens unter der Voraussetzung die Eltern kommen ja nie in die Schule, der Vater ist Bauarbeiter, die Mutter trägt ein Kopftuch und kann kaum Deutsch, und wenn die nicht selber herkommen, ist das Kind auch nicht so gut, hat es halt Pech gehabt. Und das ist genau das, dann hätte ich halt auch Pech gehabt. Wie gesagt meine Eltern sprechen auch heute noch sehr schlecht Deutsch. Meine Eltern hatten keine Ahnung von meinen Hausübungen oder Schularbeiten. Sie waren nie – ich bin hier 9 Jahre in die Schule gegangen - bei einem Elternsprechtag, ich habe mich selber in die HTL eingeschrieben. Meine Mutter war nur ein einziges Mal in der Schule und zwar wie ich mein Maturazeugnis mit ausgezeichnetem Erfolg bekommen habe. Sie hat nicht mal gewusst wo die Schule ist, meine Exfreundin hat sie dahin führen müssen. Das muss man sich mal vorstellen. Wenn man das nicht bald ändert, rasch anspricht, dann steuern wir auf sehr chaotische Umstände zu.“ (I5)

Zudem werden auch Betreuungsmöglichkeiten von Kleinkindern (Kindergruppe; Kindergarten) und Schulkindern (Hort, schulische Nachmittagsbetreuung und die jeweiligen Schulformen (Volksschule, Neue Mittelschule, Lehre, Gymnasium) diskutiert. Dahingehend werden politische Debatten rund um die Ganztagschule oder den gemeinsamen Bildungsweg bis 18 Jahre verfolgt. Es werden Einsparungen und Kürzungen im Bildungsbereich scharf kritisiert.

Eine Lehrerin erzählt wie Eltern, Schüler_innen und Lehrer_innen arbeiten müssen:

„Die Bedingungen unter denen wir arbeiten, sind teilweise schrecklich, es sind 30 Lehrer_innen in einem kleinen Arbeitszimmer und jeder hat nicht einmal einen Vierteltisch zum Arbeiten. Es wird immer wieder an Bildung und in der Schule gespart, aber in der Schule fängt Integration an. Sie lernen dort Sozialisierung. Ich arbeite in einer höheren Schule, aber man muss bereits viel weiter unter anfangen. Man muss integratives Verhalten bereits im Kindergarten lernen. Projektbezogenes Arbeiten reicht meiner Meinung nach nicht aus, irgendwo einmal ein kurzes Projekt zu machen, reicht einfach nicht aus, man muss an den Einstellungen arbeiten. Wien ist zwar eine multikulturelle Stadt, aber trotzdem ist jeder für sich und irgendwie ghettoisiert, und es klappt vieles nicht. Paris und London funktionieren anders als Wien. Wien versucht noch alte Modelle zu bewahren.“

Sie bemängelt zudem, dass es noch immer nicht genügend Bewusstsein gäbe, dass Migrant_innen ein integraler Bestandteil der Stadt bzw. Österreichs sind. Personen mit Migrationshintergrund müssen sich noch immer beweisen, wären nach wie vor Menschen zweiter Klasse. Personen, die ein geringeres Selbstbewusstsein aber genügend Wissen und Können hätten, sind ihrer Meinung nach am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft chancenlos. Dabei ginge viel Potential und Ressourcen verloren. Ihrer Ansicht nach gibt es für Personen mit Migrationshintergrund oftmals eine letzte Stufe des sozialen Aufstiegs, bis zu der man es schafft. Darüber hinaus wird es dann wirklich

schwierig. Als Beispiel für die Schwierigkeiten führt sie den Zugang zu höheren Positionen im Managementbereich an. Aber auch im Schulbereich kenne sie wenig Lehrer_innen mit Migrationshintergrund. Sie unterrichtete einmal in einer HTL. Dort hatten drei von 300 Lehrer_innen einen Migrationshintergrund.

„In meiner jetzigen Schule bin ich die Einzige. Und es gibt noch einen Deutschen. Aber ich finde, das sagt etwas aus. Es gibt Berufsgruppen, da gibt es ganz wenige Leute mit Migrationshintergrund. Auf der Uni ist es anders, aber im Mittelbau (Anmerkung SPT: gemeint ist hier der Mittelbau des österreichischen Schulsystems, also Oberstufenklassen, nicht der Mittelbau der Universitäten) nicht.“ (I6)

Zudem wird Bildung von allen Befragten als extrem wichtig erachtet. Politische Bildung solle nach der Mehrheit der Interviewpartner intensiver sowohl in der Schule als auch zuhause durch die Eltern betrieben werden. Hier steht im Vordergrund,

„das Interesse der Menschen für politische Prozesse zu wecken und die Bereitschaft zu stärken für etwas auf die Barrikaden zu gehen.“ In diesem Zusammenhang sei die *„Förderung der kollektiven Verantwortung extrem wichtig, denn nur wenn alle für das Land arbeiten, geht es auch allen gut.“ (I1)*

Ein anderer Befragter beschreibt seine Ressentiments so:

„Meine Mutter hat zur Politik nur gesagt, dass sie findet, dass der Vranitzky ein fescher Mann ist. (...) Was mir in der Jugo-Community fehlt, ist, dass ich das Gefühl habe, sie interessieren sich zu wenig für die österreichische Politik. Wenn sie aber GIS-Gebühren zahlen müssen, fragen sie schon nach, aber wenn es dann abstrakt wird, dann denken sie nicht mehr nach und wollen es nicht verstehen, vielleicht auch deswegen, weil sie früher im ehemaligen Jugoslawien keine Möglichkeit zum Partizipieren hatten.“ (I7)

Alle oben beschriebenen Themen wurden mit Freunden oder mit der Familie diskutiert. Die Eltern der Befragten nehmen bei diesen Gesprächen eine ambivalente Haltung ein. Einerseits sind sie sehr stark auf die Herkunftsgesellschaft bzw. den kompletten ex-jugoslawischen Raum fokussiert, andererseits sitzen die Erinnerungen an Kriegszeiten und Nationalismen tief. Zudem gibt es auch Trennlinien zwischen den Generationen und den jeweiligen Migrationsbiografien und Integrationsverläufen. Einige der Eltern der interviewten Personen sind sehr stark pessimistisch orientiert. So beschreibt ein Gesprächspartner die Einstellung seines Vaters folgendermaßen:

„Mit dem Vater spreche ich vor allem über bosnische Themen. Er ist aber sehr pessimistisch eingestellt. Das kommunistische System war tief in ihm verwurzelt. Er hat es gelebt. Er ist stark gereizt von allem, was momentan in Bosnien-Herzegowina passiert. Er denkt, es wird sich niemals etwas ändern. Er denkt, dass die Nationalismen nach wie vor ungeheuer stark sind und nach wie vor die Gedanken der Menschen steuern.“ (I14)

Diese Sichtweise spiegelt sich bei der Mehrheit der Eltern der Befragten wider. Vor diesem Hintergrund vermeidet diese Generation über die Schuldigen des Krieges und über Kriegsverbrechen zu sprechen. Andere sprechen bewusst nicht mit den Eltern, sondern eher mit Freunden über politische Entwicklungen.

„Mit meiner Mutter, die mittlerweile die Einzige ist, die von meiner Familie hier in Wien noch übrig ist, spreche ich kaum über Politik, weil sie politisch vollkommen unbedarft ist. Wenn sie politisch etwas sagt, dann sind das wirklich die klassischen, vereinfachten Welterklärungen.“ (I13)

In den Erzählungen werden auch Generationenunterschiede bezüglich Nationalität, Heimat und Ethnizität beschrieben, wobei eine Interviewpartnerin besonders anschaulich feststellt:

„Mein Vater hat eine kroatisch-katholische Frau vom Land geheiratet, mit sehr wenig Schulbildung und aus einem sehr nationalistischen Dorf und Familie stammend, was sich schon bei ihrer Hochzeit geäußert hat, insofern als man die Hochzeitsfotos vor der kroatischen Fahne machen sollte und mein Onkel und ich die Einzigen waren, die sich geweigert haben, uns vor der Fahne aufzustellen, weil wir gemeint haben, das ist eine Hochzeit und kein weiß ich nicht. (...) Im Wohnzimmer bei meinem Vater und seiner Frau hängt irgendwie ein angebliches Familienwappen, das ihnen irgendjemand verkauft hat mit der Information, das sei jetzt das Wappen der Familie. Dann hängt dort Jesus am Kreuz und das kroatische Wappen. Alleine deswegen kann ich in diesem Wohnzimmer nicht länger als eine Stunde bleiben. Weil diese drei Dinge sind für mich untragbar. Also da gibt es auf jeden Fall ein Auseinanderleben.“(I5)

Im klaren Gegensatz dazu stehen die befragten Personen selbst. Die Frage, ob es Themen gebe, die in politischen Diskussionen bewusst weggelassen werden, verneinen sie. Dazu ein Befragter:

„Ich rede über alles, ich bin auch immer Gesprächsbereit. Was ich nicht mag ist, wenn Menschen versuchen, egal von welcher ethnischen Zugehörigkeit, die Sache für „ihr“ Volk zurechtzurücken. (...) Ich kann mit jedem über alles reden. Mir ist die Herkunft egal, ich rede auch offensiv über solche Themen. Das schlimmste ist, wenn man schweigt. Wenn Probleme verschwiegen werden, egal ob auf der Beziehungsebene oder der gesellschaftlichen Ebene, dann kann es nur immer schlimmer werden.“(I6)

Alle Befragten schätzen selbst ihr Interesse an Politik und politischen Entwicklungen sehr hoch ein. Der Fokus liegt hierbei trotz transnationaler Lebensausrichtung auf Österreich, obwohl alle Beteiligten die großen, politischen Entwicklungen und Tendenzen in der Herkunftsgesellschaft verfolgen, kennen und darüber mit Freunden und Familienmitgliedern sprechen.

Formen der politischen Teilhabe

Alle Gesprächspartner gaben an ein tieferes, politisches Bewusstsein zu haben und sind deshalb auch bereit sich politisch zu engagieren.

„Ich bin in den letzten fünf Jahren sehr aktiv, weil ich mir gedacht habe, darüber reden kann jeder, aber man muss auch was tun, wenn man etwas verändern möchte.“(I11)

Die Formen der Teilhabe variieren dabei stark. Nur drei der Befragten sind Mitglieder einer Partei. Alle anderen konnten sich nicht vorstellen Mitglied einer Partei zu werden, obwohl sie mit bestimmten Parteien sympathisieren. An dieser Stelle treffen die Motivation und die Bereitschaft zur Partizipation auf individuelle Ressourcen, Gelegenheitsstrukturen und politische Ansprache. Trotz politischem Interesse kommt es nur vereinzelt zu einem aktiven Engagement in der Parteipolitik.

Neben diesen alternativen, breit angelegten Formen politischer Teilhabe agieren alle befragten Personen auch in konventionellen Formen. Alle Befragten, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, nehmen nach eigenen Angaben auch an Wahlen teil. Jene Personen ohne österreichischen Pass gaben an, dass sie es sehr bedauerlich finden in Österreich nicht wählen zu dürfen. Das Recht wählen zu dürfen genügt diesen Personen jedoch nicht, um sich der bürokratischen und finanziellen Hürde der Staatsbürgerschaft zu stellen.⁹⁷ Die Frage, ob sie denn von ihrem Wahlrecht ihres Herkunftslandes Gebrauch machen, verneinten alle Interviewpartner_innen. Als Gründe dafür gaben sie an *„mit der Herkunftsgesellschaft nur wenig zu tun zu haben (I1)“*, *„man fühle sich als falscher Staatsbürger(I6)“*, die Herkunftsgesellschaft *„ist nicht das Land, wo ich lebe(I2)“* oder *„ich kenne mich dort tagespolitisch nicht wirklich aus, es ist schade, dort überhaupt ein Wahlrecht zu haben.(I14)“*

⁹⁷ Vgl. Ergebnisbaustein D „Einstellungen und Orientierungen“, vor allem das Unterkapitel über die Perzeption der Bürger_innen im Bezug auf Demokratie

Diese Aussagen passen nur begrenzt zu den vorher dargestellten politischen Interessen und weisen auf die existierenden Widersprüche in der eigenen, politischen Wahrnehmung hin. Ein Interviewpartner erklärt sein bewusstes Nicht-Wählen im Herkunftsland folgendermaßen:

„Warum soll ich jemanden sagen wie er dort (Anmerkung: Herkunftsgesellschaft) leben soll, wenn ich da (Österreich) bin? Ich bin nicht topinformiert, wer, was macht. Es ist eine Art Mischung zwischen Vergessen, Desinteresse und nicht bestimmen wollen über die Leute unten. Ich lebe hier und es wäre schöner, wenn man trotz fremden Pass mitbestimmen könnte. Auch Österreicher, die jetzt zum Beispiel 20 Jahre in New York leben und dann per Briefwahl hier mitbestimmen, finde ich merkwürdig. Wieso sollen die dann über die Mariahilferstraße abstimmen und ich nicht, obwohl ich hier fast jeden zweiten Tag bin?“(I6)

Gleichzeitig gaben alle Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft an politisch schon mehrmals aktiv geworden zu sein. Zum Beispiel im Rahmen von Demonstrationen, politischen Talks, Postings zu politischen Themen in Foren von Onlinemedien oder in Sozialen Medien. Um einen Überblick zu bekommen, welche politischen Praxen in den Interviews genannt wurden, werden auf den nächsten Seiten exemplarisch unterschiedliche Formen der politischen Teilhabe dargestellt. Diese unterschiedlichen – auch was ihre Intensität betrifft – Formen und Funktionen sollen helfen, einen generellen Überblick über die politische Teilhabepaxis der befragten Personen unabhängig ihrer Staatsbürgerschaft zu geben. Im Vordergrund dabei steht der Gedanke die Wahrnehmung der Befragten sichtbar zu machen und vor dem Hintergrund ihrer politischen Teilhabeformen zu reflektieren. Dabei geht es nicht darum, wie viele Personen die jeweilige Teilhabeform angewendet haben, sondern vielmehr soll dadurch ein tieferer Blick ins Innere politischer Teilhabepaxis freigelegt werden. Relevant ist in diesem Zusammenhang die Bandbreite der politischen Praxis und die Motivation bzw. die Bereitschaft der Befragten sich zu engagieren.

Alle Interviewpartner haben ein starkes politisches Interesse für die politischen Entwicklungen in Österreich und den ex-jugoslawischen Raum. Politisches Interesse hat die generelle Funktion⁹⁸ das Bewusstsein zu fördern sowie die Identifikation mit bestimmten Inhalten herzustellen. Sie führt zur Meinungsbildung und spiegelt Präferenzen wider. Interesse an politischen Ereignissen und Hintergründe erleichtert es zudem möglichen Protest zu artikulieren und Vertrauen bzw. Misstrauen auszusprechen. Außerdem wird gelernt Zufriedenheit oder Unzufriedenheit zu formulieren und stellt somit einen wichtigen Impuls für die Demokratie dar. Politisches Interesse manifestiert sich auch in den unterschiedlichen, politischen Diskussionen im Freundes-, Bekannten- und Familienkreis der Befragten. Der Konsum von traditionellen Medien wie zum Beispiel im Print- und Fernsbereich findet regelmäßig statt. Deshalb kann gesagt werden, dass politische Nachrichten und Entwicklungen betreffend Österreich und der Herkunftsgesellschaft mit Kontinuität verfolgt werden. Dadurch wird das Bewusstsein für politische Themen und die generelle Meinungsbildung gefördert.

Laut Barbers Demokratieschule wird dadurch Demokratie bzw. demokratisches Handeln gelernt, was unter anderem in der Aussprache von Kritik, von Vertrauen oder von Misstrauen sowie von Präferenzen gipfeln kann. Auch der Konsum von sozialen Medien wie beispielsweise von Facebook und twitter steht bei allen Befragten im hohen Kurs. Alle Interviewpartner sind in den sozialen Medien aktiv und teilen verstärkt Artikel und Informationen zu politischen Themen. Dadurch wie genauso wie beim Konsum traditioneller Medien das Bewusstsein für Demokratie gefördert. Darin formulierte Hintergründe und Gedanken können die eignen Hoffnungen beflügeln, was zu einer Artikulation von spezifischen Interessen und Identifikation führen kann. Dieser rudimentäre Impuls für Demokratie trägt zur Meinungsbildung bei und kann Öffentlichkeit herstellen. Die Mehrheit der Befragten fühlte sich durch den Konsum von traditionellen und sozialen Medien kompetenter. Dadurch sei nach eigenen Angaben leichter, politische Präferenzen oder Protest zum Beispiel am Stammtisch oder im Freundeskreis

⁹⁸ Diese Funktionen greifen die theoretischen Ausführungen und die Abbildungen von De Neve und Olteanu auf, S. 43 und 46;

zu artikulieren. (Vgl. I1,3,4,6,8,9,12) Politische Hintergründe zu erfassen und darüber zu sprechen, hilft zudem Vertrauen und Misstrauen zu definieren und es auch auszusprechen. Diese Artikulation kann als Gradmesser für politische und soziale Zufriedenheit oder Unzufriedenheit herangezogen werden.

Die Teilnahme an Wahlen bzw. die Möglichkeit der Teilnahme an Wahlen auf Kommunal-, Bundes-, Landes- oder EU-Ebene ist generell für alle Befragten relevant. Die Befragten ohne Staatsbürgerschaft verweisen zwar auf die Relevanz von Wahlen an sich, verbleiben aber in ihrer Wahrnehmung zumeist auf einer abstrakten Ebene. Prinzipiell wird die Funktion von Wahlen als positiv bewertet, aber deshalb wird nicht automatisch an die Bewerbung für die österreichische Staatsbürgerschaft gedacht (Vgl. dazu auch Ergebnisbaustein 4, Unterkapitel 6.4.2., ab S.174) Die stabilisierende oder destabilisierende Wirkung von Wahlen auf die politische Ordnung wird von den Befragten wahrgenommen. Der Wahlakt wird vom Großteil der Befragten mit Legitimation und einer Kontrollfunktion assoziiert. Wahlergebnisse können bestimmte Anreize und einen gewissen Druck auf die herrschende, politische Elite ausüben. Dennoch überwiegt eher das Misstrauen in den politischen Output die Einschätzungen der Befragten.

Die Hälfte der Befragten hat seit ihrer Ankunft in Österreich bzw. ab dem Erwachsenenalter entweder selbst politisch oder sozial motivierte Proteste (mit)organisiert oder an solchen Veranstaltungen teilgenommen. Ebenso viele haben bereits einmal oder mehrmals Kommentaren und Postings in Onlineforen von Zeitungen oder in Sozialen Medien verfasst. Die Themen dahinter waren nicht nur österreichischer, sondern auch ex-jugoslawischer Natur und umfassten beide Räume oder bildeten sogar einen neuen transnationalen Raum.

Alle Interviewpartner unterscheiden zwischen den politischen entwicklungen auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene. Vor allem die Lokalpolitik, also die politische Mitarbeit auf Gemeinde- oder Bezirksebene in Österreich, wird von einigen Befragten als eine der zentralen Formen politischer Teilhabe genannt. Alle anderen gaben ihre Bereitschaft an auf kommunaler Ebene

politisch aktiv mitzumachen, wenn sie danach gefragt werden würden. Diese grundsätzliche Bereitschaft zur politischen Partizipation auf kommunaler Ebene geht mit dem Widerwillen einher Mitglied einer Partei zu werden. An dieser Stelle wird zwar der Wunsch bzw. die Motivation zum politischen Engagement sichtbar, zeitgleich streben sie aber keine Parteimitgliedschaft an bzw. stehen einer Parteimitgliedschaft abwehrend gegenüber. Das Bewusstsein, das zur Ausübung von Kommunalpolitik eine Parteimitgliedschaft gegeben sein muss, ist nicht stark ausgeprägt. Vielmehr wünschen sich jene Befragten, die an einem politischen Engagement im eigenen Bezirk, Stadt oder Dorf interessiert sind, die Möglichkeit zur politischen Mitwirkung ohne Parteimitgliedschaft. Hier steht die Aktivität im überschaubaren Rahmen, der Wunsch in der Nachbarschaft etwas zu bewirken, soziale Probleme (mit)zulösen im Vordergrund und nicht die politische Einbindung. Es besteht nur wenig Bewusstsein und Verständnis dafür, dass politische Mitbestimmung an Parteimitgliedschaft gekoppelt ist.

Von Einzelpersonen wurde bei der Erfragung nach den Formen politischer Beteiligung auch die Teilnahme an Demonstrationen und Protesten wie zum Beispiel bei den von Studierenden organisierten Donnerstagsdemonstrationen während der schwarz-blauen Regierungsperiode Anfang der 2000er Jahre genannt. Eine Interviewpartnerin blieb sehr stark ihre Teilnahme am SOS-Lichtermeer Anfang der 1990er Jahre in Erinnerung. Diese Formen politischer Partizipation bleiben im Bewusstsein der Befragten zwar vorhanden, sind meistens aber nur Einzelerfahrungen. Trotzdem erfüllen sie wichtige Aufgabe wie zum Beispiel die kritische Bewusstseinsförderung bzw. das Formulieren von Hoffnungen und Kritiken oder Zufriedenheit oder Unzufriedenheit. Zudem wird dadurch auch ein Stück weit Öffentlichkeit hergestellt und eine bestimmte Art von Druck ausgeübt. Vereinzelt werden auch immer wieder politische Diskussionsveranstaltungen zu den Themen Migration, Integration, Südosteuropa, Westbalkan, internationale Politik und Österreich besucht. Ein Interviewpartner verwies im Gespräch auf seine Teilnahme am Projekt X-Chance, wo Personen mit Migrationshintergrund ehrenamtlich Schulen besuchen, um dort mit den Kindern und Jugendlichen über die eigene Migrationsbiographie zu sprechen. Er erzählt darüber folgendes:

„Ich mache bei dem Projekt X-Change mit, ich gehe in Schulen, spreche über mich und meine Erfahrungen, über meine Flucht. Das bringt mich und die Kinder weiter. Die Kinder hören, was damals die Sorgen waren und dass es trotz solcher Erfahrungen möglich ist später ein normales Leben zu führen.“ (I14)

Fünf der Befragten gaben an immer wieder in Zeitungsredaktionen wie unter anderem Biber, Kosmo, Okto TV und Bum, die speziell Österreicher_innen mit ex-jugoslawischen Wurzeln als Zielgruppe haben, mitzuwirken. Zwei Personen sind hauptberuflich in den Redaktionen tätig und einer davon beschreibt seine Motivation wie folgt:

„Ich arbeite dort mit, weil es einerseits mein Beruf ist und andererseits eine Mission für die Förderung des Verständnisses für andere – auch für andere Kulturen.“ „Ich schreibe Geschichten, die zwischen dem Sozialen und dem Politischen stehen, zwischen Österreich und Ex-Jugoslawien. Zuletzt eine Reportage über die Arbeitsbedingungen ex-jugoslawischer Putzfrauen im Wiener AKH.“ (I14)

Während der langen Gespräche wurde immer wieder ein Bereich genannt, der abseits konventioneller Beteiligungsformen angesiedelt ist, aber trotzdem politisch konnotiert ist. Dabei handelt es sich sowohl um den Konsum als auch die aktive Verbreitung kritischer Lieder zum Thema Migration, Wirtschaft, Balkan und Diaspora. Die Songinhalte sind dabei sehr regierungs- und systemkritisch angelegt. Die am öftesten genannten Beispiele möchte ich an dieser Stelle skizzieren, da die Texte teilweise die politischen Einstellungen und Gefühle der Befragten widerspiegeln.

Beispiel a.) Dieses Beispiel setzt sich mit der Gastarbeiterpolitik in Deutschland auseinander.

„Sons of Gastarbeits“

„Die deutsche Wirtschaft begann zu expandieren und machte sich auf, ohne Zeit zu verlieren der Industrie die Kräfte zu besorgen für das Wirtschaftswunder von morgen, man hatte seine Sorgen der

Arbeitskräfte wegen der Wunsch nach mehr begann sich zu regen, die deutschen Ärzte, eher ganz verwegen, gaben den Gästen ihren Tauglichkeitssegen, denn körperliche Arbeit war in Deutschland angesagt, „mann, jung, gesund“ – genau das war gefragt, „wer wagt, wer gewinnt“ lautete das Motto, „deine Reise nach Deutschland ist ein Sechser imLotto“, in Wahrheit jedoch, man wusste es genauer (die Deutschen waren schon immer etwas Schlauer) war der Aufenthalt geplant nur für kurze Dauer, gesagt, getan, aber die Rechnung ging nicht auf, und du fragst noch, wer wir sind? Wir sind die Söhne der Gastarbeits.

Ich komme nach Deutschland, viele Jahre her, weil Leben in Heimat mir fallen schwer, zuhause keine Arbeit, zuhause viel Not, Deutschland Paradies, mir geben Brot, ich schwer arbeit, schicken Geld zur Frau, Familie Geld brauchen, ich wissen genau, Kollegen nix freundlich, machen immer Streit „hau doch ab Kanake, sonst machen wir dich breit“, ich viel traurig, ich Deutsche nicht verstehen, warum erst holen und jetzt sollen gehen? Das eine Geschichte von viele andere auch, Paradies Deutschland lösen auf in Rauch, und du fragst noch wer wir sind? Wir sind die Söhne der Gastarbeits.

Jetzt sind wir da, die Söhne der Gastarbeits, ich denke, allmählich gescheiter, und ein Teil dieser Kultur pur, wir sind nicht nur Gäste im eigenen Land, mit Verstand baut keiner auf Sand, wir leben hier soweit es geht, wollen wir zurück? Ist doch viel zu spät! Konkret gefragt: Zurück wohin? Mal ganz ehrlich, da fällt mir jeder Sinn, ich bin was ich bin, ein Sohn dieser Region unabhängig von Tradition und Religion, in diesem Land gebildet, verkannt, gemieden, anerkannt, mit dem Rücken an der Wand für kreativen Widerstand, also frag nicht, wer wir sind, wir sind die Söhne der Gastarbeits.“⁹⁹

⁹⁹ Vgl. <https://www.bpb.de/lernern/grafstat/projekt-integration/134580/info-03-03f-sons-of-gastarbeits-diesoehne-der-gastarbeits>

Beispiel b.) Dieser Song ist von einer bosnischen Band, die auch außerhalb Ex-Jugoslawiens Erfolge genießt und vor allem mit ihren politischen Texten auffällt. Der unten angeführte Liedtext nimmt ironisch auf die Diasporapolitik bzw. auf das Leben in einer so genannten Diaspora Bezug.

„Empty promise isthe best commercial, piece of bread on the table, salame in dreams, everything in the name of folks, pure profit and earning, tell us ministers, our legates, why do war invalids live poor, on the edge ofthe life, you care about amount, do you know the feeling, ist called shame.

We are not who we used to be, from ourselves hiding for too long, it came a day for you to say no, no, you have nothing to lose, we already lost everything.

All this is democracy, just bureaucracy, togethther firm illegal, empty rhetoric, with no sense and logic, eyeverything is egal, firm illegal.

Likethe last day is near, lineof criminals is here, and while you´re just losing time, you give your vote tothem, they are taken everything.

Beasts with no mercy, loyal slaves, saponaceous frolics, rich bastards, whos slave are we, just numbers, lower layers, broken machines, changing chairs, sweaty butts, getting bats on your heads without visas for passing borders.

Coloured marketing walls of shame, empty promises are the best commercials, piece of bread on the table, salame in dreams, everything in the name of folks, pure profit and earning....are you ashamed?“¹⁰⁰

Beispiel c.) Ein Interviewpartner versucht durch Musik, durch das Komponieren von Liedern, politische und kulturelle Partizipation miteinander zu verbinden. Er hat deshalb im Jahr 2013 einen Rap verfasst, der seine Solidarität mit den Flüchtlingen in der Votivkirche¹⁰¹ zum Ausdruck bringen soll. Über seine Motivation sagt er selbst:

¹⁰⁰ Vgl. <https://lyricstranslate.com/firma-illegal-firm-legal.html>

¹⁰¹ 2013 quartierten sich einige Flüchtlinge in der Wiener Votivkirche ein.

„Es kann zwar nicht die Welt ändern, aber es ist ein Beitrag, um auch einmal den Blick auf diese Problematik zu legen.“ (I7)

Speziell daran ist, dass die Strophen und der Refrain des Rap abwechselnd auf Wienerisch und dann auf Serbokroatisch mit deutschem Untertitel präsentiert werden. Das Lied übt Kritik an der gängigen Politik in Bezug auf Flüchtlinge und Asylsuchende. Der Text lautet:

„Hauptsache der Österreicher kann sich sein Schnitzel und seinen Spritzer leisten, dann haltet der die Goschn, dann ist er auf der sicheren Seite. Was soll schon passiert sein, rundumerdum? Wos weiß ich? Es ist mir wurscht, was kann ich schon tun? Das kann nicht sein, hört ma aus alle Ecken, wenn sie sich hinterm Hund und im Auto verstecken. Ein Menschenfreund wird schnell zum Menschenfeind, wenn erm zu viel Macht und Geld in den Schädel steigt. Aber es geht um Rechte für ein würdevolles Leben für jeden, die Zuständigen tun nur gescheit daher reden. Die Menschenrechte tun´ s mit die Füße treten, deswegen, wir sitzen alle gemeinsam auf dem Planeten. Manche haben ihr Schicksal wirklich net verdient, das System ist tief, wenn ana gewinnt und ana verliert. Aber ich glaube wir schaffen das, ich mache mir keine Sorgen, meine Solidarität für ein gemeinsames Morgen. (wienerisch)

Recht auf sein Leben, Recht auf Liebe, Recht auf eine Hockn, Recht auf a Platzerl, Recht auf Tränen, Recht auf Trauer, Recht auf Träume, Recht auf sein Recht. (wienerisch/kroatisch)

Ich träume von einer Welt, in der es keine Hölle gibt, in der der Mensch nicht vor verschlossenen Türen steht. Hier im Land des Wohlstandes träumen Entrechtete von ihren Rechten. Angst, Wut und Hoffnung unter einem Dach und das System schläft nur, wenn es um die Opfer geht. Hier hat die Trauer ein Gesicht. Hier hat die Niederlage einen Namen und hier fragst du dich: wie viel ist ein Menschenleben wert? Während manche in der Ballsaison ihren Whiskey trinken, sind für andere alle Träume schon längst gestorben. Nirgendwo ist Menschlichkeit in Sicht, eine zu heiße Kartoffel für eure Politik. In den Zentren der Macht hört

man keine Hilfeschreie. Erzählungen von Menschlichkeit – alles nur billige Mythen. Geschlossene Augen, geschlossene Ohren, aber die Stimmen dieser Leute gehen nicht mehr unter.“ (kroatisch)¹⁰²

Durch diese alternative Darstellungsform von politischem Engagement wird auf einer ganz anderen Ebene ein Bewusstsein für Politik und den kritischen Umgang mit Politik gefördert. Dabei werden Hoffnungen oder Proteste, Zufriedenheit oder Unzufriedenheit artikuliert. Meinungen können durch die Liedertexte verstärkt werden oder zur Identifikation und zur Integration beitragen. Aus diesem Blickwinkel kann kulturelle Partizipation auch ein Impuls für Demokratie und politische Repräsentation von Interessen oder sozialen Gruppen sein.

Einige Befragte erzählten, dass sie bereits mehrmals Petitionen oder Referenden sowohl in Österreich als auch in den Herkunftsländern unterschrieben haben. Genannt wurde dabei, zum Beispiel das Abkommen gegen TIIP oder in Kroatien die Abstimmung über die Möglichkeit der gleichgeschlechtlichen Eheschließung.

Vier von 20 Interviewpartner_innen gaben an momentan aktiv in einer politischen Partei mitzuarbeiten. Alle vier sind unabhängig voneinander Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Als Gründe für die Annahme der Parteimitgliedschaft wird die soziale Verortung der Partei (Hilfe bei Flutopfern am Balkan durch die Stadt Wien), die Wiener Stadtpolitik und die Flüchtlingspolitik genannt. Ein Interviewpartner arbeitet hauptberuflich beim Referat MI des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband Wiens.

Einzelpersonen erzählten in den Interviews von ihrem politischen Engagement im europäischen Jugendparlament, als Studienrichtungsvertreter_in oder als Wahlbeobachterin. Eine Befragte gab an im Jahr 2000 als Wahlbeobachterin in der kroatischen Botschaft in Wien für eine kroatische NGO aktiv gewesen zu sein. Sie beschreibt ihre Erfahrungen folgendermaßen:

¹⁰² Vgl. Video auf www.rap-austria.at „Recht auf Leben. A geh wirklich? Feat. KidPex (2013)

„Die Operngasse/Margathenstrasse (Anmerkung: Sitz der kroatischen Botschaft in Wien) ist eine herzegowinische Hochburg der HDZ gewesen und es war ein sehr interessantes Ereignis dort zu sein, weil ich einerseits nicht eingreifen durfte, sondern nur aufschreiben musste, was passiert. Gleichzeitig sie von Anfang an eine dermaßene Schiebung betrieben haben, also es durfte jeder mit einem –ic Namen auf der Bankomat-Karte wählen. Es war völlig klar, dass sich alle Leute, die sie kennen, da ankarren, damit die ihre Stimme abgeben können. Und gleichzeitig haben sie sich vor mir gefürchtet, obwohl ich gar keine Rechte hatte. Und sie wollten nicht, dass ich reinschreibe, das war so und so. Trotzdem sahen sie mich als Autorität an. Es war dann vollkommen klar, als ich ein halbes Jahr später, meinen Austritt aus der kroatischen Staatsbürgerschaft brauchte von dort, dass das nicht so lustig war und dass sie sich genau an mich erinnern konnten. Dadurch hat alles besonders lange gedauert.“ (I8)

Auffällig bei den Interviews war, dass Interessensvertretungen wie beispielsweise Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer nicht genannt wurden. Für die Befragten spielen diese Möglichkeiten der Teilnahme keine bedeutende Rolle. Zudem ist oder war keiner der Befragten jemals Mitglied eines sogenannten Migrantens-Vereins. Obwohl es private Kooperationen mit Kultur- und Sportvereinen gibt, besteht keine aktive Mitgliedschaft. Das Engagement ist meistens projektabhängig. Hier lässt sich auch ein Generationenunterschied feststellen. Vor allem die Eltern der Gastarbeitergeneration sind oder waren in solchen Vereinen aktiv. (Vgl. Interview mit Bratic 2016) Natürlich gibt es auch Ausnahmen, aber diese Interviewpartner stehen solchen Vereinen eher kritisch gegenüber.

Alle Teilhabepaxen variieren nach dem persönlichen Kontext der Befragten. Generell kann jedoch ein Trend hin zu alternativen Formen politischer Beteiligung attestiert werden. Wie diese Teilhabepaxen zeigen, gibt es eine Verzahnung von österreichischen und herkunftslandbezogenen Praktiken. Die Übergänge sind – vor allem rund um die Sozialen Medien – fließend und können dadurch am ehesten im transnationalen Kontext verortet werden.

Zweifelsohne ist Partizipation abhängig von bestimmten, situativen Faktoren wie Zeit, Geld, Bildung, Geschlecht und der Glaube, etwas bewirken zu können. Zu diesen Standardvoraussetzungen lassen sich anhand der Interviews aber noch weitere Faktoren wie die persönliche Migrationsbiographie und das Erwachen des eigenen politischen Bewusstseins, Lebenskrisen (z.B. Flucht), soziales und kulturelles Engagement sowie transnationale Lebenswelten hinzufügen. Politische Teilhabe lässt sich nicht mehr nur anhand konventioneller und unkonventioneller/ alternativer Partizipationsformen systematisieren, sondern unterliegt vielfältigen Einflussfaktoren. Zudem ist politische Beteiligung stark von Zugehörigkeit und sozialen Netzwerken abhängig, die sich jedoch – wie im Ergebnisbaustein D „Einstellungen und Orientierungen gezeigt wird –unabhängig von Staatsbürgerschaft auf plurale und fluide Art und Weise manifestieren.

Wie bereits im theoretischen Teil der Arbeit dargestellt, ist nach Auffassung der Autorin dieser Dissertation Demokratie und Politik stark an den Alltag der Menschen gekoppelt. In diesem Sinne bedeutet über gesellschaftspolitische Themen zu sprechen, Versionen von der Welt zu entwerfen, in der man lebt, und schlussendlich auch in ihr bzw. an ihr zu beteiligen.

Kritiker dieser Betrachtungsweise politischer Partizipation weisen in diesem Zusammenhang auf die mangelnde Beeinflussung von realen Entscheidungsprozessen hin. Dem ist nur entgegen zu halten, dass es hier um die Relevanz der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Themen geht. Dadurch entsteht politischer Raum, der die Performanz und die Praxis der Demokratie beeinflussen kann. Die Art der Beeinflussung kann dabei sowohl positiver als auch negativer Natur sein. Negativ ist es dann, wenn es um den direkten Einfluss auf die Demokratie an sich bzw. die Qualität der Demokratie und ihre Weiterentwicklung geht. Denn das Vorhandensein alternativer Partizipationsformen legitimiert nicht die politischen Machthaber und das politische System an sich. Im Gegenteil, diese Art von Partizipation benötigt den Staat nicht unbedingt. Vielmehr etabliert sich Teilhabe abseits von Institutionen und greift häufig auf informelle Netzwerke und soziales Kapital

zurück. Der institutionalisierten Politik geht auf diese Weise sehr viel Potential verloren. Das ist den Betroffenen teilweise bewusst, wenn sie sich weniger an den institutionalisierten Formen der Mitwirkung beteiligen, obwohl sich alle Befragten selbst als sehr politisch bezeichnen. Durch diese alternativen, soziopolitischen oder transnationalen Partizipationsprozesse wird die Ebene der „Praxis der Demokratie“ zwar positiv beeinflusst, aber diese Prozesse und Praktiken wirken sich ambivalent auf die „Rückkopplungseffekte“ und auf die „Werteebene“ der österreichischen Demokratie aus. Auf diesem Wege kann die Demokratie an Wert oder Legitimation verlieren, weil Gruppen von Bürger_innen es nicht mehr erstrebenswert finden, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Dem liegt die Meinung oder vielleicht auch Erfahrung zugrunde, eine solche Teilhabe führe zu nichts, ihre Interessen würden sowieso nicht von den Parteien wahrgenommen. Damit wird ihr Entschluss bestärkt, beiden beschriebenen politischen und sozialen Praktiken außerhalb der institutionalisierten Politik zu bleiben.

Parallel zu diesen Entwicklungen ist die Bereitschaft zur Beteiligung in Österreich bei allen Befragten extrem hoch. Jedoch möchte sich niemand in einer Partei verpflichten.

„Ich würde mich politisch engagieren, aber es kommt sehr stark darauf an für was. Ich bin nicht gerne der Quoten-Migrant. Außerdem kommt es darauf an, ob ich mich irgendwo speziell auskenne. Es ist also eine Zeit- und Sinnfrage. Ich wäre bei Themen rund um Umwelt und Medien prinzipiell nicht abgeneigt mich zu engagieren.“(I15)

Auch andere Befragte gaben an auf Bezirks- und Gemeindeebene (auch bei Stadteilarbeit oder Grätzarbeit) mitzuarbeiten, wenn sie danach aktiv gefragt würden. Aber nur unter der Voraussetzung keine Parteimitgliedschaft annehmen zu müssen. Diese Skepsis gegenüber etablierter Parteien erklärt ein Interviewpartner folgendermaßen:

„Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Kreis verlassen, ist in den Mittelstand aufgestiegen. Ideologisch fühle ich mich ihr zwar nahe, aber praktisch hat sie sich davon entfernt, für das sie einmal gekämpft hat.“ (I10)

„Ich sehe vollkommen die Notwendigkeit von Wahlen ein, aber es fällt mir wahnsinnig schwer, sich von diesem Zirkus begeistern zu lassen und bei Parteipolitik mitzumachen. (...) das integriert werden in Parteien führt dazu, dass man Politik macht in einem Sinne, den ich nicht begrüße. Das man sich auf faule Kompromisse einlässt, populistisch agiert und darauf habe ich keine Lust.“ (I4)

Mehrsprachigkeit und transnationale Räume können in Partizipationsprozessen positiv wirken. Wissen wird differenziert auch zwischen Generationen weiter gegeben. Traditionelle und Soziale Medien dienen als Instrumente der Wissensvermittlung, des Austausches und sind ein integraler Bestandteil transnationaler, sozialer Räume. Abseits von Institutionen und klassischen Migranten-Vereinen etablieren sich neue Formen der soziopolitischen Teilhabe über Grenzen hinweg. Zeitgleich sind diese Formen und transnationale Räume in bestimmten Bereichen an den Nationalstaat gekoppelt, der jedoch diesen wenig Aufmerksamkeit schenkt und somit ein demokratiepolitisches Paradoxon ignoriert. Nicht Partizipationsprozesse stecken in der Krise, sondern die institutionalisierte Politik und ihre Vertreter_innen.

6.3.2. Soziale und kulturelle Beteiligung als Beispiel für den vorpolitischen oder lebensnahen Bereich¹⁰³

Alle Befragten engagieren sich aktiv sozial und/ oder kulturell. Mehrere der interviewten Personen haben sogar selbst einen Verein gegründet, um kulturell oder sozial tätig sein zu können. Ein Verein heißt zum Beispiel „Futurebag“ –

¹⁰³ Die soziale und kulturelle Dimension politischer Beteiligung und ihre Relevanz für den vorpolitischen Bereich kam während der leitfadenorientierten Interviews immer wieder zur Sprache und spiegelt somit auch die hohe Wertigkeit sozialer und kultureller Teilhabe in der Selbstwahrnehmung der befragten Bürger_innen wider.

Tasche für die Zukunft (www.futurebag.com).¹⁰⁴ Dieser Verein sammelt Spenden, organisiert Konzerte und Theaterstücke in Wien. Der ganze Erlös daraus wird dazu verwendet um Schultaschen samt Zubehör für Erstklässler in Bosnien-Herzegowina zu kaufen. Diese werden dann vom Futurebag-Team persönlich an die Erstklässler in Bosnien-Herzegowina verteilt. Die Gründer_innen des Vereins beschreiben die Motivation für ihr Engagement folgendermaßen:

„Wir versuchen die neue Heimat mit der alten Heimat zu verbinden. Wir versuchen ein Stück alte Heimat nach Wien zu holen. Das machen wir durch verschiedene Veranstaltungen wie zum Beispiel Konzerte. Unsere Intention war es einerseits den Schulkindern in Bosnien-Herzegowina zu helfen, andererseits den Menschen aus Bosnien-Herzegowina, die in Österreich leben, etwas zu bieten. Etwas, das ein bisschen ihr Selbstbewusstsein stärkt. Wir wollen durch unsere kulturellen Veranstaltungen ein Bild von Bosnien-Herzegowina präsentieren, wie es sein kann. Natürlich ist Bosnien auch Folklore und Volksmusik, aber es gibt auch urbane Musik und moderne Theatervorstellungen und Ausstellungen. Wir möchten auch den bosnischen Migranten in Österreich eine Möglichkeit geben sich zu präsentieren und auch die Möglichkeit geben zu unseren Veranstaltungen ihre österreichischen Freunde und Arbeitskollegen mitzunehmen. Wir möchten auch gerne die Mehrheitsbevölkerung ansprechen und sie einladen dieses Stück Kultur ihrer Mitbürger aktiv zu erleben und kennenzulernen. Es geht als um soziale Hilfe und Multikulturalität.“ (I12)

Die Gründer_innen des Vereins erzählen im Interview wie sie Futurebag als Privatinitiative 2010 gestartet haben. Am Beginn stand das individuelle, ehrenamtliche Engagement und der Wunsch sozial benachteiligten Kindern zu helfen. Deshalb haben die Futurebag-Gründer_innen gemeinsam mit ein paar Freunden und Bekannten angefangen Geld zusammenzulegen, Schultaschen in Österreich zu kaufen und diese in ein paar bosnischen Schulen zu verteilen.

¹⁰⁴ In diesem Kapitel wird der Verein Futurebag als Hauptbeispiel genannt. Die Gründer_innen sind mit dem Vorkommen in der Dissertation einverstanden. Der Verein umfasst auch viele Mitglieder und hat erst im August 2016 3000 Schultaschen in bosnische Dörfer verteilt.

Weil die Resonanz so groß war, wurde ein Verein gegründet, um die Transparenz der Spendenverläufe sicher zu stellen. Mittlerweile werden die Schultaschen nicht mehr in den privaten PKWs nach Bosnien-Herzegowina transportiert, sondern ein Sattelschlepper muss organisiert werden, um die Mengen bewältigen zu können.

„Mit unserem Engagement sind wir quasi zu Vorzeige-Migranten geworden, die immer wieder zu politischen Diskussionen und Veranstaltungen eingeladen werden.“(I12)

Bei dieser Art von Engagement kommen verstärkt die gebildeten Netzwerke und das daraus entstandene Sozialkapital zum Tragen. Dieses Beispiel zeigt wie die Arbeit eines bridging-Netzwerkes funktioniert.¹⁰⁵ Im Vordergrund dabei steht die Überwindung einer Kluft zwischen den unterschiedlichen Migrationsgruppen und der Mehrheitsgesellschaft. Die Mitglieder innerhalb der Netzwerke dienen als Informationsübermittler. Sie können Vertrauen durch Kommunikation stärken. Im Vordergrund des kulturellen und sozialen Engagements der Befragten steht einerseits der Gedanke bedürftige Menschen in der Herkunftsgesellschaft zu unterstützen, und andererseits Brücken zu bauen und Verbindungen zu schaffen, die das interkulturelle Verständnis erhöhen. Die transnationale Lebensausrichtung der Befragten hilft dabei dieses Engagement zu organisieren und als „einen Teil von sich selbst“ wahrzunehmen. Sie agieren deshalb nicht zwischen den Welten, sondern schaffen durch ihre Aktivitäten eine neue, soziale Lebenswelt in der sowohl österreichische als auch herkunftslangbezogene Traditionen und Zugehörigkeiten im Einklang und nicht im Widerstreit stehen.

Diese Lebensräume sind relativ neu und stehen der Lebenswelt der Eltern sehr oft diametral gegenüber. Das spiegelt sich auch in dem Wandel des Verhältnisses der Befragten zu den traditionellen ex-jugoslawischen Vereinen wider. Alle interviewten Personen sind keine Mitglieder eines traditionell-ausgerichteten Migranten-Vereins und waren es auch nie gewesen. Das ist kein

99 Vgl. Kapitel über Soziales Kapital, S.69

Zufall: Ihre Lebenswelt, die viel dynamischer und transnationaler ausgerichtet ist, passt nicht zu den starren, antiquierten Vorstellungen und Denkweisen der älteren Diaspora-Generation. Die Aktivitäten der befragten Personen sind eher projektbezogen, sie werden über soziale Medien organisiert.

Nichtsdestotrotz wird in den Interviews immer wieder auf junge Menschen im Bekannten- und weiteren Familienkreis hingewiesen, die zwar in Österreich (3.Generation) geboren und aufgewachsen sind, aber ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zu den Herkunftsgesellschaften der Eltern/ der Großeltern haben. Interessant wäre hier in einem weiteren Forschungsprojekt, die Zugehörigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bezug auf Nationalität und Ethnizität herauszuarbeiten. Einige Jugendliche scheinen sich eher der Welt der Großeltern und nicht der Welt der Eltern emotional zugehörig zu fühlen. Diese Bruchlinien zwischen den Generationen veranschaulichen noch einmal, dass transnationale, soziale Räume nicht per se emanzipatorisch oder per se abgeschlossen sind, sondern erst durch die jeweilige transnationale Aktivität ihr Potential und ihre Ausrichtung bekommen.

In diesem Zusammenhang verweist auch der Expertenrat für Integration auf die Gefahren für Österreich, welche durch aus der Herkunftsgesellschaft importierte Konflikte erwachsen könnten. (Integrationsbericht 2015) Zuletzt wurde ein solches Gefahrenpotential im Zusammenhang mit den autoritären Entwicklungen in der Türkei genannt. Verwiesen wurde auf die Demonstration von tausenden Austro-Türken für den türkischen Präsidenten Erdogan in Wien. Darunter waren laut Medienberichten viele Vertreter_innen radikaler Strömungen und Vereinigungen wie dem türkischen Verein in Österreich namens „Graue Wölfe“.¹⁰⁶ Dieses Beispiel zeigt, dass der individuelle Kontext der Zuwander_innen eine übergeordnete Rolle bei Zugehörigkeit und Politisierung spielt. Ihr politisches und soziales Engagement, ihre Einstellungen zur Demokratie, ihre Migrationsbiographie beeinflussen ihre

¹⁰⁶ Vgl. dazu auch die Medienberichte auf <http://derstandard.at/2000026493707/Aufregung-um-Linzer-SPOe-und-Graue-Woelfe>

transnationalen Aktivitäten und Verbindungen. Um genauere Verläufe, Entstehungsgeschichten und Motivationen verschiedener Gruppen herauszufiltern, sind weitere Forschungen in diesem Bereich notwendig. Hier müsste es vor allem um Studien gehen, die den Unterschieden und Gemeinsamkeiten von verschiedenen Migrantengruppen in Österreich wie beispielsweise den transnationalen Lebenswelten und Engagement ex-jugoslawischer und türkischer Zuwander_innen nachgehen. Das Zusammenspiel von spezifischen Orientierungen, Biographien und Erfahrungen in Österreich beeinflussen das Engagement und die Zugehörigkeiten. Nach meiner eigenen Einschätzung weisen dabei türkischstämmige Zuwander_innen eher Züge einer Diasporagemeinschaft und keiner transnationalen Lebenswelt auf.¹⁰⁷

Um auf den unmittelbaren Gegenstand meiner Analyse zurückzukommen: Eine weitere Interviewpartnerin hat einen Kulturverein gegründet, der *„die Förderung des kulturellen Austausches zwischen der Westbalkanregion und Wien zum Ziel hat. Diese Region soll dabei als ein Raum wahrgenommen werden. Es soll ein Bewusstsein geschaffen werden, dass es mehr Ähnlichkeiten gibt als Sachen, die anders sind. Dadurch soll der bewusste Umgang mit dem Lebensumfeld und das Wissen über andere Länder gefördert werden.“*(I12)

Nach eigenen Angaben versucht der Verein gezielt das Dogma zu überwinden, dass jemand, der in zwei Welten lebt, sich für eine davon entscheiden müsse. Ausgehend von dieser Absicht werden durch den Verein vor allem Diskussionsveranstaltungen zu mehrsprachigen Räumen und Konzerte organisiert. Dabei ist den Veranstalterinnen ein positiver Zugang extrem

¹⁰⁷ Eine relevante Frage dahinter ist, wer die Akteure von Long-Distance-Nationalismen sind. Einerseits handelt es sich wohl um ethnische oder religiöse Minderheiten, die eine assimilierte Integration bewusst ablehnen. Andererseits werden aber auch die jeweiligen Politiker der Herkunftsstaaten aktiv, welche ein massives Interesse haben, ihre Exil-Bewohner mit beibehaltener Staatsbürgerschaft für sich politisch zu mobilisieren. Diese Art Nationalismus kann auch durch Migrantenvereine stabilisiert werden (Vgl. Bauböck 2012; Anderson 2012) Hier geht es weniger um transnationale Sozialräume, sondern um Diasporagemeinschaften. (Vgl. Unterschiede, erklärt in dieser Arbeit im theoretischen Kapitel über transnationale, soziale Räume) Auch die unterschiedlichen Entstehungsbedingungen sind interessant wie z.B. eine „Flash-Diaspora“, die aufgrund aktueller Entwicklungen jederzeit mobilisiert werden kann.

wichtig. Nicht der Mangel, das was vermeintlich fehlt, soll im Vordergrund stehen, sondern der Erhalt der Mehrsprachigkeit. Diese soll durch gezielte Veranstaltungen sichtbar und hervorgehoben werden.

„Ich mache auch in meinem privaten Umfeld Eltern aufmerksam, dass sie mit ihren Kindern in der Muttersprache reden sollen, um so ein Bewusstsein für Mehrsprachigkeit zu schaffen.“ (I11)

Nachfolgend werden weitere Formen und Praxen von sozialem und kulturellem Engagement – die in den Interviews erwähnt worden sind – überblicksartig aufgezählt:

- Mitarbeit beim Verein integratives Lernen;
- Ehrenamtliche Nachhilfe für sozialbenachteiligte Kinder und Jugendliche;
- Mitarbeit im Elternverein der Schule der eigenen Kinder;
- Mitglied in einem alternativ- jugoslawischen Kulturverein oder sogar eines der Gründungsmitglieder;
- Mitglied in einer ex-jugoslawischen Band, die politisch/sozial- kritische Lieder schreibt oder jene von anderen Künstlern vorträgt
- Mitorganisator beim Samariterbund, u.a. bei der Hilfsaktion für Flutopfer am Balkan 2014 (53 Sattelschlepper mit Hilfe von 3000 Menschen in Wien organisiert);
- Engagement in kirchlich-nahen, sozialen Organisationen; Pfarrgemeinderat; Wohltätigkeitsprojekte; Sporthilfe etc. ;
- Organisation und Mitarbeit bei kulturellen Veranstaltungen wie zum Beispiel Integrationswochen in Wien oder dem Lets CEE Festival;
- Privatinitiativen für sozial schwache Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien: Sach- und Kleiderspenden für Hochwasseropfer, Kinderheime; Verwandt, die in Armut leben; ;
- Nachbarschaftshilfe;
- Rückgriff auf informelle Netzwerke in Bezug auf Kinderbetreuung, Behördengänge, Pflege, Renovierungsarbeiten;

- Teilnahme bei den Pfadfindern; zuerst als Kind, dann im Erwachsenenalter selbst als Leiter;
- Mitglied in einem Sportverein: Fußball und Basketball; Schwimmverein

Diese Aufzählung spiegelt die sozialen, sportlichen und kulturellen Formen des Engagements der Befragten wider. So wird beispielsweise der Erlös eines Konzerts oder eines Fußballturniers für soziale Projekte verwendet. Somit kann gesagt werden, dass sich lebensnahes Engagement in unterschiedlichen Feldern der Praxis manifestiert. Dieses breite Repertoire an Feldern der Praxis wie unter anderem Kunst, Kultur, Sport und Soziales spricht viele Menschen unabhängig ihrer ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit an. Es ist also ein wesentlicher Teil des Gemeinwesens, der informell organisiert wird. Dieser Teil von demokratischem Handeln hat politische Bedeutung auch wenn es außerhalb eines Vereines oder eines Verbandes stattfindet.¹⁰⁸

Zudem wird durch soziale und kulturelle Teilhabe das soziale Vertrauen der Bürger_innen erhöht, was sich wiederum positiv auf die generellen Einstellungen zur Demokratie und ihren Institutionen auswirken kann. Zwar wird durch lebensweltliche Beteiligung kein direkter Einfluss auf politische Entscheidungen ausgeübt, aber es werden Netzwerke und Wissen ausgebaut, die im besten Fall zu einer Stimulation von politischen Prozessen führen können. Diese Stimulation ist aber oft gar kein Anliegen oder keine Intention der Bürger_innen. Öffentliches Bewusstsein hingegen kann durch lebensnahes Engagement sehr wohl gesteigert werden. Im Kreislauf der unterschiedlichen Partizipationsprozesse stehen soziale, kulturelle – als Beispiele für lebensnahe Beteiligung – und politische Partizipation eng nebeneinander, wirken aufeinander ein und sind zum Teil auch massiv voneinander abhängig. Dadurch kann nicht nur demokratisches Handeln gelernt werden, sondern es wirkt auch auf die Gestaltung des eigenen Lebens maßgeblich mit ein. Die sozialen Beziehungen und Netzwerke bilden das Hintergrundgerüst und den

¹⁰⁸ Zu diesem Thema können weitere Forschungen in Bezug auf ehrenamtliche Tätigkeiten in formell-etablierten Vereinen wie dem Roten Kreuz, der Freiwilligen Feuerwehr, der Pfadfinder oder Interessensvertretungen interessant sein. Einige soziologische Studien bezüglich Ehrenamt oder Freiwilligenarbeit in Verbindung mit Migration wurde bis dato von u.a. Reinprecht (1999 und 2006) durchgeführt.

Aktionsrahmen von soziopolitischer oder soziokultureller Partizipation. Auf sie kann bei Bedarf und etwaigen Problemen zurückgegriffen werden.

Die Erkenntnisse des Ergebnisbausteins C „Formen und Praxen der Beteiligung“ auf einen Blick:

A.) Die Interviews zeigen, dass sowohl politisch-konventionelle als auch politisch-unkonventionelle Beteiligung von den Befragten als äußerst wichtig erachtet wird. Dabei stehen vor allem konventionelle Beteiligungsformen in enger Verbindung mit Österreich. Alternative, politische Beteiligung weist hingegen einen transnationalen Charakter auf. Generell lässt sich ein Trend zu alternativer, politischer Beteiligung ablesen. Der Übergang zu sozialem oder kulturellem Engagement ist dabei fließend. Die unterschiedlichen Räume, Praktiken und Ausprägungen von Partizipation wirken nicht nur aufeinander ein, sondern bedingen einander. So ist die Bereitschaft zum politischen Engagement größer, wenn es auch eine soziale und/oder eine kulturelle Beteiligung gibt.

B.) Lebensnahes Engagement ist ein unumstößlicher Teil des Gemeinwesens und manifestiert sich in unterschiedlichen Politikfeldern. Die Verbindung von Politik mit Kunst, Kultur, Sport und Sozialem ist auffallend stark. Partizipation wird in diesen Bereichen auf der transnationalen und lokalen Ebene praktiziert und ist Teil des persönlichen Selbstverständnisses. Diese Prozesse finden auf der Ebene der Mitsprache statt und haben keinen direkten Einfluss auf politische Entscheidungen. Sie können jedoch politische Entscheidungsprozesse stimulieren. In der Perzeption der Bürger_innen ist das Ziel ihrer Aktivitäten nicht die Beeinflussung politischer Entscheidungsprozesse, sondern die konkrete Form der Teilhabe und die Verbindung von sozialem/kulturellem Engagement mit politischem Bewusstsein.

C.) Politische Partizipation umfasst immer auch bestimmte, beobachtbare Reaktionen auf spezifische, politische Ereignisse, Aussagen und Aktivitäten. Deshalb muss auf die Biographie jeden Einzelnen besonderes Augenmerk gelegt werden. Anhand biographischer Forschung könnte ein tieferes Verständnis für die Bereitschaft oder Nicht-Bereitschaft von politischer Teilhabe generiert werden. Faktoren wie transnationale, soziale Räume und Migrationserfahrung spielen dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle.

D.) Alternative Formen politischer Beteiligung und politisches Interesse spielen im Alltag der Menschen eine relevante Rolle. Hier geht es in erster Linie nicht darum, direkten Einfluss auf politische Entscheidungsträger auszuüben, sondern ein gesellschaftliches Bewusstsein für einen kritischen oder widerständigen Umgang mit Politik und klassischen Beteiligungsinstrumenten wie dem Wahlakt zu schaffen. Problematisch für institutionalisierte Politik ist in diesem Zusammenhang, die Annahme alternative, politische Praxen würden auf lokaler Ebene stecken bleiben. Die Akzeptanz und die Förderung lebensweltlicher und alternativer Partizipationsstrukturen setzen eine Wahrnehmung und eine positive Anerkennung seitens etablierter Politikstrukturen voraus, die in weiterer Folge die Angst vor einer Parallelgesellschaft lindern könnte. Vor diesem Hintergrund wird Mitsprache als ambivalentes Phänomen betrachtet. Für die Inputebene der Demokratie, für alle Formen und Praxen der Beteiligung stellt sie eine unheimliche Bereicherung dar. Für die generelle Legitimation und die Qualität von Demokratie kann sie auch als negativ betrachtet werden, weil die Bürger_innen ihre Überzeugung, ihren Glauben und ihr Interesse an den Strukturen und der Weiterentwicklung von Demokratie auf einer politisch-institutionalisierten Ebene verlieren können. Die Kritik an lebensnaher und alternativer, politischer Beteiligung – an ihrem Feststecken auf der Mikroebene der Gesellschaft – mag zwar in bestimmten Fällen ihre Berechtigung haben. Relevanter erscheint aber die Annahme, dass der Wille der Bevölkerung zur politischen Mitentscheidung abnimmt, weil die

Responsivität und die Repräsentativität des politischen Systems geringer wird und somit für die Bürger_innen kein erstrebenswertes Ziel bzw. keinen Zugang zur etablierten Politik mehr darstellt.

- E.)** Hohes politisches Interesse und eine intensive Auseinandersetzung mit politischen Entwicklungen im Freundes-, Bekannten- und Verwandtenkreis gehen einher mit einer frühen Politisierung ausgelöst durch die Balkankriege. Die Themen des politischen Interesses sind neben österreichbezogenen und internationalen Entwicklungen sehr stark an Kriegs- und Postkriegsentwicklungen orientiert. Hierbei lassen sich deutliche Generationenunterschiede in Bezug auf das Interesse an Politik und die Art der Auseinandersetzung feststellen. Während bei den befragten Personen politisches Interesse als integraler Bestandteil und als Instrument politischer Beteiligung betrachtet wird, weist die Elterngeneration entweder eine apathische oder eine überpolitisierte Haltung im Bezug zu politischen Themen auf. Diese Apathie oder Überpolitisierung beeinflusst ihre Partizipationsprozesse negativ und stellt somit ein massives Hemmnis für die Demokratie dar, weil sie in der Abwendung in Bezug auf Partizipation gipfeln kann.
- F.)** Soziale Medien und Netzwerke spielen bei der befragten Gruppe eine überdurchschnittliche Rolle. Sie fungieren unter anderem als Wissensvermittlung, Diskussions- und Organisationsplattform und als Instrumentarium der alternativen, politischen Teilhabe. Die Nutzung findet unabhängig von Grenzen, Alter und Generationen statt.
- G.)** Partizipation verläuft in konventionellen oder in alternativen Bahnen. Die offizielle Politik sollte deshalb lebensnahe, transnationale und alternative Formen der Beteiligung unabhängig davon, welche Ziele die Beteiligten unmittelbar damit verbinden, stärker schätzen lernen. Es geht darum, den Bürger als widerständiges, politisches Subjekt zu begreifen, welcher durch unterschiedliche Formen von Partizipation

seiner Rolle als demokratischer „Schüler“ (im Sinne von Barber) besser gerecht werden kann.

6.4. Ergebnisbaustein D: Einstellungen und Orientierungen

In diesem Kapitel werden zunächst die empirischen Ergebnisse bezüglich der individuellen Zugehörigkeitsprozesse der Befragten skizziert. Danach werden Aussagen rund um Staatsbürgerschaft und Demokratie zusammengefasst. Auch hier sind die Kapitel nicht getrennt voneinander zu betrachten, sondern beziehen sich aufeinander. Gedanken zur Staatsbürgerschaft, Zugehörigkeit und Demokratie wurden in den Interviews besonders häufig im Bezug zu Einstellungen und Orientierungen zur Sprache gebracht.

6.4.1. „Heimat- und Zugehörigkeitsgefühle“ oder „Leben, wo es einen hinzieht“

„Yes i left my motherland and went so far, to get a good job and a brand new car. Very smart phone, hundred inch TV, american hits on my mp3, I m living in diaspora, im very proud, of my house with the pool, master credit card, thick gold chain hangs around my neck, mercedes Benz parked in the back; dont believe the hype i never beat my wife, im not a macho man who would stab you with an knife, i live by your rules every single day, but some things are written in my dna, but when i taste rakija, in my head anarhija, back to original shape, just cannot escape from balkan- No escape from Balkan.“ (Liedtext Dubioza Kolektiv: No Escape from Balkan)

Die Gemeinschaft, zu der sich alle befragten Personen gleichermaßen emotional zugehörig fühlen, ist die Familie. Das Glück der eigenen Kinder, die Gesundheit der Familie steht bei den Antworten auf die Frage, was es bedeutet, ein „gutes Leben“ zu führen, an oberster Stelle. Das berufliche Leben steht an zweiter Stelle, danach werden Dinge wie soziale Absicherung, Gesundheit, Reisen, die individuelle Verortung in der Gesellschaft und ein positives, gesellschaftliches Klima ohne Diskriminierung genannt.

Auf die Frage, was „Heimat“¹⁰⁹ für die Interviewpartner bedeute oder wo/wie man sich zugehörig fühle, wurden folgende Aussagen getätigt:

„Familie und die Anerkennung von der Gesellschaft, dass man ein Teil davon ist.“ (I1)

„Das private und das berufliche Leben.“ (I3)

„Wien bedeutet für mich Heimat. Wenn Heimat zu Hause bedeutet, wo ich ein normales Leben führen kann und ein anerkannter Teil der Gesellschaft bin.“ (I2)

„Das ist ganz einfach. Heimat sind für mich die Leute, die ich gern habe und die mir wichtig sind. Es gibt überhaupt keinen Bezug zu Heimat Kroatien oder Heimat Österreich. Prinzipiell ist Heimat dort wo mein Leben ist und wo meine Freunde sind.“

„Dass man sich ein Wohnung leisten kann und auch einen Zugang zu einer Wohnung hat.“ (I7)

„Heimat ist ein politischer Begriff. Man muss sich zugehörig fühlen. Heimat als ein Land ist für mich irrsinnig schwierig.“ (I10)

„Österreich ist meine Heimat.“ (I12)

„Heimat ist dort wo die Liebe ist, die Familie ist, wo du dich zu Hause fühlst. Nicht unbedingt dort wo du geboren wurdest. So gesehen kannst du deine Heimat überall hin mitnehmen – quasi Heimat to go.“ (I15)

„Wien bietet für mich das beste Paket, denn es ist der Ort wo ich mich wohlfühle und ich meine Freunde habe.“ (I8)

¹⁰⁹ Vgl. Heimatforschung. U.a. Rapport und Dawson 1998, Blickle 2002; Schlink 2000; Mercheril 1994;

„Dort wo die Familie ist. Ich bemühe mich ein vollwertiges Mitglied in diesem Land zu sein und möchte dafür auch die Anerkennung haben.“(I10)

„Berufliche und private Erfüllung. Familie. Beruflich das machen, was man mag.“(I14)

„Also ich kann meine Heimat überall mit hinnehmen. Heimat ist für mich geographisch gesehen Österreich. Bosnien ist es nicht, weil ich in meinem alten Heimatort niemanden mehr oder kaum jemanden mehr habe. Deshalb ist es nicht mehr meine Heimat. Geographisch ist es schon auch Wien, aber ich gehe auch gerne Skifahren, wir waren erst vor 10 Tagen am Gletscher, natürlich Österreich und Wien, aber ich kann meine Heimat überall hin mitnehmen, weil die Musik, die ich mag, nehme ich mir ja auch am Handy oder als CD mit und dann fühle ich mich daheim.“(I10)

Diese Beispiele zeigen, wie vielfältig emotionale Zugehörigkeit sein kann, und wie sehr sie mit Konzepten von Heimat und der eigenen Migrationsbiographie verknüpft ist. Vor allem im transnationalen Kontext ist Zugehörigkeit fluide und hat unterschiedliche Bezugspunkte. Zugehörigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang die emotionale Verankerung und die rationale Verortung von einem selbst.

Die Aussagen zeigen, dass man sich dort zugehörig fühlt, wo man auch willkommen ist. Demnach ist Zugehörigkeit alltags- und lebensnah. Die Heimatforschung definiert vier Ebenen von „Heimat“. Zuerst rund um einem selbst. Das heißt, wo man sich selbst befindet, dort ist Heimat. Dann ist sie dort, wo sich Familie und Freunde aufhalten. Oder aber dort, wo man genügend gesellschaftliche Anerkennung bekommt, oder schließlich dort, wo man sich einfach nur geborgen- und wohlfühlt. (Mercheril 1994/ Krist und Wolfsberger 2009)

Zugehörigkeit kann sich vor diesem Hintergrund unabhängig vom Geburtsort oder der Staatsbürgerschaft manifestieren. Bei letzterem erhält Zugehörigkeit eine politische Konnotation. Auf dieser Ebene spielen auch gesetzliche Inklusions- und Exklusionsmechanismen eine bedeutende Rolle. Die nationale oder ethnische Zugehörigkeit nimmt dadurch einen hohen Stellenwert ein. Die

einschränkende Wirkung ethnischer Zugehörigkeit, die oftmals von außen zugeschrieben wird, kann andere Zugehörigkeitsfaktoren wie Alter, Geschlecht, Interessen und Beruf schmälern. Menschen mit Migrationshintergrund, die diesem Dilemma von ethnischer Zuschreibung entgehen wollen, titulieren sich in den Interviews selbst als „Weltbürger“ oder machen ihre Zugehörigkeit von Projekten und Kontexten abhängig wie zum Beispiel transnationalem, sozialem Engagement.

„Meine künftigen Kinder werden sich noch mehr als Österreicher fühlen als ich. Das würde ich mir eigentlich auch wünschen. Wenn jemand hier aufwächst, und hier alles durchmacht, dass er sich dann auch hier zugehörig fühlt und nicht immer alles durch das Prisma der Herkunft filtert. Meine persönliche Zukunft sehe ich schon in Österreich, aber ich bin auch irgendwie heimatlos. Hier spielt sich alles ab, hier habe ich meine Freunde, aber in manchen Sachen spürt man doch, dass man nicht komplett dazu gehört. Auch durch die immer wieder Thematisierung des Ausländerthemas. Irgendwann nervt das halt. Ich fühle mich hier zugehörig, aber durch das System und durch eine gewisse Elite, die an der Spitze ist und da nicht die Leute hineinlässt, die vielleicht anders sind oder so, muss ja nicht um Herkunft gehen, sondern um andere Aspekte.“(I7)

Die Zuschreibungen von außen beeinflussen auch die eigene Wahrnehmung und Abgrenzungen.

„Unten sind wir Schwabos, hier sind wir Jugos. Wir wollen Österreicher mit zusätzlicher Sprache sein. Wir fühlen uns hier zu Hause und emotional zugehörig. Wir schauen uns österreichischen Fußball an. Aber wenn man ganz leicht meinen Akzent hört oder meinen Namen liest, dann kommt sofort die Frage, woher bist du? Man will hier zu Hause sein, es ist aber nicht immer einfach, weil es auch Barrieren gibt. Menschen mit Migrationshintergrund – was heißt das schon?“(I5)

Trotz dieser Fremdzuschreibung und dem „umkämpften Charakter“ (Luhmann 1997) von Zugehörigkeit – eine Manifestation von Zugehörigkeit in

unterschiedlichen Kontexten wie beispielsweise Schule oder Familie– weisen die Befragten eine Verflechtung von verschiedenen Dimensionen von Zugehörigkeit auf. Sie umfassen nationale, transnationale, lokale, private, öffentliche und plurale Elemente, die durch Kommunikationsprozesse und lebensnahes Engagement verfestigt werden. Zugehörigkeit hat demnach einen aktiven Charakter und wurzelt einerseits in dem Bedürfnis Teil der Gesellschaft zu sein und andererseits in dem grundsätzlichen Bedürfnis zu handeln und zu partizipieren.

Den künftigen Lebensmittelpunkt sehen alle Befragten in Österreich, nur einige wenige geben an, sich vorstellen zu können ins Ausland zu migrieren. Keiner der Interviewpartner aber möchte künftig ins Herkunftsland der Eltern zurückkehren. Wenn Auswanderung, dann aufgrund der Karriere oder einer prinzipiellen, internationalen Ausrichtung, in ein anderes Land oder Stadt von Jamaika bis nach New York.

Vor diesem Hintergrund definiert eine Befragte ihren Standpunkt folgendermaßen:

„Mein Standpunkt ist recht extrem, nämlich, dass ich einmal gezwungen wurde wegzugehen und das er sehr lange gedauert hat bis ich mich hier wohlfühlt habe und meinen Freundeskreis hatte. Ich kann das mittlerweile sehr gut, mich in neue Kreise, Städte, Länder integrieren, aber ich mache es sehr ungern. Ich beobachte mich selbst dabei wie ich es tue, wie ich in eine Rolle schlüpfe, um nicht sozial zu verkümmern und darauf habe ich ehrlich gesagt keine Lust. Es kann sein, dass es mal zu der Entscheidung kommt, mache ich hier einen bescheuerten Job oder gehe ich weg und arbeite dann das was ich will. Ich kann mir das aber momentan nur schwer vorstellen, ich will nicht gezwungen ein wegzugehen. Ich finde diese erzwungene Mobilität zum Beispiel im akademischen Bereich nicht begrüßenswert. Man muss zwar ständig reisen und im Austausch mit anderen sein, aber es soll auch erlaubt sein, ein Zuhause zu haben, das nicht dauernd umzieht.“ (I13)

6.4.2. Staatsbürgerschaft und Zugehörigkeit

Die Debatten darüber, wer die österreichische Staatsbürgerschaft wann erhalten darf, wird je nach politischen Entwicklungen und politischer Partei unterschiedlich scharf diskutiert.¹¹⁰ Staatlicherseits wird die Verleihung der Staatsbürgerschaft als letzter Stein am Weg zur vollkommenen Integration dargestellt.¹¹¹ Zweifelsohne impliziert die Staatsbürgerschaft bestimmte Rechte und Pflichten, sie hat aber oftmals nicht die von der Politik gewünschte, emotionale Wertigkeit für die Bewerber bzw. Empfänger der Staatsbürgerschaft. So artikuliert Außenminister Sebastian Kurz auf einer Homepage rund um den Erwerb der Staatsbürgerschaft, *„die österreichische Staatsbürgerschaft ist ein hohes Gut und steht am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses.“*¹¹² Die Annahme, dass sich emotionale Zugehörigkeit auch unabhängig von der Staatsbürgerschaft des Aufnahmelandes entwickeln kann, wird hingegen in diesen offiziellen Stellungnahmen unterschätzt oder sogar ausgeblendet. Die Perzeption der interviewten Migrant_innen mit Staatsbürgerschaft steht dieser formalen Kategorisierung von Staatsbürgerschaft diametral gegenüber. Als Beispiel dafür kann folgende Aussagen betrachtet werden:

„Die Staatsbürgerschaft ist banal gesagt einfach nur ein Stück Papier. Ich fühle mich jetzt nicht mehr oder weniger als Österreicherin oder als Bosnierin oder was auch immer.“ (III)

„Ich fühle mich durch die Staatsbürgerschaft nicht mehr oder weniger als Österreicher. Heute habe ich mir das wieder gedacht, denn es gibt da jetzt so

¹¹⁰ In den Interviews wurde von den Befragten auch immer wieder über die eigene Staatsangehörigkeit und ihren Weg zu Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft gesprochen. Die Staatsbürgerschaft stellt somit in spezieller Hinsicht eine relevante, wenn auch kritische Komponente in der Selbstverortung der Befragten dar. Dahingehende Interpretationen werden angelehnt an die Frage der Zugehörigkeit. Die Diskurse über Staatsbürgerschaft im Zusammenhang mit Migrationsprozessen sind extrem breit und vielfältig. Für eine genauere, detaillierte Auseinandersetzung über ideologische Konzepte von Staatsbürgerschaft wird unter anderem auf folgende, weiterführende Literatur verwiesen: Bauböck 1994, Mackert 2006 oder auf Debatten rund um Postnationale Bürgerschaft: Soysal 1994/1996.

¹¹¹ Vgl. Homepage des Außenministeriums; www.bmeia.gv.at

¹¹² Vgl. ebd.

eine Offensive „Echt stolz“ oder „Stolz auf Österreich“¹¹³, wo der Gabalier und Heinz Fischer einladen, da mitzumachen. Ich habe eine Statistik gelesen, die besagt, dass sich 67 Prozent der Migrant_innen in Österreich zu Haus fühlen. Das finde ich super positiv, wenn man bedenkt, dass die Steine, die einem in den Weg gelegt werden, um sich heimisch zu fühlen, enorm groß sind.“ (I11)

In Bezug zur Zugehörigkeit kommen auch widersprüchliche Gefühle zutage, wie zum Beispiel:

„Wenn wir alle zusammensitzen und zum Reden kommen, sagen dann alle zu mir, wir meinen e nicht dich, du bist ja e super, du bist ja e integriert, wir meinen die anderen. Aber die anderen kennen sie gar nicht, die kennen sie nur aus der Zeitung.“ (I11)

Oder:

„Dieses Vorurteil, dieses Klischee von irgendeinem Fremden, der die Sprache nicht kann und der sich hier nicht integrieren will, weil er möchte ein Südanatolier, ein Südserbe, was auch immer, bleiben, das ist ja ein Blödsinn. Es ist Fakt, dass Menschen – und das habe ich leider Gottes erfahren müssen – mit einem fremden Namen (...), ich bin so oft schon als Frau angesprochen worden, wobei (...) ein bekannter Name ist, ich will gar nicht wissen wie es den anderen geht und dann wird mein Nachname immer falsch ausgesprochen und geschrieben, was auch immer, das ist ja unwichtig, aber man muss sich vorstellen, und dass ist eben auch eine Untersuchung wert gewesen, wie sehr solche Menschen auch bei der Arbeitssuche benachteiligt werden. Sie werden gar nicht zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen bzw. ihre Bewerbungsunterlagen werden aufgrund des Namens nicht einmal angeschaut. Und das ist etwas, woran die Mehrheitsbevölkerung in Österreich arbeiten muss, mit den Migrant_innen zusammen.“ (I12)

¹¹³ www.stolzdrauf.at; Die Kampagne wurde vom Integrationsministerium und dem Österreichischen Integrationsfond ausgearbeitet. Ziel ist es, dass „neue Österreicher_innen“ erzählen, warum sie stolz sind Österreicher_innen zu sein. Die Erhöhung des Nationalstolzes steht dabei im Vordergrund. Die Kampagne ruft Zwiespalt hervor.

„Ich finde diese Abgrenzungen in die Mehrheitsbevölkerung und in die falsch. Wir müssen alle etwas machen, denn wir sind sowieso alle eins. Auch wenn jemand aus Deutschland vor sechs Monaten nach Österreich gezogen ist, und hier aber die nächsten fünf Jahre bleiben will, dann ist er ein Teil von uns. Da gibt es nicht, er ist nur Gastarbeiter für fünf Jahre, sondern er lebt hier, er sollte auch mitbestimmen auf lokaler Ebene. Und das ist etwas mit dem sich Österreich sehr schwer tut, wenn man sich im Vergleich jetzt Dänemark, Schweden oder England anschaut. Da finde ich schon, dass wir noch ein Stückchen gehen müssen, aber hier geht's nicht darum welche Betitelung man hat oder wie lange man die Staatsbürgerschaft hat, und seit wann und wieso man hier lebt, sondern um das Wollen. Ich finde wirklich, dass sich viele unserer Bekannten mit Migrationshintergrund sich sogar zu viel Mühe geben und sich zu sehr alles gefallen lassen, weil sie dazu gehören wollen und dann trotzdem wieder eins auf die Nase bekommen. Dann kommt so etwas zustande, dass irgendwann einmal wem der Kragen platzt und sagt, nein, du bist jetzt Türke, du bist jetzt Bosnier, du bist Ghaner, und du bleibst Ghaner und mir ist es egal was die sagen. Mein Sohn ist genauso wie meine Tochter im Kaiserfranz-Joseph-Spital in Wien zur Welt gekommen. Die sind keine Bosnier. Wenn ich zu denen sage, ihr seid Bosnier, die reden ja perfektes Deutsch und reden die Muttersprache bosnisch unter Anführungszeichen viel schlechter und haben auch keinen Bezug dazu. Sie leben hier, ihre Freunde sind hier und dann müssen sie aber trotzdem aufgrund ihres Nachnamens Zeit ihres Lebens sich rechtfertigen, warum sie da sind und wieso sie dazugehören wollen. Diese Übererfüllung von irgendwelchen Standards...“ (I8)

Eine Mutter beschreibt ihre Erfahrungen mit Staatsbürgerschaft und Zugehörigkeit so:

„Das ist gerade Thema bei uns, weil mein Sohn ist ins Gymnasium gekommen, und ganz am Anfang wurden Fragen gestellt, woher kommst du? Wo ich dann gesagt habe, du kommst aus Wien. Du kommst von nirgendwo anders her, denn du bist hier geboren. Das ist für mich kein Thema. Wir – mein Mann und ich – sind als Kinder woanders auf die Welt gekommen und haben noch dort gelebt, aber ich bin jetzt 33 und ich bin mit 11 Jahren nach Österreich gekommen,

aber ich höre dass immer noch so oft, quasi, wenn ich sage, dass ich nicht hier geboren bin, höre ich, du sprichst aber gut deutsch. Ja, ich bin auch mit 11 hergekommen.“(19)

Diese Beispiele zeigen welchen ambivalenten, emotionalen Stellenwert die Staatsbürgerschaft für einen Großteil der interviewten Personen hat. Die Ebene der Zugehörigkeit und die Ebene der rechtlichen Inklusions- und Exklusionsprozesse verlaufen konträr. So ist es kaum verwunderlich, dass die Mehrheit der Befragten zunächst zwar einige positive Aspekte im Bezug zur Staatsbürgerschaft wie zum Beispiel das Wahlrecht, die Bevorzugung bei Wohnungs- oder Kreditvergaben oder die Reisefreiheit nennt, aber ihre eigene Zugehörigkeit zu Österreich nicht daran gekoppelt sieht. Vielmehr wurde die österreichische Staatsbürgerschaft im Erwachsenenalter beantragt, um bürokratische Erleichterungen zu erhalten. Ehemals bosnische und serbische Staatsbürger nannten als Grund für den Erwerb die Reisefreiheit, die der österreichische Pass für sie darstellte. Zudem mussten sie dadurch nicht alle drei bis fünf Jahre den Pass des Herkunftslandes oder den Aufenthaltstitel verlängern (obwohl alle Befragten zuvor einen unbefristeten Aufenthaltsstatus und Arbeitserlaubnis besaßen). Da jene Befragten, die im Erwachsenenalter um die österreichische Staatsbürgerschaft angesucht haben, in Österreich aufgewachsen sind, haben alle gemischte Gefühle bei der Bewerbung als Staatsbürger_in angegeben.

„Meine Frau und ich haben unseren Staatsbürgerschaftsantrag unabsichtlich genau in der Zeit gestellt, wo es in Österreich wieder einmal eine Phase der Gesetzesverschärfung in diesem Bereich gegeben hat. Wir mussten deshalb als Allererste einen Einbürgerungstest machen. Wir sind also die allerersten, staatlich geprüften Österreicher. Das haben wir auch schriftlich. Das war irgendwie extrem komisch. Zwei Erwachsene mit Kind, die in Österreich die Schule besucht haben, in Österreich maturiert und studiert haben mit einem Kind, dass in Österreich geboren wurde, müssen sich jetzt einer Prüfung unterziehen, ob wir nun reif sind.“(18)

Die Mehrheit der Befragten mit kroatischem Pass sah bis dato keine Notwendigkeit die österreichische Staatsbürgerschaft zu beantragen, weil sie seit dem Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union den Status als EU-Bürger_in innehaben. Nur wenige Interviewpartnerinnen kroatischer Abstammung haben sich im jungen Erwachsenenalter deutlich vor einem kroatischen EU-Beitritt für die österreichische Staatsbürgerschaft beworben und diese in Folge auch erhalten. Eine Befragte erklärt ihre Gründe folgendermaßen:

„Eigentlich habe ich nie einen Unterschied gespürt, dass ich jetzt die kroatische oder die österreichische Staatsbürgerschaft habe, jetzt merke ich es nur, weil ich im öffentlichen Dienst arbeiten möchte. In höheren Positionen braucht man dort die österreichische Staatsbürgerschaft. Was mich stört ist, dass wenn man nicht die österreichische Staatsbürgerschaft hat auch nicht wählen gehen darf.“(I11)

Oder ein anderer Interviewpartner resümiert:

„Ich hatte zuerst ja die jugoslawische Staatsbürgerschaft, dann die bosnische und die kroatische. Für mich war dann ab dem Zeitpunkt wo Jugoslawien nicht mehr existiert hat, war es mir er wurscht, welche Staatsbürgerschaft ich hatte. Ich konnte mich weder mit der bosnischen, noch mit der kroatischen identifizieren. Das war nur Papier. Meine Eltern haben zuerst die österreichische Staatsbürgerschaft bekommen, dann natürlich ich durch sie. Alles war leichter damit. Du musst kein Visum beantragen und bezahlen, wenn du studierst, musstest du ein Studentervisum haben und das immer neu beantragen. Man musste immer genug Geld auf dem Konto haben. Wenn du die Staatsbürgerschaft hast, bist du ein normaler Bürger, kannst alles mitmachen, Erasmus-Stipendium, Forschungsstipendien, für das war es leichter EU-Bürger zu sein. Kroatien war ja damals noch nicht in der EU.“

Diese Beispiele zeigen auf sehr subtile Weise die rechtliche Dimension von Staatsbürgerschaftsdebatten. Unabhängig von Zugehörigkeit öffnet sie den Zugang zu spezifischen, politischen Rechten. Neben den politischen und sozialen Bürger- und Grundrechten steht die Allgemeine Erklärung der

Menschenrechte (1948), die auf die globale Einbettung von Rechten wie dem Recht auf Leben und Freiheit hinweisen. (Nolte 2015). Zudem ist der Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Aufenthaltsrecht und zu sozialen Rechten an die Staatsbürgerschaft gekoppelt. Alle Befragten ohne österreichische Staatsbürgerschaft gaben in den Interviews an sich nicht an Wahlen oder anderen konventionellen Formen politischer Partizipation im Herkunftsland zu beteiligen. An dieser Stelle wird unweigerlich eine Paradoxie sichtbar. Obwohl die Befragten, die gesetzliche Möglichkeit hätten im Herkunftsland zu wählen, entscheiden sie sich bewusst dagegen. Denn

„ich verfolge den Wahlkampf in Bosnien-Herzegowina nicht, denn ich wähle dort auch nicht. Das ist schade, aber man ist irgendwo dazwischen. Ich würde gerne hier wählen, weil ich mich hier mehr auskenne, aber dafür brauche ich die Staatsbürgerschaft. Die habe ich nicht, aber es gibt dann ja noch andere Formen um sich einzubringen.“ (I12)

Personen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben, finden zudem, dass die Nachteile wie zum Beispiel die bürokratischen und finanziellen Hürden, die Vorteile überwiegen.

„Ich habe mich mehrmals erkundigt, was man dabei alles so braucht, aber es war dann immer so mühsam. Es ist verbunden mit einem bürokratischen Weg, der sehr aufwendig und teuer ist. Ich glaube man muss weit über 1000 Euro zahlen, dann muss man die eigene Staatsbürgerschaft abgeben, das ist auch wieder mit Geld, Zeit und Emotionen verbunden. Ich war 2 oder 3mal in dieser MA35 und habe mir die Anträge geholt, dann hatte ich dort ein witziges Gespräch mit einem Beamten. Ich habe ihn gefragt, wie es aussieht mit der Ehrenstaatsbürgerschaft. Für die musst du nämlich gar nichts machen. Die sammeln das alles für dich und es kostet sich nicht. Darauf sagte er, er kennt nur 2 Personen, Vastic und Netrebko, mit Ehrenstaatsbürgerschaft. Du musst also entweder viel Geld haben oder jeder muss dich kennen. Aber dann habe ich gesagt, was ist mit den ganzen Russen? Dazu hat er dann nichts mehr gesagt. Ich habe wirklich überlegt sie zu beantragen, aber der ganze Aufwand und die Kosten haben mich schlussendlich abgeschreckt.“ (I13)

Diese Kopplung der Staatsbürgerschaft an das eigene Vermögen geht weit in die Geschichte Österreichs zurück. (Stern 2010) Erst 1965 wurden derartige gesetzliche Regelungen aufgeweicht. Mit der Staatsbürgerschaftsnovelle des Jahres 2005 wurden die Gesetze wieder restriktiver und vom Einkommen abhängig gemacht. So beschreibt ein Befragter seine Überlegungen in Bezug auf die Staatsbürgerschaft:

„Ich nenne meine Staatsbürgerschaft immer ein Kriegsrelikt, weil wir die bosnische Staatsbürgerschaft hatten und mit der konnten wir 1994 nirgends hinreisen, höchstens ins Burgenland, überall brauchtest du ein Visum. Mein Vater ist deswegen schon 100mal ausgezuckt, wegen der ganzen Situation und dem Krieg und er meinte, ihm reicht es jetzt, er holt sich die indische Staatsbürgerschaft. Die dann am leichtesten zu bekommen war, war die kroatische Staatsbürgerschaft. Meine Mutter hat heute die österreichische Staatsbürgerschaft. Ich hatte immer diese unbefristeten Aufenthaltstitel. Ich habe mich früh selbstständig gemacht, so mit 22-23 Jahren und habe quasi das kroatische Bundesheer verpasst. Und dann war österreichische Staatsbürgerschaft kein Thema mehr, weil ich ein unbefristetes Visum hatte, außerdem wollte ich nicht mit 30 Jahren zum österreichischen Bundesheer gehen. (III)“¹¹⁴

Diese pragmatische Haltung spiegelt sich in vielen Aussagen wider und verweist einerseits auf die Relevanz von bestimmten, sozialen und politischen Rechten, die mit dem Erhalt der Staatsbürgerschaft einhergehen, und andererseits auf die Entkopplung von Zugehörigkeit in diesem Bereich. Staatsbürgerschaft – gebraucht, gewollt, geliebt? Staatsbürgerschaft – nicht gebraucht, nicht gewollt, nicht geliebt? An dieser Stelle werden Paradoxien sichtbar, die durch rechtliche Inklusions- und Exklusionsprozesse befeuert werden. Zudem finden, wie die vorangegangenen Kapitel beschrieben, Partizipationsprozesse unabhängig der nationalen Zugehörigkeit statt.

¹¹⁴ In Österreich herrscht für Männer bis zum 35. Lebensjahr die Pflicht der Absolvierung ihres Präsenzdiensts beim österreichischen Bundesheer. In den Gesprächen und auch Erzählungen über andere Erfahrungen wurde das immer wieder als Hindernis für die Beantragung der Staatsbürgerschaft angesehen.

Die politische Lösung des gordischen Knotens Staatsbürgerschaft scheint in weiter Ferne. Zweifelsohne kann er aber nur im nationalstaatlichen Rahmen gelöst werden. Denn prinzipiell unterstützen alle Befragten das österreichische, politische System und somit auch die Demokratie. Wie diese Unterstützung konkret aussieht und was die Befragten genau unter dem Begriff Demokratie verstehen, wird im letzten Unterkapitel des Ergebnisbausteins D „Einstellungen und Orientierungen“ behandelt.

6.4.3. „Demokratie“- Reflexionen der Bürger_innen

Aus den Interviews geht hervor, dass Sartori Recht hat mit seiner These von der großen Relevanz der Volkssouveränität für die Bürger_innen. (Sartori 1997) Um daran mitzuwirken, muss man bestimmte politische Rechte erlangen. Politische Rechte stellen quasi eine Vorbedingung für die Mitwirkung an der Demokratie dar. Dass die Staatsbürgerschaft an die politischen Rechte der Bürger_innen gekoppelt ist, wirft Fragen bezüglich Inklusions- und Exklusionsmechanismen auf. Die Befragten verweisen im Interview immer wieder auf die immanente Stellung des Bürgers im politischen Willensbildungsprozess.

„Die Politik und die Regierung muss Angst vor dem Volk haben und nicht umgekehrt.“ (I2)

Die Befragten konnten in ihren Ausführungen auf die Frage, was für sie Demokratie bedeutet und welche Aufgaben ihrer Meinung nach eine Demokratie hätte, klar zwischen dem Ideal einer Demokratie und dem praktischen Funktionieren jener Demokratie unterscheiden. Obwohl an letzterer viel Kritik geübt wurde, wurde erstere nicht in Frage gestellt. Die Frage nach der Qualität von Demokratie steht hierbei im Vordergrund. Angelehnt an Morlino (2004) gibt es drei einfache Ebenen, auf der sich die Qualität der Demokratie widerspiegelt. Zuerst das Verfahren (rechtliche Ebene), dann das Ergebnis (Verantwortlichkeit) und schließlich der Inhalt (Freiheit und Gleichheit) demokratischer Agenden. Alle befragten Personen nehmen auf eine oder mehrere dieser Dimensionen Bezug. Zudem ist

Demokratie für die interviewten Personen ein subjektiver Wert und insofern ein emotionales Konstrukt. Es soll helfen, eine offene und liberale Lebensweise zu verwirklichen. Selbstbestimmtheit und das Gefühl ernst genommen zu werden, dominiert diese Sichtweise maßgeblich. Natürlich spiegeln die Aussagen der Befragten subjektive Gefühle und Ansichten wider. Trotzdem können bestimmte Aussagen auf ein objektives Level angehoben werden, da sie sich explizit auf die Responsivität und den Inhalt der Demokratie bzw. ihrer gewählten Vertreter_innen beziehen. Ein Beispiel dafür ist,

„jeder sollte zu seinem Recht kommen und seine Meinung frei äußern können. Jeder kann leben wie er möchte.“ (I4)

Damit jeder Mann und jede Frau so leben kann wie sie oder er es möchte, bedarf es einer bestimmten Ressourcenausstattung. Es muss ein bestimmtes Niveau der sozialen Gleichheit gesichert sein. So stellen die unterschiedlichen Zugänge zu Bildung und dem Arbeitsmarkt aufgrund von unter anderem Ethnizität in der Perzeption der Bürger_innen ein großes Problem dar. Die Politik, so der einhellige Tenor der Interviewten, nehme ihre Aufgabe, ihre Verantwortung dem Bürger gegenüber nicht genug bzw. nur einseitig wahr. Die Vertretung des Gemeinwohls bleibe bei der aktuellen Politikführung auf der Strecke. Der Stellenwert des Bürgerengagements würde zu wenig anerkannt werden.

„Politik muss politische Partizipation, politische und kulturelle Vielfalt ermöglichen. Es sollen auch Leuten mit verschiedenen Ansichten die gleichen Chancen oder Bühnen bieten.“ (I13)

„Politik ist so ein großes Feld von Wohnen bis hin zum Konsum. Da können die Bürger nicht alles wissen, nicht überall Experte sein. Deshalb gibt es Politiker, die das stellvertretend für einen begutachten sollen.“ (I3)

In den Interviews wird dezidiert die mangelnde Responsivität der (gewählten) politischen Vertret_innen angesprochen. Gleichzeitig verweisen die Befragten auf die Eigenverantwortung der Bürger_innen. Eine kompetente Bürger_in, die

sich Wissen über generelle, politische Entwicklungen und Hintergründe aneignet, soll demnach den politischen Machthabern kritisch gegenüberreten. Dieses Wissen sollte durch politische Bildungsmaßnahmen an Schulen zusätzlich gefördert werden. Ein aktiver, mündiger Bürger sollte von Beginn an (Kindergarten, dann Schule) durch politische Bildung und Ethikunterricht unterstützt werden. Auch der Integrationsbeirat verweist in diesem Zusammenhang auf die Relevanz von „Politischer Bildung als Wertevermittlung“ (Integrationsbericht 2015, S.43).

Vor diesem Hintergrund erhalten die sozialen Rechte sowie die individuelle und die objektive Ressourcenausstattung der Bürger_innen eine zentrale Rolle in ihrer Perzeption von Demokratie. Einerseits bedarf es rechtliche Rahmenbedingungen, um Mitbestimmung zu fördern und dadurch die Qualität der Demokratie zu erhöhen, andererseits soll ein stärkeres Bewusstsein für Partizipation geschaffen oder vertieft werden.

„Mitgestalten und mitmachen sollte von klein an ausgebaut und ausgebildet werden, damit man ein Teil der Demokratie ist. Im Kindergarten und in der Schule sollte den Kindern schon beigebracht werden, sich zu trauen, Sachen zu sagen und zu wollen. Gleichzeitig sollte auch auf die Pflichten verwiesen werden. Denn wenn ich sage – ich möchte etwas, ich habe einen Anspruch darauf -, dann muss ich mich auch einbringen. Es ist wichtig, das Bewusstsein zu schärfen, dass man ein Teil von etwas ist. Es geht nicht allein darum, dass man wählen darf, sondern um viele andere Dinge.“ (I12)

Die Relevanz von politischer Bildung und Demokratie spiegelt sich auch in folgender Aussage wider:

„Wir brauchen sogar ein Parlament für Kinder. Damit einem bewusst wird, was wo entschieden wird. Wichtig ist, dass es bei einem normalen Menschen ein Bewusstsein gibt, dass bestimmte Themen wichtig sind, egal ob das jetzt nun Essen oder Umwelt ist. Die Gesellschaft soll dadurch aufgeklärter werden. Ich denke, die Gesellschaft ist zu wenig aufgeklärt.“(I13)

Die meisten Befragten wünschen sich dahingehend eine offene Gesellschaft, die „nicht ins Rechtsradikale abgleitet und nicht verbohrt ist. (I15)“

Obwohl Kritik an der aktuellen Politik geübt wird, wird das System der Demokratie nicht oder nur wenig in Frage gestellt.

„Es gibt das erstaunliche Phänomen, dass ich zwar die aktuelle Regierung und ein paar vorherige extrem inkompetent halte, aber es erstaunlicherweise Österreich trotzdem wahnsinnig gut geht. Also, ich bin da eigentlich sehr beeindruckt von diesem Selbstläufer Österreich, der irgendwie funktioniert. Obwohl ich wirklich nicht weiß, wie ein Faymann¹¹⁵ dazu produktiv beitragen kann. Es gibt offenbar Strukturen, die „unkaputtbar“ gemacht werden können, obwohl ich den Politikern schon sehr wenig zutraue. Mein Vertrauen in die Regierung und in die Politiker ist gering, aber mein Vertrauen in die Strukturen ist unermesslich. Ich habe keine Sorge, dass Österreich an die Wand gefahren wird. Mein Sicherheitsgefühl ist in Österreich sehr groß und ausgeprägt. (I6)“

Alle Interviewpartner_innen gaben auf die Frage, wo sie selbst ihr Vertrauen in die österreichische Demokratie zwischen 0 und 100 Prozent einordnen würden, an, dass ihr Vertrauen zwischen 60-85 Prozent liege. In diesem Zusammenhang wurden vor allem der Rechtsstaat und seine Institutionen als positiv bewertet. Daraus lässt sich ablesen, dass es ein überdurchschnittliches Maß an Vertrauen und politische Unterstützung auf Systemebene gibt. Die Interviews zeigen jedoch, dass Parteien und auch die Regierung in dieses Vertrauensverhältnis nicht einbezogen werden.

Die Zufriedenheit mit dem und das Vertrauen in den Gesundheits- und Bildungsbereich sind ambivalent. Das Spektrum der Aussagen reicht hier von gar nicht zufrieden bis hin zu sehr zufrieden. Erst im direkten Vergleich mit den Herkunftsgesellschaften schneidet Österreich dann generell sehr gut ab. Ohne diesen von den Befragten selbst hergestellten Bezug zu den

¹¹⁵ Dieses Interview wurde zu der Zeit geführt als der österreichische Bundeskanzler noch Werner Faymann von der SPÖ war.

Westbalkanstaaten sind die Einschätzungen eher gemischt und in den Erzählungen wird vermehrt auf negative Beispiele im Gesundheits- und Bildungsbereich zurückgegriffen. An dieser Stelle ist eine deutliche Diskrepanz zwischen Systemvertrauen und individuellem Vertrauen sichtbar. Nach der Definition von Easton ist die diffuse Unterstützung der Demokratie bei den Befragten hoch, während die spezifische Unterstützung tendenziell geringer ist. Diese hohe diffuse Unterstützung geht mit einer Bindung und dem Wissen über demokratische Werte einher und bildet quasi die Basis des Systemvertrauens. (Easton 1975/Fuchs 2002) Dadurch erhalten Institutionen ihre Legitimität. Diese Werteebene beeinflusst die Erwartungen, die Erfahrungen und die Einstellungen der Bürger_innen und begünstigt das generalisierte Vertrauen. Die Bürger_innen unterscheiden also zwischen den verschiedenen Vertrauensarten, vor allem zwischen Vertrauen in Institutionen sowie generalisiertem Vertrauen und dem individuellen oder personellen Vertrauen. Auch innerhalb des System- und Institutionenvertrauens werden Unterschiede zwischen Vertrauen ins Parlament, in die Regierung, in die Parteien, in die Gesetzgebung, in die Polizei und Justiz von den Befragten gemacht.

Die Interviews förderten zutage, dass das Vertrauen in die Struktur zwar gegeben ist, aber das Vertrauen in Organisationen sehr stark abhängig von der Art und der Ausrichtung der Organisation ist. Informelle Netzwerke genießen dabei höheres Vertrauen als etablierte oder institutionalisierte Vereine. Zudem werden Interessensorganisationen wie die Wirtschafts- oder Arbeiterkammer in den Interviews nicht genannt. Sie stehen nicht im Fokus der Aufmerksamkeit der Befragten. Auch das Vertrauen in die EU generell oder EU-Institutionen ist gering. Ethnisches, soziales Kapital ist zwar bei den Befragten vorhanden, aber auch Netzwerke, die ihren Ursprung in anderen Bereichen wie beispielsweise im Studium oder im Berufsleben haben. Ethnisches, soziales Kapital wird von den Interviewpartnern oft mit transnationalem Engagement verknüpft. Es ist aber nicht die einzige

Kapitelsorte auf die in der Praxis zurückgegriffen wird. Vielmehr stellt sie einen Zugang bzw. eine spezifische Ressourcenart dar.¹¹⁶

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass es zwar ein generelles positives Verhältnis zum österreichischen, demokratischen System und seinen Strukturen gibt, die politischen Repräsentanten desselben jedoch sehr kritisch betrachtet werden. So erzählte eine Interviewpartner: *„Ich bin politisch interessiert und finde es wichtig sich zu engagieren, aber ich kann mich für die Regierungspolitik nicht erwärmen.“*(I9) Oder ein anderer Gesprächspartner: *„Ich finde die Arbeit der Wiener Stadtpolitik zwar in Ordnung, aber ich finde es äußerst problematisch, dass der Wiener Bürgermeister schon so lange im Amt ist. Diese extrem lange Amtsperiode finde ich demokratiepolitisch nicht vertretbar.“* (I2)

Generell zeigen die Interviews, dass die Zufriedenheit mit Lokalpolitik und Lokalpolitiker_innen höher ist als mit der Bundes- und Regierungspolitik. Die Befragten unterscheiden die unterschiedlichen, politischen Ebenen sehr deutlich, wobei es eine tiefe Diskrepanz zwischen der lokalen Ebene und der Landes-, Bundes- und EU-Ebene gibt. Das manifestiert sich nicht nur im Vertrauen, sondern auch in der Zufriedenheit mit politischen Institutionen. Das Vertrauen in die Politik und dem politischen System der Herkunftsregionen (vor allem Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien) liegt bei allen Befragten bei 0 Prozent. Die Interviews fördern weiter zutage, dass das politische System der Herkunftsländer bei dieser Personengruppe weder Vertrauen noch politische Unterstützung genießt, da dieses für die Bürger_innen keine Vorteile mit sich bringt. Im Gegenteil, die Befragten bilanzieren, dass durch Korruption und Klientelismus staatliche Strukturen bewusst ausgehöhlt und funktionsunfähig gemacht werden.

¹¹⁶ In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird zwischen unterschiedlichen Funktionen von ethnischen Vereinigungen unterschieden: assimilierend, brückenbildend, segregierend. Parallel wird darauf aufmerksam gemacht, welche Intentionen und Ziele die jeweiligen Vereine verfolgen und man sich jeden einzelnen Verein anschauen muss, um sagen zu können, welche Richtung er einschlägt. Zudem wird bemängelt, dass es noch zu wenig vergleichende Studien zum Thema ethnische Vereinigungen und Sozialkapital gibt. In den Interviews spielen ethnische Vereine eher eine untergeordnete Rolle und werden deshalb in der Arbeit nur am Rande behandelt. Vielmehr geht es in dieser Dissertation um die Perzeption der Bürger_innen.

Unter solchen Bedingungen ist die Demokratie gefährdet. Es fehlt vor allem eine soziale Chancengleichheit, was sich negativ auf die Wertschätzung des politischen Systems auswirkt. Die politische Apathie der Elterngeneration kann unter anderem dadurch erklärt werden, dass ihre Erwartungen hinsichtlich positiver, demokratischer Entwicklungen in den Herkunftsländern nicht erfüllt wurden. Dieses Scheitern der eigenen Hoffnungen gegenüber dem politischen System erschüttert den Glauben daran, etwas bewirken zu können, massiv und kann auch zu einer weitest gehenden Abwendung von ihm führen. In einer solchen Wahrnehmung werden alle Politiker über einen Kamm geschoren und als korrupt bezeichnet. Das hat auch Konsequenzen für das Verhältnis dieser Generation zu Österreich. Dazu trägt auch die eigene Migrations- und Integrationserfahrung bei. Diese lässt sich in der Maxime zusammenfassen: Nicht auffallen, sich ruhig und angepasst verhalten. So eine Haltung verhindert Beteiligung und verstärkt den Rückzug ins Private. Gleichzeitig mit dieser praktischen politischen Apathie werden politische Entwicklungen des Balkans beobachtet und diskutiert, bis ins kleinste seziert, was eine Überpolitisierung des Alltags einiger Eltern der Befragten zur Folge hat.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die politischen Einstellungen der Befragten durch die Wahrnehmung einer deutlichen Kluft zwischen politischer Elite und Bürger_in sowohl in Österreich als auch in der Herkunftsgesellschaft geprägt sind. Das senkt die Legitimität der politischen Repräsentanten_innen. Durch den vorherrschenden Generationenunterschied und die eigene Migrations- und Integrationserfahrung positionieren sich die Befragten selbst abseits der Elterngeneration. Sie nehmen dabei zwar eine differenzierte, politische Haltung ein, sind aber dennoch äußerst kritisch bei der Beurteilung politischer Praktiken.¹¹⁷

¹¹⁷ An dieser Stelle wird der exemplarische und explorative Zugang der Dissertation noch einmal deutlich, da nur die Aussagen aus den Interviews ausgewertet werden. Zweifelsohne wären in diesem Zusammenhang weitere Forschungen notwendig, die auch die dritte Generation ex-jugoslawischer Bürger_innen (Jugendliche und junge Erwachsene) oder andere Migrantengruppen wie türkisch-stämmige Zuwander_innen verstärkt im Blick haben. Um dadurch auch Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu den Ergebnissen dieser Studie ziehen zu können.

An dieser Stelle werden die empirischen Erkenntnisse des Ergebnisbausteins D „Einstellungen und Orientierungen“ noch einmal systematisch zusammengefasst:

- A.) Die Konzepte Zugehörigkeit und „Heimat“ sind immer mit den individuellen Erfahrungen und den Emotionen der Bürger_innen verbunden. Bestimmte Elemente von Zugehörigkeit können sowohl von außen zugeschrieben, als auch subjektiv politisch aufgeladen sein. Die politische Konnotation von Zugehörigkeit spiegelt sich in einer ethnischen oder nationalen Auslegung von Zugehörigkeit wider und zielt auf die Durchsetzung und Förderung bestimmter, meist politisch exkludierender Interessen und Zielsetzungen ab.
- B.) Die Interviewpartner_innen distanzieren sich bewusst von einer rein ethnischen oder nationalen Definition von Zugehörigkeit. Vielmehr beinhaltet Zugehörigkeit transnationale, lokale, private, öffentliche und plurale Elemente, die sich auf fluide Weise wechselseitig bedingen. Zugehörigkeit formiert sich vor diesem Hintergrund unabhängig von Staatsbürgerschaft und Geburtsland bzw. jene letztgenannten Faktoren prägen nur einen geringen Teil der Zugehörigkeit.
- C.) Zugehörigkeit wird von den Befragten vielfach mit gesellschaftlicher Anerkennung in Österreich und einem generellen Willkommensgefühl assoziiert. Elemente der Herkunfts- und der Aufnahmegesellschaft (der Eltern) stehen nicht im Widerstreit, sondern werden als Ressourcen wahrgenommen. Die Befragten definieren sich selbst als „Weltbürger“ (I2, I7, I14), obwohl ihr Lebensmittelpunkt in Österreich liegt. Dieser Umstand sollte bezüglich der künftigen Generierung von sozialen und politischen Ressourcen als positiv bewertet werden, weil er auf die transnationale Ausrichtung von Einstellungen und Lebensweisen hinweist.

- D.) Neben der rechtlich-politischen Dimension hat Staatsbürgerschaft auch eine emotionale Komponente. Für die etablierte Politik bedeutet die Erlangung der Staatsbürgerschaft die Beseitigung des letzten Steines am Integrationsweg. Die Befragten stehen dieser zentralen Annahme der staatlichen Stellen jedoch ambivalent gegenüber. Emotionale Zugehörigkeit zu Österreich wird in der hier untersuchten Gruppe eher durch die eigenen positiven und negativen Migrations- und Integrationserfahrungen bestimmt, als durch die Erlangung der Staatsbürgerschaft.
- E.) Obwohl alle Befragten das Recht in Österreich wählen zu dürfen als positiv empfinden, wiegt es nicht die bürokratischen und finanziellen Hürden des Bewerbungsprozesses für die Staatsbürgerschaft auf. Als Hauptmotiv für eine Bewerbung auf die österreichische Staatsbürgerschaft, nannte die Mehrheit die Möglichkeit der Reisefreiheit.
- F.) Keiner der Befragten nahm das Wahlrecht im Herkunftsland in Anspruch, da nach eigenen Angaben der Lebensmittelpunkt in Österreich liegt. Das große Interesse an österreichischer Politik mit gleichzeitigem Ausschluss der Nichtbürger_innen von Wahlen weist auf ein brachliegendes politisches Beteiligungspotential hin.
- G.) Die Befragten verbinden mit Demokratie vor allem Volkssouveränität und betonen die Relevanz des Bürgers im politischen Prozess. Gleichzeitig wird kritisiert, dass die Wünsche, Ideen und Erwartungen der Bürger_innen von der offiziellen Politik nicht oder nur unzureichend gehört und wahrgenommen werden. Demokratie wird gleichzeitig definiert als ein System, indem man so leben darf wie man möchte. Deshalb genießt die Systemebene (Werteebene) relativ hohes Vertrauen und Unterstützung, während die politischen Repräsentanten und Institutionen nur geringes Vertrauen genießen.

H.)Die Befragten räumen der politischen Bildung und dem politischen Wissen über politische Entwicklungen, Hintergründe und Systeme eine zentrale Rolle im Partizipationsprozess ein. Deshalb fordern sie vor diesem Hintergrund mehr politische Bildung in Schulen und die Förderung eines stärkeren politischen Bewusstseins.

7. Zusammenfassung der Ergebnisse

Im Mittelpunkt dieser Dissertation stand die Frage, welchen Beitrag ex-jugoslawische Bürger_innen, die in Österreich leben, unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit zur österreichischen Demokratie leisten können. Besonders interessant war in diesem Zusammenhang die Erforschung des ungenutzten politischen Beteiligungspotentials. Da die empirische Studie auch Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft miteinschloss, wurde in dieser Arbeit bewusst auf einen breit angelegten Demokratiebegriff zurückgegriffen. Die Weite des verwendeten Demokratiekonzeptes spiegelte sich unter anderem in der hohen Bedeutung des vorpolitischen Raumes für die Fragestellung wider. Die ungenutzten Potentiale der Mitbestimmung sollten dabei näher beleuchtet werden. Diesbezüglich leistet die Dissertation einen spezifischen Beitrag zur Forschung auf diesem Gebiet, da durch die problemzentrierten Interviews die Möglichkeit geschaffen wurde, eine empirische Sonde in diese Personengruppe der österreichischen Gesellschaft zu senden und dadurch auch Fragestellungen künftiger Forschungen (vorab) zu schärfen. Die Verbindung von Konzepten aus verschiedenen Forschungsfeldern wie unter anderem Migration – Transnationalismus oder Demokratietheorie und die Wirkung vorpolitischer Partizipation auf die Haltung zur Demokratie ermöglichte es die Fragestellung zu präzisieren und die empirische Studie auf der gesellschaftlichen Mikroebene anzusiedeln. Die politische Relevanz ungenutzter, demokratischer Potentiale ex-jugoslawischer Bürger_innen in Österreich stand dabei im Vordergrund. Die Vielschichtigkeit der Personen und ihre unterschiedlichen Zugänge zu Rechten, verschiedenen transnationalen und ethnischen Zugehörigkeiten, Migrationsbiographien, Bildungswege und spezifischen sozialen Netzwerke waren besonders spannend

anhand der problemzentrierten Interviews zu analysieren. Diese Vielschichtigkeit spiegelt sich aber auch im politischen Engagement der Befragten wider. Politische Beteiligungen finden in diesem Kontext auch ohne österreichische Staatsbürgerschaft statt, da sie verstärkt anderen Konzepten wie zum Beispiel dem Konzept der transnationalen Räumen, vorpolitischen Bereichen und der individuellen Migrationsbiographie unterliegen. Die gemachten Erfahrungen in diesen Bereichen spielen dabei eine überdurchschnittliche Rolle in der Perzeption der Bürger_innen. Die transnationale Selbstverortung und der deutliche, emotionale Bezug zu Österreich stehen in der Selbstwahrnehmung der Bürger_innen nicht im Widerstreit. So kann - angelehnt an die Überlegungen von Dieter Fuchs - gesagt werden, dass die Praxis der Demokratie durch alle gemachten positiven und negativen Erfahrungen der Bürger_innen beeinflusst wird. Vor allem Erfahrungen und Erlebnisse aus dem vorpolitischen Bereich können sich massiv auf die politische Partizipationsbereitschaft auswirken. Politische Beteiligungsprozesse werden dabei von unterschiedlichen Komponenten bestimmt. Neben gängigen Beeinflussungsfaktoren wie Zeit, Bildungsniveau, Einkommen und der generelle Glaube, etwas bewirken zu können, unterliegt politische Partizipation und politisches Interesse auch dem Vorhandensein von transnationalen Räumen, der individuellen Migrationsbiographie und dem vorpolitischen Bereich. Eine solche Sichtweise von politischer Partizipation und beteiligungsorientierter Demokratie ist alltagsnah und misst dem Bürger bzw. der Bürgerin selbst einen hohen Stellenwert bei. Die Interviews unterstreichen die Relevanz alternativer Formen politischer Beteiligung und die Relevanz des vorpolitischen Bereichs. Sie spiegeln zudem das Zusammenspiel von politischer und sozialer Partizipation wider. Sie zeigen auch den ambivalenten Charakter von transnationalen Verbindungen im Spannungsfeld der transnationalen Selbstverortung der Befragten und dem beschriebenen, starken Zugehörigkeitsgefühl zu Österreich. Die Perzeption der Bürger_innen ist also ein immanenter Bezugspunkt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Widersprüche in der eigenen politischen Wahrnehmung wie beispielsweise sich selbst als politisch zu bezeichnen, obwohl keine konventionell-politische Teilhabe im Herkunftsland stattfindet, ist nur ein Teil davon. Die Interviews spiegeln eine Verzahnung von Interessen an

österreichischer und herkunftslandbezogener Politik wider. Die unterschiedlichen Beiträge der befragten Bürger_innen, die in den Ergebnisbausteinen beschrieben wurden und weiter unten noch einmal in kompakter Weise zusammengefasst werden, zeigen ihre besondere Beziehung zur Politik und geben den Blick auf ihr politisches Beteiligungspotential frei. Die Fragestellung und die Forschungsfragen dieser Dissertation standen also im unmittelbaren Zusammenhang mit den „vordemokratischen Kriterien“ (Fuchs 2003) einer Demokratie bzw. mit den vorpolitischen Bereichen und den „Rückkopplungseffekten“ einer Demokratie. Der Fokus dabei lag auf der Frage, welche Rolle vorpolitische Bereiche – konkret die Migrationsbiographie, transnationale Räume und lebensnahes Engagement (vor allem kulturell/sozial) – bei der Ausgestaltung von politischer Partizipation spielen können. Die Perzeption eines bestimmten Teils der österreichischen Bevölkerung, nämlich die der ex-jugoslawischen Bürger_innen der „Zweiten Generation“, stand dabei im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Theoretisch angelehnt an das Analyse-Konstrukt der Demokratie von Dieter Fuchs (Vgl. Fragestellung, 2.2.) wurde in der Dissertation der Relevanz des vorpolitischen Bereichs für die Stärkung der politischen Partizipation nachgegangen. Die Ergebnisse sind vielfältig und spiegeln teilweise auch die ambivalente Haltung, die Erwartungen und die Erfahrungen der Bürger_innen auf den verschiedenen demokratischen Ebenen des Analysemodells von Fuchs wider. In diesem letzten Kapitel wird nun der Versuch unternommen die vielfältigen Ergebnisbausteine zusammenzufassen und Bezugspunkte zum theoretischen Teil der Arbeit herzustellen. Die Aussagen dieser Dissertation werden weder mit einem Anspruch auf Universalität noch auf Repräsentativität formuliert. Es handelt sich um eine exemplarische empirische Sonde in eine relevanten Gruppe der österreichischen Gesellschaft und ihre Überzeugungen sowie Erfahrungen. Trotz dieser induktiven Vorgehensweise und mit dem Wissen nur einen kleinen gesellschaftspolitischen Bereich bearbeitet zu haben, wird der Versuch unternommen, an dieser Stelle den empirischen Teil an die theoretischen Überlegungen zurückzukoppeln. Die Bindeglieder dabei sind einerseits die Analyseebenen der Demokratie nach Dieter Fuchs (Siehe Abbildung 2, S.27)

und andererseits einzelne theoretische Befunde, die sich in den empirischen Ergebnisbausteinen wiederfinden.

Die Relevanz des vorpolitischen Bereichs und der Wahrnehmung der Demokratie durch die Bürger_innen

Wenn wir uns die Fragestellung (siehe die Abbildung der „Analyseebenen der Demokratie nach Dieter Fuchs“ und deren Erläuterung) noch einmal vor Augen führen, dann sind die Forschungsfragen sowohl mit den „vorpolitischen Kriterien“ und der Praxis oder der Performanz der Demokratie verbunden als auch mit den so genannten Rückkopplungseffekten von unten nach oben. Jene empirischen Ergebnisse, die sich vor allem im Ergebnisbaustein D (Einstellungen und Orientierungen) widerspiegeln, weisen auf eine generell positive Einstellung der Bürger_innen zu den „normativen Prinzipien“, also der Werteebene der Demokratie, hin. Nach David Easton unterstützen die Bürger_innen das System somit auf diffuse Weise. Die Aussagen über das Vertrauen in die österreichische Demokratie lassen auf eine relativ hohe Unterstützung allgemeiner, demokratischer Werte schließen. Mit der generellen diffusen Unterstützung verbunden ist auch das hohe Systemvertrauen der Befragten. Die Interviews spiegeln dahingehend ein generelles Vertrauen in gesellschaftliche Rollen (z.B.: Richter) und Strukturen (z.B. Familie) wider. Das Systemvertrauen variiert also je nach persönlicher Erfahrung und dem individuellem Vertrauen auf der Ebene der Performanz. Generalisiertes soziales Vertrauen spiegelt sich unter anderem in informellen Netzwerken, in der Erfahrung mit sozialem Engagement und in ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe wider. Die Vorstellungen der Bürger_innen über den Nutzen der Demokratie sind dabei durchwegs positiv. Nach Aussagen der Bürger_innen hilft die Demokratie ein freies, tolerantes und offenes Leben zu führen. Die Bürger_innen glauben an die politische Gemeinschaft und halten die Demokratie als die beste aller Regierungsformen. Reflektiert unterscheiden sie dabei das Ideal einer Demokratie und ihren momentanen Ist-Zustand, ihr praktisches Funktionieren. Das Ideal einer Demokratie wird durchwegs positiv bewertet und unterstützt. Der Ist-Zustand hingegen, der in der Perzeption der Bürger_innen mit der Performanz und der Praxis, also dem Output des Politischen, gleich gesetzt wird, wird eher ambivalent bewertet. Diese

teilweise positive, aber auch sehr stark negative Bewertung der Praxis der Demokratie durch gemachte Erfahrungen mit politischen Repräsentant_innen sowie negativen Erfahrungen auf der Ebene der „implementierten Struktur einer Demokratie“ (Fuchs) beeinflussen auch die Rückkopplungseffekte von unten nach oben (von der Performanzebene über die Struktur- bis hin zur Werteebene).

Im Vergleich zu den Herkunftsländern (der Eltern) genießt die österreichische Demokratie und das demokratische System generell hohes Vertrauen. Das Vertrauen und die Zufriedenheit mit dem politischen System der Herkunftsländer sind hingegen äußerst gering bzw. überhaupt nicht vorhanden. Das Leben in transnationalen Räumen befähigt die Bürger_innen zu dieser vergleichenden Einschätzung, da sie über die Entwicklungen im Herkunftsland durchwegs informiert sind und auch über politische Ereignisse in Österreich im Familien- und Freundeskreis sprechen. Dieses hohe politische Interesse und diese intensive Auseinandersetzung mit den politischen Entwicklungen Österreichs sowie internationalen und ex-jugoslawischen Themen gehen einher mit einer frühen Politisierung durch die Balkankriege der 1990er Jahre.

Über die Zeit hinweg bleibt das politische Interesse für Kriegs- und Postkriegsdebatten innerhalb der Herkunftsregionen hoch. Hierbei lassen sich jedoch deutliche Generationenunterschiede feststellen. Vor allem die Art der Auseinandersetzung wie sie beispielsweise im offenen Sprechen über Kriegsvorkommnisse oder über die Gretchenfrage nach der Schuld an den Kriegen, zum Ausdruck kommt, divergiert hinsichtlich Alter und Bildungsstand. Während die Interviewpartner_innen politisches Interesse als integralen Bestandteil und als adäquates Instrument der politischen Beteiligung betrachten, weist die Elterngeneration entweder eine apathische oder eine überpolitisierte Haltung in Bezug auf politische Themen (der Herkunftsgesellschaft) auf. Diese Apathie oder aber die Überpolitisierung beeinflussen ihre Partizipationsprozesse negativ und sie stellen somit ein massives Hemmnis für ihr Verhältnis zur Demokratie dar, das zur Abwendung von jeglicher politischer Partizipation führen kann.

Die Werteebene der Demokratie wird nicht nur durch die weiter oben beschriebenen Rückkopplungseffekte ausgehend von der Performanzebene beeinflusst, sondern auch vom Vorhandensein und der Ausprägung vorpolitischer Bereiche. Vorpolitische Bereiche wirken massiv auf die unterschiedlichen „Analyseebenen der Demokratie“ ein. Zunächst natürlich auf die Praxis der Demokratie, hier konkret auf die politische Partizipation der Bürger_innen. Dann auch auf die „Ebene der normativen Prinzipien“, also auf die Werteebene. Während die Rückkopplungseffekte von der Performanzebene auf die Werteebene – ausgehend von den empirischen Ergebnissen – eher negativer Art sind, wirkt der vorpolitische Bereich hingegen positiv auf die Praxis und die Werteebene der Demokratie ein. Die Rückkopplungseffekte des vorpolitischen Bereichs sind deshalb positiv konnotiert und können zur Erklärung herangezogen werden, warum trotz der schlechten Bewertung der Performanz, die Werte der Demokratie als positiv betrachtet werden. Die empirischen Ergebnisbausteine zeigen, dass diese Paradoxie bzw. dieser Widerspruch der Nicht-Linearität der Rückkopplungseffekte durch das massive Vorhandensein „vorpolitischer“ Kriterien positiv beeinflusst wird. Der vorpolitische Bereich, das Leben in transnationalen Sozialräumen und die Migrationsbiographie wirken sowohl positiv auf die Praxis der Demokratie als auch auf die generelle Werteebene der Demokratie ein. Wie genau, versucht nun ein tieferer Blick – basierend auf den empirischen Erhebungen – auf den vorpolitischen Bereich zu klären.

Fuchs nennt in seinen Studien als Beispiele für „nicht-demokratische Kriterien“ vor allem sozialstaatliche Leistungen und ökonomische Sicherheit. In der Fragestellung wurden diese Beispiele mit dem lebensnahen Bereich, der soziales, kulturelles und auch sportliches Engagement umfasst, erweitert. Zudem wirken die Migrationsbiographie der Bürger_innen und das Leben in transnationalen, sozialen Räumen auf die Praxis und die Werteebene der Demokratie ein. Das war zumindest eine der zentralen Annahmen dieser Dissertation. Diese Beeinflussung ist aber nicht per se als positiv zu bewerten, sondern unterliegt den jeweiligen persönlichen Erfahrungen der Bürger_innen. Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass die Migrationsbiographie der Bürger_innen und dahingehende Erfahrungen mit der Aufnahmegesellschaft,

Erfahrungen mit Integration und Diskriminierung und die eigenen Politisierungsprozesse sowohl negativ als auch positiv auf die Praxis und auf die Werteebene der Demokratie Einfluss nehmen können. So fördern die durchgeführten, problemzentrierten Interviews mit narrativen Elementen zutrage, dass die aktive und passive Erfahrung des Bosnienkrieges (1992-1995) die eigene (Migrations-)Biographie und das politische Bewusstsein der Bürger_innen massiv dominiert. Die ersten Erfahrungen mit dem Themenfeld „Politik“ sind dabei negativ konnotiert und bewirken in der Folge einen kritischen Umgang mit politischen Entwicklungen und dem Output politischen Handelns. Mit dem Bewusstsein und der Erfahrung, „zu was Politik fähig sein kann“ (I3), weisen die Befragten einerseits ein hohes politisches Interesse, und andererseits eine hohe Bereitschaft zur politischen Beteiligung auf. Diese Beteiligung findet dabei nicht nur auf der konventionellen Ebene statt, sondern auch verstärkt im alternativen Bereich. Diese Hinwendung zur alternativen oder unkonventionellen politischen Partizipation resultiert sowohl aus dem rechtlichen Ausschluss aufgrund der Staatsbürgerschaft als auch aus der überdurchschnittlich positiven Bewertung alternativer politischer Partizipationsformen und dem lebensnahen Engagement. Das große Interesse für österreichische politische Entwicklungen und Ereignisse, was unter anderem im Ergebnisbaustein C „Praxen und Formen der Beteiligung“ näher beschrieben wurde, mit dem zeitgleichen, rechtlichen Ausschluss auf politischer Ebene verweist ganz deutlich auf ein vorhandenes, aber ungenütztes, brachliegendes politisches Beteiligungspotential. So zeigen die Interviews, dass vor allem konventionelle Beteiligungsformen in enger Verbindung zu Österreich stehen. Denn keiner der Befragten ohne österreichische Staatsbürgerschaft nahm das Wahlrecht im Herkunftsland in Anspruch, da nach eigenen Aussagen ihr Lebensmittelpunkt in Österreich liegt. Um es genauer einschätzen zu können, wären aber weitere Analysen rund um den Zugang zu Staatsbürgerrechten nötig. Basierend auf den empirischen Erhebungen der Dissertation kann nur vermutet werden, dass es sich um ein großes, ungenütztes Potential handelt.

Der Blick auf diese politisch-rechtliche Dimension von Integrationsprozessen zeigt das angespannte und ambivalente Verhältnis zwischen Zugehörigkeit,

politischen Rechten und Staatsbürgerschaft, dem Bürger_innen mit Migrationshintergrund öfters unterliegen. Die Befragten reflektierten ihre Erfahrungen bezüglich der Staatsbürgerschaft sehr ambivalent. Sie betrachten den Bewerbungsprozess für die österreichische Staatsbürgerschaft mit äußerst gemischten Gefühlen. Sie finden es befremdlich, dass sie zwar in Österreich aufgewachsen sind und selbst ihren gegenwärtigen und künftigen Lebensmittelpunkt in Österreich verorten, aber sich dennoch einem komplizierten, bürokratischen und finanziell sehr belastenden Bewerbungsprozess um eine formelle Rechtsposition aussetzen müssen. Vor diesem Hintergrund wird das Recht in Österreich zu wählen zwar als wichtig empfunden, aber diese positive Bewertung allein motiviert nicht dazu, die immensen bürokratischen und finanziellen Hürden, die in dem Prozess des Rechtes aufgebaut werden, in Angriff zu nehmen. Erst durch die Verbindung der Staatsbürgerschaft mit der Reisefreiheit lohne sich das Bewerbungsprozedere. Diese Interviewaussagen zur Staatsbürgerschaft stehen den Annahmen gängiger Migrationspolitiken diametral gegenüber. Für zukünftige Studien zu dieser Problematik wären interessant nicht nur andere ex-jugoslawische Gruppen zum Beispiel die „dritte“ Generation (Schüler_innen und Student_innen, junge Erwachsene) zu befragen, sondern auch türkisch-stämmige Gastarbeiter_innen (zweite und dritte Generation) vergleichend zu analysieren. Spannend wäre hier unter anderem eine Antwort auf die Frage zu finden, warum sich trotz eigener österreichischer Staatsbürgerschaft eine eher am Herkunftsland der Eltern orientierte Zugehörigkeit herausbilden kann.

Die empirischen Ergebnisse weisen zudem darauf hin, dass alternative politische Beteiligung eher einen transnationalen Charakter aufweist. Generell lässt sich aus den Interviews ein Trend zu alternativer, politischer Beteiligung ablesen. Der Übergang zu sozialem und kulturellem Engagement ist dabei fließend. Als ein Beispiel dafür wurde die Arbeit des Vereins „Futurebag“ angeführt. Soziales Engagement weist auch eine politische Komponente auf, da es einerseits die Intention hat Sozialhilfe für Erstklässler in Bosnien-Herzegowina zu leisten, wozu der dortige Staat nicht in der Lage ist, und andererseits werden die Spenden durch spezielle kulturelle Veranstaltungen

gesammelt. Um die Mittel für eine soziale Aufgabe zu sammeln, welche der Staat eigentlich leisten müsste, aber sich dazu nicht in der Lage erweist, werden in transnationalen kulturellen Veranstaltungen Elemente aus der alten und neuen Heimat miteinander verflochten. So realisiert dieser Verein eine „bridging“-Netzwerkfunktion. Bei dieser Art des Engagements wird auch bewusst auf ethnisches Sozialkapital zurückgegriffen, um Veranstaltungen zu organisieren und ein vielfältiges Publikum anzusprechen. genießen zu können. Das Zielpublikum solcher Veranstaltungen sind nicht nur ex-jugoslawische Bürger_innen sondern auch kulturell interessierte Österreicher_innen ohne einen so genannten Migrationshintergrund. Diese transnationale Ausrichtung der Veranstaltungen wird seitens der Organisatoren bewusst vorgenommen, da sie sich selbst bislang von der österreichischen Gesellschaft und den Vertretern der politischen Parteien nur unzureichend angesprochen fühlen. Soziales Kapital manifestiert sich vor diesem Hintergrund in transnationalen, sozialen Beziehungen und muss immer wieder erneuert werden. Es fungiert zudem als Ressourcenquelle auf die im Alltag zurückgegriffen werden kann. Der strukturelle Aspekt von sozialem Kapital kommt verstärkt in sozialen Netzwerken zum Vorschein. Dazu zählen unter anderem freiwilliges soziales oder kulturelles Engagement, das nicht unbedingt an einen Verein gekoppelt sein muss, die Familie, der Freundeskreis und die Kontakte am Arbeitsplatz. Soziales Kapital spiegelt auch ein Stückweit die Relevanz von gesellschaftlichen Kontextstrukturen wider, da Beziehungen und Netzwerke auf der lokalen Ebene im Vordergrund stehen. Der oft bemängelte Nicht-Transfer von Sozialkapital auf die Makroebene der Gesellschaft spielt in der Perzeption der Bürger_innen nur eine untergeordnete Rolle. An dieser Stelle berühren sich soziales bzw. lebensnahes Engagement und alternative, politische Beteiligung. Die Intention für diese Arten der Teilhabe gründete in dem Wunsch ein politisches Bewusstsein für bestimmte Themen und Anliegen zu schaffen, sich auszutauschen bei politischen Diskussionen, sich Wissen anzueignen über politische Prozesse und sich dort sozial zu engagieren wo der Staat Defizite hinterlässt. Manchmal steht auch der widerständige Gedanke im Vordergrund, der Wunsch ein kritischer Bürger/ eine kritische Bürgerin zu sein, der sich bewusst gegen das politische Establishment richtet. Ob es seitens der Organisator_innen positiv bewertet wird, ob durch diese Formen der

Beteiligung institutionalisierte Politik stimuliert oder bestenfalls verändert wird, ist nicht primär von Bedeutung. Es gibt auf jeden Fall Rückkopplungseffekte. So zeigt sich, dass die Annahme, alternatives politisches Engagement stecke von vornherein auf lokaler Ebene fest und könne nicht auf die Makroebene transformiert werden, hier nicht bestätigt werden kann. Andererseits lässt sich nicht leugnen, dass dieser Transfer von den Akteur_innen oft gar nicht angestrebt wird. Das kann sich dann auch negativ auf das demokratische System und auf eine generelle Weiterentwicklung der Demokratie auswirken. Ignoranz der Strukturen des politischen Systems und eine Reduktion der Teilhabe auf die vorpolitischen Bereiche kann die Legitimität der Demokratie vermindern.

Davon ausgehend kann zusammenfassend gesagt werden, dass die Kritik an lebensnaher und alternativ-politischer Partizipation – genauer ihr Feststecken auf der Mikroebene der Gesellschaft – ihre Berechtigung hat. Allerdings lässt sich ausgehend von der empirischen Analyse dieser Studie auch die Annahme formulieren, dass der Wille der Bürger_innen zur politischen Mitentscheidung vor allem deshalb abnimmt, weil die Responsivität und die Repräsentativität des politischen Systems geringer wird und davon ausgehend die Mitwirkung an der etablierten Politik für die Bürger_innen kein erstrebenswertes Ziel mehr darstellt. Für die Befragten avanciert dadurch der lebensnahe Bereich zu einem sehr wichtigen Teil des Gemeinwesens. Partizipation dort wird zu einem Teil ihrer persönlichen Identität. Darin stecken gleichzeitig auch ungehobene Potentiale der Demokratie.

Politisch aktiv zu sein gründet auf sozialem und/oder kulturellem Engagement. Dieser Sicht- und Lebensweise liegt eine alltagstaugliche Definition von Demokratie zu Grunde. Demokratisch zu leben bedeutet vor diesem Hintergrund in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen aktiv und passiv teilzunehmen. Die Erfahrung von Migration, Flucht und Krieg spielt zusätzlich eine Rolle für eine differenzierte Wahrnehmung von Politik und einer stärkeren Bereitschaft zum politischen Engagement. Vor diesem Hintergrund ist Demokratie leichter erlernbar. Fuchs nennt das den „Sozialisierungseffekt“ (Fuchs: 265). Gemeint sind die gemachten Erfahrungen und Erlebnisse der

Bürger_innen mit „ihrer“ Demokratie. Demokratie benötigt demnach Kommunikation, den öffentlichen Raum und politisches Wissen über Hintergründe und Zusammenhänge. Die Interviews zeigen, dass die politische Bildung einen hohen Stellenwert in der Perzeption der Bürger_innen einnimmt. Deshalb fordern sie verstärkte politische Bildung an Schulen. Zudem plädieren sie für die Förderung eines generellen politischen Bewusstseins.

Die Interviews zeigen, dass Demokratie sehr oft mit Volkssouveränität gleich gesetzt wird. Das theoretische Konstrukt der Demokratie kann nach dieser Sichtweise nur durch die Gesellschaft – durch die Bürger_innen selbst – zum Leben erweckt werden. Die Bürger_innen und ihr Engagement standen im Zentrum der Aufmerksamkeit auch in dieser Dissertation. Sie sind der Dreh- und Angelpunkt der politischen Gesellschaft. Das spiegelt sich nicht nur in der partizipatorischen Demokratietheorie, sondern auch in den Debatten rund um Zugehörigkeit und Integration wider. Die Befragten kritisieren in diesem Zusammenhang, dass die Macht, die vom Volk ausgehen sollte, weder vom Volk noch von den politischen Repräsentanten richtig wahrgenommen wird. Sie bemängeln die unzureichende politische Ansprache ex-jugoslawischer Bürger_innen und ihre Repräsentanz in politischen Institutionen. Gleichzeitig üben sie Kritik an ihren ex-jugoslawischen Mitbürger_innen, die sich zu wenig in Österreich politisch engagieren. Diese Einstellungen wirken sich negativ auf die Performanzebene der Demokratie aus. Die Bürger_innen fühlen sich einerseits nicht ausreichend in ihren Interessen vertreten, und sind andererseits sehr kritisch im Umgang mit dem demokratischen Output an sich. An dieser Stelle wird eine Kluft zwischen den Werten sowie den dahingehenden Erwartungen an das demokratische System und den Ergebnissen der realen Politik und Regierungsarbeit sichtbar. Diese Kluft kann durch Engagement im vorpolitischen Bereich beeinflusst werden. Die empirische Studie zeigt, dass in diesem Fall die Kluft durch den Einfluss des vorpolitischen Bereichs, der Migrationsbiographie und dem Leben in transnationalen Räumen verkleinert werden kann. Angelehnt an die Interviews kann gesagt werden, dass diese Bereiche zweifelsohne eine große Rolle bei der politischen Partizipation ex-jugoslawischer Bürger_innen in Österreich spielen.

Welche Einflüsse das im Prinzip sind, wird im Ergebnisbaustein C „Formen und Praxen der Beteiligung“ zusammengefasst. Die Interviews zeigen, dass alternative Formen politischer Beteiligung im Alltag der Interviewten eine zentrale Rolle spielen. Die Formen der politischen Partizipation sind vielfältig. Die Befragten greifen auf die volle Bandbreite unterschiedlicher, konventioneller und unkonventioneller Beteiligungsformen zurück. Dazu zählen unter anderem das politische Interesse und dahingehende Diskussionen im Freundes-, Bekannten- und Familienkreis, der Konsum von traditionellen und sozialen Medien, die Kommentierung politischer Artikel (und Leserbriefe) in Onlineforen von traditionellen Medien und in sozialen Netzwerken, politisches Engagement auf lokaler Ebene, aktive und passive Teilnahme an politischen Diskussionsveranstaltungen, Wahlbeobachtungen, Teilnahme an Wahlen, Parteimitgliedschaft und dem Verfassen von politischen Liedern. Nur wenigen Interviewpartner_innen ging es dabei – wie oben bereits ausführlicher beschrieben – um die tatsächliche Mitwirkung oder die reale Einflussnahme auf den Prozess politischer Entscheidungen. Vielmehr war die Intention politischen Handelns die Sichtbarmachung von Interessen und die Förderung eines allgemeinen Bewusstseins für bestimmte Anliegen. Im Zentrum stand dabei oft der Wunsch widerständig zu sein und der politischen Elite durch Aktionen und lauter Stimme gegenüber zu treten. Gesellschaftliche Aufklärung, Systemkritik und die Schaffung eines politischen Bewusstseins – auch vor dem Hintergrund der eigenen Migrationserfahrung – war für die Bürger_innen bedeutender als die direkte Einwirkung auf politische Prozesse etablierter Politikstrukturen.

Ausgehend von dieser Analyse wird diese Art der Orientierung auf Teilhabe, die als widerständiges Moment bezeichnet wurde, als ambivalent betrachtet. Einerseits stellt sie für die Inputebene der Demokratie, für die Praxis der Demokratie und die Partizipation stellt sie eine deutliche Bereicherung dar. Für die generelle Legitimation, die Qualität von Demokratie und für die institutionalisierte Politik kann sie, andererseits, aber auch negativbegriffen Auswirkungen haben, insofern die Bürger_innen ihre Überzeugung, ihren Glauben und ihr Interesse an den Strukturen und der Weiterentwicklung von Demokratie auf der institutionellen politischen Ebene verlieren können. Diese

Annahme spiegelt sich unter anderem in den empirischen Ergebnissen wider, da keiner der Befragten die aktive oder passive Teilnahme an Interessensvertretungen wie beispielsweise in der Arbeiterkammer und in der Wirtschaftskammer genannt oder als relevant befunden hat. Für die Befragten spielen diese Möglichkeiten einer politischen Teilnahme keine bedeutende Rolle. Zudem ist oder war keiner der Befragten jemals Mitglied eines sogenannten Migranten-Vereins. Obwohl es private Kooperationen mit Kultur- und Sportvereinen gibt, besteht keine aktive Mitgliedschaft. Das Engagement ist meistens projektabhängig. Natürlich gibt es auch Ausnahmen, aber insgesamt die Interviewpartner_innen stehen solchen Vereinen kritisch gegenüber.

Die empirische Studie fördert weiter zutage, dass die strukturelle Dimension von Integrationsprozessen in der Migrationsbiographie der Befragten verstärkt durch die eigene schulische Bildung erfahren wird. Die Schule wird als erster Integrationsort bzw. als Ort der interkulturellen Begegnung in Österreich wahrgenommen und bleibt bei den meisten Befragten in ambivalenter Erinnerung. Die gemachten überwiegend negativen (und weitaus weniger positiven) Erfahrungen in der Schule sind lebensprägend und beeinflussen in weiterer Folge die allgemeinen Einstellungen zur Politik und Gesellschaft. Die ersten Erfahrungen in Österreich sind einerseits verbunden mit dem Wunsch, gesellschaftlich anerkannt zu werden, andererseits mit negativen Ressentiments aufgrund eines beschriebenen Andersseins sowie dem Erlernen einer neuen Sprache. Dabei setzen sich alle Interviewpartner_innen sehr kritisch und differenziert mit der eigenen Migrationsbiographie auseinander. Sie bilanzieren ihren Schul(-start) in Österreich äußerst reflektiert und nennen sowohl positive Erfahrungen wie beispielsweise das soziale Engagement von Einzelpersonen als auch negative Erfahrungen wie unter anderem Abwertungen im Schulkontext.

Von den Interviewten werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zur Elterngeneration wahrgenommen und beschrieben. Im Zentrum der Aussagen steht dabei, dass die Fokussierung der Elterngeneration auf die Herkunftsgesellschaft bewusst durchbrochen und in eine transnationale

Verortung umgelegt wird. Transnationale Lebenswelten werden dabei als Bereicherung betrachtet. Die Interviewpartner_innen fühlen sich nicht mehr zwischen den Stühlen sitzend, sondern picken sich aus den jeweiligen Gesellschaften, die schönen und interessanten Dinge heraus. Zugehörigkeit wird dabei abseits der Staatsbürgerschaft und abseits einer exklusiven Ethnie und dem Geburtsland hergestellt. Diese Aussagen lassen sich natürlich nur vor dem Hintergrund der für diese Dissertation erhobenen Interviews feststellen. Um hier ein genaueres Bild zeichnen zu können, müsste eine quantitative Studie die unterschiedlichen Facetten von Zugehörigkeit in den verschiedenen Schichten und Bevölkerungsgruppen mit ex-jugoslawischen Hintergrund messen. Diese Dissertation konnte das nicht leisten. Sie hat aber einen Beitrag zur Schärfung der Problemstellung erarbeiten können, die für weitere Forschungen genutzt werden kann.

Zugehörigkeit geht immer mit individuellen Erfahrungen und Emotionen der Bürger_innen einher. Bestimmte, subjektive Momente von Zugehörigkeit können sowohl von außen zugeschrieben, als auch politisch oder ethnisch aufgeladen sein. Die Befragten distanzieren sich jedoch in ihren Aussagen von einer rein ethnischen oder nationalen Definition von Zugehörigkeit. Vielmehr beinhaltet Zugehörigkeit für sie transnationale, lokale, private, öffentliche und plurale Elemente, die sich auf fluide Weise wechselseitig bedingen.

Die politisch beworbene Annahme, die Erlangung der Staatsbürgerschaft stelle den letzten Stein einer vollkommenen Integration in Österreich dar, erweist sich vor dem Hintergrund der empirischen Ergebnisse als haltlos und korrekturbedürftig. Der schwierige Bewerbungsprozess für die österreichische Staatsbürgerschaft in Bezug auf die Auferlegung hoher bürokratischer und finanzieller Hürden veranlasst einige der Befragten bewusst darauf zu verzichten. Andere, die sich diesen Bewerbungsmarathon aussetzen, berichten von Gefühlen der Scham und der eigenen Unzulänglichkeit. Besonders wird bemängelt, dass sie sich trotz ihres Aufwachsens in Österreich, einem langjährigen österreichischen Schulbesuch und der Ausrichtung des Lebensmittelpunkts in Österreich einer staatlichen Bewertung unterziehen müssen, „*ob sie nun reif sind echte Österreicher_innen zu werden.*“ Die

emotionale Zugehörigkeit zur Gesellschaft und zum Staat Österreich wird durch diesen Prozess nicht gefördert. Vielmehr beeinflussen die gemachten, positiven und negativen Migrations- und Integrationserfahrungen sowie die Anerkennung – oder eben Nicht-Anerkennung – durch die österreichische Politik und Gesellschaft die individuelle Zugehörigkeit. Die durchgeführten Interviews dieser Studie förderten zutage, dass Zugehörigkeit sehr stark mit gesellschaftlicher Anerkennung in Österreich und einem generellen Willkommensgefühl gleichgesetzt wird. Dabei stehen Elemente der Herkunfts- und der Aufnahmegesellschaft nicht im Widerstreit, sondern werden gleichermaßen als miteinander selbstverständlich zu nutzende Ressource wahrgenommen. Durch diese Perzeption der Bürger_innen definieren sie sich selbst als „Weltbürger_in“, obwohl sie ihren Lebensmittelpunkt klar in Österreich sehen. Dieser Umstand sollte positiv bewertet und seitens der etablierten Politik aktiver wahrgenommen werden. Als eine besser zu nutzende Ressource wird in diesem Zusammenhang von den Interviewpartnern Mehrsprachigkeit wahrgenommen. Rückblickend war das nicht immer so, denn Mehrsprachigkeit wurde im Kindes-, Jugend- und jungen Erwachsenenalter vermehrt als Ursache von Diskriminierung erlebt. Im Erwachsenenalter änderte sich diese Betrachtungsweise bei denen, die mehrsprachig kompetent waren. Mehrsprachigkeit wurde für diese Personengruppe zu einer wichtigen Ressource und Teil einer plural-ausgerichteten Zugehörigkeit. Somit gehört die strukturelle Dimension von Integration zu einem unumstößlichen Faktor im Prozess der Integration in Österreich.

Die Relevanz transnationaler Sozialräume

Die empirischen Erkenntnisse verweisen in einem letzten Schritt auf die Relevanz transnationaler Sozialräume. Transnationale Elemente und Verbindungen spiegeln sich in unterschiedlichen Bereichen wider. Sie finden ihren Einklang im politischen und lebensnahen Engagement, in sozialen Netzwerken, in den politischen Einstellungen und schlussendlich auch massiv im Alltag und der eigenen Migrationsbiographie. Sie weisen trotz der verschiedenen Kontexte immer einen stark informellen Charakter auf. Das spiegelt sich unter anderem bei dem Rückgriff auf Nachbarschaftshilfe oder andere soziale Netzwerke sowie bei Dienstleistungs- oder Sozialfragen wider.

Trotzdem verliert der Nationalstaat aufgrund dem Zugang zu Rechten und der sozialen Absicherung nicht an Bedeutung. Transnationale Lebenswelten umfassen lokales Engagement und Netzwerke, die dynamisch und fluide sind. Das Internet und die sozialen Medien fungieren dabei als zentrales Kommunikationsmittel, das unabhängig von territorialen Grenzen, Zeit und Geld genutzt wird. Das hat auch Auswirkungen auf die Möglichkeiten und die Organisation von politischem und lebensweltlichem Engagement in Österreich und in den Herkunftsgesellschaften. Soziale Medien werden auch von der Eltern der Befragten beansprucht. Sie fungieren als Wissensvermittlung, Diskussions- und Organisationsplattform und als Instrumentarium der alternativen, politischen Teilhabe. Soziale Medien sind also nicht unbedingt an ein bestimmtes Alter geknüpft. Was sich bei den Generationen in unterschiedlichem Ausmaß beobachten lässt, ist das generelle Leben in transnationalen Welten. Die Interviews verdeutlichen diesbezüglich einen markanten Generationenunterschied. Während die Elterngeneration einen starken Fokus auf die Herkunftsgesellschaft hat, bevorzugen die Kinder eine transnationale Lebensweise mit dem deutlichen Bezugspunkt Österreich. An dieser Stelle spiegeln sich auch widersprüchliche Aussagen und Gefühle der Befragten wider. Einerseits bezeichnen oder beschreiben sich viele Befragte selbst als „Weltbürger_in“, andererseits definieren sie Österreich als ihren Hauptbezugspunkt. Zwischen diesen unterschiedlichen Zugehörigkeitsweisen wird in den Erzählungen je nach Thema gewechselt, wobei in den Ausführungen der Interviewpartner_innen das eine nicht das andere ausschließt.

Aus Erzählungen kann eine weitere generationsbedingte Bruchlinie zwischen so genannter zweiter und dritter Generation definiert werden, die eher die Züge einer Diaspora-Gemeinschaft als einer transnationalen Lebenswelt aufweisen. Dahingehend sind weitere Forschungen notwendig, da es sich vorwiegend um Jugendliche und junge Erwachsene handelt, die in Österreich geboren wurden, aufwuchsen und selber keine Migrations- oder Fluchterfahrung aufweisen, aber ungeachtet dessen eine starke, emotionale Verbundenheit zum Herkunftsland der Eltern und Großeltern besitzen. Bei der ersten und zweiten Generation sind informelle Rücküberweisungen nach wie

vor stark verbreitet. Der lange Aufenthalt in Österreich hat daran nichts geändert. Rücküberweisungen und Sachspenden spielen eine dauerhafte und konstante Rolle im Leben der Befragten, was auf einen katastrophalen, sozioökonomischen Zustand in den Herkunftsländern verweist.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass transnationale Lebenswelten weder per se emanzipatorisch ausgerichtet sind, noch per se in eine sogenannte Parallelgesellschaft münden. Vielmehr sind sie dynamische Räume, die von den individuellen Lebensentwürfen, Migrationsbiographien und Einstellungen der Menschen abhängig sind. Zweifelsohne bergen sie aber enorme Ressourcen vor allem in Bezug auf Beteiligung. In diesem Zusammenhang ist es relevant darauf zu verweisen, dass in transnationalen, sozialen Räumen die deutsche Sprache und die Herkunftssprachen nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern in unterschiedlichen Kontexten verwendet werden. Mehrsprachigkeit sollte als Ressource und nicht als Exklusionsfaktor betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund wird deutlich dass Transnationalität nur wenig mit gesellschaftlicher Schichtung zu tun hat. Vielmehr spiegelt die österreichische Gesellschaft eine Vielfältigkeit wider, die über klassische ethnische Zuschreibungen hinausgeht. Dass diese Pluralität nicht immer als positiv bewertet wird und mit der Angst der Bildung einer sogenannten Parallelgesellschaft einhergeht, weist auf die Politisierung bestimmter Themen und Kontexte hin, die im Rahmen dieser Dissertation aufgrund ihrer Spannweite nur am Rande gestreift werden konnten. Dahingehend sind weitere Forschungen notwendig, um die Diskrepanz zwischen realer „Super-Diversität“ (Steven Vertovec) und parallelgesellschaftlichen Strukturen aufzuzeigen und den Ursachen für beide Phänomene nachzuspüren.

Vor diesem Hintergrund lohnt es sich vorpolitische Bereiche und die lokale Ebene „als Entstehungsort von neuen Formen der Demokratie“ (Marchart 2010, S.15) genauer unter die Lupe zu nehmen. Plurale Zugehörigkeiten und das alltägliche Leben mit all seinen Erfahrungen, Hindernissen und Chancen bilden das Fundament der Demokratie und der politischen Teilhabe. In diesem Sinne – und auf eine rudimentäre Form philosophisch – ist es die Aufgabe der

Bürger_innen mit und ohne Migrationshintergrund den Alltag, das demokratische Handeln im Alltag, als Übung und nicht als Herausforderung zu begreifen. Denn die Bürger_innen (er)leben Demokratie auf vielfältige Weise. Ihre Erfahrungen, ihr objektives und subjektives Wissen über Politik, ihre Erwartungen, ihre Ängste und Sorgen und der Zeitgeist bestimmen ihre Handlungen, ihre Werte und ihre Einstellungen zur Demokratie. Politische Partizipation wird zudem von der eigenen Migrationsgeschichte, vom Berufsleben, von der Familie, vom Freundeskreis, vom kulturellen und sozialen Engagement, von der Aktivität im Sportverein, von Stammtischgesprächen und von transnationalen Räumen beeinflusst. Partizipation ist dabei immer bedeutend, unabhängig ob sie in konventionellen oder alternativen Bahnen verläuft. Von der etablierten Politik sollte deshalb alle Formen einer lebensnahen, transnationalen und politisch-alternativen Beteiligung unabhängig von der Intention ihrer Akteur_innen aufgewertet werden. Es ist auch ratsam, den Bürger / die Bürgerin als widerständiges, politisches Subjekt zu begreifen, der/die durch unterschiedliche Formen von Partizipation seiner/ihrer Rolle - im Sinne Barbers - als demokratischer Schüler/ Schülerin gerecht wird.¹¹⁸ Diese Art der Anerkennungskultur sollte von der Politik gefördert werden. Politische Bildung könnte dafür genutzt werden, Demokratiekompetenz und eine aktive Bürgerschaft zu fördern, zu unterstützen und zu verbreiten. Im Handeln der hier untersuchten Personengruppe sind jedenfalls solche Keimzellen aktiven bürgerschaftlichen Engagements angelegt.

Obwohl politische Partizipation immer auch bestimmte, beobachtbare Reaktionen auf spezifische politische, kulturelle, soziale oder wirtschaftliche Ereignisse, Aussagen und Aktivitäten umfasst, muss auf die Biographie jeden Einzelnen besonderes Augenmerk gelegt werden. Anhand biographischer Forschung könnte diesbezüglich ein tieferes Verständnis für die Bereitschaft oder Nicht-Bereitschaft von politischer Teilhabe generiert werden. Faktoren

¹¹⁸ Teilweise wird bürgerliches Engagement seit geraumer Zeit von der Politik aufgewertet. Während in Deutschland beispielsweise eine Enquete-Kommissionen gegründet wurde, (2002: EK des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“), plädierte in Österreich der Expertenrat für Integration für die Aufwertung von unter anderem kulturellen und sportlichen Engagement innerhalb der Integrationsprozesse.

wie transnationale, soziale Räume und die Migrationserfahrung spielen dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Deshalb setzen die Akzeptanz und die Förderung lebensweltlicher und alternativer Partizipationsstrukturen eine Wahrnehmung und eine positive Anerkennung seitens etablierter Politikstrukturen voraus, die bei genauer Kenntnisnahme und gezielter Förderung in weiterer Folge auch die Gefahren von Parallelgesellschaften mindern könnte. Die Angst davor ist nur dann begründet, wenn die hier analysierten Keime eines aktiven bürgerschaftlichen Engagements anhaltend ignoriert werden. Durch alternative politische Teilhabe können demokratische Kompetenzen gestärkt und generelles Vertrauen gebildet werden. Der Alltag wird dadurch zur Schule der Demokratie, die zum Ziel hat seine Schüler_innen mit den nötigen Ressourcen auszustatten, um politisch und sozial aktiv zu sein. Ob solche emanzipierten Bürger_innen auch von der offiziellen Politik gewünscht sind, ist eine andere Frage.

8. Abbildungsverzeichnis

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|------|
| Abbildung 1: „Analyseebenen der Demokratie nach Dieter Fuchs“ | S.25 |
| Abbildung 2: Grobe Skizzierung des Bezugsrahmens der Fragestellung nach eigener Darstellung..... | S.29 |
| Abbildung 3: Unkonventionelle Formen politischer Beteiligung nach De Nève/ Olteanu..... | S.44 |
| Abbildung 4: „Funktionen politischer Beteiligung nach De Nève /Olteanu | S.47 |
| Abbildung 5: Makro-/ Mikroebene der Politik..... | S.57 |
| Abbildung 6: Objekte politischer Überzeugungen nach Almond/ Verba..... | S.58 |
| Abbildung 7: Legitimität und Effektivität nach Lipset..... | S.63 |
| Abbildung 8: Typologie des Vertrauens ins politische System | S.66 |
| Abbildung 9: Theorien soziales Vertrauen und ihre Schlüsselvariablen..... | S.68 |
| Abbildung 10: Soziales Kapital nach Gabriel..... | S.70 |
| Abbildung 11: Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Identität und Zugehörigkeit..... | S.77 |

9. Bibliographie

- Almond, Gabriel A. / Sidney Verba (1965): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Boston
- Anderson, Benedict (1998): *The Spectre of Comparisons. Nationalism, Southeast Asia and the World*. New York
- Anderson, Benedict (2006): *Imagined Communities*. Edinburgh
- Appadurai, Arjun (1998): Globale ethnische Räume. Bemerkungen und Fragen zur Entwicklung einer transnationalen Anthropologie. In: Beck, Ulrich (Hg.) (1998): *Perspektiven der Weltgesellschaft*. Frankfurt am Main
- Appelt, E., Ed. (2001). *Demokratie und das Fremde: multikulturelle Gesellschaften als demokratische Herausforderung des 21. Jahrhunderts*. Innsbruck/ Wien
- Argun, Betigül Ercan (2003): *Turkey in Germany. The Transnational sphere of Deutschkei*. New York
- Assmann, Aleida (2006): *Erinnerungsräume, Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. 3. Auflage, München.
- Assman, Jan (2005): *Das kulturelle Gedächtnis*. München
- Assman, Jan (2013): *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. 7. Auflage
- Atac, Ilker/Kraler, Albert/ Aram Ziai (Hrsg.) (2011): *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*. Wien
- Ataç, Ilker (2011). Migrationspolitik und Inkorporation von MigrantInnen: politikwissenschaftliche Perspektiven. In: Fassmann/ Dahlvik (2011): *Migrations- und Integrationsforschung - multidisziplinäre Perspektiven. Ein Reader*. Göttingen, S. 235-247
- Ataç, Ilker/ Gouma, Assimina (2012): Theorien politischer Migrationsforschung. Staatliche Handlungsmacht, Rechte und „Integration“. In: Kreisky/Löffler (2012): *Theoriearbeit in der Politikwissenschaft*. S.257-269
- Bakondy, Vita/ Simonetta Ferfoggia/ Jasmina Jankovic/ Cornelia Kogoj/ Gamze Ongan/ Heinrich Pichler (Hrsg.) (2010): *Viel Glück! Migration heute*.

Wien, Belgrad, Zagreb, Istanbul. Projekt der Initiative Minderheiten, Akademie der bildenden Künste und Erste Stiftung

Barber, Benjamin (1984): *Strong Democracy: Participatory Politics for A New Age*. Berkeley

Barber, Benjamin (1994), *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*, Rotbuch Verlag, Hamburg.

Barber, Benjamin (1995): *Die liberale Demokratie und der Preis des Einverständnisses*. In: Brink, Bert/ Van den Reijen, Willem (Hrsg.): *Bürgerschaft, recht und Demokratie*. Frankfurt am main, S.360-384

Barnes, Samuel H./ Kaase, Max (Hrsg.) (1979): *Political Action. Mass Participation in five Western Democracies*. Beverly Hills.

Basch, Linda/ Glick-Schiller, Nina/ Blanc-Szanton, Cristina (Hrsg) (1994): *Nations Unbound*. Basel

Bauböck, Rainer (2001): *Gleichheit, Vielfalt, Zusammenhalt – Grundsätze für die Integration von Einwanderern*. In: Bauböck, Rainer/ Patrick Paul Volf (Hg.) *Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann*. S.11-45 Klagenfurt

Bauböck, R. (2003), "Wessen Stimme zählt? Thesen über demokratische Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft", *Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis* Vol. 1 No. 1, 26-44.

Bauböck, R. (2006), "Migration und politische Beteiligung. Wahlrechte jenseits von Staatsgebiet und Staatsangehörigkeit", verfügbar unter http://www.iue.it/SPS/People/Faculty/CurrentProfessors/PDFFiles/BauboeckPDFfiles/Bauboeck_Acad_Papers/Mig-pol-Beteiligung.pdf, 30.9.2007.

Bauböck, Rainer (Ed.) (2005): *Migration and Citizenship. Legal Status, Rights and Political Participation*. Report for IMISCOE.

Bauer, Petra (1993): *Ideologie und politische Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung politischer Überzeugungssysteme*. Opladen

Bhabha, Homi K.(1990): *Nation and Narration*. Harvard University

Beck, Ulrich (2004): *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*. Frankfurt am Main

- Bender-Säbelkampf, Anna (2012): Demokratie der ethnischen Minderheiten. Repräsentation und Partizipation in Österreich und der Europäischen Union. Wien
- Bergmann, Sven/ Regina Römhild (Hg.) (2003): global heimat. Ethnographische Recherchen im transnationalen Frankfurt. Frankfurt am Main
- Biffl, Gudrun (2011): Deckung des Arbeitskräftebedarfs durch Migration in Österreich. Studie des Nationalen Kontaktpunkts Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk. Wien
- Biffl, G., Ed. (2011). Migration und Integration. Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis: Beiträge zu Bildung, Arbeitsmarkt, Asyl, Menschenhandel, Gender und Religion. Tagungsband Dialogforum - summer school 2009 und 2010. Bad Vöslau
- Biffl, G. (2011). Rationale und irrationale Aspekte der Integrationsdebatte. Migration und Integration. Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis: Beiträge zu Bildung, Arbeitsmarkt, Asyl, Menschenhandel, Gender und Religion; Tagungsband Dialogforum - summer school 2009 und 2010. G. Biffl. Bad Vöslau, Omnium: 5-14.
- Bobbio, Norberto (1987): The Future of Democracy. University of Minnesota
- Bohnsack, Ralf (2010): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden. 8.Auflage, Opladen
- Boldt., Thea D. (2012): Die stille Integration. Identitätskonstruktionen von polnischen Migranten in Deutschland. Frankfurt/ New York.
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre/ Loic, J.D. Wacquant (1996): Reflexive Anthropologie. Frankfurt/Main.
- Brady, Henry E./ Verba, Sidney/ Kay Lehmann Schlozmann (1995): Beyond SES: A Ressource Model of political Participation, Vol.89, Issue 2; S.271-294
- Bratic, Ljubomir (2000): MigrantInnenorganisationen: Einblick und Ausblick. In: European Institute for Progressive Cultural Policies (Hg.): Cultura migrans. MigrantInnen, kulturalistische Konzepte und politische Effekte. Wien/ Linz
- Bratic, Ljubomir (2010): Politischer Antirassismus. Selbstorganisation, Historisierung als Strategie und diskursive Interventionen. Wien

- Bratic, Ljubomir (2001) : Selbstorganisation im migrantischen Widerstand - ein Diskussionsanstoß. In: SWS Rundschau 41(4), S.516-536.
- Bratic, Ljubomir (2002): Rassismus in Österreich. Friede braucht Bewegung. In: A. Pecha, T. Roithner and T. Walter. Haid, Roithner, Analysen und Perspektiven der Friedensbewegung in Österreich. S. 250-258
- Bratic, Ljubomir (2003). Soziopolitische Netzwerke der MigrantInnen aus der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) in Österreich. In: Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht: Demographische Entwicklungen - sozioökonomische Strukturen - rechtliche Rahmenbedingungen. Klagenfurt, Drava; S. 395-409.
- Bratic, Ljubomir (2010). Das neue Gastarbeitertum: Serbien auf der "White Schengen List". In: V. Bakondy, S. Felfoglia, J. Jankovićet (2010): Viel Glück! - Migration heute: Wien, Belgrad, Zagreb, Istanbul. Wien, S.368-374.
- Buchstein, Hubertus (2009): Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU. Frankfurt
- Buchstein (2011): Demokratie. In: Göhler, Gerhard/ Iser, Mattias/ Kerner, Ina (Hrsg.): Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung. 2 aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden, S.46-63 (erste Version erschien 2006)
- Burgess, Ernest W. (1925): The Growth of the City. In: Park, Robert E. (1925): Thy City. Chicago
- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main.
- Castles, Stephen (2003): The Age of Migration. International Movements in a Modern World. New York
- Castles, Stephen (2005): Warum Migrationspolitiken scheitern. In: Peripherie, 25. Jg. H.97/98, S.10-34
- Coleman, Jack (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. In: American Journal of Sociology Vol. 94 No. 95-120.
- Coleman, James (1990): Foundations of Social Theory. Cambridge
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main
- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Frankfurt am Main

Cyrus, Norbert / Dita Vogel (2008): Förderung politischer Integration von Migrantinnen und Migranten. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten. In: POLITIS-Working Paper 13/2008 (www.uni-oldenburg.de/politis-europe)

Dahl, R. A. (1973), Polyarchy. Participation and Opposition, Yale University Press, New Haven

Dahl, Robert A. (1989): Democracy and Its Critics. University of Yale

Dahlvik, Julia,/ Reinprecht, Christoph /Sievers, Wiebke (2014) (Hg.):

Migration und Integration - wissenschaftliche Perspektiven aus Österreich.

Jahrbuch 2/2013. Göttingen.

Dalton, R. J. (2000): Citizen Attitudes and Political Behavior. Comparative Political Studies Vol. 33 No. 6/7, 912-940.

Dalton, R. J. (2002), Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies. Chatham.

Delhey, Jan/ Newton, Kenneth (2013): Who trusts? The Origins of social trust in Seven Societies. In: Journal European Societies, Volume 5, Issue 2, S.93-137

Deth Van, Jan W. (1997): Private Groups and Public Life. Social Participation, Voluntary Associations and Political Involvement in Representative Democracies. London

Deth Van, Jan W. (2009): Politische Partizipation. In: Viktoria Kaina/ Andrea Römmele (Hrsg.): Politische Soziologie. S.141-161

Deth Van, Jan W. (2001): Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In: A. Koch/ M. Wasmer/ P. Schmidt (Hg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Leske & Budrich, Opladen, S. 195-219.

De Nève, Dorothee/ Olteanu, Tina (2013): Politische Partizipation jenseits der Konventionen. Berlin

Demirovic, Alex (1995): Aspekte der theoretischen und politischen Praxis politischer Theorie. In: Kramer Helmut (Hg.) (1995): Politische Ideengeschichte im Gespräch. Wien, S.204-211

Demirovic, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie. Münster

Demirovic, Alex (2012): Kritische Gesellschaftstheorie in politikwissenschaftlichen Forschungszusammenhängen. In: Kreisky/Löffler (2012): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. S.79-93

Diamond, Larry/ Morlino, Leonhardo (Hrsg.) (2005): Assessing the Quality of Democracy. Baltimore

Durkheim, Emile (1988): Über soziale Arbeitsteilung. Berlin

Düsener, Kathrin (2010): Integration durch Engagement? Migrantinnen und Migranten auf der Suche nach Inklusion. Bielefeld

Düvell, Franck (2006): Europäische und internationale Migration. Einführung in historische, soziologische und politische Analysen. Hamburg

Dzihic, Vedran (2010): Ethnopolitik in Bosnien-Herzegowina: Staat und Gesellschaft in der Krise. Wien

Easton, David (1965): A Systems Analysis of Political Life. New York (2. Auflage 1979)

Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des deutschen Bundestags (2002): Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft (Schriftenreihe Band 4). Opladen

Esser, Hartmut (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse. Darmstadt

Esser, Hartmut (2003): Ist das Konzept der Assimilation überholt? In: Geographische Revue. 5 Jg. H2. S5-14

Faist, Thomas (2000): Transstaatliche Räume. Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei. Bielefeld.

Fassmann, Heinz (Hrsg.) (2015): Integrationsbericht des Expertenrates für Integration. 2013/2015

Fassmann, Heinz (2006): Der Integrationsbegriff: missverständlich und allgegenwärtig – eine Erläuterung. In Oberlechner, Manfred (Hg.): Die missglückte Integration? Wege und Irrwege in Europa. Wien, S. 225-238.

- Fassmann, Heinz (Hg.) (2007): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen. Klagenfurt
- Flick, Uwe (2007): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Hamburg
- Friedman, Jonathan (1997): Global Crises. The Struggle for Cultural Identity and Intellectual porkbrelling: Cosmopolitans versus Locals. Ethnic and Nationals in an Era of De-homogenisation. In: Phina Werbner/ Tariq Modood (Hg.): debating Cultural Hybridity. London
- Fuchs, Dieter (1996): Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? In: Göhler, Gerhard (Hrsg.) (1996): Institutionenwandel. Leviathan- Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Sonderheft 16, S. 253 – 283
- Fuchs, Dieter (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.) (1997): Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozess. S.81- 113
- Fuchs, Dieter (1999): Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften. WZB Discussion Paper, No. FS III, S. 99-203
- Fuchs, Dieter/ Oscar W. Gabriel/ Kerstin Völkl (2002): Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung. In: ÖZP/ 4; S. 427 – 450
- Fuchs, Dieter/ Edeltraud Roller/ Bernhard Wessels (Hg.) (2002): Bürger und Demokratie in Ost und West. Wiesbaden
- Fuchs, Dieter/ Roller, Edeltraud (2009): „Die Konzeptualisierung der Qualität von Demokratie. Eine kritische Diskussion aktueller Ansätze.“ In: Brodocz, Andre (Hrsg.) (2009): Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden
- Gabriel, Oscar W. (Hg.) (1997): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen
- Gabriel, Oscar W., V. Kunz, S./ Roßteutscher/Jan W. Van Deth (Hrsg.) (2002): Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich. Wien.
- Gabriel, Oscar W./ Westle, Bettina (2008): Sozialkapital. Eine Einführung. Baden-Baden

- Gächter, August (2005): Herausforderung Migration. Österreich als Einwanderungsland. Überlegungen zur aktiven Aufnahme von MigrantInnen in eine Gesellschaft mit zunehmender Diversität. In S. Binder/ G. Rasuly-Paleczek/ M.Six-Hohenbalken (Hrsg.): Herausforderung Migration: Beiträge zur Aktions- und Informationswoche der Universität Wien anlässlich des "UN International Migrant's Day" Wien, Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien, S. 23-34.
- Gächter, August (2006): Migration and the Austrian Labour Market in an Enlarging European Union. Wien, Zentrum für Soziale Innovation: 19.
- Gächter, August (2011): Die Lage der "zweiten Generation". Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität. Wien, Zentrum für Soziale Innovation: 19.
- Gächter, August (2011): Fit werden für Zuzug. Pendeln zwischen Wissenschaft und Praxis. ZSI – Beiträge zu sozialen Innovationen. Zentrum für Soziale Innovation Wien. Wien, S.137-154.
- Gächter, August (2011): Vereine, Initiativen, Gemeindepolitik: Offen für Einwanderer? Was tun, wenn sie es (noch) nicht sind? Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität. Wien, Zentrum für Soziale Innovation
- Gamson, William A. (1968): Power and Discontent. New York.
- Geertz, Clifford (1973): The Interpretation of Cultures. New York.
- Geertz, Clifford (1983): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt
- Geißel, Brigitte / Abels, Gabriele / Kratt, Heike (Hrsg.) (2001): Politische Partizipation im Wandel, Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 10 JG 01/2001
- Geißel, Brigitte/ Roth, Roland/ Collet, Stefan/ Tillmann, Christina (Hrsg.) (2014): Partizipation und Demokratie im Wandel – Wie unsere Demokratie durch neue Verfahren und Kombinationen repräsentativer, deliberativer und direkter Beteiligung gestärkt wird. In: Bertelsmann Stiftung, Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.). Partizipation im Wandel. Gütersloh, S. 489-504
- Geoff, Eley (2002): Forging Democracy: The History of the Left in Europe, 1850-2000. New York
- Gingrich, Andre/ Baumann, Gerd (eds.) (2004): Grammars of Identity/ Alterity. A Structural Approach. Oxford

- Ginsborg, Paul (2008): *Wie Demokratie leben*. Berlin
- Glick-Schiller/ Basch, Nina/ Blanc Linda/ Szanton, Cristina (1992): *Towards a Transnational Perspective on Migration. Race, Class, Ethnicity and Nationalism Reconsidered*. New York
- Glazer, Nathan/ Moynihan Daniel (1963): *Beyond the Melting Pot*. Harvard University
- Glick-Schiller/ Basch, Nina/ Blanc Linda/ Szanton, Cristina (1995): *From Immigrant to Transmigrant. Theorizing Transnational Migration*. In: *Anthropological Quarterly* 68 (1), S.48-63
- Glorius, Birgit (2015): *Transnationale Perspektiven. Eine Studie zur Migration zwischen Polen und Deutschland*. Bielefeld
- Gordon, Milton M. (1964): *Assimilation in American Life. The Role of Race, Religion and National Origin*. New York
- Göhler, Gerhard/ Mattias Iser/ Ina Kerner (Hrsg)(2006): *Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Wien
- Grasl, Andrea (2002): *MigrantInnen als Akteure der österreichischen Politik. Politische Partizipation der neuen Minderheiten: Teilhabemöglichkeiten und -barrieren, erste Erfahrungen ethnischer MandatsträgerInnen*, Diplomarbeit, Universität Wien, Wien.
- Grasl, Andrea (2003): *Sichtbar werden*. In: *Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis* Vol. 1 No. 1, 141-150.
- Greven Michael Th. (1999): *Die politische Gesellschaft, Kontingenz und Deziision als Probleme des Regierens und der Demokratie*. Opladen
- Guggenberger, Bernd (1995): *Demokratie und Demokratietheorie*. In: Nohlen, Dieter (Hg.): *Wörterbuch Staat und Politik*. München/Zürich, S.80-90
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*.
- Habermas, J. (1999), *Die Einbeziehungen des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main. Frankfurt am Main
- Hall, Stuart (1994): *Rassismus und kulturelle Identität*. Hamburg
- Hall, Stuart (2004): *Ideologie, Repräsentation. Ausgewählte Schriften*. Hamburg

- Han, Petrus (2005): Soziologie der Migration. Stuttgart
- Han, Petrus (2006): Theorien zur internationalen Migration. Stuttgart
- Han, Petrus (2010): Soziologie der Migration. Aktualisierte Auflage. Stuttgart
- Hartnuß (Hrsg.) (2010): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden, S. 611-636
- Hättich, Manfred (1967): Demokratie als Herrschaftsordnung. Köln
- Hammer, Thomas (1990): Democracy and the Nation-State. Aliens, Denizens and Citizens in a World of International Migration. Aldershot.
- Hammer Katharina (Hg.) (2013): Bürgerinnenbeteiligung in der Stadt. Zwischen Demokratie und Ausgrenzung? Tagungsband der AK-Wien Fachtagung
- Hay, Colin (2002): Political Analysis: A Critical Introduction. New York
- Hay, Colin (2006): Political Analysis. A Critical Introduction. Basingstoke
- Heinelt, Hubert (2008): Demokratie jenseits des Staates. Partizipatives Regieren und Governance. Baden-Baden.
- Heinrich-Böll-Stiftung (2011): Transnationalismus & Migration. Dossier
- Heinritz-Fuchs, Werner/ König, Alexandra (2011): Pierre Bourdieu. Eine Einführung. 2. Auflage
- Hellmann, Kai-Uwe (2004): Solidarität, Sozialkapital und Systemvertrauen – Formen sozialer Integration. In: Klein, Ansgar/ Kristine Kern/ Brigitte Geißel/ Maria Berger (Hrsg.) (2004): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden, S.131-151
- Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Opladen: Verlag Barbara Budrich, 2006.
- Hermanns, H. (1995): Narratives Interview. In: Flick, Uwe/ E.v. Kardoff/ H.Keupp/ L.v. Rosenstiel/ Wolf S. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung? 2.Auflage, München, S.182-185
- Herzog-Punzenberger, B. (2007). Gibt es einen Staatsbürgerschaftsbonus? Unterschiede in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt anhand der österreichischen Volkszählungsdaten 2001 - Ergebnisse für die zweite Generation der Anwerbegruppe. In: Fassmann, Heinz (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006. Rechtliche

Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen. Klagenfurt, S. 242-245.

Herzog-Punzenberger, B. (2008). Nachkommen von EinwanderInnen in Österreich und Kanada - Bildungserfolge, gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen und Analyseergebnisse. Kulturen, Sprachen, Welten. Fremdsein als pädagogische Herausforderung. Innsbruck; Wien; Bozen, S. 242-255.

Herzog-Punzenberger, B. and P. Gapp (2009). Sozialisationsbedingungen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. PIRLS 2006. In: B. Suchań/ C. Wallner-Paschon/ C.Schreiner (Hrsg.): Die Lesekompetenz am Ende der Volksschule – Österreichischer Expertenbericht. S. 55-65.

Herzog-Punzenberger, B./ A. Unterwurzbacher (2009). Migration - Interkulturalität - Mehrsprachigkeit: Erste Befunde für das österreichische Bildungswesen. Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 2. Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen. S. 161-182.

Heschl, Ferdinand (2008): Europäische Integration und Arbeitsmigration. Wiesbaden

Hoecker, Beate / Fuchs, Gesine (Hrsg.) (2004): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten, Wiesbaden

Hoecker, Beate / Fuchs, Gesine (Hrsg.) (2004): Ohne Frauen nur eine halbe Demokratie. Politische Partizipation von Frauen in den osteuropäischen Beitrittsstaaten vor den Europawahlen, Eurokolleg Nr. 49, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Hollifield, James F. (1992): Immigrants, Markets and States. Cambridge: Harvard University Press

Hunger, Uwe/ Candau, Menderes (2009): Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland über die deutschen Grenzen hinweg. Eine Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

Hunt, Lynn (Ed.) (1989): The New Cultural History. California

Itzigsohn, Jose/ Silvia Giorguli-Saucedo (2005): Incorporation, Transnationalism and Gender. Immigrant Incorporation and Transnational

Participation as Gendered Processes. In: International Migration Review, Vol. 39, Issue 4, S.895-920

Kaase, Max (1987): Vergleichende Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, Dirk/ Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Handbuch. Opladen, S.135-150

Kaase, Max (2003), "Politische Beteiligung/Politische Partizipation", in U. Andersen und W. Woyke (Hg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Leske & Budrich, Opladen, S. 495-500.

Kersting, Norbert (2008) (Hrsg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden

Kersting, Norbert (2013): Ungleiche Teilnahme an demokratischen Verfahren. Chancen und Risiken von BürgerInnenbeteiligung. In: Hammer Katharina (Hg.) (2013): Bürgerinnenbeteiligung in der Stadt. Zwischen Demokratie und Ausgrenzung? Tagungsband der AK-Wien Fachtagung.

Kraler, Albert /Sohler, Karin (2005): Active Civic Participation of Immigrants in Austria. Verfügbar unter <http://www.uni-oldenburg.de/politis-europe/download/Austria>

Klein, Ansgar/ Kristine Kern/ Brigitte Geißel/ Maria Berger (Hrsg.) (2004): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden

Koopmans, Ruud (1995): Democracy from Below. The Social Movements and the Political System in West Germany. Boulder

Koopmans Ruud/ Statham, Paul (Hg.) (2000): Challenging Immigration and Ethnic Relations Politics. Comparative European Perspectives. Oxford

Koopmans, Ruud (2010): Trade-Offs between Equality and Difference: Immigrant Integration, Multiculturalism and the Welfare State in Cross-National Perspective. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 36(1): 1-26.

Kreisky, Eva/ Löffler, Marion/ Spitaler, Georg (Hrsg.) (2012): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Wien

Laclau, Ernesto/ Chantal Mouffe (1991): Hegemonie und radikale Demokratie. Wien

- Lange, Dirk (Hrsg.) (2008): Migration und Bürgerbewusstsein. Perspektiven Politischer Bildung in Europa. Wiesbaden
- Langthaler, Herbert (Hrsg.) (2010): Integration in Österreich. Sozialwissenschaftliche Befunde. Wien/ Innsbruck
- Legewie, H. (1994): Globalauswertung. In: Böhm A./ Muhr T./Mengel A. (Hg.): Texte verstehen: Konzepte, Methoden, Werkzeuge. Konstanz, S.100-114
- Lembcke, Oliver W./ Claudia Ritzli/ Gary S. Schaal (Hrsg.) (2012): Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden
- Levi, Margaret (1996): Social und Unsocial Capital. A Review Essay on Robert Putnams Making Democracy Work. In: Politics and Society 24 (1), S.45-55
- Lipset, Seymour M. (1959): Economic Development and Political Legitimacy. Boston
- Lipset, Seymour M./ Schneider William (1987): The Confidence Gap. Buisness, Labor and Government in Pubic Mind. Boston
- Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt/Main
- Luhmann, Niklas (2000): Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. 4. Auflage. Stuttgart
-
- Mackert, Jürgen (2006): Staatsbürgerschaft. Eine Einführung. Wiesbaden
- Marshall, Thomas H. (1963): Citzienship and Social Class. In: Marshall, Thomas H. (1963): Sociology at the Crossroads and other Essays. London, S.67-127
- Marshall, Thomas H.(1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt am Main.
- Mau, Steffen (2007): Transnationale Vergesellschaftung. Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten. Frankfurt/ New York
- Mayering, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Basel
- Mecheril, Paul/ Teo, Thomas (Hg.) (1994): Andere Deutsche. Zur Lebenssituation von Menschen multiethnischer und mulitkultureller Herkunft. Berlin

Mecheril, Paul (2003) Prekäre Verhältnisse. Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-)Zugehörigkeit. Münster

Mecheril, Paul/Thomas-Olalde, Oscar/Melter, Claus/Arens, Susanne/Romaner, Elisabeth (2013): Migrationsforschung als Kritik? Erkundungen eines epistemischen Anliegens in 57 Schritten. In: Paul Mecheril/Oscar Thomas-Olalde/Claus Melter/Susanne Arens/Elisabeth Romaner (Hg.), Migrationsforschung als Kritik? Spielräume kritischer Migrationsforschung, Wiesbaden: Springer, S. 7-55.

Mecheril, Paul (Hg.) (2014): Subjektbildung. Interdisziplinäre Analysen der Migrationsgesellschaft. Bielefeld

Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Stuttgart

Merkel, Wolfgang/ Puhle, Hans-Jürgen/ Aurel, Croissant/ Claudia Eicher/ Thiery, Peter (Hrsg.) (2003): Defekte Demokratie. Band 1, Opladen.

Milbrath, Lester W./ Goel, Lanham (1977): Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics? Randy Mc Nally Publishing, Chicago.

Morse, J.M. (1998): Designing Funded Qualitative Research. In: Denzin, N. & Lincoln, Y.S. (Hrsg.): Strategies of Qualitative Research. London, S.56-85

Morlino, Leonhardo (2004): Good and Bad Democracies: How to Conduct Research into the Quality of Democracy. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics 20. S.5-27

Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Wien

Mouffe, Chantal (2008): Das demokratische Paradox. Wien

Nolte, Paul (2015): Demokratie. Die 101 wichtigsten Fragen. München

Nolte, Paul/ Darbshire, Helen/ Möllers, Christoph (2014): Weil Demokratie sich ändern muss. Wiesbaden

Oberlechner, Manfred (Hg.) (2006): Die missglückte Integration? Wege und Irrwege in Europa. Wien

Oberlechner, Manfred/ Gerhard Hetfleisch (Hg.) (2010): Integration, Rassismus und Weltwirtschaftskrise. Wien

- Offe, Claus (1987): Democracy against the welfare state? Structural Foundations of neoconservative political Opportunities. Cambridge
- Offe, Claus (1999): How can we trust our fellow citizens? In: Warren, Mark E. (Hg.): Democracy and Trust. Cambridge, S.42-87
- Offe, Claus (2003): Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen. Frankfurt/ New York
- Olk, Thomas/ Klein, Ansgar/ Birger, Hartnuß (Hrsg.) (2010): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden
- Österreichischer Integrationsfonds (2012): Integration in Österreich. Textkommentar zu Gallup Umfragen des Jahres 2012 von Peter A. Ulram. Wien
- Ostrom, Elinor (2005): Understanding Institutional Diversity. Princeton University.
- Parsons, Talcott (1969): Evolutionäre Universalien der Gesellschaft. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.) Theorien des sozialen Wandels. Köln/Berlin, S.55-74
- Pateman, Carole (1970): Participation and Democratic Theory. Cambridge.
- Perchinig, Bernhard (2001): Systeme der Zugehörigkeit. In: Forum Politische Bildung (2001): Dazugehören? Fremdenfeindlichkeit, Migration, Integration (Sonderband der Informationen zur Politischen Bildung). Innsbruck/ Wien
- Perchinig, Bernhard (2010): All you need to know to become an Austrian: Naturalisation policy and citizenship testing in Austria. In: Van Oers, Ricky/ Ersboll, Eva/ Kostakopoulou, Dora (Hg.): A re-definition of belonging? Language and integration tests in Europe. Boston. S.25-50
- Perchinig, Bernhard (2010): Migration Studies in Austria - Research at the Margins? In: Thränhardt, Dietrich/Bommes, Michael (Hg.): National Paradigms of Migration Research. IMIS Schriften 13. V&R Uni-press, Göttingen. S. 187-204.
- Perchinig, Bernhard (2010): Migration, Integration und Staatsbürgerschaft – was taugen die Begriffe noch? In: Langthaler, Herbert (Hrsg.): Integration in Österreich. Innsbruck, S.13-33
- Pfaff-Czarneka, Joanna (2012): Zugehörigkeit in der mobilen Welt. Reihe: Das Politische als Kommunikation. Göttingen

- Plutzar, Verena (2008): Sprachliche Bildung erwachsener Migrantinnen als Aufgabe der Erwachsenenbildung. In: Magazin erwachsenbildung.at, Ausgabe 5, Online unter <http://www.erwachsenbildung.at/magazin/08-5/meb08-5.pdf>
- Pries, Ludger (2001): Internationale Migration. Bielefeld
- Pries, Ludger (2008): Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Frankfurt am Main
- Pries, Ludger (2010): Transnationalisierung, Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung. Wiesbaden
- Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton
- Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh
- Pye, Lucien W./ Verba, Sidney (Hrsg.) (1965): Political Culture and Political Development. Princeton
- Reinprecht, Christoph (2007): Alt nach der Gastarbeit. In: 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Klagenfurt, S.211-227
- Reinprecht, Christoph (2009): Freiwilliges Engagement und Migranten/Migrantinnen. In: Freiwilliges Engagement in Österreich. 1. Freiwilligenbericht.
- Reiser, Marion/ Holtmann, Everhard (2009): Alter und neuer Lokalismus. Zur Rolle und Bedeutung kommunaler Wählergemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland. In: Foljanty-Jost, Gesine (Hrsg.) (2009): Kommunalreform in Deutschland und Japan. Wiesbaden, S.189-220
- Roller, Edeltraud (2005): The Performace of Democracies. Political Instituions and Public Policy. Oxford.
- Rosenberger, Sieglinde (2012): Inklusive Demokratie? Die politischen, sozialen und religiösen Rechte von Wohnbürgern ohne österreichische Staatsbürgerschaft. In: Helms, Ludger/ Wine-roither, David M. (Hg): Die österreichische Demokratie im Vergleich. Nomos, Baden-Baden. S. 383-402.
- Roth, Roland (2010): Bürgermacht: Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Hamburg.

Rucht, Dieter (1996): German Unification, Democratization and the Role of Social Movements. A missed opportunity? In: Mobilization. An International Quarterly, March 1996, Volume 1, S.35-62

Said, Edward. W. (2009): Orientalismus. Frankfurt am Main

Sartori, G. (1997), Demokratietheorie, Primus Verlag, Darmstadt.

Schlink, Bernhard (2000): Heimat als Utopie. Frankfurt am Main

Sassen, Saskia (1996): Transnational economies and national migration policies. University of Amsterdam

Scheuringer, Brunhilde (2006): Transnationale Migration als Entgrenzungsphänomen. In: Manfred Oberlechner (Hg.): Die missglückte Integration? Wege und Irrwege in Europa. Wien. S. 239-256.

Schittauer, Werner (2004): Vom Exil zum Diaspora Islam. Muslimische Identitäten in Europa. In: Soziale Welt. Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis. Jahrgang 55, Heft 4, S.347-368

Schmidt, M. G. (2000), Demokratietheorien. Eine Einführung, Leske & Budrich, Opladen.

Schwenken, Helen (2006): Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union. Bielefeld

Segert, Dieter (2010): Osteuropa nach 1989 – ein Labor für die soziale Belastbarkeit unserer Demokratie? In: WISO 33. Jg. Nr.3, S.29-42

Segert, Dieter (2013): Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert. Wien

Segert, Dieter (2016): Demokratieforschung. In: Blanka Bellak/ Gertraud Diendorfer/ Anton Pelinka/ Werner Wintersteiner (Hrsg): Friedensforschung, Konfliktforschung, Demokratieforschung. Ein Handbuch, S.87-124

Smith, Michael P./ Guarnizo, Luiz (Hg.) (1998): Transnationalism from Below. London

Steinbrecher, Markus (2010): Politische Partizipation in Deutschland. Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung. Baden-Baden

Steinberg, Stephen (1989): The Ethnic Myth. Boston

Steinert, Heinz/ Pilgram Arno (Hrsg.) (2009): Sozialer Ausschluss- Begriffe, Praktiken und Gegenwehr. Baden-Baden

- Soysal, Yasemin Nuhoglu (1994): *Limits of Citizenship. Migrants and Postnational Membership in Europe*. University of Chicago
- Spivak, Gayatri Chakravorty (2008): *Outside in the Teaching Machine*. UK
- Steinbrecher, Markus (2009): *Politische Partizipation in Deutschland*. Band 11 Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung.
- Steinert, Heinz/ Pilgram, Arno (Hrsg.) (2000): *Sozialer Ausschluss – Begriffe, Praktiken und Gegenwehr*. Baden-Baden
- Steininger, Barbara (2000): *Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation*. In: A. Pelinka/ F. Plasser/ W. Meixner (Hg.): *Die Zukunft der österreichischen Demokratie*. Wien, S. 141-167.
- Stobbe, Holk (2004): *Undokumentierte Migration in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Interne Migrationskontrollen und die Handlungsspielräume von Sans Papiers*. Dissertation Göttingen
- Strasser, Sabine: *Bewegte Zugehörigkeiten. Nationale Spannungen, transnationale Praktiken und transversale Politik* Vienna, Turia & Kant.
- Tarrow, Sidney (1989): *Democracy and Disorder*. Oxford.
- Tarrow, Sidney (2005): *The New Transnational Activism*. Cambridge
- Tosic, Jelena/ Six- Hohenbalken Maria (Hg.) (2009): *Anthropologie der Migration. Theoretische Grundlagen und interdisziplinäre Aspekte*. Wien
- Uslaner, Eric (2002): *The Moral Foundations of Trust*. New York.
- Verba, S. und N. H. Nie (1972), *Participation in America: Social Equality and Political Democracy*, Harper & Row, New York. Chapter 8
- Vertovec, Steven (2012): *Superdiversität*. Online verfügbar unter <https://heimatkunde.boell.de/2012/11/18/superdiversitaet>
- Waldinger, Roger / David Fitzgerald (2004): *Transnationalism in Question*. In: *American Journal of Sociology* 109:1177-95
- Waldrauch, Harald/ Sohler, Karin (2004): *Migrantenorganisationen in der Großstadt. Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien*. Frankfurt/ New York

Walz, Dieter (1997): Einstellungen zu den politischen Institutionen. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen, S.147-175

Warren, Mark E. (1999): Democracy and Trust. Cambridge

Warren, Mark E. (2002): What Can Democratic Participation Mean Today? Political Theory Vol. 30 No. 5, 677-701.

Weber, Florian (2012): Selbstbestimmung durch Teilhabe. Theorie der partizipativen Demokratie. In: Lembcke, Oliver W./ Claudia Ritz/ Gary S. Schaal (Hrsg.) (2012): Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden, S.223-255

Weiss, Hilde (2004): Nation und Toleranz? Empirische Studien zu nationalen Identitäten in Österreich. Mit einem Beitrag von Christoph Reinprecht. Wien

Weiss, Hilde (Hrsg.) (2007): Leben in zwei Welten. Zur sozialen Interaktion ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation. Wiesbaden

Wodak, Ruth (1985): Herrschaft durch Sprache? Sprachwandel als Symbol und Ausdruck des gesellschaftlichen Wandels. Wien

Wolfsfeld, Gadi (2011): Making Sense of Media and Politics. U.K.

Yuval-Davis, N. /Kannabiran K./ Vieten U. (Hrsg.) (2006): The situated politics of belonging. London.

Zizek, Slavoj (2000): Das Unbehagen im Multikulturalismus. IZ 3w (Mai/Juni), S.40-43

Zolberg, Aristide R., and Long Litt Woon. 1999. Why Islam is like Spanish: Cultural Incorporation in Europe and the United States. Politics & Society 27 (1): 5-38.

10. Anhang

10.1. Abstract

Die Dissertation beschäftigt sich exemplarisch mit den individuellen, politischen Beteiligungs- und Politisierungsprozesse von Bürgern mit ex-jugoslawischer Abstammung der „Zweiten Generation“ in Österreich. Zur „Zweiten Generation“ werden nicht nur jene Personen gezählt, deren Eltern im Zuge der Gastarbeitermigration nach Österreich gekommen sind, sondern auch jene, die alleine oder mit den Eltern in den 1990er Jahren als Kriegsflüchtlinge migrierten. Relevant dabei ist, dass sie zum Zeitpunkt der Flucht bzw. Einwanderung noch Kinder oder Jugendliche waren, und dadurch in Österreich aufgewachsen und (teil-)sozialisiert wurden. Bewusst wurde deshalb auch auf die ethnisch-semantiche Differenzierung verzichtet und der Begriff „ex-jugoslawische/r Bürger/in“ verwendet. Die Frage nach dem Herkunftsland dient nur der geographischen Verortung und zur Unterscheidung der herkunftslandspezifischen Kontexte, die unter anderem die innenpolitischen Entwicklungen der Herkunftsgesellschaften erklären sollen. Eine zentrale Annahme der Dissertation ist, dass der vorpolitische Bereich, die individuelle Migrationsbiographie und die transnationalen Verbindungen zwischen der Herkunfts- und der Aufnahmegesellschaft sowohl das Verhältnis der untersuchten Personengruppe zu Demokratie und Gesellschaft in Österreich prägen, als auch deren politische Beteiligung in hohem Maße beeinflussen. Diese Faktoren sind bisher unzureichend im Blick der Migrations- und Partizipationsforschung gestanden. Dabei können die bezeichneten Faktoren auf das politische Verhalten sowohl positiver als auch negativer Art sein. Zudem wird Zuwanderern oftmals fälschlicherweise ein „Zugehörigkeitsdilemma“ zugeschrieben, verbunden mit der impliziten Annahme, sie müssen sich entweder für oder gegen die Herkunftsgesellschaft entscheiden. Transnationale Entwicklungen zeigen jedoch, dass sich politisches Interesse und demokratische Teilhabe nicht mehr in ein oder zwischen zwei Gesellschaften manifestieren, sondern in neuen, sozialen Lebenswelten, die viel dynamischer und teils auch widersprüchlicher sind als ursprünglich angenommen. Das gilt insbesondere für die ex-jugoslawischen Bürger_innen in Österreich, die durch die geographische Nähe der

Herkunftsländer besonders intensiven Einflüssen beider Gesellschaften ausgesetzt sind. Dies kann zu gemischten Formen und gemischter Partizipation von politischer und sozialer Teilhabe führen, was sich auch in den durchgeführten, problemzentrierten Interviews mit narrativen Elementen zeigt.

10.2. Leitfaden für die problemzentrierten Interviews mit narrativen Elementen

Allgemeiner Frageblock zur Person:

- Alter, Geschlecht, Familienstand;
- Wohnort, Staatsbürgerschaft
- Zeitpunkt der Immigration (der Eltern): Wann nach Österreich gekommen?
- Migrationsgründe (der Eltern)?
- Höchste, abgeschlossene Schulbildung? Der Eltern?
- (Derzeitiger) Beruf
- Muttersprache
- Religionszugehörigkeit

Frageblock Herkunftsgesellschaft

- Sie sagten, sie stammen aus.../Ihre Eltern stammen aus..., können sie am Beginn unseres Gesprächs kurz beschreiben, wenn sie an ihr Herkunftsland bzw. das Herkunftsland ihrer Eltern denken, was sie damit momentan zuallererst verbinden? Positives? Negatives?
- Wenn sie an die Politik oder politische Ereignisse in ihrem Herkunftsland denken, was sind ihre frühesten/ersten Erinnerungen daran?
- Verfolgen sie die Nachrichten und (politische) Ereignisse im Herkunftsland? Welche Ereignisse blieben Ihnen besonders stark in Erinnerung? In letzter Zeit? Seit ihrer Auswanderung? (Bitte nennen sie drei)
- Konsumieren sie herkunftslandbezogene Medien? Welche Form, welche Intensität?
- Sprechen sie mit Verwandten/Freunden über (politische) Ereignisse im Herkunftsland?
- Was sind die Themen über die sie besonders häufig sprechen? Gibt es Themen über die sie gar nicht sprechen möchten und wenn ja, warum nicht?
- Wie und wie oft treten sie mit ihrem Herkunftsland in Verbindung? (Internet, Telefon, Besuche etc.)
- Wie oft pendeln Sie in ihr Herkunftsland? Warum (Familie, Arbeit etc.)?
- Würden sie gerne intensiveren Kontakt haben? Wenn ja, welche Voraussetzungen müssten da sein, damit sie intensiveren Kontakt pflegen können?
- Sie sagten, sie haben dieStaatsbürgerschaft, was sind ihrer Meinung nach Vorteile/Nachteile, die sich durch die Staatsbürgerschaft im Herkunftsland/in Ö ergeben?

- Sie nannten/nannten nicht das Recht zu wählen? Gehen sie im Herkunftsland/in der österreichischen Botschaft wählen? Wenn ja/nein, warum?
- Wenn sie an die Zukunft denken, und sie könnten ganz alleine bestimmen wie und wo sie leben, wie würde das aussehen? (bei einseitiger Antwort: Gibt es etwas das sie an Ö oder Herkunftsland vermissen würden?)
- Wenn Sie der Präsident/Präsidentin ihres Herkunftslandes wären, was wären die wichtigsten Dinge, die sie machen müssten, damit ihr Land eine bessere Zukunft hätte?
- Was sind ihrer Meinung nach die größten Probleme ihres Herkunftslandes?

Frageblock Aufnahmeland (Österreich):

- Sie sagten, sie stammen aus.../Ihre Eltern stammen aus..., und sie haben auch die ...Staatsbürgerschaft? Haben sie schon jemals überlegt sich für die österreichische Staatsbürgerschaft zu bewerben? Wenn ja/nein, warum?
- Was sind ihrer Meinung nach die Vorteile/Nachteile, die sich durch den Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft ergeben?
- Wenn Sie an Österreich denken und an ihre persönliche Migrationsgeschichte, was sind in ihrer Erinnerung, die ersten Erfahrungen und Erlebnisse, die sie mit Österreich verbinden? (bei zuerst negativ Nennung: was waren positive Erfahrungen, und umgekehrt)
- Verfolgen Sie österreichische Nachrichten und politische Entwicklungen? Welche Ereignisse blieben ihnen in jüngster Zeit/ seit ihrer Immigration besonders im Gedächtnis? (bitte nennen sie drei)
- Konsumieren sie österreichische Medien? Form/Intensität ?
- Sprechen Sie mit Verwandten oder Freunden über österreichbezogene Themen, österreichische Politik bzw. (politische) Ereignisse in Österreich? Wenn ja, über welche zum Beispiel?
- Was sind sonst noch Themen über die sie besonders häufig im Familien-und Freundeskreis sprechen? Gibt es Themen über die sie gar nicht sprechen möchten und wenn ja, warum nicht? (politisch und apolitisch)
- Wenn Sie PräsidentIn/BundeskanzlerIn von Österreich wären, was wären ihrer Meinung nach die wichtigsten Dinge, die sie machen müssten, damit Österreich eine gute Zukunft hat? (oder damit sie sich wohler fühlen in Österreich?)
- Können sie bitte noch einmal wiederholen oder ergänzen, was ihrer Meinung nach die größten Probleme sind, mit denen Österreich zu kämpfen hat? Was sind ihrer Meinung nach die Gründe dafür?
- Gibt es Themen, die sowohl für ihr Herkunftsland als auch für Österreich von großer (politischer) Bedeutung sind? Was für Themen könnten das in Zukunft sein?
- Wenn sie an ihre Kinder /künftige Kinder denken, und sie könnten bestimmen bzw. sich wünschen wo und wie sie leben, wo wäre das dann? Gründe? Wie würde eine ideale Zukunft ihrer Kinder in Österreich bzw. im Herkunftsland etc. ausschauen?
- Was sind ihrer Meinung nach die größten Themen/Probleme für sie momentan in ihrem persönlichen Leben?

Frageblock: Partizipation

- Wenn Sie an ihre Vergangenheit in Österreich denken, was sind ihrer Erinnerung nach, die ersten Erfahrungen mit politischer und sozialer Teilnahme bzw. Engagement hier?
- Engagieren sie sich politisch und oder sozial? Wie schaut ihr Engagement konkret aus?
- In der Gemeinde? In der Schule/Kiga? In Vereinen? Etc.? Im Herkunftsland? In Ö?
- Unterstützen sie ihr Herkunftsland durch Investitionen bzw. Geldüberweisungen an Familie etc.? Wie häufig? Was machen sie sonst noch, um der Herkunftsgesellschaft zu helfen?
- Sie sagten, sie haben die österreichische/....Staatsbürgerschaft, nehmen sie an Wahlen teil?
Wenn ja/nein, warum ist das wichtig/nicht wichtig? Bei welcher Wahl/wann haben sie zuletzt gewählt?
- Was müsste passieren damit sie sich politisch und sozial engagieren? Was würde es Ihnen erleichtern sich politisch und sozial zu engagieren? (in Ö und im Herkunftsland)
- Sind sie ein Mitglied in einer Partei oder einem Verein?
- Wenn Sie sich die österreichischen Parteien anschauen, zu welchen fühlen sie sich emotional am ehesten zugehörig und warum?
- Wenn morgen Nationalratswahlen wären, welche Partei würden sie am ehesten wählen und warum?
- Wenn morgen Gemeinderatswahlen wären, welche Partei würden sie am ehesten wählen und warum?
- Wenn der Bürgermeister ihres Ortes bzw. Bezirksvorsteher persönlich auf sie zugehen würde, um sie zu bitten, politisch mitzuarbeiten in ihrer Freizeit, würden sie das tun? Warum/warum nicht?
- Mit welchem Thema könnte er/sie ihr Interesse an Beteiligung wecken?

Frageblock: politische Orientierungen und Einstellungen

- Sind sie momentan zufrieden mit der Politik in Österreich? Wo könnten Dinge verbessert werden?
- Haben Sie Vertrauen in die österreichische Politik? (0-100%)? Bei welchen Themen haben sie größeres Vertrauen, bei welchen Themen nur geringes?
- Haben Sie Vertrauen in die Politik des Herkunftslandes? (0-100 %)? Bei welchen Themen haben sie eher Vertrauen, bei welchen Themen nur geringes?
- Wenn gar nicht, warum nicht? Aus welchen Gründen kann man der Politik nicht vertrauen?
- Vertrauen sie mehr der österreichischen Regierung oder der Regierung im Herkunftsland?
- Wenn Sie an Österreich denken, welchen Institutionen vertrauen sie am meisten bzw. am wenigsten? Warum?
- Wenn Sie an ihre Herkunftsland denken, welchen Institutionen vertrauen sie am meisten bzw. am wenigsten? Warum?
- Was sind ihrer Meinung nach die wichtigsten Dinge/Aufgaben in einer Demokratie?
- Wie hoch schätzen sie selbst ihr Interesse an Politik ein? Hoch, warum, woran kann man das erkennen? Niedrig, wo liegen sonst ihre Hauptinteressen?

- Welchen Stellenwert hat für sie Religion und Kirche?
- Wie setzt sich ihr Freundeskreis zusammen? Gibt es interethnische Freundschaften?

Frageblock: transnationalen Lebenswelten und Verbindungen

- Wenn sie an die persönliche Zukunft ihrer Eltern denken? Wo und wie werden sie ihren Lebensabend/ihre Pension verbringen? Was würden sie sich für die Zukunft ihrer Eltern wünschen?
- Wenn sie an ihre persönliche Zukunft denken, wo und wie werden sie idealerweise in 20 Jahren leben? Was wäre ihr Idealbild?
- Wenn sie an die persönliche Zukunft ihrer Kinder und Kindeskindern denken, was müsste die Politik tun, damit ihre Kinder und Kindeskindern im Erwachsenenalter ein „gutes“ Leben führen? Wie definieren sie „gutes“ Leben?
- Wenn sie drei Wünsche frei hätten, die die österreichische Regierung, für ein „gutes“ Leben für sie und ihre Kinder erfüllen könnten, was würden sie sich wünschen?
- 3 Wünsche an die Regierung im Herkunftsland?
- Was sind ihrer Meinung nach die größten Unterschiede zwischen Ö und ihrem Herkunftsland?
- Was sind ihrer Meinung nach die größten Gemeinsamkeiten zwischen Ö und ihrem Herkunftsland?
- Was bedeutet Heimat für sie?
- Hat sich ihre Definition von Heimat seit ihrer Immigration nach Österreich verändert, wenn ja inwiefern?